

Der bankmäßig organisierte Agrarkredit

Seine Stellung im Anpassungsprozeß landwirtschaftlicher Betriebe

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors
der Wirtschaftswissenschaft
durch die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster

vorgelegt von
Gottfried-Wilhelm v. Waldthausen
aus Essen

1970

1969



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41555410_0004

Der bankmäßig organisierte Agrarkredit

Seine Stellung im Anpassungsprozeß landwirtschaftlicher Betriebe

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors
der Wirtschaftswissenschaft

durch die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster

vorgelegt von

Gottfried-Wilhelm v. Waldthausen

aus Essen

1970

Erster Berichterstatter: Prof. Dr. L. Mülhaupt.
Zweiter Berichterstatter: Prof. Dr. E. Boettcher
Dekan: Prof. Dr. H. St. Seidenfus

Tag der mündlichen Prüfung: 22.5.1969



Tilo Freiherrn v. Wilmowsky
3.3.1878 28.1.1966

dem Mittler zwischen Landwirtschaft und Industrie
gewidmet

Inhaltsverzeichnis

E i n l e i t u n g	5.
1. Landwirtschaft und Agrarkredit im Strukturwandel der hochindustrialisierten Volkswirtschaft	17
2. Aufbau und Methodik der Arbeit	21

Teil I

Der Anpassungsprozeß in der Landwirtschaft Theoretische Grundlagen, Einflußfaktoren und Auswirkungen	23
--	----

A. Die optimale Organisation des landwirtschaftlichen Betriebes

Theoretische Grundlagen

I. Begriff und Grundbedingungen der Anpassung	23
1. Der Begriff der Anpassung	24
2. Zur Theorie des landwirtschaftlichen Betriebes	24
3. Die Prämissen und Bedingungen der Modellbetrachtung	26
II. Theoretische Grundlagen der optimalen Organisation und der Anpassung im landwirtschaftlichen Betrieb	
1. Die Besonderheiten des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses	28
2. Die Faktorkombination im landwirtschaftlichen Betrieb	29
3. Kosten und Leistungen im landwirtschaftlichen Betrieb	31

	5.	
4. Die Determinanten des Betriebsoptimums	32	
5. Die gesamtbetrieblichen Beziehungen	34	
6. Die optimale Betriebsgröße	36	
7. Kooperation und optimale Betriebsorganisation	38	
8. Die Unterschiede zwischen idealer und realer Organisation des landwirtschaftlichen Betriebes	41	
III. Organisationsformen betrieblicher und überbetrieblicher Anpassung	44	
1. Einzelbetriebliche Maßnahmen	44	
2. Kooperative Maßnahmen	46	
a. Mitteleinsatzbezogene Kooperation	46	
b. Produktbezogene Kooperation	51	
c. Zusammenfassung und Folgerungen	52	
<u>B. Die Entwicklung und die Auswirkungen des Anpassungsprozesses landwirtschaftlicher Betriebe</u>		
I. Die Entwicklung der Einflußfaktoren	54	
1. Die Entwicklung der Preise und der Preisverhältnisse	54	
2. Die finanziellen Maßnahmen der Agrarpolitik	61	
3. Zusammenfassung	66	
II. Die Auswirkungen der Anpassung auf die landwirtschaftlichen Betriebe		
1. Die Auswirkungen im Betriebsbereich	68	
a. Die Mechanisierung des Produktionsprozesses	68	
b. Der Einsatz ertragssteigernder Betriebsmittel	70	

c.	Der Faktor Arbeit	71
2.	Die Auswirkungen auf die Betriebsgröße und auf die Betriebsgrößenstruktur	73
3.	Die Auswirkungen der Anpassungsmaßnahmen auf Produktivität und Erlöse	77
a.	Die Auswirkungen auf die Produktivität	77
b.	Die Auswirkungen auf die Verkaufserlöse und ihre Verwendung	79
4.	Die Auswirkungen der Anpassung auf die Betriebsergebnisse und auf die Einkommenslage der landwirtschaftlichen Betriebe	83
a.	Die Entwicklung der effektiven Erfolgsgrößen	83
b.	Die Entwicklung der Vergleichsgrößen	89
c.	Zusammenfassung und Folgerungen	94
III.	Möglichkeiten und Grundtendenzen der künftigen Anpassung	98
1.	Die agrarpolitischen Grundlagen	98
2.	Möglichkeiten und Grenzen betrieblicher Anpassung	100
3.	Kostensenkung und Betriebsstruktur	102

Teil II

Die Entwicklung des bankmäßig organisierten Agrarkredits	106
Einleitung: Kapital und Investitionen in der Landwirtschaft	106
<u>A. Grundformen und Organisation des Agrarkredits</u>	113
I. Grundformen und Besonderheiten des Agrar- kredits	114
1. Der Begriff des Agrarkredits	114
2. Die Formen des Agrarkredits	115
a. Unmittelbarer und mittelbarer Agrar- kredit	115
b. Betriebskredite	115
c. Anlagekredite	116
II. Die Organisation des Agrarkredits	119
1. Das Zentralinstitut	120
2. Überregionale Institutsgruppen	121
3. Sonstige Institute	122
<u>B. Entwicklungsphasen und Wandlungen des Agrar- kredits in Deutschland bis 1945</u>	125
I. Die Entwicklung bis 1914	125
1. Die Organisation des Agrarkredits	125
2. Entwicklung und Bedeutung des Fremd- kapitals	130
a. Auswertung des amtlichen stati- stischen Materials	131
b. Auswertung der Kreditquellen- statistiken	135

II.	Die Entwicklung von 1914 bis 1945	140
1.	Die wirtschaftliche Ausgangslage der Nachkriegsjahre	140
2.	Inflation und Kreditkrise	143
3.	Die staatlichen Maßnahmen zur Entschuldung der Landwirtschaft	151
4.	Die Kreditinstitutionen	153
<u>C. Die Entwicklung des Agrarkredits in der Bundesrepublik Deutschland</u>		157
I.	Grundlagen und Besonderheiten der Entwicklung	157
1.	Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Fremdkapitals und die Lage auf dem Kapitalmarkt	158
2.	Die zentrale Kreditverbilligung	161
II.	Die Entwicklung des Fremdkapitals und der Investitionen in der Landwirtschaft Auswertung der amtlichen Fremdkapital- und Investitionsstatistiken	167
III.	Die Entwicklung des bankmäßig organisierten Agrarkredits Auswertung der Kreditquellenstatistiken	169
1.	Die Verwendungszwecke des bankmäßigen Agrarkredits Auswertung der Kreditverwendungsstatistik der Deutschen Bundesbank	169
2.	Der Agrarkredit der Landwirtschaftlichen Rentenbank	172
3.	Der Agrarkredit der genossenschaftlichen Kreditorganisation	183
4.	Der Agrarkredit der Sparkassenorganisation	193
5.	Vergleich des Agrarkredits der Raiffeisen-Kreditorganisation und der Sparkassenorganisation	199

<u>D. Die Struktur des Fremdkapitals in den landwirtschaftlichen Betrieben der Bundesrepublik Deutschland</u>	203
I. Ergebnisse im Gesamtgebiet der Bundesrepublik Deutschland	203
1. Kapital und Produktivität	203
2. Fremdkapital und Betriebsinvestitionen	204
3. Die Entwicklung der Zins- und Tilgungsleistungen	205
a. Mittel- und langfristiger Kredit	205
b. Kurzfristiger Kredit	208
4. Die Struktur des Fremdkapitals	212
a. Die Struktur des Fremdkapitals gegliedert nach betrieblichen Strukturdaten	212
b. Die Beziehungen zwischen Fremdkapital und Einheitswert	215
c. Fremdkapital und Betriebseinkommen	216
II. Kreditaufnahme, Kreditverwendung und Betriebsergebnis	221
Ergebnisse einer regionalen Erhebung	
1. Die Entwicklung der betrieblichen Strukturdaten im Untersuchungsgebiet	221
2. Zeitvergleich einzelner betrieblicher Bewegungsgrößen	223
3. Entwicklung und Struktur der Kreditaufnahme nach betrieblichen Kriterien	228
4. Zusammenfassung der Ergebnisse	234

Teil III

Die Entwicklungsmöglichkeiten des Agrarkredits und der Kreditverwendung	257
<u>A. Die Entwicklungsmöglichkeiten des Agrarkredits in einem gemeinsamen Markt für Agrarprodukte</u>	257
I. Strukturwandel und Kapitalbedarf	257
II. Möglichkeiten agrarpolitischer Förderung	241
<u>B. Künftige Möglichkeiten des Krediteinsatzes und der Kontrolle der Kreditverwendung</u>	243
I. Künftige Möglichkeiten des Krediteinsatzes	243
1. Möglichkeiten betrieblicher Kredit- verwendung	243
2. Möglichkeiten überbetrieblicher Kre- ditverwendung	251
3. Zusammenfassung und Folgerungen für Kreditbedarf und Kreditverwendung	260
II. Die Kontrolle der Kreditverwendung	262
1. Die bankmäßige Sicherung des Agrar- kredits	262
a. Die Entwicklung der Realsicherung	265
b. Die landwirtschaftlichen Bewertungs- begriffe	266
2. Die Einnahmen und Ausgaben des Unter- nehmerhaushaltes	273
Ihre Bedeutung für die Finanzierung und Möglichkeiten ihrer Kontrolle	
3. Das betriebliche Rechnungswesen	280
A u s b l i c k	292
Schaubilder und Tabellen	299
Literaturverzeichnis	353

Schaubilder und Tabellen

Schaubilder:

- | | |
|-------------|---|
| Schaubild 1 | Gliederung der Leistungen und der Kosten des landwirtschaftlichen Betriebes |
| Schaubild 2 | Dynamische Koppelung von Betrieb und Haushalt |

Tabellen:

- | | | |
|------|---|---|
| Tab. | 1 | Preisindex landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Deutschland von 1850 bis 1938 |
| Tab. | 2 | Preisindex landwirtschaftlicher Investitionen in Gebäuden, Maschinen, Geräten, Vieh und Vorräten in Deutschland von 1851 bis 1938 |
| Tab. | 3 | Kaufkraftvergleich zwischen landwirtschaftlichen Produkten und Mineraldünger in Deutschland von 1900/04 bis 1950/51 |
| Tab. | 4 | Die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und die Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel in Deutschland und in der BRD von 1938/39 bis 1965/66 |
| Tab. | 5 | Durchschnittliches jährliches Arbeitseinkommen und Preisindex des |

Kapitalbestandes in der Landwirtschaft
Deutschlands von 1850 bis 1939

- Tab. 6 Die Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel und die Löhne in der BRD von 1950/51 bis 1965/66
- Tab. 7 Die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte in Deutschland von 1850 bis 1938
- Tab. 8 Die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte in der BRD 1938/39 - 1965/66
- Tab. 9 Die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten in Deutschland und in der BRD von 1849 bis 1959
- Tab. 10 Die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in den Betrieben über 0,5 ha LN und ihren Haushaltungen in der BRD von 1939 bis 1964/65
- Tab. 11 Landwirtschaftliche Betriebe und Nutzfläche nach Größenklassen auf dem Gebiet der BRD von 1882 bis 1960
- Tab. 12 Die landwirtschaftlichen Betriebe nach Größenklassen ihrer LN in der BRD von 1949 bis 1965
- Tab. 13 Die Nahrungsmittelproduktion in der Bundesrepublik Deutschland von 1935/36 bis 1964/65
- Tab. 14 Die Verkaufserlöse der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland von 1935/36 bis 1964/65

- Tab. 15 Die landwirtschaftlichen Verkaufserlöse und ihre Verwendung in der BRD von 1951/52 bis 1964/65
- Tab. 16 Die Entwicklung der baren Betriebsausgaben der Landwirtschaft in der BRD von 1938/39 bis 1965/66
- Tab. 17 Schema der Aufwands- und Ertragsgrößen
- Tab. 18 Die Entwicklung der effektiven Betriebsergebnisse (Buchführungsergebnisse der landwirtschaftlichen Testbetriebe) in Nordwestdeutschland, Süddeutschland und in der gesamten BRD von 1956/57 bis 1964/65
- Tab. 19 Die Ertrags- und Einkommenslage der Landwirtschaft in der BRD (Ergebnisse der Vergleichsrechnung gem. § 4 LwG) von 1956/57 bis 1963/64
- Tab. 20 Der Abstand zwischen dem erzielten Lohn der Landwirtschaft und dem gewerblichen Vergleichslohn gem. § 4 LwG in der BRD von 1956/57 bis 1964/65
- Tab. 21 Der Abstand zwischen dem erzielten Lohn der Landwirtschaft und dem gewerblichen Vergleichslohn nach Betriebsgrößenklassen in der BRD von 1959/60 bis 1964/65
- Tab. 22 Der Kapitalbestand der Landwirtschaft in Deutschland und in der BRD von 1850 bis 1959
- Tab. 23 Betriebsinvestitionen und Zunahme des Fremdkapitals in den landwirtschaftlichen Betrieben der BRD von 1951/52 bis 1965/66

- Tab. 24 Die "Produktion" der Banken in Deutschland und in der BRD von 1850 bis 1959
- Tab. 25 Die Nettofinanzierung durch das Bankensystem in Deutschland und in der BRD von 1850 bis 1959
- Tab. 26 Die zentral zinsverbilligten Kredite an landwirtschaftliche Betriebe in der BRD in den Haushaltsjahren 1954 - 1965 nach Verwendungszwecken
- Tab. 27 Die Zinsverbilligung für Agrarkredite in der BRD 1956 bis 1966
- Tab. 28 Die Höhe und Fristigkeit des Fremdkapitals in der Landwirtschaft in der BRD vom 1939 bis 1966
- Tab. 29 Die Kredite der Kreditinstitute an Land-, Forst- und Wasserwirtschaft in der BRD von 1950 bis 1965
- Tab. 30 Die Entwicklung wichtiger Bilanzzahlen der Landwirtschaftlichen Rentenbank von 1951 bis 1966
- Tab. 31 Die Agrarkredite und Gesamtkredite der Kreditinstitute an Nichtbanken in der BRD nach Fristigkeiten und nach Institutsgruppen von 1952 bis 1966
- Tab. 32 Die Agrarkredite der Raiffeisengenossenschaften in der BRD von 1951 bis 1966
- Tab. 33 Die Entwicklung des Sparkassennetzes in Deutschland und in der BRD von 1936 bis 1966

- Tab. 34 Die unmittelbaren Agrarkredite der Sparkassen und der Girozentralen in der BRD von 1951 bis 1966
- Tab. 35 Die Fristen der unmittelbaren Agrarkredite der Sparkassenorganisation von 1951 bis 1966
- Tab. 36 Die Entwicklung der unmittelbaren und mittelbaren Agrarkredite der Sparkassenorganisation vom 30.9.1960 bis 30.6.1966
- Tab. 37 Die regionale Gliederung der unmittelbaren und mittelbaren Agrarkredite der Sparkassenorganisation am 30.6.1964
- Tab. 38 Die staatliche Zinsverbilligung der Agrarkredite in der BRD von 1962 bis 1964
- Tab. 39 Der Anteil der zweckgebundenen Mittel am Agrarkredit der Sparkassenorganisation
- Tab. 40 Die Entwicklung der Agrarkredite der Raiffeisen- und der Sparkassenorganisation im Rahmen des ges. Agrarkredits und der ges. Kredite an Nichtbanken
- Tab. 41 Fremdkapital und Zinsleistungen der Landwirtschaft in der BRD von 1938/39 bis 1965/66
- Tab. 42 Die Tilgungsverpflichtungen aus mittel- und langfristigen Krediten der Landwirtschaft in der BRD von 1957/58 bis 1965/66

- Tab. 43 Kurzfristige Verbindlichkeiten und Verkaufserlöse der Landwirtschaft in der BRD von 1957/58 bis 1965/66
- Tab. 44 Die kurzfristigen Verbindlichkeiten landwirtschaftlicher Betriebe in einzelnen Bundesländern per 1. Juli 1963
- Tab. 45 Das Fremdkapital der landwirtschaftlichen Betriebe in den wichtigsten Bundesländern per 1.7.1965
- Tab. 46 Vermögensvergleich landwirtschaftlicher Betriebe in Schleswig-Holstein. Investitionen, Entwicklung der Besatzwerte, der Nettokreditbelastung und des Vermögens von 1949/50 bis 1965/66
- Tab. 47 Die Kredite und Guthaben der landwirtschaftlichen Betriebe Schleswig-Holsteins von 1949 bis 1966
- Tab. 48 Kredite und Guthaben in landwirtschaftlichen Betrieben Schleswig-Holsteins nach der Höhe der Kredite in DM/haLN von 1957 bis 1966
- Tab. 49 Reinertrag und Kreditbelastung in 304 landwirtschaftlichen Betrieben Schleswig-Holsteins 1966

Tab. 50 Herkunft und Verwendung der Finanzierungsmittel sowie Vermögensentwicklung in 304 landwirtschaftlichen Betrieben Schleswig-Holsteins. Durchschnitt der Jahre 1960/61 bis 1965/66

Abkürzungsverzeichnis

AK	=	Vollarbeitskraft
BAnz	=	Bundesanzeiger
BewG	=	Bewertungsgesetz
BGBI	=	Bundesgesetzblatt
BMF	=	Bundesministerium für Finanzen
BML	=	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BRD	=	Bundesrepublik Deutschland
DRV	=	Deutscher Raiffeisenverband e.V.
dz	=	Doppelzentner
ELF	=	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
ERP	=	European Recovery Program
ESTG	=	Einkommensteuergesetz
EWG	=	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
GE	=	Getreideeinheit
GuVBl	=	Gesetz- und Verordnungsblatt
GV	=	Großvieheinheit
ha	=	Hektar
HypBankG	=	Hypothekenbankgesetz i.d.F. vom 5.2.1963 (BGBI I. 1963, S.81)
KWG	=	Gesetz über das Kreditwesen v.10.7.1961 (BGBI I. 1966, S.881)
LK	=	Ländliche Kreditgenossenschaften
LN	=	Landwirtschaftliche Nutzfläche
LR	=	Landwirtschaftliche Rentenbank, Frankfurt/M.
LwG	=	Landwirtschaftsgesetz vom 5.9.1955 (BGBI I. 1955, S.565)
OECD	=	Organization for Economic Co-operation and Development

OEEC = Organization for European Economic
Co-operation

REG = Reichserbhofgesetz vom 29.9.1933

RKG = Raiffeisen-Kreditgenossenschaften

RKO = Raiffeisen-Kreditorganisation

SO = Sparkassenorganisation

t = Tonne

WiGBL = Gesetzblatt der Wirtschaftsverwaltung
des vereinigten Wirtschaftsgebietes

Wj. = Wirtschaftsjahr

ZK = Zugkraft

5 - 10 ha = 5 bis unter 10 ha. Alle ähnlichen Grup-
pierungen umfassen die Betriebe und
Flächen bis unter die jeweilige Höchst-
grenze.

1966/67 = Wirtschaftsjahr (1.Juli - 30.Juni) 1966/67.

E i n l e i t u n g

1. Landwirtschaft und Agrarkredit im Strukturwandel der hochindustrialisierten Volkswirtschaft

Die Landwirtschaft ist besonders in hochindustrialisierten Nationen erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen unterworfen. Obgleich die Schwierigkeiten, die dieser Wandel mit sich bringt, in den einzelnen Volkswirtschaften unterschiedlich stark in Erscheinung treten, sind die Gründe der Veränderungen in den meisten dieser Länder die gleichen: 1)

- 1) Vgl. hierzu E.Boettcher, Die Funktion der Landwirtschaft in der entfalteten Konsumwirtschaft. In: Hohenheimer Hochschultag 1961. Sonderdruck. Stuttgart (1962). Insbes. S.78 ff. Ferner Colin Clark, The Conditions of Economic Progress. (cit. als: Progress). 3.ed.London u.New York 1960. Insbes.S.76 ff., S.421 ff., S.490 ff., S.565 ff. Ferner W.W.Rostow, The Progress of Economic Growth. 2.ed.Oxford 1960. Insbes.S.84 ff., S.136 ff., S.312 ff. Ferner W.G.Hoffmann, The Growth of Industrial Economics. (cit. als: Growth). Manchester 1958. Insbes. S.47 ff. Sowie ders., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19.Jahrhunderts. (cit.als: Wachstum). Berlin, Heidelberg u.New York 1965. S.33 - 95., S.229 ff., S.251 ff. Ferner J.Fourastié, Le Grand Espoir du XX è. Siècle. Progrès Technique - Progrès Economique - Progrès Social. 3.Aufl. Paris 1952. dt.: Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts. Köln-Deutz 1954. Insbes. S.29 ff., S.80 ff. Ferner G.Cassel, Theoretische Sozialökonomie. Leipzig 1918. Insbes. S.500 ff. Ferner W.Abel, Die drei Epochen der deutschen Agrargeschichte. (cit.als: Epochen). 2.Aufl. Hannover 1964. S.102 ff. Sowie A.Hanau, Die Stellung der Landwirtschaft in der sozialen Marktwirtschaft. (cit.als: Stellung). "Agrarwirtschaft Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung". (cit.als: "Agrarwirtschaft"). 7.Jg. (1958. H. 1. S.1 - 15.

1. Der technisch-biologische und der wirtschaftliche Fortschritt hat die Produktivität der Landwirtschaft so stark gesteigert, ¹⁾ daß der Bedarf an Nahrungsmitteln von einer immer kleineren Zahl landwirtschaftlicher Betriebe befriedigt werden kann.

2. Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen steigt zwar mit zunehmender Bevölkerung und steigendem Masseneinkommen, doch ist die Einkommenselastizität bei landwirtschaftlichen Produkten kleiner als 1. ²⁾ Die Tatsache, daß das Einkommen der Landwirtschaft trotz großer Produktivitätssteigerung mit dem Einkommen der übrigen Wirtschaftszweige nicht Schritt halten konnte, hat in der Landwirtschaft aller hochindustrialisierten Marktwirtschaften Anpassungsmaßnahmen ausgelöst und zum Ausscheiden zahlreicher landwirtschaftlicher Betriebe aus dem Produktionsprozeß geführt.

Verglichen mit der Entwicklung in ähnlich hochindustrialisierten Ländern verläuft dieser Prozeß in der BRD seit dem

1) vgl. hierzu

K. Padberg und H. Scholz, Die Entwicklung der Produktivität in der Landwirtschaft. "Berichte über Landwirtschaft Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft". (cit. als: "Berichte über Landwirtschaft"). N.F. Bd. 39. (1961) H. 4. S. 649 ff. Ferner

W. G. Hoffmann, Wachstum. a.a.O. S. 20 ff., S. 37 ff., S. 278 ff. Sowie

J. Fourastié, a.a.O. S. 29 f.

2) Diese Feststellung beruht auf dem "Engelschen Gesetz". Der deutsche Statistiker Ernst ENGEL stellte 1857 anhand von Haushaltsaufzeichnungen fest, daß der Anteil der Nahrungsmittelausgaben an den Gesamtausgaben der Verbraucher mit steigendem Einkommen abnimmt.

Ende des zweiten Weltkrieges besonders schnell; denn die deutsche Landwirtschaft hatte lange Zeit unter hohem Zollschutz gestanden, und es bestanden bis dahin keine chronischen Absatzprobleme, ¹⁾ während die Landwirtschaft der BRD heute - bei der Tendenz zur Überproduktion - der zunehmenden Konkurrenz hochleistungsfähiger Landwirtschaften der EWG-Partnerländer ausgesetzt ist. ²⁾

So ist im Bundesgebiet die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe über 2 haLN, die seit der ersten Betriebszählung im Jahre 1882 ständig zugenommen und mit 1,355 Mill. im Jahre 1939 ihren Höchststand erreicht hatte, bis zum Jahr 1967 auf 1,019 Mill. gesunken. Von 1949 bis 1967 gaben allein 538.000 Betriebe, darunter 322.000 Betriebe mit mehr als 2 haLN die Landwirtschaft auf. ³⁾

Von 1950/51 bis 1966/67 sank der betriebliche Arbeitsaufwand der Landwirtschaft gemessen in Vollarbeitskräften ⁴⁾ von 3,9 Mill. auf 1,8 Mill. AK um mehr als die Hälfte. ⁵⁾

1) L.Boettcher, Wirtschaftliche Integrationsprozesse der Gegenwart und genossenschaftliche Agrarpolitik. "Beiträge über Landwirtschaft". a.a.O. N.F. 103. Sonderheft. Marktintegration und agrarpolitisch relevante Tätigkeit der Genossenschaften. S.10.

2) Ebenda.

3) Errechnet aus: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Hrsg. BML, Hamburg und Berlin. (cit.als Statistisches Jahrbuch ELF). Jg. 1966/67. Tab.29. S.23 u. Tab.33. S.27 und Jg. 1968. Tab.33. S.27.

4) Statistisches Jahrbuch ELF. a.a.O. Jg.1966/67. S.38 und Jg. 1968. Tab.58. S.44. Fußnote 2.

5) Statistisches Jahrbuch ELF. a.a.O. Jg. 1968. Tab.58. S.44 und Tab.57. S.43.

Gefördert durch umfangreiche öffentliche Maßnahmen mit dem Ziel, die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft zu steigern¹⁾

1) LwG vom 5.9.1955. BGBl I. 1955. S.565, § 1.

C.Puvogel, Einführung (zum LwG). In: Bericht der Bundesregierung über die Lage der Landwirtschaft gem. § 4 des Landwirtschaftsgesetzes. (cit.als: Grüner Bericht). Jg.1956. Bonn 1956. S.9 - 16.

o.V. Agrarpolitik in Europa und Nordamerika. Erster Bericht des Ministerausschusses für Landwirtschaft und Ernährung des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC). Hrsg. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Bonn 1956. S. 83 f. Ferner Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dazugehörige Dokumente. Veröffentlichung Nr.9538 der Europäischen Gemeinschaften. Brüssel 1957. (cit.als: EWG Vertrag). Art. 38 bis 47. -

Dokumente der Landwirtschaftskonferenz der Mitgliedsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Stresa. (cit.als: EWG Dokumente Stresa). o.O. 1958. S.19 ff u. S. 227 ff.-

Hrsg. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Kommission. Erster Gesamtbericht über die Tätigkeit der Kommission Brüssel 1958. S.69 f.

Hrsg. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Kommission. Vierter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Kommission. Brüssel 1961. S.141 f.-

E.Engel, Die Agrarwirtschaft im gemeinsamen Markt. Hamburg-Berlin 1957. S.66 ff.-

Fifth Report on Agricultural Policies in Europe and North America, Trends in Agricultural Policies since 1955. Paris 1961. dt. Entwicklungen in der Agrarpolitik seit 1955. Fünfter Bericht über die Agrarpolitik in Europa und Nordamerika des Ministerausschusses für Landwirtschaft und Ernährung des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC), Hrsg. BML Bonn 1963. S.77 ff.

U.v.Pufendorf, Nationalstaatliche Agrarpolitik vor der Liquidation. "Offene Welt", Zeitschrift für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. (cit.als: Offene Welt). Nr.87. Köln-Opladen (März 1965). S. 67 ff.

haben die landwirtschaftlichen Betriebe in der BRD von 1950/51 bis 1966/67 allein in Wirtschaftsgebäuden und Maschinen netto 16,9 Mrd.DM investiert. ¹⁾ Im gleichen Zeitraum stieg das Volumen der von den Kreditinstituten an die Land-, Forst- und Wasserwirtschaft gewährten Kredite um 18,2 Mrd.DM. ²⁾

Dieser absolute Betrag läßt allerdings noch nicht erkennen, welche Bedeutung dem Agrarkredit für die Finanzierung betrieblicher Anpassungsmaßnahmen zukommt. Die Einkommensentwicklung im industriell-gewerblichen Bereich und die zunehmende Konkurrenz agrarisch hochentwickelter Partnerländer in der EWG erfordern in Zukunft verstärkte Anstrengungen, die landwirtschaftliche Produktion zu rationalisieren. Nur ein Teil der Betriebsinhaber wird künftig ein angemessenes Einkommen in der Landwirtschaft finden und ein noch geringerer Teil der Betriebe wird die hierzu notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen allein aus dem Betriebsergebnis finanzieren können. Die Bereitstellung von Fremdkapital durch die Agrarkreditinstitute ist deshalb für die künftige Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe von größter Bedeutung.

1) Errechnet aus Tab.23 und Statistisches Jahrbuch ELF. Jg. 1966/67. Tab.203. S.135. und Jg. 1968. Tab.208. S.141.

2) Errechnet aus Tab. 29.

2. Aufbau und Methodik der Arbeit

Ausgehend von einer Analyse der theoretischen Grundlagen betrieblicher und überbetrieblicher Anpassungsmaßnahmen werden im 1. Teil die Bestimmungsfaktoren, ihre Auswirkungen und die künftigen Möglichkeiten betrieblicher Anpassungsmaßnahmen in einem gemeinsamen Markt für Agrarerzeugnisse untersucht.

Im zweiten Teil, der die Entwicklung des bankmäßig organisierten Agrarkredits behandelt, wird untersucht, wie sich die betriebswirtschaftlichen Besonderheiten der Landwirtschaft, der Strukturwandel dieses Wirtschaftszweiges und die betrieblichen Anpassungsmaßnahmen auf das Kapital und den Kapitalbedarf der Landwirtschaft – insbesondere auf den bankmäßigen Agrarkredit – ausgewirkt haben. Im letzten Abschnitt werden anhand einer regionalen Erhebung die Beziehungen zwischen Kreditaufnahme, Kreditverwendung und Betriebsergebnis untersucht.

Abschließend werden im dritten Teil die Folgerungen für die künftigen Entwicklungsmöglichkeiten des Agrarkredits gezogen. Im Mittelpunkt steht dabei der Krediteinsatz unter den veränderten wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten eines gemeinsamen Marktes für Agrarprodukte; insbesondere wird nach Möglichkeiten gesucht, die geeignet erscheinen, die Kontrolle der betrieblichen Kreditverwendung zu verbessern.

Teil I

Der Anpassungsprozeß in der Landwirtschaft
Theoretische Grundlagen, Einflußfaktoren und Auswirkungen

A. Die optimale Organisation des landwirtschaftlichen

=====

Betriebes

=====

Theoretische Grundlagen

I. Begriff und Grundbedingungen der Anpassung

1. Der Begriff der Anpassung

Unter Anpassung werden die Maßnahmen verstanden, die der rational handelnde Unternehmer in dem Bestreben trifft, das Betriebsziel unter den sich ändernden betriebsinternen und betriebsexternen Daten zu erreichen.

In der Landwirtschaft sind insbesondere die Daten zu beachten, die seitens der öffentlichen Hand gesetzt werden mit dem Ziel, den Anpassungsprozeß zu beeinflussen. Bevor die Ursachen und Auswirkungen der Anpassung untersucht werden, sollen die Bedingungen analysiert werden, unter denen der landwirtschaftliche Einzelbetrieb wirtschaftet.

2. Zur Theorie des landwirtschaftlichen Betriebes

Ogleich für die Landwirtschaft durch THÜNEN ¹⁾ schon vergleichsweise früh eine geschlossene, auf dem Erwerbsprinzip beruhende Theorie entwickelt wurde, die in einem geschlossenen Modell das Gleichgewicht landwirtschaftlicher Produktion aus den Produktionsfunktionen und den auf Gewinn gerichteten, einzelbetrieblichen Maßnahmen partiell ableitete, wurden erst zu Beginn dieses Jahrhunderts durch AEREBOE ²⁾ und BRINKMANN ³⁾ Betriebslehre und Standortlehre zu einer mikroökonomischen Theorie des landwirtschaftlichen Betriebes verbunden.

-
- 1) J.H.v.Thünen, Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie. I. Teil. 1.Aufl. Hamburg 1826. 2.verb. und verm.Aufl. Rostock 1842. Beide Teile in: Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister. Bd. 13. Jena 1910.
 - 2) F.Aereboe, Landwirtschaftliche Rentabilitätsfragen. Arbeiten der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft. Berlin 1901. (cit.als: Rentabilitätsfragen).
 - 3) Th. Brinkmann, Die Ökonomik des landwirtschaftlichen Betriebes. Grundriß der Sozialökonomie. Abt. VII. Tübingen 1922. S. 27 - 124.

In der neueren Literatur ¹⁾ wird die Theorie des landwirtschaftlichen Betriebes auf den Grundsätzen der allgemeinen betriebswirtschaftlichen Theorie so aufgebaut, daß sie auch praktisch anwendbar und nachzuprüfen ist.

Diese Möglichkeit gewinnt in einem Zeitpunkt besonderes Gewicht, in dem einschneidende Veränderungen der Produktionstechnik zu zunehmender Verwendung von Kapitalgütern führen, deren Einsatz erhebliche technische und wirtschaftliche Probleme aufwirft.

1) s. Art. Der Landwirtschaftsbetrieb. E. Woermann,
(cit. als: Landwirtschaftsbetrieb)
Handwörterbuch der Sozialwissenschaften.
Stuttgart - Tübingen - Göttingen. o.J. Bd. 6.
S. 505 - 518.

Ders., Der landwirtschaftliche Betrieb im Preis- und Kostengleichgewicht. (cit. als: Betrieb)
In: Handbuch der Landwirtschaft. Bd. V.
Berlin und Hamburg 1954. S. 196 - 231.

G. Weinschenck, Die optimale Organisation des landwirtschaftlichen Betriebes. Untersuchungen zur Ermittlung des Gleichgewichts und der Preiselastizität der Erzeugung. (cit. als: Organisation)
Hamburg - Berlin 1964. Insbesondere S. 12 ff.

3. Die Prämissen und Bedingungen der Modellbetrachtung

Die betriebswirtschaftlich-theoretische Betrachtung des landwirtschaftlichen Betriebes geht von dem Prinzip der Gewinnmaximierung aus und leitet die Bedingungen, die im einzelnen Betrieb bei optimaler Organisation erfüllt sein müssen, aus der Grenzwerttheorie ab.¹⁾ Dabei wird die beliebige Teilbarkeit der Produktionsfaktoren und ferner die Möglichkeit unterstellt, daß die Faktoren innerhalb bestimmter Grenzen, bei sinkender Grenzrate der Substitution, frei kombiniert werden können.

Diese Voraussetzungen sind in der Praxis insbesondere dann nicht erfüllt, wenn bei hohem technischen Fortschritt technische Bindungen die Faktorkombination bestimmen und - im Gegensatz zur neoklassischen Theorie - zu kontinuierlich oder zu diskontinuierlich - linear steigenden Kostenkurven führen.

Mit zunehmender Technisierung des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses haben deshalb Produktionsmodelle mit diskontinuierlich-linearen Kostenfunktionen heute die größte Bedeutung.²⁾

1) s. hierzu: G.Weinschenck, Organisation. a.a.O. Insbesondere S. 20 ff.

2) s. hierzu: Teil III, Kapitel B II 2 sowie die dort angeführte Literatur. Insbesondere Th.Heidhues, Entwicklungsmöglichkeiten landwirtschaftlicher Betriebe unter verschiedenen Preisannahmen. "Berichte über Landwirtschaft Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft". Hrsg. BML. Neue Folge. Sonderheft 181. Hamburg und Berlin 1966. Insbes.S.40 ff.

Im neoklassischen Produktionsmodell ist das Betriebs-optimum ¹⁾ nur dann eindeutig zu bestimmen, wenn bei sukzessiver Produktionsausdehnung die Grenzkosten von einem bestimmten Punkt an steigen. Dies setzt voraus, daß technisch bedingte diseconomies of scale vorliegen oder die Ausdehnung der Produktion aufgrund eines hohen Anteils fixer Produktionsmittel dem Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs unterliegt.

Hinsichtlich der Anwendbarkeit des neoklassischen Modells insbesondere auf die landwirtschaftliche Produktion kommt WEINSCHENCK zusammenfassend zu dem Ergebnis, daß die Grundsätze der Grenzwerttheorie unabhängig von den produktionstechnischen Gegebenheiten und dem Verlauf der Kostenfunktionen Gültigkeit haben. " Wie jedoch die Bedingungen des Preis- und Kostengleichgewichts in Anpassung an diese Grundsätze zweckmäßig zu definieren sind, hängt von den technischen Gegebenheiten des Produktionsprozesses und dem daraus resultierenden Verlauf der Kostenfunktionen ab. " ²⁾

1) G.Weinschenck, Organisation. a.a.O. S.18.
(zur Definition des Betriebsoptimums)

2) Ders., Organisation. a.a.O. S. 44.

II. Theoretische Grundlagen der optimalen Organisation und der Anpassung im landwirtschaftlichen Betrieb

1. Die Besonderheiten des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses

Die Besonderheiten des landwirtschaftlichen Betriebes, die ihn insbesondere von der industriellen Produktion unterscheiden, sind bei der Bestimmung des Betriebsoptimums und der optimalen Anpassung an die sich ändernden technischen und wirtschaftlichen Daten zu berücksichtigen.

Die landwirtschaftliche Produktion ist weitgehend an den Boden als Produktionsfaktor gebunden; damit ist der Standort der Produktion für die meisten Betriebe festgelegt. Zugleich bestimmt die Qualität des Bodens weitgehend die Art der Bodennutzung; klimatische und topographische Gegebenheiten können bestimmte Möglichkeiten der Bodennutzung einschränken oder völlig ausschließen. ¹⁾

Technischer und biologischer Fortschritt kann - wie noch zu zeigen ist - diese natürlichen Einschränkungen mildern, jedoch nur selten ganz aufheben.

Eine weitere Besonderheit der landwirtschaftlichen Produktion ist darin zu sehen, daß die einzelnen Betriebszweige nicht eindeutig bestimmt sind, sondern in der Nutzung von Arbeit, Boden und Kapital stark voneinander abhängig sind. Dies zwingt den landwirtschaftlichen Betrieb, vor allem in den flächenabhängigen Betriebszweigen, zu vielseitiger Produktion.

1) s. G.Blohm, Allgemeine Landwirtschaftliche Betriebslehre. Stuttgart 1959. S.30 ff. u. S.43 ff.

Die Arbeitskapazität des Betriebes läßt sich wegen des naturabhängigen Arbeitsrhythmus meist nur dann voll nutzen, wenn die Produktionszweige harmonisch aufeinander abgestimmt werden; dennoch lassen sich erntebedingte Arbeitsspitzen auch maschinell häufig nicht ausgleichen.

Rückläufige Erträge oder steigende Kosten der Bodennutzung lassen sich nur durch eine bodenbiologisch bedingte Folge im Anbau bestimmter Kulturpflanzen vermeiden, die ihrerseits vielfältige Ansprüche an die menschliche Arbeit (Kultivierungsverfahren) und an die technischen Einrichtungen stellen. Schließlich erfordert auch die Viehhaltung über Pflege und jahreszeitlichen Futterausgleich eine vielseitige Betriebsorganisation.

2. Die Faktorkombination im landwirtschaftlichen Betrieb

Die Besonderheiten der landwirtschaftlichen Produktion, vor allem ihre Abhängigkeit von der Natur, mögen dazu beigetragen haben, daß sich die landwirtschaftliche Betriebslehre bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts weitgehend auf rein naturwissenschaftliche Erörterungen beschränkte. Im Gegensatz zum industriellen Bereich sind betriebswirtschaftliche, am Erwerbsprinzip orientierte Untersuchungen selten. ¹⁾ Erst bei AERLEBOE und BRINKMANN ²⁾ wird der landwirtschaftliche Betrieb als Organismus integrierender Kräfte aufgefaßt, der seine Leistungen unter dem Einfluß natürlicher Bindungen erstellt.

1. J.H.v.Thünen, a.a.O.

2. F.Aereboe, Allgemeine landwirtschaftliche Betriebslehre. 1. Aufl. Berlin 1917. S. 17 f. und Th.Brinkmann, a.a.O. S. 27 ff.

Diesen Kräften, die eine vielseitige Produktion erfordern, stehen als differenzierende, exogene Kräfte, der technische Fortschritt, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und der natürliche und wirtschaftliche Standort gegenüber. Die exogenen Faktoren wirken sich über die Preise auf den Betrieb aus und veranlassen ihn zu Anpassungsmaßnahmen, die darauf abzielen, im Gewinnmaximum zu produzieren.

Primär die exogenen Faktoren wirken sich über die Faktorpreise auf die drei fundamentalen Beziehungen, ¹⁾

1. die Faktor-Produkt-Beziehung,
2. die Faktor-Faktor-Beziehung und
3. die Produkt-Produkt-Beziehung

aus.

- (1) Das Preisverhältnis zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugnissen und den Produktionsmitteln bestimmt die Produktionsintensität. Je größer die Spanne zwischen Faktorkosten und Erlösen ist, desto mehr kann der Aufwand je Flächeneinheit gewinnbringend gesteigert werden.
- (2) Das Preisverhältnis zwischen den einzelnen Produktionsmitteln, zwischen den fremdbezogenen und den betriebsintern erstellten Produktionsmitteln, z. B. für Düngung und Fütterung, insbesondere aber zwischen

¹⁾ E.W. Kehrberg und E. Reisch, Wirtschaftslehre der landwirtschaftlichen Produktion. München - Basel - Wien. 1964. S. 57 und 60.

menschlicher Arbeit und technischen Hilfsmitteln, bestimmt die Zusammensetzung des Aufwandes.

- (3) Schließlich ist das Preisverhältnis zwischen den landwirtschaftlichen Produkten, vor allem zwischen pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen sowie den Primär- und Veredelungsprodukten bestimmend für die Produktionsrichtung, d.h. für Art und Umfang der Betriebszweige und den Flächenanteil einzelner Kulturen.

3. Kosten und Leistungen im landwirtschaftlichen Betrieb

Den sich ändernden Preisverhältnissen muß sich der Unternehmer anpassen, um gemäß seiner Zielvorstellung den höchstmöglichen Gewinn zu erwirtschaften. Dies setzt voraus, daß sämtliche Kosten und Leistungen des landwirtschaftlichen Betriebes erfaßt und so gegliedert werden, daß einerseits die typische organisatorische Einheit des Betriebes gewahrt bleibt und zum anderen der Einfluß jeder Änderung der Betriebsorganisation auf das Gesamtergebnis kosten- und leistungsmäßig exakt zu bestimmen ist.

In Schaubild 1 sind die Kosten und Leistungen des landwirtschaftlichen Betriebes in Haupt- und Nebenleistungen, Spezial- und Gemeinkosten sowohl nach Betriebszweigen wie nach ihrer Marktfähigkeit und ihrer betrieblichen Zurechnung gegliedert.

4. Die Determinanten des Betriebsoptimums

Grundlage der Theorie der landwirtschaftlichen Produktion ist die Grenzwerttheorie. Als Besonderheit ist - abgesehen von wenigen Ausnahmen bei Sonderkulturen - für den landwirtschaftlichen Unternehmer der Marktpreis als Datum und die Menge als primärer Aktionsparameter anzusehen. Dem Ertragsverlauf, wie er nach v. STACKELBERG ¹⁾ für die landwirtschaftliche Produktion in den bodenabhängigen Betriebszweigen als typisch bezeichnet wurde, entspricht bei GUTENBERG ²⁾ die Produktionsfunktion vom Typ A. Auf der Grundlage des Ertragsgesetzes ergeben sich für die landwirtschaftliche Produktion folgende Gesetzmäßigkeiten:

- (1) Bei konstanter Betriebsgröße und konstanter Leistungszeit wird die Produktmenge durch die Intensität des Einsatzes der Potentialfaktoren bestimmt.
Das Gewinnmaximum ist erreicht, wenn sich bei der zuletzt ausgebrachten Produktionsmenge Grenzkosten und Grenzertrag decken. ³⁾

-
- 1) H.v.Stackelberg, Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre.o.O. 1951. S.33 ff.
2) E.Gutenberg, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre. Bd.1. Die Produktion. 5.Aufl. Berlin - Göttingen - Heidelberg. 1960. S.195 - 228.
3) K.Mellerowicz, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre. 2.Bd. Berlin 1959. S.115 ff. (cit.als: Betriebswirtschaftslehre.)

- (2) Die Minimalkombination substituierbarer Faktoren ist erreicht, wenn durch verminderten Einsatz einer Einheit des einen Faktors die Kosten des Mehreinsatzes einer Einheit des zweiten Faktors aufgehoben werden, ¹⁾ d.h. wenn die Grenzproduktivität der eingesetzten Faktoren ihren Preisen proportional ist. ²⁾

Für die landwirtschaftliche Produktion ist die Minimalkostenkombination bei biologisch determinierten Produktionsverfahren und / oder Limitationalität eines Faktors, z.B. Boden oder verfügbare Arbeitskraft, mit den Methoden der Neoklassik nicht eindeutig zu ermitteln.

- (3) Die optimale Produktionsrichtung ist erreicht, wenn die Grenzrate der Substitution verschiedener Produkte dem reziproken Preisverhältnis der Produkte gleich ist, d.h. wenn die Ertragsminderung durch geringere Erzeugung des einen Produktes durch den Ertragszuwachs des mehrerzeugten zweiten Gutes ausgeglichen wird. ³⁾

1) E.Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie. Teil II. Tübingen 1961. S. 186 ff.

2) H.v.Stackelberg, a.a.O. S. 50.

3) s.hierzu E.w. Kehrberg und E.Reisch, a.a.O. S.62 ff.

Theoretisch ist die Produkt-Produkt-Beziehung in der Landwirtschaft in allen Fällen naturgesetzlicher Kuppelproduktion bei biologisch fixierten Mengenrelationen wie die Produktion eines Gutes zu behandeln.

Ist dagegen der Einsatz von Primärprodukten als Produktionsmittel in der Weiterverarbeitung (Sekundärproduktion) ökonomisch beeinflussbar, so ist die Beziehung zwischen Produktionsmittel und Produkt analog zu der Faktor-Produkt-Beziehung dann optimal, wenn die Grenzrate der Produktsubstitution der Primärproduktion der Grenzrate der Produktionsmittelsubstitution gleich ist. ¹⁾

5. Die gesamtbetrieblichen Beziehungen

Bei der organisatorischen Einheit des landwirtschaftlichen Betriebes sind die Gesetzmäßigkeiten zwischen den Leistungsfaktoren und dem Leistungsergebnis auf den einzelnen Produktionsebenen nicht zu trennen; vielmehr ist der Betrieb als Unternehmenseinheit ökonomisch erst dann optimal ausgerichtet, wenn die Produktionsintensität und Produktionsrichtung zugleich, d.h. die gesamte Faktorkombination, optimal gestaltet ist. Dies ist dann der Fall, wenn die in Geld gemessenen Grenzerträge aller eingesetzten Faktoren ihren Preisen - bzw. bei selbst-~~er~~stellten Produktionsmitteln den Grenzkosten ihrer Erzeugung - gleich und in allen Betriebszweigen gleich

1) s.hierzu E.W.Kehrberg und E.Reisch, a.a.O. S.62 ff.

hoch sind.

In der landwirtschaftlichen Produktion sind die Prämissen, die den Gleichgewichtsbedingungen des Modells zugrunde liegen, nur hinsichtlich der Intensität, d.h. des optimalen Aufwands je Flächeneinheit annähernd erfüllt. ¹⁾ Dagegen sind aufgrund der beschränkten Teilbarkeit der Produktionsmittel, des diskontinuierlichen Verlaufs der Grenzkosten und der technisch-biologischen Produktionsbedingungen in einzelnen Betriebszweigen wesentliche Voraussetzungen des Modells nicht erfüllt. Da sich zudem die partiellen Gleichgewichte zwischen der Zusammensetzung des Aufwandes und der optimalen Produktionsrichtung auf allen Betriebsebenen gegenseitig stark beeinflussen, läßt sich das Optimum der gesamten Betriebsorganisation nur definieren, wenn man den landwirtschaftlichen Betrieb als eine organisatorische Einheit auffaßt, in der verschiedene Produktionsverfahren im Rahmen der vorhandenen Produktionskapazitäten konkurrieren; ²⁾ das Produktionsverfahren wird durch das technisch oder biologisch determinierte Verhältnis von Aufwendungen und Leistungen eindeutig definiert. Die Produktionskapazität wird durch das Leistungspotential von landwirtschaftlicher Nutzfläche, Kapitaleinsatz und Arbeitskräftebesatz - zumindest kurzfristig - bestimmt.

Unter dieser Bedingung ist bei kurzfristiger Anpassung das Betriebsoptimum erreicht, wenn die einzelnen Produktionsverfahren innerhalb der gegebenen Kapazität von Arbeitskräften und Kapital und den natürlichen Anbaubeschränkungen soweit ausgedehnt werden, daß Grenzertrag

1) E. Woermann, Betrieb. a.a.O. S.199 ff.

2) G. Weinschenck, Organisation. a.a.O. S.69 ff.

und Grenzkosten einschließlich der Opportunitätskosten für kurzfristig fixe Faktoren einander gleich sind.

Wird dagegen der Arbeitskräfte- und Kapitaleinsatz bei langfristiger Anpassung als *variable* angesehen, so ist das gesamtbetriebliche Optimum erreicht, wenn zusätzlich zu den vorgenannten Bedingungen der Arbeitskräfte- und Kapitalbesatz so bemessen wird, daß die Differenz zwischen Grenzerträgen und Grenzkosten gleich Null ist, bzw. - bei beschränkter Teilbarkeit der Produktionsmittel - den geringsten noch positiven Wert annimmt.

6. Die optimale Betriebsgröße

In den bodenabhängigen Produktionszweigen ist neben den Faktoren Arbeit und Kapital auch die *Nutzfläche* in die betrieblichen Anpassungsmaßnahmen einzubeziehen. Die optimale Betriebsgröße läßt sich nur auf der Grundlage einer Kostenanalyse ermitteln, die den Kostenverlauf bei schrittweiser Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzfläche exakt erfaßt; dabei sind folgende Einflüsse auf die Durchschnittskosten und -leistungen je Flächeneinheit zu berücksichtigen: ¹⁾

Die Flächenaufstockung erweitert die Leistungskapazität und erlaubt den Einsatz größerer und leistungsfähigerer Maschinen. Besonders bei relativem Überbesatz an Arbeitskräften und Kapital sinken die Durchschnittskosten je Arbeitskraft, zumal die größere Leistungskapazität auch größere Bezugsmengen ermöglichen kann.

1) G.Weinschenck, Organisation. a.a.O. S.76 ff.

Andererseits wird die Flächenaufstockung dann unwirtschaftlich, wenn der durch diese Maßnahme erzielte Ertragszuwachs aufgrund einer gegebenen Ausstattung des Betriebes mit Arbeitskräften, Gebäuden und Maschinen die zusätzlich entstehenden Kosten (einschließlich der Nutzungskosten für die begrenzt verfügbaren Faktoren) nicht mehr übersteigt.

Der Einfluß der genannten Faktoren ist vom Ausmaß der Flächenaufstockung und dem Stand des technischen Fortschritts abhängig; je stärker die Flächen bei gegebenem Technisierungsgrad ausgedehnt werden, desto stärker wirken sich die wachsenden innerbetrieblichen Transportwege aus. Der Einfluß der Flächenaufstockung auf die Produktionsrichtung und die Produktionsintensität ist nur dann exakt zu ermitteln, wenn das betriebliche Rechnungswesen es gestattet, die Entwicklung der Kosten in Abhängigkeit von der Ausdehnung der Anbauflächen in degressive, proportionale und progressive Kosten aufzuspalten. Die optimale Anbaufläche ist dann erreicht, wenn das Betriebsergebnis (als in Geld gemessener Überschuß der Leistungen über die Kosten) durch weitere Expansion der Nutzfläche nicht mehr gesteigert werden kann. Dies ist der Fall, wenn sich Grenzkosten und Grenzertrag der Anbauausdehnung decken. ¹⁾

1) G. weinschenck, Organisation. a.a.O. S.78.

7. Kooperation und optimale Betriebsorganisation

Die wirtschaftlichen Vorteile der Flächenaufstockung zeigen zugleich die Grenzen einzelbetrieblicher Anpassungsmaßnahmen auf: bei der gegebenen Agrarstruktur mit weit überwiegender Zahl von Kleinbetrieben können optimale Betriebsgrößen nur dann geschaffen werden, wenn jeweils benachbarte Landeigentümer zu sich ergänzenden Flächendispositionen bereit sind. Dieser Zusammenhang wird durch überbetriebliche Abstimmung erheblich erleichtert.

Überbetriebliche Maßnahmen umfassen im weitesten Sinn alle Maßnahmen - einschließlich der Strukturverbesserung (Flurbereinigung, Melioration etc.) - die den einzelbetrieblichen Wirtschaftsbereich überschreiten. Im engeren Sinn werden unter diesem Begriff Maßnahmen im Produktionsbereich verstanden, die eine Zusammenarbeit (Kooperation) landwirtschaftlicher Produzenten voraussetzen. Der Zusammenarbeit liegen vertragliche - oder vertragsähnliche - langfristige Bindungen zwischen selbständigen Wirtschaftseinheiten zugrunde, von denen Einflüsse auf die Struktur und die Organisation der beteiligten Betriebe ausgehen; ¹⁾

-
- 1) E.Pabsch, Die ländlichen Genossenschaften in der Verbundwirtschaft. "Berichte über Landwirtschaft". Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft. Hrsg. BML. Hamburg und Berlin. (cit.als: Berichte über Landwirtschaft) N.F. Bd.41. (1963) S.45 ff.
 s.auch J.Vasthoff, Kooperation im Produktionsbereich der Landwirtschaft. "Agrarwirtschaft". Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung. (cit.als: Agrarwirtschaft). Hrsg. W.Busch, A.Hanau, H.Niehäus, R.Platt, P.Rintelen, E.Woermann. Sonderheft 20. Hannover 1966. S. 2 ff.

Gegenstand der Kooperation sind periodisch wiederkehrende Leistungen. Die Kooperation ist somit gegen die Unternehmenskonzentration und gegen das vertraglich begründete Einzelgeschäft abgegrenzt.

Auf der Grundlage vertraglich gesicherten Leistungsaustauschs zielen die kooperativen Maßnahmen darauf ab, einzelne Funktionen und / oder Betriebszweige aus den Einzelbetrieben auszugliedern und gemeinsam kostengünstiger durchzuführen. Entsprechend dem Ziel, die Betriebsorganisation zu vereinfachen ¹⁾ und zugleich die Beschaffungs- und / oder Absatzrisiken zu mindern, sind zu unterscheiden:

die mitteleinsatzbezogene Kooperation und
die produktbezogene Kooperation.

Bei mitteleinsatzbezogener Kooperation bietet die Betriebsmittelgemeinschaft Faktornutzungen an, ohne daß sich in den einzelnen Mitgliedsbetrieben (bei gemeinsam genutzten Kapitalgütern) die Eigentumsverhältnisse oder (bei gemeinsam genutzten Arbeitskräften) die Anstellungsverhältnisse ändern. Die kooperativen Maßnahmen zielen insbesondere

1) vgl.hierzu B.Andreae, Der vereinfachte Betrieb. (cit.als: Betrieb). Hamburg 1960 - Ders., Landbau bei hohem Lohn. (cit.als: Lohn). Stuttgart 1962. Insbes. S.67 ff. - Ders., Rationalisierungseffekte der Betriebsvereinfachung in verschiedenen Betriebsgrößenklassen. (cit.als: Rationalisierungseffekte). "Agrarwirtschaft". a.a.O. 12.Jg. H.5. (1963) S. 135 ff.
P.Rintelen, Möglichkeiten und Grenzen der Betriebsvereinfachung. "Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V." Bd.2. München - Basel - Wien 1964.
H.Bergmann, Arbeitsteilung und Spezialisierung in der Landwirtschaft. Essen 1962.

darauf ab, die Vorteile hochmechanisierter Produktionsverfahren, der "economies of scale" ¹⁾ sowie der Beschäftigungs- und Verfahrensdegression ²⁾ auch für die landwirtschaftliche Produktion zu nutzen und die in Klein- und Mittelbetrieben häufigen Disproportionalitäten ³⁾ dadurch zu vermindern, daß Produktionsfaktoren kooperativ genutzt werden.

Bei produktbezogener Kooperation werden für die kooperierenden Betriebe gemeinsame Bezugs-, Absatz- und innerbetriebliche Verwertungsmöglichkeiten für bestimmte Produkte geschaffen. Dabei sollen die mit höherem Spezialisierungsgrad der Mitgliedsbetriebe steigenden Produktions- und Marktrisiken durch kooperativen Bezug und (oder) Absatz gemindert und Marktchancen besser genutzt werden.

Die Kooperation ist somit eine Form der Anpassung. Der wirtschaftliche Effekt überbetrieblicher Maßnahmen, der sich vorwiegend daraus ergibt, daß Funktionen innerhalb der Mitgliedsbetriebe verlagert werden, hängt einmal von der Struktur und der Organisation der Einzelbetriebe, zum anderen von der Organisation der Kooperation ab. ⁴⁾

Das Optimum überbetrieblicher Zusammenarbeit ist erreicht, wenn die weitere Ausdehnung der Kooperation zu negativen Grenzgewinnen führen würde. Bezüglich der Produktionsfaktoren ist einschließlich der kooperativen Produktions-

1) s. E.Gutenberg, a.a.O. insbes. S. 306 ff.

2) s. hierzu E.O.Heady, Economics of Agricultural Production and Resource Use. New York 1952. S. 350 ff.

3) E.Gutenberg, a.a.O. S. 258 ff.

4) Zu den Formen der Kooperation siehe: Teil I. Kap. A III.

verfahren das Optimum dann erreicht, wenn alle Produktionsfaktoren - sofern ihr Einsatz nicht technisch oder naturgesetzlich bestimmt ist - so eingesetzt sind, daß der Grenzerlös der letzteingesetzten Faktoreinheit ihre Grenzkosten deckt und jeder Mehreinsatz zu negativen Grenzgewinnen führen würde.

8. Die Unterschiede zwischen idealer und realer Organisation des landwirtschaftlichen Betriebes

Die theoretisch-optimale und die reale Organisation landwirtschaftlicher Betriebe weichen voneinander ab. Diese Differenz beruht einmal darauf, daß das ökonomische Prinzip nicht konsequent verfolgt wird, zum anderen, daß einige Prämissen und Ziele der Modellbetrachtung aufgrund der biologischen und technischen Produktionsgegebenheiten nicht - oder nur bedingt - zu verwirklichen sind.

Vor allem die ungenutzte Kapazität technischer Aggregate wirkt sich in den vorherrschenden Klein- und Kleinstbetrieben ¹⁾ stark aus und führt zu diskontinuierlichem Verlauf von Kosten und Erträgen. Ferner limitiert der Boden in den genannten Größenklassen die Anpassungsmöglichkeiten.

1) Im Jahre 1966 wirtschafteten in der BRD 68% aller Betriebe auf Flächen unter 10 haLN (Statistisches Jahrbuch ELF. a.a.O. Jg. 1968. Tab.33. S.27) und 49% auf Flächen unter 5 haLN (Statistisches Bundesamt. In: Grüner Bericht. a.a.O. Jg. 1967. Tab. 10. S.179.)

Die Möglichkeiten des Zukaufs oder der Zupacht sind nur selten gegeben; da zudem mit wachsender Zahl der Betriebe auf einer gegebenen Fläche auch die Zahl der Parzellen je Betrieb zunimmt, ¹⁾ die Flurzersplitterung also gerade in den Kleinbetrieben am stärksten ist, produziert die Mehrzahl der Betriebe bei der gegebenen Betriebsstruktur zu suboptimalen Bedingungen. Die schwierige wirtschaftliche Lage dieser Betriebe und die bestehende Einkommensdisparität innerhalb der Landwirtschaft findet hierin zumindest teilweise ihre Erklärung.

Am stärksten werden insbesondere die bodenabhängigen Betriebszweige durch den Einfluß der Natur auf die landwirtschaftliche Produktion berührt. Die Hypothese, daß der landwirtschaftliche Betrieb als Mengenanpasser handelt, ist kurzfristig nicht aufrechtzuerhalten, weil die biologischen Reifezeiten die Prozeßdauer bestimmen und während des Wachstumszyklus keine Mengenreaktion auf Preisänderungen erlauben. Der Ernteertrag hängt keineswegs so eindeutig - wie im Modell unterstellt - von der eingesetzten Faktormenge, sondern weitgehend von den natürlichen Ertragsvoraussetzungen (Klima, Topographie, Bodenqualität) und von den biologischen Besonderheiten von Tier und Pflanze ab, deren Leistungsvermögen sich nur innerhalb naturgegebener Grenzen steigern läßt. Alle genannten Faktoren sind - vor

1) In der BRD wirtschafteten 1949 35,1 % der Betriebe auf mehr als 10 Teilstücken LN und 17,1 % auf mehr als 20 Teilstücken LN je Betrieb. (Statistik der Bundesrepublik Deutschland. Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe. Ergebnis der landwirtschaftlichen Betriebszählungen vom 22. Mai 1949. Bd. 7. H. 1. und 2. Stuttgart-Köln 1949. S. 20.)

allem in der bodenunabhängigen Produktion - durch technische, biologische und agrarchemische Fortschritte zu beeinflussen, in ihrer Wirkung aber nicht völlig auszuschalten.

Andererseits ist es gelungen, die technischen und ökonomischen Besonderheiten der landwirtschaftlichen Produktion in verfeinerten Modellen ¹⁾ weitgehend zu berücksichtigen. Dennoch bleibt das primäre Problem, daß die meisten Produktionsentscheidungen im landwirtschaftlichen Betrieb aus den genannten Gründen unter sehr unsicheren Erwartungen getroffen werden.

Schließlich weicht die unternehmerische Zielsetzung in der Praxis häufig von der Gewinnmaximierung ab. ²⁾ Im Einzelfall ist es schwer festzustellen, inwieweit eingeschränktes Gewinnstreben auf traditionsgebundene, subjektive Einstellung des Betriebsleiters oder aber auf ungünstige Wirtschaftsbedingungen zurückzuführen ist. Daher sind auch die Möglichkeiten betrieblicher und überbetrieblicher Anpassung in der Praxis unterschiedlich stark und häufig gar nicht genutzt worden.

1) vgl. hierzu Teil III, Kap.BII 2, sowie die dort angeführte Literatur, insbesondere Th.Heidhues, Dynamik der Anpassung in der Landwirtschaft. a.a.O. sowie ders., Entwicklungsmöglichkeiten landwirtschaftlicher Betriebe unter verschiedenen Preisannahmen. a.a.O.

2) vgl. hierzu E. Fleischhauer, Investitionstheorie und Realität unternehmerischer Entscheidungen in der Landwirtschaft. "Agrarwirtschaft", a.a.O. Sonderdruck aus H.1, 5 u. 6. (1967). S.41 ff.

III. Organisationsformen betrieblicher und überbetrieblicher Anpassung

1. Einzelbetriebliche Maßnahmen

Der Betriebsleiter verfügt über eine Vielzahl von Möglichkeiten, um den Betriebsgewinn auch unter sich ändernden Marktdaten zu steigern. Die einzelnen Maßnahmen zielen darauf ab, den Mengeneinsatz und die Kombination der Produktionsfaktoren oder die Produktionsrichtung des Betriebes zu verändern.

Die Höhe des Mitteleinsatzes kann bei der pflanzlichen Produktion durch die Düngung, in der Viehwirtschaft durch die Fütterung verändert werden. In beiden Bereichen können Art und Umfang der ertragssteigernden Maßnahmen differenziert werden: der Betriebsleiter kann zwischen Stall-, Grün- und Mineraldüngung wählen; in der Viehwirtschaft hat er die Wahl zwischen betriebseigenem Grünfutter, Silage oder fremdbezogenen, gewerblich erzeugten oder bearbeiteten Futtermitteln. Gleichzeitig kann er die Einsatzmenge je Flächen- bzw. Vieheinheit verändern.

Zum anderen kann das biologische Leistungsvermögen von Pflanze und Tier durch biologische Fortschritte gesteigert werden.

Die Zusammensetzung des Mitteleinsatzes betrifft vor allem die Art und die Menge der im Leistungsprozeß eingesetzten Sachgüter, den Arbeitsaufwand und die Möglichkeiten der Faktorkombination. Innerhalb des Sachaufwandes lassen sich wiederum einzelne Teilbereiche (Nutztvieh, Futter- und Düngemittel, Pflanzenschutzmittel) variieren und teilweise substituieren (z.B. tierische und motorische Zugkraft).

Die zwischen den Produktionsfaktoren menschliche Arbeit und Kapital bestehenden komplementären und substitutiven Beziehungen können ebenfalls variiert werden. Zwar läßt sich die menschliche Arbeitskraft nicht völlig durch Kapitalgüter ersetzen, doch lassen sich einzelne Teilprozesse nahezu voll mechanisieren. In den Sonderkulturen des Pflanzenbaues, die nur bedingt mechanisierbar sind, kann der Einsatz menschlicher Arbeit variiert werden. Auch in der Produktionsrichtung kann sich der Betriebsleiter veränderten Marktdaten anpassen, indem er im Rahmen des Gesamtbetriebes entweder die Betriebszweige pflanzlicher oder tierischer Produktion verstärkt und / oder den Betrieb dadurch vereinfacht, daß er sich auf diejenigen Produktionszweige spezialisiert, in denen er besonders kostengünstig arbeitet und über eine besondere Qualifikation verfügt. Gerade die Spezialisierung ist bei steigenden Kosten menschlicher Arbeit die bedeutendste Anpassungsmaßnahme, ¹⁾ der jedoch im Einzelbetrieb die komplementären Beziehungen zwischen tierischer und pflanzlicher Produktion und steigende Betriebs- und Marktrisiken enge Grenzen setzen; ²⁾ umso größere Bedeutung erlangen Anpassungsmaßnahmen auf der Grundlage überbetrieblicher Zusammenarbeit.

-
- 1) B.Andreae, Betrieb. a.a.O. - Ders., Lohn. a.a.O. insbes. S.67 ff. - Ders., Rationalisierungseffekte. a.a.O. S.135 ff.
G.Blohm, Die Neuorientierung der Landwirtschaft. (cit. als: Neuorientierung). 1.Aufl. Stuttgart 1963. S.16 u. S.97 ff. vgl. auch P.Rintelen, Betriebsvereinfachung. a.a.O. vgl. auch Th.Heiðhues, Über Anpassungsprozesse und Tendenzen in der Veredelungswirtschaft. "Berichte über Landwirtschaft." a.a.O. Bd.42. Bonn 1964.
- 2) E.Woermann, Betrieb. a.a.O. S.229 ff.
Ders., Spezialisierung - Chancen und Risiken. "Archiv der DLG". Bd.35. Frankfurt 1965.

2. Kooperative Maßnahmen

Da die kooperativen Maßnahmen die einzelbetrieblichen Anpassungsmöglichkeiten im überbetrieblichen Bereich erweitern, lassen sich ihre Wirkungsmöglichkeiten und konkreten Formen ebenfalls auf die drei Bereiche landwirtschaftlicher Produktionsentscheidungen, nämlich auf die Höhe und auf die Zusammensetzung des Mitteleinsatzes sowie auf die Produktionsrichtung beziehen.

a) Mitteleinsatzbezogene Kooperation

Kooperative Maßnahmen mit dem Ziel, die Höhe und die Zusammensetzung des Mitteleinsatzes zu verbessern, werden als mitteleinsatzbezogene Kooperation bezeichnet. Diese kann den Einsatzbereich sämtlicher Produktionsfaktoren: Boden, menschliche Arbeit und Kapital umfassen, doch sind in der Praxis die einzelnen Organisationsformen von sehr unterschiedlicher Bedeutung.

Von allen Kooperationsformen hat sich der überbetriebliche Maschineneinsatz bisher am stärksten ausgewirkt. Der Anreiz zu kooperativer Mechanisierung steigt mit zunehmenden Anschaffungskosten der Aggregate und steigenden Abschreibungsraten infolge erhöhten Verschleißes und beschleunigten technischen Fortschritts; die Zusammenarbeit wird zum anderen dadurch begünstigt, daß in einer immer kleineren Zahl von Betrieben die Voraussetzungen gegeben sind, die dem neuesten Stand der Technik entsprechende Maschinenzapazität voll zu nutzen. Dies gilt insbesondere für die modernen, hochspezialisierten Vollernteaggregate, während sich bei technisch ausgereiften, kleineren und universell einsetzbaren Geräten - zumal durch Erwerb von Gebrauchsmaschinen - auch für Mittel- und Kleinbetriebe wirtschaftliche Möglichkeiten zu kostengünstiger, einzelbetrieblicher

Mechanisierung bieten. ¹⁾

Da der Besatz mit Arbeitskräften vor allem in den Klein- und Mittelbetrieben relativ hoch und durch die Arbeitskapazität der Familie fixiert ist, läßt sich in diesen Betrieben ein höherer Mechanisierungsgrad oft nur durch kooperativen Maschineneinsatz wirtschaftlich realisieren. In der Praxis bietet sich, je nach Betriebsgröße und Art der eingesetzten Maschinen, ein sehr differenziertes Bild überbetrieblichen Maschineneinsatzes. ²⁾

Ziel des kooperativen Maschineneinsatzes ist es, durch verbesserte Auslastung der Aggregate die Degression der Fixkosten zu nutzen. Da dies auf sehr verschiedenartige Weise erreicht werden kann, sind zahlreiche Organisationsformen gebräuchlich. Aufgrund der Eigentumsverhältnisse kann der überbetriebliche Maschineneinsatz entweder in Einzel- oder in Gemeinschaftseigentum erfolgen.

Bei Einzeleigentum kann der kooperative Maschineneinsatz entweder durch Gewerbetreibende (Lohnunternehmen) oder durch Landwirte, und zwar im Lohneinsatz oder auf dem Weg der Nachbarschaftshilfe erfolgen. Bei der Maschinenhaltung in Gemeinschaftseigentum unterscheiden sich die Kooperationsgruppen nach ihrer Größe (Mitgliederzahl und Maschinenkapital) in solche mit oder ohne angestelltem Bedienungspersonal.

Aus den genannten Organisationsformen ergeben sich vielfältige Möglichkeiten, Preise, Kosten, Liquiditätsanforderungen sowie die personelle und technische Organisation den jeweiligen Gegebenheiten der sich zusammenschließenden Einzelbetriebe anzupassen. ³⁾

1) G.Blohm, Neuorientierung. a.a.O. 1.Aufl. S.12 ff.

2) s. Teil I Kapitel B II.

3) Zu den Besonderheiten der einzelnen Organisationsformen, insbesondere bei Einzel- bzw. Gemeinschaftseigentum, s. W.Jäger, Neue Formen Genossenschaftlicher Selbsthilfe in der Landwirtschaft. In: Quellen und Studien des Instituts für Genossenschaftswesen an der Universität Münster. Karlsruhe 1962. S.110 ff.

Bei Klein- und Mittelbetrieben mit relativ hohem Arbeitskräftebesatz ist für die Wahl der Organisationsform häufig entscheidend, ob der kooperative Maschineneinsatz auch die Möglichkeit zu überbetrieblichem Einsatz der Arbeitskräfte bietet. Bei außerbetrieblichem Maschineneinsatz pflegt und bedient der mit Arbeitskraft reichlich ausgestattete Betrieb die hochwertigen Aggregate als Eigentümer und verbessert damit die Auslastung sonst ungenutzter Maschinen- und Arbeitskapazitäten. Der Betrieb mit wenig Arbeitskräften kann durch die Kooperation saisonale Arbeitsspitzen ausgleichen. Die Möglichkeit, Faktorkapazitäten überbetrieblich auszugleichen, wächst mit zunehmender Größe der Kooperationsgruppe, wobei ökonomische Grenzen durch die steigenden Verwaltungs-, Vermittlungs- und Transportkosten gesetzt sind.

Ob sich der kooperative Maschineneinsatz vorteilhaft auf die Einkommen der Familienarbeitskräfte auswirkt, ist unbeschadet der Organisationsform und des erzielbaren Mechanisierungsgrades primär von der Möglichkeit abhängig, die im Einzelbetrieb freiwerdende Arbeitskapazität außerbetrieblich einzusetzen. Insbesondere in rein ländlichen Räumen, in denen Kleinbetriebe überwiegen, können kooperative Maßnahmen nur dann einkommenswirksam werden, wenn gleichzeitig außerlandwirtschaftliche Verdienstmöglichkeiten für teilweise freigesetzte Arbeitskräfte erschlossen werden. Aus diesem Grund sind in der Praxis Tendenzen erkennbar, die Kooperation - auch unabhängig vom Maschineneinsatz - auf den überbetrieblichen Einsatz von Arbeitskräften auszudehnen.

Analog zum Maschineneinsatz kann zwischen dem überbetrieblichen Einsatz einzeln oder gemeinschaftlich angestellter Arbeitskräfte unterschieden werden, doch sind hier die Organisations-

formen in der Praxis nicht so differenziert wie bei der kooperativen Maschinennutzung. Dies gilt vor allem für die Zusammenarbeit von Groß- und Kleinbetrieben bei der gemeinsamen Nutzung der in den Kleinbetrieben nicht voll ausgelasteten Familienarbeitskräfte. Ähnliche kooperative Möglichkeiten ergeben sich (vorwiegend in Mittel- und Kleinbetrieben) durch den zwischenbetrieblichen Austausch von unausgelasteten Maschinen- gegen Arbeitskapazitäten. Zu diesem Zweck können schon bestehende Maschinenringe zusätzlich ungenutzte Arbeitskapazitäten ihrer Mitgliedsbetriebe vermitteln.

Der überbetriebliche Einsatz von Lohnarbeitskräften ist wegen der weit überwiegenden Zahl von Familienarbeitskräften in der Landwirtschaft weniger bedeutend. Gebräuchlich sind die Organisationsformen der Beratungsringe und des Betriebshilfsdienstes.¹⁾

Im Beratungsring schließen sich mehrere Betriebe zusammen und stellen gemeinschaftlich einen oder mehrere Fachberater für Produktionstechnik und / oder Wirtschaftsberatung an. Die Zahl der Mitgliedsbetriebe liegt wesentlich höher als in den Maschinengemeinschaften.

Der Betriebshelfer sorgt dafür, daß die zusammengeschlossenen Betriebe vor allem in Notfällen über eine geschulte Arbeitskraft verfügen können; gerade in den Einmannbetrieben mit Viehwirtschaft ist die Weiterführung des Betriebes bei Krankheit oder die Möglichkeit einesurlaubes des Betriebsinhabers entscheidend davon abhängig, ob kurzfristig ein eingearbeiteter Vertreter verfügbar ist. In der Praxis ergeben sich die Schwierigkeiten dieser Kooperationsform vor allem aus fehlenden geschulten Arbeitskräften, die den Betriebsleiter zeitweilig voll ersetzen können.

1) W. Jäger, Der Betriebshilfsdienst, eine genossenschaftliche Organisationsform zur Neuordnung der Landarbeitsverfassung. "Zeitschrift für das gesamte Gemeinschaftswesen. Göttingen. Bd. 13 (1963). Sowie ders., Agrarsozialpolitik und Betriebshelfer. "Mitteilungen der DLG". Jg. 79. H. 32. (1964. S. 1097 ff.

Schließlich ist unter den Organisationsformen der mitteldeinsatzbezogenen Kooperation noch die gemeinsame Nutzung von Boden, Gebäuden und Kapital zu nennen. Die traditionellen Formen der Bodenbewirtschaftung sind Eigentum oder Pacht. Der Boden ist als Produktionsfaktor beliebig teilbar, so daß bislang - im Gegensatz zur Arbeitskraft - aus der Über- bzw. Unterkapazität nur ein geringer Anreiz zu gemeinschaftlicher Bodennutzung gegeben war. Erst seitdem der Boden - vor allem in Kleinbetrieben - zum begrenzenden Faktor weiterer Einkommenssteigerungen geworden ist, sind in den bodenarmen Klein- und Mittelbetrieben erste Möglichkeiten zu kooperativer Bodenbewirtschaftung genutzt worden. ¹⁾

Der betriebswirtschaftliche Vorteil der Kooperation besteht vorwiegend in der besseren Ausnutzung der vorhandenen Arbeits- und Maschinenkapazität sowie der Betriebsmittel. ²⁾ Diese Vorteile lassen sich aber organisatorisch in den vorgenannten Kooperationsformen, z.B. in Maschinengemeinschaften, meist leichter verwirklichen als in Bodennutzungsgemeinschaften. ³⁾

In der gemeinschaftlichen Nutzung von Gebäuden haben sich feste Organisationstypen bislang noch nicht herausgebildet.

- 1) s.auch A.Nienhaber, Neue landwirtschaftliche Unternehmungstypen in der Bundesrepublik? "Volkswirtschaftliche Schriften". H.87. Berlin (1965).
- 2) H.Kuss, Aufgaben und Bedeutung überbetrieblicher Zusammenarbeit aus betriebswirtschaftlicher Sicht. "Schriften des Verbandes der Landwirtschaftskammern." Bonn. H.10. (1962) S.10 ff. Sowie B.Andreae, Rationalisierungseffekte. a.a.O. S.315 ff.
- 3) Auf neue Formen der Konzentration von Einzelbetrieben zu Betriebsgemeinschaften siehe Teil III / Kap.B I 1 u. 2.

In der Praxis beschränken sich die ersten Versuche einer Kooperation auf neuerstellte Be- und Verarbeitungsanlagen (z.B. für die Saatgutveredelung oder Aufbereitungsanlagen für Futter) oder Neubauten für gemeinschaftliche Viehhaltung. Die meisten dieser Kooperationsformen sind jedoch nur noch begrenzt mitteleinsatzbezogen und primär darauf abgestellt, ein Produkt gemeinschaftlich zu erzeugen und zu verwerten.

b) Produktbezogene Kooperation

Die Maßnahmen produktbezogener Kooperation zielen im landwirtschaftlichen Betrieb vorwiegend auf die Verbesserung der Produktionsrichtung ab. Ziel dieser Maßnahmen ist es, den im landwirtschaftlichen Betrieb bestehenden Zwang zu vielseitiger Produktion dadurch zu mildern, daß die im Einzelbetrieb erzeugten Produkte überbetrieblich ausgetauscht werden, damit sich die zusammengeschlossenen Betriebe auf einzelne Betriebszweige spezialisieren und ein großhandelsfähiges Angebot unterbreiten können. ¹⁾

In der Viehwirtschaft erstreckt sich die überbetriebliche Zusammenarbeit vorwiegend auf den gemeinschaftlichen Bezug

-
- 1) Zum überbetrieblichen Austausch gewerblicher Güter mit dem nicht-landwirtschaftlichen Sektor (vertikale Integration) siehe O.Strecker, G.Roller, A.Saft, W.H.Schuch, Die Landwirtschaft und ihre Marktpartner. Neue Formen der Zusammenarbeit. "Landwirtschaft - Angewandte Wissenschaft". H.118. Hiltrup 1963. (cit.als: Marktpartner). - Ferner

G.Severac, Die vertikale Integration in der Landwirtschaft. Hrsg. EWG-Kommission. Reihe A. Nr.10. Brüssel 1963. Sowie G.Schmitt, Einige Bemerkungen zum Begriff und zur Theorie der vertikalen Integration in der Landwirtschaft. "Agrarwirtschaft". Jg.13. (1964) H.11. S.341 ff.

und die Verwertung von Wirtschaftsfutter und Vieh. Wirtschaftsfutter kann kooperativ entweder in einem Gemeinschaftsbetrieb verwertet werden, oder aber in viehhaltenden Kleinbetrieben, die bei zu geringer eigener Anbaufläche Futter aus jenen Großbetrieben beziehen können, bei denen die Fruchtfolge zu Grünfutterüberschüssen führt.

Beide Formen der Kooperation sind wirtschaftlich nur dann voll nutzbar, wenn langfristige Verträge die Risiken der Arbeits- und Funktionsteilung mindern. Dies gilt vor allem für die gemeinschaftliche Viehhaltung, die in den zusammengeschlossenen Betrieben häufig die Umstellung der gesamten Betriebsorganisation erfordert. Die Vorteile dieser Kooperationsform liegen primär in arbeitswirtschaftlich optimalen Bestandsgrößen, die bei der heutigen Betriebsstruktur, insbesondere bei relativ hohem Arbeitsbesatz, veralteten Gebäuden, unzureichender Futtergrundlage und bei dem Streben nach begrenzter Arbeitszeit in den meisten Klein- und Mittelbetrieben nicht zu verwirklichen sind. ¹⁾

c. Zusammenfassung und Folgerungen

Untersuchung und Vergleich der Organisationsformen der Kooperation ergeben, daß die einzelnen kooperativen Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen des betrieblichen Leistungsprozesses ansetzen: die Maßnahmen mitteleinsatzbezogener Kooperation zielen primär darauf ab, Produktionsintensität und Aufwandszusammensetzung zu verbessern (Funktionsspezialisierung), während die produktbezogene Zusammenarbeit vor allem zum Ziele hat, den natürlichen Zwang zu vielseitiger Produktion

1) s.hierzu J.Vasthoff, a.a.O. S.160.

zu mildern und eine Spezialisierung auf wenige Betriebszweige zu ermöglichen (Betriebszweigspezialisierung). Aus den natürlichen Produktionsgegebenheiten resultiert, daß sich die mitteleinsatzbezogene Kooperation stärker in der Außenwirtschaft, die produktbezogene Kooperation dagegen stärker in der Binnenwirtschaft auswirkt. ¹⁾

Ein Zusammenhang beider Kooperationsbereiche und ihrer Organisationsformen ergibt sich aus der Einheit des betrieblichen Leistungsprozesses.

Inwieweit die genannten Anpassungsformen praktisch Bedeutung erlangen, hängt davon ab, wie sich die Marktdaten entwickeln und den Einzelbetrieb zu anpassenden Maßnahmen zwingen. Die Entwicklung insbesondere auf den Absatzmärkten, zum anderen die betriebindividuellen Gegebenheiten und die fachliche Qualifikation des Betriebsinhabers entscheiden darüber, ob die betrieblichen und kooperativen Möglichkeiten ausreichen, dem Betriebsinhaber das angestrebte Einkommen zu sichern, ob der Betrieb nur noch zum Nebenerwerb bewirtschaftet werden kann, oder ob die selbständige landwirtschaftliche Produktion völlig aufgegeben werden muß.

1) E. Joermann, Spezialisierung - Chancen und Risiken. "Archiv der DLG". a.a.O. Bd.35. Frankfurt /M.(1965) S. 30 ff.

B. Die Entwicklung und die Auswirkungen des Anpassungs- prozesses landwirtschaftlicher Betriebe

I. Die Entwicklung der Einflußfaktoren

1. Die Entwicklung der Preise und der Preisverhältnisse

Unter den Faktoren, die die Anpassungsmaßnahmen landwirtschaftlicher Betriebe beeinflussen, sind vor allem die Preise und ihr Verhältnis zueinander zu berücksichtigen.

Das Preisverhältnis zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugnissen und den landwirtschaftlichen Produktionsmitteln wirkt sich primär auf die Produktionsintensität aus. Je größer der Preisabstand zwischen beiden Größen ist, desto höher kann - ceteris paribus - der Aufwand je Flächeneinheit gewinnbringend gesteigert werden.

Der Preisindex landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist für die Zeit vor dem zweiten Weltkrieg in Tabelle 1 dargestellt. Von der Jahrhundertwende bis 1913 stieg er um 27 v.H., während er in der gleichen Zeitspanne von 1925 bis 1938 um annähernd denselben Betrag (26 v.H.) sank.

Wegen der Vielzahl der im landwirtschaftlichen Leistungsprozeß eingesetzten Produktionsmittel läßt sich deren Preisindex nur näherungsweise ermitteln. Um vollständig zu sein, müßte ein solcher Index neben der Preisentwicklung für ertragssteigernde Produktionsmittel (Dünger, Kraftfutter) - technische Hilfsmittel (Geräte, Maschinen) - für Gebäude

und den landwirtschaftlich genutzten Boden auch die menschliche Arbeitskraft erfassen. Nur wenige der genannten Faktoren sind jedoch marktgängig; ferner müssen für alle innerbetrieblich erzeugten Produktionsmittel aus den Herstellkosten abgeleitete Preise zugrunde gelegt werden, um die Preisentwicklung der Produktionsmittel, die Grenzkosten und den Grenzertrag bestimmen zu können. Da dies aufgrund der natürlichen und personellen Ertragsvoraussetzungen nur betriebsindividuell geschehen kann und einheitlich basierte Preisindices nicht vorliegen, wird in Tabelle 2 die Preisentwicklung der landwirtschaftlichen Investitionen in Gebäuden, Maschinen, Geräten, Vieh und Vorräten vergleichsweise hinzugezogen.

Der Vergleich beider Indices zeigt, daß im Verlauf eines Jahrhunderts - begünstigt durch den technischen, biologischen und agrarchemischen Fortschritt - der Preisindex für landwirtschaftliche Investitionen gegenüber dem Preisindex landwirtschaftlicher Erzeugnisse erheblich gefallen ist. Übereinstimmend erreichten beide Indices auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise in den Jahren 1932/33 einen Tiefpunkt. In der Folgezeit stiegen beide Indices wieder an, doch vergrößerte sich ihr Abstand - unter dem Einfluß steigender Preise für industrielle Güter und staatlich fixierter Preise im Agrarbereich - zuungunsten der landwirtschaftlichen Produkte.

Insgesamt hat sich jedoch vor 1938 die Kaufkraft landwirtschaftlicher Erzeugnisse - gemessen an den Produktionsmitteln - stark erhöht. Das zeigt sich besonders ausgeprägt in einem Kaufkraftvergleich mit mineralischem Handelsdünger, wie ihn Tabelle 3 zeigt.

Seit 1950 erfaßt das BML regelmäßig die Preisentwicklung pflanzlicher und tierischer Produkte und die Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Hilfs- und Betriebsstoffe, allgemeine Wirtschaftskosten, Neuanschaffung und Unterhaltung von Maschinen und Gebäuden), so daß ein direkter Preisvergleich auf einheitlicher Basis erleichtert wird. Die Anteile der einzelnen Gruppen von Betriebsmitteln im Rahmen des Gesamtaufwandes werden dabei, übereinstimmend mit den effektiven Anteilen im Basisjahr, durch Wertungszahlen berücksichtigt.

Der Vergleich beider Indices in Tabelle 4 zeigt, daß mit Ausnahme der Jahre 1952/53 und 1953/54 die Erzeugerpreise jährlich stärker anstiegen als die Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel; der Investitionsanreiz, der sich hieraus ergibt, kann erst dann voll beurteilt werden, wenn die Lohnentwicklung als immer bedeutsamerer Teil des Gesamtaufwandes berücksichtigt wird.

Der bestehende enge Zusammenhang zwischen der Höhe und der Zusammensetzung des Aufwandes wurde bereits im Rahmen der Anpassungsmöglichkeiten untersucht. Um zu erreichen, daß auch unter sich ändernden Preisen und Preisverhältnissen die angestrebte Leistung mit den geringsten Kosten erstellt wird, ist dieser Zusammenhang so weit zu trennen, daß der Einfluß sich ändernder Preisverhältnisse zwischen menschlicher Arbeit und sachlichen Leistungsmitteln - den Hauptgruppen des Gesamtaufwandes - rechnerisch erfaßt werden kann. Dies gilt auch für die Preisänderungen zwischen selbsterstellten und fremdbezogenen Produktionsmitteln, den Hauptpositionen des Sachaufwandes.

In beiden Aufwandsbereichen sind die Preisverhältnisse nur schwer zu erfassen: die Familienarbeitskräfte werden nicht

zu festen Sätzen entlohnt; ein großer Teil des Sachkapitals wird nicht über den Markt bezogen. Maschinen werden häufig unter dem Marktpreis und gebraucht bezogen, Herstellungskosten und Abschreibungen der Gebäude werden unvollständig oder gar nicht erfaßt. Für die meisten selbsterstellten Produktionsmittel sind Preise auch mit einem hochentwickelten Rechnungswesen nur schwer zu ermitteln, ¹⁾ da diese Produktionsmittel - mangels geeigneter Substitutionsgüter - oft als Kuppelprodukte oder aus Gründen der Fruchtfolge erzeugt werden müssen. Da zwischen einzelnen Betriebsmitteln häufig komplementäre Beziehungen bestehen, sind menschliche Arbeit und Kapital die wichtigsten Faktoren, bei denen veränderte Preise zur Substitution im Rahmen des Gesamtaufwandes führen.

Tabelle 5 zeigt, wie sich die Preise in den beiden Hauptgruppen des Gesamtaufwandes bis 1939 entwickelten. ²⁾ Der Preisindex des Kapitals lag um die Mitte des 19. Jahrhunderts doppelt so hoch wie der Index des Arbeitseinkommens, der sich bis 1913 fast verdreifachte, während der Preisindex des Kapitalbestandes nur um 50 v.H.stieg.

1) E.Woermann, Betrieb. a.a.O. S.203 ff.

2) Der Analyse der Entwicklung vor 1939 liegt - soweit nicht anders vermerkt - das umfassende statistische Material aus W.G.Hoffmann, Wachstum.a.a.O. zugrunde. Das nach einheitlichen statistischen und methodischen Gesichtspunkten aufgearbeitete Zahlenmaterial bezieht sich als wirtschaftliche Einheit auf die "Deutsche Volkswirtschaft". Das Untersuchungsgebiet deckt sich mit der jeweiligen politischen Einheit "Reich" oder "Bund" und nach 1945 mit dem Gebiet der BRD ausschließlich Saarland und West-Berlin. Werteinheit ist die Mark als jeweils gesetzliches Zahlungsmittel. Um reale Vergleichsgrößen zu ermitteln, wird auf der Preisbasis 1913 = 100 indiziert.

Im Jahr 1930 erreichte das Arbeitseinkommen seinen absoluten Höchststand und übertraf erstmalig den Kapitalindex um 45 v.H. Beide Indices erreichten im Jahr 1933 auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise ihren niedrigsten Wert. Der Index des Arbeitseinkommens lag 1938 um 15 v.H. höher, der Kapitalindex jedoch um ca. 20 v.H. unter dem Wert von 1925.

Für den Zeitraum nach 1950 ermöglicht die amtliche Statistik den direkten Vergleich nicht nur zwischen Löhnen und Betriebsmitteln, sondern auch zwischen einzelnen Gruppen des Sachaufwandes; dieser Vergleich wird in Tabelle 6 vorgenommen.

Der Preisindex der Betriebsmittel lag 1950/51 erheblich über dem Index landwirtschaftlicher Gesamtlöhne. In der Folgezeit stiegen jedoch die Löhne stärker als die Preise der Betriebsmittel. Im Wirtschaftsjahr 1961/62 war der Gleichstand beider Indices erreicht, 1965/66 lag der Lohnindex um ca. 30 v.H. über dem Index der Betriebsmittel.

In der Basisperiode 1962/63 entfielen nur ca. 38 v.H. aller Ausgaben auf Betriebsmittel landwirtschaftlicher Herkunft und 62 v.H. auf den gewerblichen Bereich.¹⁾ Von 1959/60 bis 1965/66 ist der Preisindex gewerblicher Betriebsmittel um 19 v.H., derjenige landwirtschaftlicher Herkunft - in Abhängigkeit von den stark schwankenden Ernteergebnissen - nur um 12 v.H. gestiegen. Während die Preise für gewerblich erzeugte Betriebsmittel stabil waren und der Index der Energiekosten von 1959/60 bis 1965/66 sogar um 8 v.H. gesunken ist, sind insbesondere bei den gewerblichen Dienstleistungen im gleichen Zeitraum erhebliche Preissteigerungen zu verzeichnen (Unterhalt der Gebäude + 31 v.H., Unterhalt der Maschinen + 23 v.H.).²⁾

1) Grüner Bericht. a.a.O. Jg.1967. S.66

2) Grüner Bericht. a.a.O. Jg.1967. S.199.

Die Produktionsrichtung wird durch das Preisverhältnis landwirtschaftlicher Erzeugnisse untereinander - insbesondere durch das Verhältnis der Preise von tierischen zu pflanzlichen Erzeugnissen - beeinflusst.

Da der Betrieb erst dann mit maximalem Gewinn arbeitet, wenn die Grenzerlöse in allen Betriebszweigen gleich hoch sind, ist das Anbauverhältnis so auszurichten, daß der in Geld gemessene Gewinnbeitrag der letzten Aufwandseinheit gleich und in allen Betriebszweigen gleich hoch ist. Der Gewinnbeitrag des einzelnen Betriebszweiges wird dabei durch drei Faktoren bestimmt, deren Auswirkungen kalkulatorisch für jeden Produktionszweig zu trennen sind, um die Preiseinflüsse auf die Produktionsrichtung bestimmen zu können; die drei Einflußgrößen sind der Geldrohertrag, die Spezialkosten und der innerbetriebliche Wert der erzeugten Güter.¹⁾ Unmittelbar wirken sich die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse über den Geldrohertrag - als Produkt aus Naturalertrag und Marktpreis - auf die Produktionsrichtung des Einzelbetriebes aus. Die Preisveränderungen zwischen den wichtigsten Produktgruppen sind aus Tabelle 7 ersichtlich.

Bis zum Jahr 1938 lag - mit Ausnahme der Jahre 1929/30 - der Preisindex pflanzlicher Produkte, den Ernährungsgewohnheiten entsprechend, eindeutig (teilweise bis zu 50 v.H.) über dem Preisindex für Fleisch und mit geringen Ausnahmen (1925/26 und 1929) auch über dem Gesamtindex der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte. Deutlich höher als der Preisindex für Fleisch lag der Index "sonstiger tierischer Produkte". Insbesondere die Preise für Milch und Eier stiegen in dem Zeitraum zwischen den Weltkriegen stark an und lagen

1) E.Woermann, Betrieb. a.a.O. S.217 ff.

über denjenigen der Gesamtproduktion. 1)

Für den Zeitraum nach 1950 liegen gewogene Preisindizes (Durchschnitt 1961/62 bis 1962/63 = 100) aufgegliedert nach Erzeugnisarten vor, so daß auch relative Preisveränderungen zwischen einzelnen Erzeugnisgruppen zu ermitteln sind.

Tabelle 8 zeigt, daß sich das Preisverhältnis zwischen pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen vom Gleichstand des Jahres 1938/39 bis zum Jahre 1965/66 deutlich zugunsten der tierischen Produkte verändert hat; diese Preisverlagerung ist für die Produktionsrichtung der landwirtschaftlichen Betriebe umso höher zu bewerten, als sich der Anteil tierischer Erzeugnisse an der Gesamtproduktion der Landwirtschaft von 77 v.H. im Durchschnitt der Wirtschaftsjahre 1957/58 bis 1961/62 auf 81 v.H. im Jahre 1965/66 ständig erhöht hat. 2)

Der Preisindex tierischer Erzeugnisse lag - mit Ausnahme weniger Jahre - nicht nur höher, er stieg auch gleichmäßiger an als der Index pflanzlicher Güter, der teilweise (1950/51, 1960/61, 1963/64) bis zu 20 v.H. unter dem Preisniveau für tierische Erzeugnisse lag. Unter den tierischen Produkten lagen - das Wirtschaftsjahr 1965/66 ausgenommen - die Preisindizes für Schlachtvieh und für Milch, die zusammen ca. 90 v.H. der tierischen Produktion ausmachen, etwa gleich hoch. Angeregt durch veränderte Konsumgewohnheiten sind die Rindfleischpreise wesentlich stärker als die für Schweinefleisch angestiegen.

Unter den pflanzlichen Erzeugnissen liegen die Preise für Hackfrüchte besonders seit 1960, wesentlich höher als die für Getreide und Hülsenfrüchte.

1) s.hierzu Tab.7 sowie W.G.Hoffmann, Wachstum. a.a.O. Tab.137. S.561 f.

2) Grüner Bericht. a.a.O. Jg.1967. Tab.26. S.194.

Insgesamt haben sich auf allen drei Ebenen landwirtschaftlicher Produktion die Preise und Preisverhältnisse deutlich verschoben, wobei die Preisveränderungen im Zeitraum nach 1950, (vor allem im Verhältnis der Betriebsmittelpreise zu den Löhnen), - verglichen mit den Perioden von 1900 bis 1913 und von 1925 bis 1938 - besonders stark waren.

Die Auswirkungen dieser Preisentwicklung auf die Produktionsstruktur der Betriebe kann jedoch erst beurteilt werden, wenn man auch die subsidiären Maßnahmen der öffentlichen Hand zugunsten der Landwirtschaft berücksichtigt. Die finanziellen Beihilfen von Bund und Ländern haben sich nach dem zweiten Weltkrieg besonders stark auf Preise und Kosten und damit auf alle Ebenen des betrieblichen Produktionsbereiches ausgewirkt.

2. Die finanziellen Maßnahmen der Agrarpolitik

Die finanziellen Maßnahmen der Agrarpolitik setzen die gegen Ende des vorigen Jahrhunderts eingeleitete Agrarpolitik fort, die, ausgehend von einzelnen prohibitiven Zöllen - ergänzt um Schutzmaßnahmen der Handels-, Steuer-, Kredit- und Preispolitik - schließlich fast alle wirtschaftspolitischen Instrumente in einem systematischen Agrarprotektionismus einschloß.¹⁾ Dabei ist in allen hochindustrialisierten Staaten eine Tendenz festzustellen, die Agrarpolitik zunehmend mit finanziellen und finanzpolitischen Maßnahmen zu

1) s.hierzu o.V., Die Förderung der Landwirtschaft durch öffentliche Mittel. Hrsg. Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (Enquête-Ausschuß). (cit.als: Förderung). Bd.13 Berlin 1930. S.III f. u.S.12 f.

betreiben. Gemäß der Definition des Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft sind unter der finanziellen Förderung alle Leistungen und Geldmittel erfordernden Einrichtungen der öffentlichen Hand zu verstehen, durch die Produktion und Absatz in der Landwirtschaft beeinflußt und die Entfaltung der in der Landwirtschaft tätigen Kräfte begünstigt werden sollen.¹⁾

Im Reichshaushaltplan von 1901 wurden erstmalig 55.000 Mark zur Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung und Unterstützung wissenschaftlicher, technischer und ähnlicher Bestrebungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft angesetzt.²⁾

Im Jahre 1913 beliefen sich die Gesamtaufwendungen der öffentlichen Hand zugunsten der Landwirtschaft bereits auf 68 Mill. Mark; sie verdreifachten sich auf 185 Mill. Mark im Jahre 1926. Der Anteil von Reich und Staat an der Gesamtsumme erhöhte sich von 32 Mill. Mark (1913) auf 75 Mill. Mark (1926).³⁾

Von 1949 bis 1956 beliefen sich die Förderungsmittel der öffentlichen Hand auf 6,1 Mrd. DM, von denen 3,2 Mrd. DM durch den Bund, 0,45 Mrd. DM aus dem ERP-Vermögen und der Rest von den Ländern aufgebracht wurden. Mit 3,5 Mrd. DM wurde der weit überwiegende Teil der gesamten öffentlichen Mittel als Direktbeihilfen gewährt.⁴⁾

1) Ebenda. S. III.

2) K.H. Hansmeier, Finanzielle Staatshilfe für die Landwirtschaft. Zur Theorie einer sektoralen Finanzpolitik. Tübingen 1963. S. 81 ff.

3) o.V., Förderung. a.a.O. Enquête-Ausschuß. Bd. 13. S. 5.

4) H.G. Schlotter, Die finanz- und außenhandelspolitische Landwirtschaftsförderung in der Bundesrepublik Deutschland. Ausmaß, Struktur und künftige Möglichkeiten. Hannover 1964. S. 62 ff.

Bereits bevor 1956 der erste "Grüne Plan" von der Bundesregierung verabschiedet wurde, hatte sich das jährliche Volumen der öffentlichen Mittel von 0,31 Mrd.DM im Jahre 1949 auf 0,84 Mrd.DM (1955) erhöht. ¹⁾ Aufgrund der finanziellen Förderungsmaßnahmen des ersten "Grünen Planes" zugunsten der Landwirtschaft stiegen im Wirtschaftsjahr 1956/57 die direkten finanziellen Beihilfen zur Förderung landwirtschaftlicher Betriebe (Direktbeihilfen zur Erhöhung der Einnahmen, Verminderung der laufenden Ausgaben und zur Förderung der Anlageinvestitionen) mit 1,0 Mrd.DM auf 6,4 v.H. der Verkaufserlöse der Landwirtschaft, gegenüber nur 0,1 v.H. im Durchschnitt der drei vorangegangenen Wirtschaftsjahre (1953/54 bis 1955/56). ²⁾

Im Zuge dieser Entwicklung sind allein die unmittelbaren Ausgaben an die Landwirtschaft durch Bund, Länder und Gemeinden sowie durch den Lastenausgleichsfonds im Jahre 1966 auf 5,5 Mrd.DM ³⁾ und die Ausgaben des Bundes für den Grünen Plan 1966 auf 3,1 Mrd.DM angewachsen. Die anfänglich eng begrenzte Zahl der Verwendungsmöglichkeiten ist inzwischen auf ca. 70 verschiedene Programme gestiegen.

1) Ebenda. S.63.

2) Errechnet aus: H.G.Schlotter, a.a.O. Tab. 15. S.204

3) Statistisches Jahrbuch für die BRD. a.a.O. Jg.1968.S.394.

4) Einschl. 770 Mill.DM. Anpassungshilfe. (Statistisches Jahrbuch für die BRD. a.a.O. Jg.1967. S.429.)

Mit der Neuorientierung der Agrarpolitik, die das Ziel verfolgen, die wirtschaftliche und soziale Lage der Landwirtschaft derjenigen vergleichbarer Berufsgruppen anzupassen ¹⁾, sah das LwG von 1955 neben den indirekt wirkenden finanziellen Aufwendungen zur Verbesserung der Produktionsgrundlagen auch Direkthilfen zur Verbesserung der Einkommenslage der landwirtschaftlichen Bevölkerung vor. ²⁾

Grundlage dieser Maßnahmen ist die im Rahmen der jährlichen Vergleichsrechnung gemäß § 4 LwG festgestellte Differenz ("Disparität") zwischen dem erzielten Lohn der Landwirtschaft und dem gewerblichen Vergleichslohn. ³⁾ Diese Disparität ist durch das LwG über den betrieblichen Einkommensvergleich hinaus in der Folgezeit zur wichtigsten Richtgröße agrarpolitischer Maßnahmen geworden. Damit gewinnen die Direkthilfen zunehmende Bedeutung für die Betriebsorganisation; sie erhöhen die Einnahmen oder vermindern die Ausgaben und beeinflussen somit unmittelbar das Wirtschaftsergebnis des Einzelbetriebes.

Die im Rahmen der Grünen Pläne als Direkthilfen bereitgestellten Bundesmittel wurden bisher von Jahr zu Jahr gesteigert. Ausgehend von 455 Mill.DM im Wirtschaftsjahr 1955/56 ⁴⁾

1) § 1 LwG. BGBl. I. 1955. S.565.

2) §§ 5 u. 6 LwG. BGBl. I. 1955. S.565. vgl.hierzu auch Tab. 26 u. 27.

3) s.hierzu Teil I, Kap. B II 4 b, insbes. Tab. 20.

4) Grüner Bericht. a.a.O. Jg.1962. S.41.

erreichten sie im Wirtschaftsjahr 1965/66 die Höhe von 1,944 Mrd.DM. In den neun Wirtschaftsjahren von 1957/58 bis 1965/66 beliefen sich die Direkthilfen des Bundes an landwirtschaftliche Betriebe insgesamt auf 13,620 Mrd.DM; davon entfielen 7,2 Mrd.DM auf Zuwendungen zur Erhöhung der Einnahmen ¹⁾ und 6,4 Mrd.DM auf Hilfen zur Verminderung der Ausgaben. ²⁾

Allein im Wirtschaftsjahr 1965/66 betrugen die Direkthilfen zur Erhöhung der Einkommen 1,25 Mrd.DM, davon 678 Mill.DM als Förderungszuschlag zum Milchauszahlungspreis, 248 Mill.DM durch Fortfall der Umsatzsteuer für Be- und Verarbeitung der Milch und 328 Mill.DM als EWG-Anpassungshilfe. Die Hilfen zur Verminderung der Ausgaben beliefen sich auf 690 Mill.DM, davon 361 Mill.DM für die Verbilligung des Dieselkraftstoffes und 329 Mill.DM durch Fortfall der Umsatzsteuer auf der Erzeugerstufe. ³⁾

Als langfristig verfügbare Mittel, die zur Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen infrage kämen, sind diese Direkthilfen jedoch nicht anzusehen. Sie sind nur sachlich, nicht aber der Höhe nach gesetzlich festgelegt; ihr jährliches Volumen hängt entscheidend von der jeweiligen Haushaltslage ab. Da die Beihilfen zum großen Teil als Ausgleichsbeträge für

-
- 1) Förderungszuschlag zum Milchauszahlungspreis, Ausgleichsbeträge für Eier und Schlachtgeflügel, Umsatzsteuerausgleich für die Be- und Verarbeitung der Milch.
 - 2) Verbilligung von Handelsdünger und Dieselkraftstoff, Fortfall der Umsatzsteuer auf der Erzeugerstufe. (Grüner Bericht. a.a.O. Jg.1967. S.128.)
 - 3) Grüner Bericht. a.a.O. Jg.1967. S.128.

bestimmte Agrarprodukte gewährt werden, unterliegen sie darüber hinaus mit Inkrafttreten der europäischen Marktordnungen dem im EWG-Vertrag niedergelegten stufenweisen Abbau national gewährter Direktsubventionen.

Die Höhe der Direkthilfen hängt im Einzelfall von der Erzeugungsleistung des Betriebes und damit von vielfältigen Bestimmungsfaktoren ab; aus diesem Grund lassen sich die Auswirkungen auf die Ertragslage des einzelnen Betriebes nur näherungsweise ermitteln. Die Summe der Mehreinnahmen und der ersparten Ausgaben schwankt je nach Betriebsgröße und Bodennutzungssystem zwischen 6 und 18 v.H. des Betriebseinkommens. ¹⁾

3. Zusammenfassung

Die Entwicklung der Preise und der Preisverhältnisse sowie die finanziellen Beihilfen des Staates, die die Einnahmen der landwirtschaftlichen Betriebe erhöhen bzw. ihre Ausgaben vermindern sollen, sind für den Einzelbetrieb zwar wirtschaftlich relevante Daten, doch sind ihre Auswirkungen auf die Produktionsstruktur lediglich in der Theorie zu trennen.

Der Charakter des landwirtschaftlichen Betriebes und seine spezifischen Wirtschaftsbedingungen ermöglichen es dem Betriebsleiter nur selten, den betrieblichen Leistungsprozeß ausschließlich pretial auszurichten: so werden Produktionsrichtung und Aufwandszusammensetzung in der Praxis nicht nur von den Preisen und Preisrelationen der einzelnen Erzeugnisse und Betriebsmittel, sondern ebenso von den vorhandenen Ar-

1) Grüner Bericht. a.a.O. Jg.1966. S.114.

beitskräften, die überwiegend zur Familie des Betriebsleiters gehören, sowie von dessen fachlicher Qualifikation und Neigung bestimmt. Biologische Abhängigkeiten begrenzen ebenfalls die Möglichkeit, die Produktion ausschließlich nach den Marktdaten auszurichten: das Anbauverhältnis der Feldfrüchte muß den Anforderungen des Fruchtwechsels genügen; andererseits schließen der Bedarf an Grünfütter und die innerbetriebliche Verwertung nicht marktfähiger Kuppelprodukte einseitige und hochspezialisierte Tierhaltung oder Monokulturen weitgehend aus.¹⁾ Schließlich gibt die Preisentwicklung die technischen, biologischen und agrarchemischen Fortschritte nur unzureichend wieder. Neue Kultivierungs- und Zuchtverfahren und der inzwischen hochmechanisierte Arbeitsablauf erfordern - unabhängig von einzelnen Preisrelationen und ihrer Entwicklung - häufig die Umstellung der gesamten Betriebsorganisation.

Es bestehen somit - vor allem in der flächenabhängigen Produktion - vielfältige Zusammenhänge zwischen den einzelnen Ebenen des Produktionsprozesses, so daß sich die ceteris paribus Hypothese, die der isolierten Analyse der Preiseinflüsse zugrundeliegt, in praxi nicht aufrechterhalten läßt. Nur wenn im Einzelbetrieb die effektiven Aufwands- und Ertragsmengen exakt ermittelt werden, lassen sich die Auswirkungen veränderter Preise und Kosten auf den betrieblichen Leistungsprozeß beurteilen.

1) Dagegen ist die flächenunabhängige Produktion leichter zu spezialisieren.

II. Die Auswirkungen der Anpassung auf die landwirtschaftlichen Betriebe

1. Die Auswirkungen im Betriebsbereich

a. Die Mechanisierung des Produktionsprozesses

In Tabelle 22 ist die Entwicklung des Kapitalbestandes der Landwirtschaft von 1850 bis 1959 dargestellt. Der Kapitalbestand (ohne Boden) hat sich demnach in laufenden Preisen von 36,8 Mrd.Mark im Jahre 1900 auf 64,1 Mrd.Mark im Jahre 1939 erhöht; real (in Preisen von 1913) belaufen sich die Werte auf 42,9 bzw. 54,3 Mrd.Mark.

Im gleichen Zeitraum hat sich das in Maschinen und Geräten gebundene Kapital in der Landwirtschaft von 6,7 (real 5,8) Mrd.Mark auf 10,9 (real 9,8) Mrd.Mark erhöht. ¹⁾ Vergleicht man die Zeitabschnitte vor und nach dem ersten Weltkrieg, so wird der verstärkte Maschineneinsatz deutlich: von 1900 bis 1913 investierten die landwirtschaftlichen Betriebe insgesamt 1,74 (real 1,90) Mrd.Mark in Maschinen und Geräte; dies entspricht einem jährlichen Investitionsvolumen von durchschnittlich 124 (real 136) Mill.Mark. In der annähernd gleichlangen Zeitspanne von 1924 bis 1939 wurden dagegen 4,07 (real 3,40) Mrd.Mark für die Mechanisierung verwendet; das durchschnittliche jährliche Volumen für Maschineninvestitionen hatte sich also nach dem ersten Weltkrieg mit 271 (real 227) Mill.Mark mehr als verdoppelt. ²⁾

1) Vgl.hierzu Tab. 22.

2) Errechnet aus W.G.Hoffmann, Wachstum, a.a.O.
Tab.29 - 32. S.229 - 237.

Die Mechanisierung - vor allem der Feldwirtschaft - ist auch die wichtigste betriebliche Anpassungsmaßnahme in der Nachkriegszeit. ¹⁾ Sie zeigt sich in der rückläufigen tierischen und steil ansteigenden motorischen Zugkraft. Während die motorische Zugkraft von 23,1 Schlepper-PS/100 ha LN im Jahre 1950/51 auf 198,0 PS/100 ha LN im Jahre 1965/66 zunahm, sank die tierische Zugkraft im gleichen Zeitraum von 12,9 ZK/100 ha LN auf 2,7 ZK/100 ha LN. ²⁾

Von 1949 bis 1965 hat sich die Zahl der betriebseigenen Schlepper je 1000 ha LN von 5,5 auf 84,6 erhöht. ³⁾

Der Gesamtbestand an Mähdrechern stieg von 2500 (1953) auf 145000 im Jahre 1967. ⁴⁾

Auch in der Hofwirtschaft hat sich der Maschineneinsatz ständig erhöht: 1949 setzten in der BRD nur 5600 Betriebe, 1966 dagegen 460000 Betriebe eigene Melkmaschinen ein. ⁵⁾ Insgesamt wurden von 1951/52 bis 1965/66 von den landwirtschaftlichen Betrieben der BRD 29,1 Mrd.DM in neuen Maschinen investiert; dies entspricht einem jährlichen Investitionsvolumen - allein für die Mechanisierung der Betriebe - von durchschnittlich 1,94 Mrd.DM. ⁶⁾

-
- 1) s.hierzu W.Schaefer-Kehnert, Betriebswirtschaftliche Entwicklungslinien der Mechanisierung in der Westdeutschen Landwirtschaft. "Agrarwirtschaft". a.a.O. Jg.10.H.1. (1961). S.1 ff.
 - 2) Statistisches Jahrbuch ELF. a.a.O. Jg.1960. S.56 u. Jg.1968. S.58.
 - 3) Ebenda.
 - 4) Ebenda.
 - 5) Ebenda. S.58.
 - 6) s.hierzu Tab. 23.

b. Der Einsatz ertragssteigernder Betriebsmittel

Neben dem technischen Fortschritt wurden auch die Erkenntnisse der Agrarchemie zunehmend genutzt. Die verbesserten Preisrelationen zwischen den meisten pflanzlichen Erzeugnissen und dem Handelsdünger hatten zur Folge, daß im Pflanzenbau immer höhere Intensitätsstufen erreicht und der Einsatz der Reinnährstoffe je ha LN ständig gesteigert wurden. Von 1900 bis 1938 stieg der Mineraldüngerverbrauch bei Stickstoff von 2,5 auf 21,0 kg/ha LN, bei Phosphor von 11,7 auf 23,6 kg/ha LN und bei Kali von 4,7 auf 31,5 kg/ha LN. ¹⁾

Der Handelsdüngerverbrauch in der BRD hat sich, gemessen in 1000 t, von 1950/51 bis 1965/66 bei Stickstoff von 362 auf 874, bei Phosphor von 418 auf 833 und bei Kali von 659 auf 1190 erhöht. ²⁾ Dies entspricht im Wj. 1965/66 einem Reinnährstoffeinsatz von 62 kg Stickstoff, von 59 kg Phosphor und von 85 kg Kali je ha LN. ³⁾

Der Inlandsabsatz von Pflanzenschutzmitteln hat allein von 1962 bis 1966 von 100 auf 143 (Mengen in Wirkstoffgehalt) zugenommen. ⁴⁾

1) E.Woermann, Betrieb. a.a.O. S.208

2) Statistisches Jahrbuch ELF. a.a.O. Jg.1960.
S.62 u. Jg.1966/67. S.61.

3) Ebenda. S.60.

4) Statistisches Jahrbuch ELF. a.a.O. Jg.1968.
S.65.

c. Der Faktor Arbeit

Erst die verstärkte Mechanisierung der Feld- und der Hofwirtschaft machte es möglich, ein steigendes Produktionsvolumen mit einer seit 1950 stark sinkenden Zahl von Arbeitskräften zu erzeugen. Die zahlenmäßige Entwicklung der in der Landwirtschaft Beschäftigten ist aus Tabelle 9 ersichtlich. Die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft stieg von 8,3 Mill. im Jahre 1849 auf 9,8 Mill. im Jahr 1900. Vor dem ersten Weltkrieg erreichte die Zahl im Jahr 1913 mit 10,7 Mill. ihren Höchststand, fiel nach dem Krieg von 9,8 Mill. (1925) auf 9,0 Mill. (1938) und erreichte im Jahr 1939 mit 10,9 Mill. ihren absoluten Höchststand. Der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen an den Beschäftigten insgesamt sank ständig von 56 v.H. (1849) auf 27 v.H. im Jahre 1939.¹⁾

In der BRD ist die Zahl der ständig Beschäftigten von 1950/51 bis 1965/66 in den Betrieben über 0,5 ha LN von 5,1 Mill. auf 2,5 Mill. und die der nicht-ständigen Arbeitskräfte von 1,6 Mill. auf 1,1 Mill. zurückgegangen.²⁾

Rechnet man die ständig und zeitweise Beschäftigten in Vollarbeitskräfte (AK), um,³⁾ so ist der "betriebliche Arbeitsaufwand der Landwirtschaft"⁴⁾ von 1950/51 bis 1965/66 von 3,9 auf 1,8 Mill. AK um mehr als die Hälfte gesunken; bezogen auf 100 ha LN ging die Zahl der AK von 29,0 auf 14,6 AK zurück. Dieser Durchschnittswert aus allen Betrieben über 0,5 ha LN wird in den Kleinbetrieben jedoch fast um das

1) s.Tab. 9.

2) Statistisches Jahrbuch ELF. a.a.O. Jg. 1968. S.41.

3) Ebenda. S.37.

4) Ebenda. S.43.

Doppelte überschritten: 1965/66 waren in den Betrieben unter 10 ha LN 26,6 AK/100 ha LN und in den Betrieben über 10 ha LN nur 10,5 AK/100 ha LN eingesetzt. ¹⁾

Wie Tabelle 10 zeigt, sind die Lohnarbeitskräfte relativ zur Gesamtzahl aller Beschäftigten stärker zurückgegangen als die Familienarbeitskräfte. Da seit 1957/58 der überwiegende Teil der freigesetzten Lohnarbeiter aus Betrieben zwischen 20 und 50 ha LN stammte, ²⁾ die 1965/66 im Durchschnitt nur noch über weniger als 3 AK je Betrieb verfügten, ³⁾ bedeutet dies, daß in den meisten Betrieben dieser Größenklasse die traditionelle Lohnarbeitsverfassung ⁴⁾ der Familienarbeitsverfassung gewichen ist. Steigende Löhne haben also dazu geführt, daß etwa seit 1955 auch in den Betriebsgrößen über 20 ha LN bei steigender Mechanisierung zunehmend ohne Lohnarbeitskräfte gewirtschaftet wird; ⁵⁾ im Gegensatz zur allgemeinen Tendenz ist die Zahl der Familienarbeitskräfte in den Betrieben über 20 ha LN von 425.000 (1957/58) auf 499.000 (1966/67) gewachsen. ⁶⁾

1) Ebenda. S.43.

2) Die Zahl der in dieser Betriebsgrößenklasse ständig beschäftigten Lohnarbeitskräfte ging von 165000 (1957/58) auf 63000 (1965/66) zurück. (Ebenda. S.42.)

3) Grüner Bericht. a.a.O. Jg.1967. S.101.

4) G.Blohm, Neuorientierung. a.a.O. 1.Auf.S.110 ff.

5) H.Priebe, Grundzüge der landwirtschaftlichen Strukturentwicklung. (cit.als: Strukturentwicklung). In: Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft. Verhandlungen auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Luzern 1962. 1.Bd.Hrsg.: Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Berlin 1964. S.233.

6) Statistisches Jahrbuch ELF. a.a.O. Jg.1968. S.42.

2. Auswirkungen auf die Betriebsgröße und auf die Betriebsgrößenstruktur

Unter den Produktionsfaktoren weisen Grund und Boden die geringste Mobilität auf. Dies ist primär durch die überkommene Agrarverfassung begründet, die traditionell auf dem Privateigentum an Grund und Boden beruht. ¹⁾ Da in der BRD kaum geeignetes Brachland für landwirtschaftliche Nutzung kurzfristig verfügbar ist und in der Nachkriegszeit die Bodenpreise, beeinflußt durch die außer-landwirtschaftliche Nachfrage, ungewöhnlich stark gestiegen sind, war die Flächenaufstockung für die bestehenden Betriebe mit rechtlichen und organisatorischen Schwierigkeiten und hohen Kosten verbunden. Aus diesen Gründen hat sich die Betriebsgrößenstruktur vor dem zweiten Weltkrieg und in der unmittelbaren Nachkriegszeit kaum verändert.

Tabelle 11 zeigt die Entwicklung der Zahl landwirtschaftlicher Betriebe und der LN in den einzelnen Betriebsgrößenklassen von der ersten landwirtschaftlichen Betriebszählung im Jahre 1882 bis 1965. ²⁾ Die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe und der LN zeigt nahezu die gleiche Entwicklung wie die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten. Die Zahl der Betriebe nahm -bis auf eine geringfügige Rezession im Verlauf der Weltwirtschaftskrise - ständig zu und erreichte im Jahr 1939 mit 1,355 Mill. Betrieben ihren

1) Nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1960 wurden 85 v.H. der LN als Eigentum und nur 14,7 v.H. als Pachtland bewirtschaftet. (Grüner Bericht. a.a.O. Jg.1965. S.34.)

2) s.auch G.Drews, Wandlungen und Umschichtungen in der Betriebsgrößenstruktur der Landwirtschaft der BRD. "Berichte über Landwirtschaft", a.a.O. N.F.Bd.43.H.2. (1965). S.229 ff.

absoluten Höchststand. Innerhalb der einzelnen Betriebsgrößenklassen waren die Veränderungen vor dem zweiten Weltkrieg sehr gering. Lediglich der Anteil der Betriebe von 2 - 5 ha LN an der Gesamtzahl aller Betriebe sank bereits deutlich von 48 v.H. (1925) auf 41 v.H. im Jahre 1939, während die Betriebe mit 5 - 10 ha LN im gleichen Zeitraum anteilmäßig von 28 auf 31 v.H. und die Betriebe mit 10 - 20 ha LN von 16 auf 19 v.H. zunahmen. ¹⁾

Mit Fortdauer des Anpassungsprozesses haben die betrieblichen Maßnahmen seit 1950 zunehmend auch die Betriebsgröße und die Betriebsgrößenstruktur verändert. Dies gilt vor allem für die Kleinbetriebe, die durch veränderte Kombination von menschlicher Arbeit und Sachkapital das Einkommen nur begrenzt steigern können. Die Betriebe unter 20 ha LN arbeiten fast ausschließlich mit Familienarbeitskräften und verfügen im Durchschnitt nicht einmal über 2 Vollarbeitskräfte. ²⁾ In der Mehrzahl dieser Betriebe kann das Pro-Kopf-Einkommen im landwirtschaftlichen Hauptberuf nur dadurch gesteigert werden, daß die landwirtschaftliche Nutzfläche vergrößert wird. ³⁾

Seit 1960 hat sich die Flächenaufstockung auf die Betriebe von 20 bis 50 ha LN und seit 1965 verstärkt auf die Betriebe über 50 ha LN ausgedehnt. In den Mittel- und Großbetrieben ist jedoch im Gegensatz zu den Kleinbetrieben die

1) vgl.hierzu Tab. 11.

2) Grüner Bericht. a.a.O. Jg.1967. S.101.

3) G.Blohm, Neuorientierung. a.a.O.2.neubearb.Aufl. Stuttgart 1966. S.113 ff. u. S.137 sowie H.H.Herlemann, und H.Stamer, Produktionsgestaltung und Betriebsgröße in der Landwirtschaft unter dem Einfluß der wirtschaftlich-technischen Entwicklung. "Kieler Studien". Nr.44.Hrsg.F.Baade. Kiel (1958). S.39.

Mechanisierung Hauptursache für die Flächenaufstockung, da sich die hochspezialisierten Aggregate in den meisten Produktionszweigen nur dann vorteilhaft einsetzen lassen, wenn Schlaggrößen und Flurlage ein möglichst günstiges Verhältnis zwischen Rüst- und Einsatzzeiten sowie einen hohen Ausnutzungsgrad ermöglichen.

Unter dem Einfluß dieser Faktoren hat sich die durchschnittliche Betriebsgröße der Betriebe über 5 ha LN zwischen 1949 und 1966 von 6,95 auf 9,10 ha LN erhöht. ¹⁾

Die Veränderung der Betriebsgrößenstruktur verläuft jedoch in den einzelnen Betriebsgrößenklassen sehr unterschiedlich und wird deshalb in Tabelle 12 eingehend dargestellt. Seit 1949 sind folgende Entwicklungslinien hervorzuheben: ²⁾

Im gesamten Vergleichszeitraum von 1949 bis 1966 ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 1,9 auf 1,4 Mill. um 27 v.H., die LN jedoch nur um ca. 4 v.H. gesunken. Am stärksten - um 244000 - hat sich die Zahl der Betriebe in der Größenklasse von 5 - 10 ha LN vermindert, während die Betriebe von 10 - 20 ha LN am stärksten - um 35000 - zugenommen haben; allerdings ist auch in dieser Betriebsgrößenklasse im Jahre 1966 gegenüber 1964 erstmals ein Rückgang um 3200 Betriebe zu verzeichnen. Seit 1960 ist die Zahl der Betriebe von 20 - 50 ha LN um 19000 am stärksten gewachsen. Mit dieser Entwicklung zu den mittleren und oberen Betriebsgrößenklassen deckt sich die Verlagerung der Nutzfläche weitgehend. Noch deutlicher als die Zahl der Betriebe hat sich

1) Grüner Bericht. a.a.O. Jg.1967.S.39.

2) Zu den Zahlenangaben des folgenden Absatzes siehe: Grüner Bericht. a.a.O.Jg.1967.S.37 ff.

die LN in der Betriebsgrößenklasse von 10 - 20 ha LN erhöht; gemessen am Zugang der LN hat diese Betriebsgrößenklasse von 1960 bis 1966 doppelt so stark zugenommen wie gemessen an der Zahl der Betriebe. Hierin zeigt sich deutlich, daß die durchschnittliche Betriebsgröße auch innerhalb der einzelnen Betriebsgrößenklassen gestiegen ist. Auf die Betriebe über 20 ha LN, die als einzige von 1965 bis 1966 sowohl zahlenmäßig wie auch gemessen an der LN zunahmen, entfielen 1966 nur 11 v.H. der Betriebe, jedoch 41 v.H. der gesamten LN.

Die durchschnittliche Betriebsgröße zeigt ein deutliches Nord-Süd-Gefälle: 1966 wiesen Schleswig-Holstein und Hamburg mit 19,4 ha LN die größten und Württemberg-Baden mit 5,8 ha LN die niedrigsten Durchschnittswerte in der BRD auf. ¹⁾ Der höchste Flächenzuwachs je Betrieb ist im Vergleichszeitraum in den nordwestdeutschen Betrieben festzustellen. ²⁾ Die Flächenaufstockung in den mittelbäuerlichen Betrieben ist bei leicht rückläufiger Gesamtfläche davon abhängig, daß klein- und zunehmend auch mittelbäuerliche Betriebe Betriebsflächen abgeben, die Landwirtschaft nur noch als Zu- bzw. Nebenerwerb betreiben, oder den Betrieb völlig aufgeben. Nach Schätzung des BML ³⁾ waren 1966 von den Betrieben über 0,5 ha LN

35 v.H. Vollerwerbsbetriebe	(72 v.H.der LN)
22 v.H. Zuerwerbsbetriebe	(16 v.H.der LN)
43 v.H. Nebenerwerbsbetriebe	(12 v.H.der LN).

1) Errechnet aus: Grüner Bericht. a.a.O. Jg.1967. Tab.10.S.179 und Tab.11.S.180.

2) Grüner Bericht. a.a.O.Jg.1966.S.37.

3) Grüner Bericht. a.a.O.Jg.1967.S.40.

Von 1949 bis 1966 gaben in der BRD 515.700 Betriebe die Landwirtschaft auf. ¹⁾

3. Die Auswirkungen der Anpassungsmaßnahmen auf Produktivität und Erlöse

a. Die Auswirkungen auf die Produktivität

Als Ergebnis der betrieblichen Anpassungsmaßnahmen ist die Produktivitätssteigerung das hervorstechendste Ergebnis. ²⁾

Durch den verstärkten Einsatz ertragssteigernder Betriebsmittel haben sich die Hektarerträge in dz/ha LN bei den Hauptfeldfrüchten seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts wie folgt entwickelt: ³⁾

Jahr	1850	1900	1913	1920	1939
bei Roggen	8,7	14,4	19,1	11,5	19,8
bei Weizen	11,6	18,7	23,5	16,3	23,5
bei Kartoffeln	66,6	126,0	158,6	115,1	182,2
bei Zuckerrüben				243,6	333,4

Trotz der 1939 erreichten hohen Bodenproduktivität konnten die Hektarerträge nach dem zweiten Weltkrieg noch erheblich

1) Statistisches Jahrbuch ELF. a.a.O.Jg.1968.S.27

2) s.auch A.Hanau u. F.C.Rustemeyer, Der Produktivitätsbegriff, Definition, Messung und Anwendung. "Agrarwirtschaft", a.a.O.Jg.14.H.1. (1965) S.3 ff. Sowie Padberg-Scholz, a.a.O. S.649 ff.

3) W.G.Hoffmann, Wachstum. a.a.O. Tab.49. S.278 ff.

gesteigert werden. Die Hektarerträge bei den Hauptfeldfrüchten stiegen von 1951 bis 1966 in der BRD wie folgt: ¹⁾

bei Winterroggen von	23,2 auf	26,5 dz/ha LN
bei Winterweizen von	27,3 auf	32,9 dz/ha LN
bei Spätkarttoffeln von	219,4 auf	261,0 dz/ha LN
bei Zuckerrüben von	324,1 auf	405,3 dz/ha LN.

Über den Getreideeinheitenschlüssel ²⁾ ist es möglich, die Leistung aller landwirtschaftlichen Betriebe und Betriebszweige in der Brutto-Bodenproduktion und in der Netto-Nahrungsmittelproduktion mengenmäßig zusammenzufassen und über den Zeitraum von 1950/51 bis 1965/66 zu vergleichen. ³⁾

Die Brutto-Bodenproduktion stellt die gesamten Erträge aller landwirtschaftlich genutzten Flächen dar. Sie ist im Vergleichszeitraum von 42 auf 47 Mill.t angestiegen. ⁴⁾ Die Netto-Nahrungsmittelproduktion umfaßt alle Mengen pflanzlicher und tierischer Nahrungsmittel und Rohprodukte, die für private und gewerbliche Zwecke verfügbar werden, abzüglich der tierischen Produktion aus eingeführten Futtermitteln. ⁵⁾ Die Netto-Nahrungsmittelproduktion ist im Vergleichszeitraum von 32 auf 41 Mill. t gesteigert worden. ⁶⁾

1) Durchschnitt 1949/1951 im Vergleich zu 1966.
(Statistisches Jahrbuch ELF. a.a.O.Jg.1968.
Tab.115.S.81.)

2) Statistisches Jahrbuch ELF. 1966/67. S.124.

3) Vergleiche hierzu und zum folgenden Tab.13.

4) Statistisches Jahrbuch ELF. a.a.O.Jg.1966/67. S.125.

5) Ebenda. S.124.

6) Ebenda. S.125.

Bezogen auf die gesamte LN in den Betrieben über 0,5 ha LN hat sich die Brutto-Bodenproduktivität im Vergleichszeitraum von 30 auf 35 GE/ha LN erhöht. ¹⁾

Da der Arbeitsaufwand in AK gleichzeitig um mehr als die Hälfte sank, ist die Arbeitsproduktivität von allen Vergleichsgrößen am stärksten gestiegen. Gemessen an der Netto-Nahrungsmittelproduktion konnte die naturale Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft von 1950/51 bis 1965/66 auf das Dreifache gesteigert werden. ²⁾ Damit hat sich die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft im Vergleichszeitraum stärker als zu jeder vorangegangenen Periode und auch stärker als in anderen Wirtschaftsbereichen erhöht. ³⁾

b. Die Auswirkungen auf die Verkaufserlöse und ihre Verwendung

Die Gegenüberstellung der Verkaufserlöse und der Betriebsausgaben ⁴⁾ läßt die Auswirkungen der Anpassungsmaßnahmen auch im finanziellen Bereich erkennen. So sind die Verkaufs-

-
- 1) Ebenda, errechnet aus Tab.188. S.125 sowie Grüner Bericht a.a.O. Jg.1967. S.38. Vergl.auch H.Priebe, Die Agrarpolitik am Wendepunkt. (cit.als: Wendepunkt). In: Agrarpolitik im Umbruch. Hrsg. Frankfurter Bank. Frankfurt/M. 1964. S.8 ff.
 - 2) 1950/51: 8 GE/AK; 1965/66: 22 GE/AK. (Errechnet aus: Statistisches Jahrbuch ELF. a.a.O. Jg.1966/67. S.125 und S.43.)
 - 3) Von 1950 bis 1959 stieg die Arbeitsproduktivität in der Industrie jährlich um 4,4 v.H., in der Landwirtschaft dagegen um 5,6 v.H. (W.G.Hoffmann, Wachstum. a.a.O. Tab.8. S.37.)
 - 4) vgl.zu diesem Abschnitt die Tabellen 15 und 16.

erlöse der Landwirtschaft im Vergleichszeitraum von 1950/51 bis 1964/65 um 198 v.H. von 9,4 auf 25,7 Mill.DM gestiegen. (vgl. Tabelle 14.) Dabei sind die Erlöse für tierische Erzeugnisse erheblich stärker gestiegen als die der pflanzlichen Produktion.

Im Vergleichszeitraum haben sich auch die Barausgaben der Landwirtschaft von 9,4 auf 19,4 Mrd.DM mehr als verdoppelt; sie beanspruchten im Wj. 1964/65 75 v.H. der gesamten Verkaufserlöse ¹⁾ und sind in ihrer Höhe ein Indiz für die immer stärkere monetäre Verflechtung der Landwirtschaft mit der Industrie und dem Gewerbe als den Lieferanten landwirtschaftlicher Betriebsmittel. Schlüsselt man die gesamten Barausgaben auf, so wird deutlich, wie stark sich die Mechanisierung auch im finanziellen Bereich auswirkt. Durch die Substitution von menschlicher Arbeit durch Kapital haben sich die Ausgaben für sächliche Betriebsmittel im Rahmen der gesamten Betriebsausgaben - wie Tabelle 16 zeigt - überproportional erhöht. Während die Ausgaben für sächliche Betriebsmittel im Vergleichszeitraum um 216 v.H. anstiegen, nahmen die Betriebsausgaben insgesamt nur um 169 v.H. zu. Demgegenüber erhöhten sich die Barausgaben für die Lohnarbeitskräfte infolge der Freisetzung von Arbeitskräften unterproportional nur um 31 v.H. Infolge dieser Entwicklung hat sich die gesamte Ausgabenstruktur verändert; während die Barlöhne 1950/51 noch 20 v.H. der Gesamtausgaben ausgemacht hatten, ist ihr Anteil bis 1964/65 auf 9 v.H. gesunken. Die Barausgaben für Betriebsmittel sind dagegen im gleichen Zeitraum von 71 v.H. auf 84 v.H. der Gesamtausga-

1) siehe hierzu Tab. 15.

ben angestiegen. Auf das Maschinenkapital (Neuanschaffungen, Pflege, Reparaturen und Brennstoffe) entfiel im Jahre 1964/65 mit ca. 5,8 Mrd.DM knapp ein Drittel der gesamten Barausgaben. ¹⁾

Als Ergebnis der Rationalisierung konnte der zwischen Verkaufserlösen und Barausgaben verbleibende Differenzbetrag im Vergleichszeitraum nominal nahezu auf das 2 1/2fache gesteigert werden. Aus diesem Restbetrag müssen vor allem die Familienarbeitskräfte entlohnt werden. Im Gegensatz zu den tariflich festgelegten Fremdlöhnen läßt sich der "Lohn für die Familienarbeitskräfte" lediglich kalkulatorisch als "Lohnanspruch" in die Ausgabenrechnung einbeziehen. ²⁾

Stellt man diesen Lohnanspruch der Familienarbeitskräfte in der vom BML errechneten Höhe ³⁾ dem - zwischen Verkaufserlösen und gesamten Barausgaben verbleibenden - Differenzbetrag gegenüber, so zeigt sich, daß trotz aller Rationalisierungsmaßnahmen das Verhältnis zwischen beiden Größen nicht verbessert werden konnte: seit dem Wirtschaftsjahr 1959/60

1) Grüner Bericht. a.a.O. Jg.1966. Tab.33. S.186.

2) vgl.Tab. 15 u. 17.

3) Der Lohnanspruch der Familienarbeitskräfte setzt sich wie folgt zusammen: für die ständigen und nicht ständigen Familienarbeitskräfte wird - getrennt für Männer und Frauen - aufgrund der jeweils geltenden durchschnittlichen tariflichen Monatslöhne der Barlohnanteil des Lohnansatzes berechnet. Darüber hinaus wird, analog der Vergleichsrechnung gem. § 4 LWG ein Betriebsleiterzuschlag berücksichtigt, der sich an der Differenz zwischen Landarbeiterlöhnen und den Gehältern der Gutsbesitzer orientiert. 1965/66 betrug der Betriebsleiterzuschlag DM 60 ha/LN. (Grüner Bericht a.a.O. Jg.1966. S.7 und S. 77 f. Sowie: "Agrarwirtschaft". a.a.O. Jg.1966. S.68.

reicht der Restbetrag nicht aus, um den Lohnanspruch der Familienarbeitskräfte zu decken. 1)

-
- 1) Um Mißdeutungen dieser Diskrepanz auszuschließen, ist anzumerken, daß sich die in der Übersicht "Verkaufserlöse und ihre Verwendung" aufgeführten Barausgaben größtenteils zwar weitgehend mit dem Sachaufwand decken, daß sie jedoch lediglich die baren Leistungen umfassen. Da Abschreibungen, der Wert des Eigenverbrauchs und Bestandsveränderungen nicht berücksichtigt sind, bezeichnet diese Position im wesentlichen nur die Größenordnung und die Entwicklung des Bargeldumsatzes.

Die erfaßten Einnahmen und Ausgaben beziehen sich lediglich auf den landwirtschaftlichen Betrieb; Mittel aus nichtlandwirtschaftlichen Einnahmequellen (Nebenbetrieb, Kreditaufnahmen) sind nicht berücksichtigt. Insofern stellt der obige Vergleich der Einnahmen und Ausgaben keine Einkommensrechnung dar. Da der zwischen Erlösen und Barausgaben verbleibende Differenzbetrag jedoch vorwiegend der Barentlohnung der familieneigenen Arbeitskräfte und der Verzinsung des Aktivkapitals (s.unten) dient, ist die Gegenüberstellung des Lohnanspruchs der Familienarbeitskräfte als Vergleichsgröße aufschlußreich.

Das Aktivkapital umfaßt das Bodenkapital, das Besatzkapital (Gebäude-, Maschinen-, Geräte- und Viehkapital) sowie das in den Feld- und Hofvorräten an Produktionsmitteln und das in den zur Betriebsführung erforderlichen Geldvorräten gebundene, umlaufende Kapital. Vgl.hierzu Tab. 17.

4. Die Auswirkungen der Anpassung auf die Betriebsergebnisse und auf die Einkommenslage der landwirtschaftlichen Betriebe

a. Die Entwicklung der effektiven Erfolgsgrößen

Die Analyse der betriebswirtschaftlichen Auswirkungen der Anpassungsmaßnahmen wird für das vergangene Jahrzehnt insofern erleichtert, als im Rahmen der jährlichen Effektivrechnung gemäß § 2 LwG seit 1956/57 in ununterbrochener Reihe Buchführungsunterlagen aus ca. 8000 landwirtschaftlichen Betrieben der Bundesrepublik zur Verfügung stehen.

Da die Betriebe in Nordwestdeutschland und in Süddeutschland hinsichtlich Betriebsgröße, Arbeitskräftebesatz und Witterungsbedingungen unter sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen und natürlichen Bedingungen arbeiten, ist es aufschlußreich, die Betriebsergebnisse beider Regionen gegenüberzustellen. Darüber hinaus werden die Ergebnisse nach Betriebsgrößen- und Einheitswertklassen sowie nach Bodennutzungssystemen ausgewertet. ¹⁾

Der Zeitvergleich umfaßt die Wirtschaftsjahre von 1956/57 bis 1964/65. Um die Ergebnisse vergleichbar zu machen, sind die Ertragsgrößen einheitlich auf ha / LN, die Einkommensgrößen auf die betrieblich beschäftigten Vollarbeitskräfte bezogen.

Der Betriebsertrag ²⁾ hat im Vergleichszeitraum in allen

1) Siehe hierzu und zum folgenden Tab. 17 und 18 sowie Grüner Bericht. a.a.O. Jg.1966. S.7 ff.

2) Der Betriebsertrag umfaßt alle baren Betriebseinnahmen, Abschreibungen, Veränderungen der Viehbestände und den Eigenverbrauch (vgl.Tab.17), nicht jedoch die Bestandsveränderungen bei Gebäuden und Maschinen.

Betrieben - abgesehen von witterungsbedingten Ernteschwankungen - erheblich zugenommen. Von 1956/57 bis 1964/65 haben sich die Ausgangswerte um ca. 72 v.H. auf 2.624 DM/ha gesteigert. Wegen der hohen Flächenproduktivität und des steigenden Anteils der Veredelungswirtschaft in den intensiver bewirtschafteten Kleinbetrieben werden dort die höchsten ha-Erträge erzielt. ¹⁾ Die höchsten Steigerungsraten sind allerdings seit dem letzten Wirtschaftsjahr in den Betrieben zwischen 20 und 50 ha LN festzustellen. ²⁾

Wie Tabelle 18 zeigt, hat die starke Zunahme des Sachaufwandes ³⁾ primär dazu beigetragen, daß das Betriebseinkommen ⁴⁾ im Vergleichszeitraum von 679 DM/ha LN auf 1.028 DM/ha LN wesentlich langsamer gestiegen ist als der Betriebsertrag. Wegen des höheren Kapitalbesatzes und der stärkeren An-

1) Sie lagen 1964/65 in Norddeutschland mit 3.361 DM/ha LN um ca. 40 v.H. über den Erträgen der Betriebe über 50 ha LN (Grüner Bericht. a.a.O. Jg. 1966. S.82.)

2) Grüner Bericht. a.a.O. Jg. 1966. S.81

3) Der Sachaufwand umfaßt die baren Aufwendungen für Betriebsmittel, den Wert eines Minderbestandes an Vieh und Vorräten sowie die Abschreibungen auf der Basis des schulden- und pachtfreien Betriebes. Vgl. Tab. 17 sowie: Grüner Bericht. a.a.O. Jg. 1966. S.7 f.

4) Das Betriebseinkommen ergibt sich aus dem Betriebsertrag abzüglich Sachaufwand, Betriebssteuern und Lasten (Grundsteuer, Deich- und Siellasten, Landwirtschaftskammerbeiträge und sonstige Betriebssteuern und -abgaben). Es umfaßt somit als Summe das Arbeitsentgelt für alle betrieblichen Arbeitskräfte (einschl. der Beiträge für Sozial- und Unfallversicherung), die Verzinsung des Aktivkapitals und den Unternehmergewinn.

Vgl.: Tab. 17 sowie: Grüner Bericht. a.a.O. Jg. 1966. S.7 f.

wendung ertragssteigernder Hilfsmittel in den nordwestdeutschen Betrieben kommen deren günstigere natürliche und wirtschaftliche Ertragsbedingungen im Betriebseinkommen je ha LN kaum zur Geltung.

Bezieht man jedoch das Betriebseinkommen auf die am Produktionsergebnis beteiligten Arbeitskräfte (AK), so ergibt sich ein völlig anderes Bild: im Bundesgebiet wurde im Vergleichszeitraum das Betriebseinkommen je Arbeitskraft um 4.518 DM auf 8.290 DM/AK gesteigert. Da sich gleichzeitig die Zahl der Arbeitskräfte von 18,0 auf 12,4 AK/100 ha LN erheblich vermindert hat, haben sich Betriebsertrag und Betriebseinkommen, bezogen auf die Arbeitskraft, erheblich stärker erhöht als pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche.¹⁾

Besonders augenfällig wird diese Diskrepanz beim Vergleich süddeutscher und nordwestdeutscher Betriebe: da in Nordwestdeutschland nur 10,7, in Süddeutschland dagegen 13,9 AK je 100 ha LN eingesetzt sind, liegt das Betriebseinkommen pro Arbeitskraft in den nordwestdeutschen Betrieben mit 10.009 DM/Voll-AK erheblich höher als in Süddeutschland mit 7.115 DM. In den nordwestdeutschen Betrieben hat sich im Vergleichszeitraum das Betriebseinkommen je Voll-AK um 143 v.H., in Süddeutschland dagegen nur um 102 v.H. erhöht.

Definitionsgemäß umfaßt das Betriebseinkommen außer dem Arbeitsentgelt für sämtliche Arbeitskräfte des Betriebes auch den Unternehmerngewinn und die kalkulatorischen Zinsen für das Betriebskapital. Infolge des steigenden Kapitaleinsatzes, dessen Zeitwert pro Arbeitskraft sich von 1956/57 bis 1964/65 von 27.767 DM/AK auf 58.621 DM/AK mehr als ver-

1) s.Tab. 18

doppelte ¹⁾, wird auch die Verzinsung des Kapitals ein immer bedeutenderer Kostenfaktor.

Berücksichtigt man den "Zinsanspruch" ²⁾ des Aktiv-Kapitals ³⁾ mit $3 \frac{1}{3}$ v.H., so ergibt sich im Vergleichszeitraum ein Arbeitseinkommen, ⁴⁾ das durchschnittlich um 20 bis 25 v.H. unter dem Betriebseinkommen je Arbeitskraft liegt. Auch das Arbeitseinkommen selbst konnte von 2.850 DM/AK (1956/57) auf 6.339 DM/AK entsprechend ca. 223 v.H. des Ausgangswertes gesteigert werden; durch den steigenden Kapitaleinsatz pro Arbeitskraft hat sich der Abstand zwischen Betriebs- und Arbeitseinkommen jedoch ständig vergrößert.

Auch zwischen den nordwest- und den süddeutschen Betrieben hat sich das Arbeitseinkommen unterschiedlich entwickelt. Das Arbeitseinkommen lag 1964/65 mit 7.701 DM/AK in Norddeutschland um 2.298 DM/AK oder 43 v.H. über dem Arbeitseinkommen der süddeutschen Betriebe; 1956/57 betrug diese Differenz dagegen nur 14 v.H.

Mit Fortdauer der Anpassungsmaßnahmen - insbesondere bei steigendem Maschineneinsatz - wirken sich die günstigeren Wirtschaftsbedingungen in den größeren, intensiver wirt-

1) Grüner Bericht. a.a.O. Jg.1966. S.96

2) Grüner Bericht. a.a.O. Jg.1966. S.96

3) Das Aktivkapital umfaßt das Bodenkaptal, das Besatzkapital (Gebäude-, Maschinen-, Geräte- und Viehkapital) sowie das in den Feld- und Hofvorräten an Produktionsmitteln und das in den zur Betriebsführung erforderlichen Geldvorräten gebundene, umlaufende Kapital. Vgl. hierzu Tab. 17.

4) Das Arbeitseinkommen ergibt sich aus dem Betriebseinkommen abzüglich der kalkulatorischen Zinsen für das Aktivkapital. Es umfaßt somit das Arbeitsentgelt aller im Betrieb Tätigen, einschließlich des Unternehmergewinns. Vgl.hierzu Tab. 17 u. 18.

schaftenden Betrieben hoher Einheitswertklassen immer stärker auf die Höhe der Arbeitseinkommen aus.

1956/57 lag das pro Arbeitskraft erzielte Einkommen in den nordwestdeutschen Betrieben über 50 ha mit 4.247 DM/AK lediglich um 1.617 DM/AK (ca.62 v.H.) über den Durchschnittseinkommen der süddeutschen Betriebe unter 20 ha LN; bis 1964/65 hat sich die Überlegenheit der größeren Betriebe - die vorwiegend im wirtschaftlicheren Einsatz der technischen Arbeitshilfsmittel bei geringerem Aufwand je ha und AK und steigender Arbeitsleistung besteht - immer stärker ausgewirkt; der Einkommensabstand zwischen beiden Betriebsgrößenklassen vergrößerte sich in 8 Jahren nahezu auf 7.000 DM/AK. Damit lagen die Arbeitseinkommen in den großen nordwestdeutschen Betrieben mit 13.500 DM/AK um 95 v.H. über denen der niedrigen Betriebsgrößen in Süddeutschland. Der Abstand der Arbeitseinkommen hat sich im Vergleichszeitraum also mehr als verdreifacht.

Das Arbeitseinkommen ist der Betrag, der für die Entlohnung der Arbeitskräfte verfügbar ist. Dabei ist die Kapitalverzinsung einheitlich mit $3 \frac{1}{3}$ v.H. p.a. des Aktivkapitals angesetzt. In einer Marktwirtschaft ist jedoch die Entscheidung darüber, ob und in welcher Höhe das Kapital effektiv verzinst werden kann, der unmittelbaren Entscheidung des Unternehmers entzogen. Sie wird vielmehr vom Markt gefällt und ist abhängig von der Wettbewerbsposition des Einzelunternehmens. Insofern ist ein genereller Zinsansatz nur kalkulatorisch bedeutsam.

Von größerer Aussagekraft für die effektiv erzielte Kapitalverzinsung ist deshalb der Reinertrag ²⁾ des Betriebes, der

1) Grüner Bericht. a.a.O. Jg. 1966. S.92 f.

2) s.Tab. 17.

sich als Differenz zwischen Betriebsertrag und Betriebsaufwand (als Summe von Sachaufwand und gesamtem Lohnaufwand) ergibt. ¹⁾ Als Residualgröße umfaßt der Reinertrag somit die Verzinsung des Aktivkapitals und den Unternehmergewinn.

Von allen bisher untersuchten Erfolgsgrößen weist der Reinertrag die stärksten Schwankungen auf, da er vom Ernteergebnis abhängig ist. Im Durchschnitt aller Betriebe wurde 1956/57 ein Reinertrag von 89 DM/ha LN und 1964/65 ein solcher von 189 DM/ha LN erzielt. Wie aus Tabelle 18 hervorgeht, werden diese Werte im Vergleichszeitraum sowohl über- als auch unterschritten. Im Vergleichszeitraum zeigt sich jedoch eine deutlich steigende Tendenz, wobei auch hier die Erträge in Nordwestdeutschland über dem Durchschnitt der BRD liegen.

Bezieht man den gesamten Reinertrag auf das Aktivkapital, so schwankt allein in Nordwestdeutschland, also unter weitgehend gleichen natürlichen Produktionsbedingungen, die Kapitalrendite im Wj. 1964/65 zwischen 3,8 v.H. in den Kleinbetrieben und 5,8 v.H. im Durchschnitt der Großbetriebe. ²⁾ In Süddeutschland wurde dagegen selbst in den Großbetrieben nur eine Kapitalrendite von 3,6 v.H. erzielt; in den Kleinbetrieben ist die Kapitalverzinsung durchschnittlich so gering, daß in den niedrigen Einheitswertgruppen in schlechten Erntejahren sogar negative Ergebnisse festzustellen sind. ³⁾

Da der Reinertrag als Residualgröße sowohl das Unternehmer-einkommen wie den Unternehmergewinn umfaßt, liegt es bis zu

1) Basis ist der schulden- und pachtfreie Betrieb, in dem alle Arbeitskräfte zu den Bedingungen der Lohnarbeitskräfte zuzüglich eines Zuschlages für den Betriebsleiter entlohnt werden. (Vgl. § 4 LwG v. 5.9.1955. BG Bl.I.1955. S.565.)

2) Grüner Bericht. a.a.O. Jg.1966. S.94

3) Grüner Bericht. a.a.O. Jg.1966. S.94.

einem gewissen Grad im Entscheidungsbereich des Betriebsinhabers, Kapitalverluste durch eingeschränkte Konsumausgaben im Privatbereich zu vermeiden. Andererseits besteht - wie noch zu zeigen ist - gerade in den Betrieben mit hoher rechnerischer Kapitalrendite die Neigung zu überhöhten Konsumausgaben.

b. Die Entwicklung der Vergleichsgrößen

Nur wenigen Berufsgruppen ist es wie der Landwirtschaft im Vergleichszeitraum gelungen, das Arbeitseinkommen zu verdoppeln. ¹⁾ Die absolute Steigerung sagt jedoch wenig über die Einkommenslage der Landwirtschaft im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen und damit über den Erfolg der Anpassungsmaßnahmen aus.

Die Aufwands- und Ertragspositionen der Vergleichsrechnung, die gem. § 4 LWG jährlich durchgeführt wird, ²⁾ werden aus den Effektivwerten der 8.000 Testbetriebe ermittelt und über einen Flächenschlüssel auf das gesamte Bundesgebiet übertragen. Anstelle der Effektgrößen werden folgende normative Aufwandspositionen eingeführt:

- (1) ein den Löhnen vergleichbarer Berufs- und Tarifgruppen entsprechender Lohn für die fremden und die familieneigenen Arbeitskräfte (umgerechnet auf die betriebsnotwendigen Arbeitskräfte),

1) H.Priebe, Wendepunkt. a.a.O. S.14.

2) BGBI I. 1955. S.565.

- (2) ein angemessenes Entgelt für die Tätigkeit des Betriebsleiters (Betriebsleiterzuschlag) und
- (3) eine angemessene Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals. ¹⁾

Dem mit Hilfe dieser kalkulatorischen Größen ermittelten "Vergleichsaufwand" werden als "Vergleichsertrag" ²⁾ die baren und unbaren Leistungen der Betriebe gegenübergestellt.

Der im Rahmen der Vergleichsrechnung gemäß § 4 LWG ermittelte Vergleichsertrag hat im Durchschnitt der Jahre 1956/57 bis 1964/65 nur auf 7,3 v.H. der gesamten LN ausgereicht, den Vergleichsaufwand zu decken. Dieser Mittelwert wurde 1963/64 mit 14,8 v.H. überschritten; ³⁾ ein steigender Trend als Folge der Anpassungsmaßnahmen ist jedoch nicht erkennbar, da die Jahresergebnisse sehr stark durch Ernteschwankungen beeinflusst werden. Über den gesamten Vergleichszeitraum ist der Vergleichsaufwand in mehr als der Hälfte der LN nur zu etwa 85 v.H. durch den Vergleichsertrag gedeckt. ⁴⁾ Dieses Ergebnis sagt unmittelbar nichts darüber aus, inwieweit Vergleichslohn und Kapitalverzinsung gedeckt sind. In Tabelle 19 B sind der gewerbliche Vergleichslohn und die

1) BGBI I. 1955. S.565.

2) Dieser unterscheidet sich insofern von dem Betriebsertrag der Effektivrechnung, als Eigenverbrauch und Naturallohn mit Einzelhandelspreisen bewertet sind, die um einen pauschalen Zuschlag von 35 v.H. über den Erzeugerpreisen der Effektivrechnung liegen.

3) s.Tab. 19.

4) s.Tab. 19 A.

Kapitalverzinsung als Teilgröße des Vergleichsaufwandes dem Vergleichsertrag gegenübergestellt. Dabei zeigt sich, daß etwa gleichbleibend auf nur ca. 30 v.H. der Gesamtfläche über den vollen Vergleichslohn hinaus auch eine Kapitalverzinsung erzielt wurde. Der positive Saldo zwischen Vergleichsaufwand und Vergleichsertrag reichte jedoch nur auf 7,3 v.H. der LN aus, um das Aktivkapital mit $3 \frac{1}{3}$ v.H.p.a. voll zu verzinsen. Dabei hat sich die Kapitalrendite seit 1956/57 nicht eindeutig verbessert. ¹⁾

Vermindert man - wie in Tabelle 20 dargestellt - das landwirtschaftliche Arbeitseinkommen um den Betriebsleiterzuschlag und den Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung, (da diese Positionen auch in den gewerblichen Brutto-Arbeitsverdiensten nicht enthalten sind) und vergleicht den so ermittelten "erzielten Lohn der Landwirtschaft" mit dem gewerblichen Vergleichslohn, so zeigt sich, daß sich die Ergebnisse in den Wirtschaftsjahren 1963/64 und 1964/65 deutlich gebessert haben. In diesen Jahren lag der erzielte Lohn der Landwirtschaft nur mit 21 bzw. 22 v.H. unter dem gewerblichen Vergleichslohn, während sich für den gesamten Zeitraum ein Durchschnitt von 28 v.H. ergibt.

1) Zwar übertrifft das Wirtschaftsjahr 1963/64 mit 46,7 v.H. den langjährigen Durchschnitt erheblich, doch konnte z.B. 1961/62 bei schlechter Ernte nur auf 19,8 v.H. der Gesamtfläche eine Kapitalverzinsung erzielt werden.
(Tab. 19 B)

Die Aussagefähigkeit der Vergleichsrechnung - insbesondere der Disparität zwischen landwirtschaftlichem und gewerblichem Lohn - besteht weniger in den absoluten Vergleichswerten, als vielmehr in langfristigen Vergleichsreihen, die nach gleichen methodischen Grundsätzen erhoben werden.

Ein eindeutiger Trend, der als Erfolg der getroffenen Anpassungsmaßnahmen gedeutet werden könnte, ist aus dem Vergleichswerten nicht zu erkennen; die Teilergebnisse der einkommensstärksten Betriebsgruppen liegen in den letzten Wirtschaftsjahren jedoch beträchtlich über dem neunjährigen Durchschnitt.

Aufschlußreicher als die Gesamtdurchschnittswerte sind die Teilergebnisse in den einzelnen Betriebssystemen und Betriebsgrößenklassen, da sie die Notwendigkeit und die Schwerpunkte zukünftiger Anpassungsmaßnahmen aufzeigen.

Mit geringfügigen - z.T. statistisch bedingten - Ausnahmen zeigt sich auch in der Vergleichsrechnung die wirtschaftliche Überlegenheit der größeren Betriebe. Die Ergebnisse der Betriebe zwischen 20 und 50 ha LN liegen - wie Tabelle 21 zeigt - bei allen Vergleichskriterien deutlich über denen kleinbäuerlicher Betriebe, andererseits aber beträchtlich unter denen der Betriebe über 50 ha LN. Bei den meisten Teilrechnungen werden überhaupt nur in der letztgenannten Klasse der Betriebe über 50 ha Ergebnisse erzielt, die die Vergleichswerte übersteigen. ¹⁾

Wie stark die Durchschnittswerte durch die schlechten Ergebnisse der unteren Betriebsgrößenklassen gedrückt werden,

1) Vgl. hierzu und zum folgenden: Grüner Bericht. a.a.O. Jg. 1966. S.99 bis 109.

zeigt sich in der Disparitätsrechnung besonders deutlich. So liegen die Ergebnisse der Betriebe zwischen 5 und 10 ha LN erheblich unter, diejenigen der Betriebe mit 10 und mehr ha LN über den Durchschnittswerten. ¹⁾ Im Zeitablauf vergrößert sich der Abstand in den Ergebnissen beider Betriebsgrößenklassen immer mehr; allein in dem kurzen Zeitraum zwischen 1959/60 und 1964/65 hat sich der Abstand von 27 auf 58 v.H. (gemessen in v.H. der Disparität in den Betrieben unter 10 ha LN) vergrößert. ²⁾

Diese Differenzierung der Ergebnisse nach Betriebsgrößen wird durch die regionalen Unterschiede in den Produktionsbedingungen noch verstärkt, da neben den günstigeren natürlichen Produktionsgegebenheiten auch die durchschnittliche Betriebsgröße im Nordwesten erheblich über der in Süddeutschland liegt. Wie in der Effektivrechnung sind dabei - unabhängig von der regionalen Verteilung - die intensiv wirtschaftenden Betriebe hoher Einheitswertklassen den Getreide- und Futteranbaubetrieben mit niedrigen Einheitswerten deutlich überlegen.

Faßt man die einzelnen betriebswirtschaftlichen Kriterien zusammen, so ist im Vergleichszeitraum in allen Betriebssystemen eine Ertragsverbesserung erreicht worden, die sich in einem steigenden "erzielten Lohn der Landwirtschaft" äußert. ³⁾ Zieht man den gewerblichen Vergleichslohn als

1) s.Tab. 21.

2) Nach der bisherigen Erhebungsmethode lag die Disparität im Wj. 1964/65 im Gesamtdurchschnitt bei 22 v.H., in den Betrieben unter 10 ha LN jedoch bei 38 v.H. und in denen über 10 ha LN lediglich bei 16 v.H. (s.hierzu Tab. 21.)

3) Grüner Bericht. a.a.O. Jg.1966. S.106.

Maßstab heran, so zeigt sich jedoch, daß es nur Betrieben mit günstigen natürlichen und wirtschaftlichen Ertragsvoraussetzungen gelang, einen Lohn zu erzielen, der den gewerblichen Vergleichslohn erreicht oder übertrifft. ¹⁾ Allein zwischen 1959/60 und 1964/65 vergrößerte sich die Disparität in der Betriebsgrößenklasse von 5 bis 10 ha LN von 33 v.H. auf 38 v.H., während der Abstand zum gewerblichen Vergleichslohn in den Betrieben über 10 ha LN von 24 v.H. auf 16 v.H. erheblich verringert werden konnte. ²⁾

Insgesamt war der durch die gesteigerte Arbeitsproduktivität erzielte Einkommenszuwachs pro Kopf der Erwerbstätigen "prozentual teilweise sogar größer als die Steigerung der industriellen Löhne, konnte aber in den meisten Fällen den am Beginn des beiderseitigen Wachstums vorhandenen Abstand der Einkommen nicht beseitigen." ³⁾

c. Zusammenfassung und Folgerungen

Entwicklungsrichtung, Ausmaß und Erfolg des Anpassungsprozesses, aber auch die Notwendigkeit weiterer Anpassungsmaßnahmen werden an den vorliegenden Betriebsergebnissen deutlich. Mit der Produktivität konnten auch die landwirtschaftlichen Einkommen erheblich gesteigert werden, doch reichten die getroffenen Maßnahmen bisher nicht aus, um die

1) Grüner Bericht. a.a.O. Jg.1966.S.109.

2) s.Tab. 21.

3) Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Struktur- und Investitionspolitik, soziale Sicherung und geistige Förderung der Landwirte. Hilstrup 1966. S.5.

im Rahmen des LwG ermittelte Disparität zwischen gewerblichem Vergleichslohn und dem erzielten Lohn der Landwirtschaft für die Gesamtheit aller Betriebe auf unter 20 v.H. zu verringern.

Mit der gesetzlichen Fixierung hat die Disparität als Richtgröße für agrarpolitische Maßnahmen eine Bedeutung erlangt, die in betriebswirtschaftlicher Sicht nicht gerechtfertigt erscheint. Abgesehen von den Vorbehalten gegenüber einem direkten Vergleich zwischen landwirtschaftlichen Einkommen und gewerblichem Lohn, ¹⁾ ist zu berücksichtigen, daß in dem erzielten Lohn der Landwirtschaft mit dem Betriebsleiterzuschlag und der Verzinsung des Aktiv-Kapitals wesentliche Einkommensbestandteile abgesetzt sind. ²⁾ Im Betriebseinkommen ³⁾ belaufen sich diese Einkommensbestandteile zusammen im Jahre 1964/65 auf DM 8.290,-- je Voll-AK gegenüber DM 3.772,-- im Jahre 1956/57.

Das durchschnittliche Betriebseinkommen ist innerhalb von 8 Jahren um 120 v.H. gestiegen, während sich der gewerbliche Vergleichslohn lediglich um 80 v.H. erhöht. Dieses Ergebnis scheint insgesamt den Erfolg der Anpassungsmaßnahmen zu bestätigen; dabei handelt es sich jedoch um den Durchschnitt sehr unterschiedlicher Einzelergebnisse, in denen der differenzierende Einfluß natürlicher, wirtschaftlicher und personeller Produktionsbedingungen auf das Betriebsergebnis ausgeglichen wird. Von einer einheitlichen "Einkommenslage" der Landwirtschaft kann demnach, wie die Untersuchung der Ergebnisse zeigte, nicht gesprochen werden.

1) s.Tab. 20 u. 21.

2) Auch der Mietwert der Wohnung und der Ernährungsaufwand sind eindeutig und allgemeingültig nicht zu bestimmen.

3) s.Tab. 18.

Beurteilt man diese Entwicklung unter dem Aspekt weiterer betrieblicher Anpassungsmaßnahmen, so ist zu berücksichtigen, daß der Betriebsinhaber zwar vorübergehend auf einen Betriebsleiterzuschlag und die Verzinsung des Eigenkapitals verzichten kann, daß der langfristige Bestand des Betriebes jedoch voraussetzt, daß diese Größen durch den Rohertrag gedeckt sind. Legt man dieses Kriterium den vorliegenden Ergebnissen zugrunde, so ergibt sich, daß in dem bisher günstigsten Wirtschaftsjahr 1963/64 nur auf 14,8 v.H. der LN (in Betrieben über 5 ha LN) Erträge erzielt wurden, die diese Bedingung erfüllen.

Der bisherige Anpassungsprozeß zeigt immer deutlicher, daß von einer einseitigen Reaktion der Betriebe auf die Marktlage nicht mehr gesprochen werden kann; es handelt sich vielmehr um wechselseitige Beziehungen zwischen Betrieben und Markt. Die Anpassungsmaßnahmen wirken sich bei dem inzwischen erreichten hohen Stand der Produktivität sofort auf das Angebot aus und setzen somit neue Daten, die dann ihrerseits weiterreichende Anpassungsmaßnahmen erfordern.

Diese Interdependenz hat in dem außergewöhnlich steilen Wirtschaftsaufschwung der Nachkriegszeit, steigender Produktivität und drohender Überproduktion dazu geführt, daß - im Gegensatz zu früheren Anpassungsperioden - innerbetriebliche Maßnahmen allein nicht mehr ausreichen, um allen Betrieben ein vergleichbaren Berufsgruppen entsprechendes Einkommen zu sichern. Während bis dahin die Zahl der landwirtschaftlich Beschäftigten aufgrund des Bevölkerungswachstums und kriegsbedingter Ausnahmesituationen lediglich relativ zu anderen Berufsgruppen abfiel, hat sich seit 1950 die Zahl der Beschäftigten absolut und zwar mit steigenden Raten vermindert. Bei dem inzwischen erreichten geringen Bestand

von Lohnarbeitskräften erzwingt diese Entwicklung zunehmend, daß bisher hauptberuflich geführte Betriebe aus der landwirtschaftlichen Produktion ausscheiden. Die betrieblichen Anpassungsmaßnahmen wirken sich somit - verstärkt durch den Mengeneffekt jeder Produktivitätssteigerung - über den Betriebsbereich hinaus selektiv auf die gesamte Agrarstruktur aus.

Unter politisch und wirtschaftlich veränderten Marktgegebenheiten muß bei der in Zukunft erforderlichen Ausrichtung des Produktionsvolumens auf den Marktbedarf "die weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität, die zur Erfüllung der wachsenden Einkommenserwartungen erforderlich wäre, ohne wesentliche Zunahme der Flächenproduktivität bzw. des Produktionsvolumens erfolgen. Das wird nur verbunden mit einer weiteren erheblichen Strukturwandlung möglich sein." ¹⁾

1) H.Priebe, Strukturentwicklung. a.a.O. S.237.

III. Möglichkeiten und Grundtendenzen der künftigen Anpassung

1. Die agrarpolitischen Grundlagen

Auf der Grundlage der gegenwärtigen Agrarstruktur werden auch in absehbarer Zukunft die bäuerlichen Familienbetriebe überwiegen; mit ihrem Bestreben, über steigende Betriebserträge das Familieneinkommen wachsenden Einkommensansprüchen anzugleichen, werden sie auch künftig die Anpassungsmaßnahmen landwirtschaftlicher Betriebe bestimmen. Die agrarpolitischen Grundlagen und die wirtschaftlichen Voraussetzungen, auf denen sich der betriebliche Anpassungsprozeß vollzieht, werden sich jedoch erheblich verändern. Die im nationalen Bereich bislang dominierenden Einflüsse von technischem Fortschritt und gesamtwirtschaftlichem Wachstum werden zunehmend von der politischen und ökonomischen Eigendynamik des Gemeinsamen Marktes für Agrarprodukte überlagert.

Aufgrund der in den hochindustrialisierten Partnerländern ähnlichen gesamtwirtschaftlichen Stellung der Landwirtschaft wird sich der gemeinsame Agrarmarkt - insbesondere hinsichtlich handels-, preis- und einkommenspolitischer Interventionsmöglichkeiten der Kommission - von dem gemeinsamen Markt industriell - gewerblicher Erzeugnisse unterscheiden.¹⁾ Unter dem gleichbleibenden Ziel, die landwirtschaftlichen Einkommen zu verbessern,²⁾ ergeben sich aus den politischen und ökonomischen Auswirkungen des Vertrages weitreichende Folgen sowohl für den künftigen Anpassungsprozeß wie für

1) EWG-Vertrag. a.a.O. Art.39 ff.

2) EWG Dokumente Stresa. a.a.O. insbes.Abs.II u.III.S.227 ff.

Bedarf und Einsatzbedingungen des Agrarkredits. Die politischen Konsequenzen sind im Vertrag weitgehend fixiert. In der Endphase des gemeinsamen Marktes werden mit der gesamten Preis-, Handels- und Subventionspolitik bislang wesentliche Bereiche der nationalen Agrarpolitik der einzelstaatlichen Kompetenz entzogen. Da gerade die kurzfristig und direkt auf die laufenden Einkommen wirkenden Maßnahmen in der BRD einen erheblichen Bestandteil der bisher verfolgten Agrarpolitik darstellen, werden von den vorgenannten Einschränkungen jährlich Direktsubventionen des Bundes betroffen, die sich 1965/66 auf ca. 2 Mrd.DM beliefen.¹⁾

Mit dem Übergang der Kompetenz auf die EWG-Kommission wird die nationale Agrarpolitik auf die langfristig und indirekt wirkenden Maßnahmen der Investitions- und Strukturpolitik verwiesen, die gem. Art.92 - 94 EWG-Vertrag im Rahmen genehmigungspflichtiger regionaler Strukturprogramme im Zuständigkeitsbereich der nationalen Regierungen verbleiben. Dies gilt uneingeschränkt auch für die Sozial- und Bildungspolitik, so daß diesbezügliche Maßnahmen die regionale Strukturpolitik künftig sehr wirkungsvoll ergänzen können.

Mit diesen Rechtsvorschriften ist zugleich der Rahmen für eine künftige Förderung des Agrarkredits gezogen, deren Erfolg wesentlich davon abhängt, inwieweit es gelingt, den Agrarkredit als Instrument der Investitions-, Struktur- und Bodenpolitik in Regionalprogramme gem.Art.92,3 EWG-Vertrag einzubeziehen.

1) Es handelt sich um Bundesmittel zur Qualitätsverbesserung der Milch (ca.0,8 Mrd.DM), Verbilligung des Dieselöls (0,4 Mrd.DM), Fortfall der Umsatzsteuer auf der Erzeugerstufe und für die Weiterverarbeitung der Milch (0,5 Mrd.DM) und um die EWG-Anpassungshilfe (0,3 Mrd.DM). (Quelle: Grüner Bericht.a.a.O. Jg.1967.S.128.)

2. Möglichkeiten und Grenzen betrieblicher Anpassung

Bei den eingeschränkten Möglichkeiten direkter nationaler Einkommenspolitik werden die betrieblichen Anpassungsmaßnahmen und ebenso der Einsatz des Agrarkredits von den wirtschaftlichen Auswirkungen des direkten Wettbewerbs mit der Landwirtschaft der Partnerländer bestimmt. Die wirtschaftlichen Folgen werden im nationalen Bereich wesentlich davon abhängen, inwieweit es den landwirtschaftlichen Betrieben der Partnerländer mit dem Abbau der noch bestehenden Restriktionen gelingt, in den ungeschützten nationalen Markt vorzudringen, bzw. inwieweit sich der heimischen Landwirtschaft aufgrund ihrer Wettbewerbsfähigkeit zusätzliche Einkommensmöglichkeiten dadurch bieten, daß sie ihren Marktanteil in den Partnerländern steigern kann.

Für eine solche positive Entwicklung werden künftig neben den betrieblichen vor allem absatzwirtschaftliche und marktstrukturelle Faktoren maßgeblich sein. Betriebliche und überbetriebliche Anpassungsmaßnahmen im Produktions- und im Absatzbereich sind stärker als bisher zu koordinieren, um die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu verbessern und um zugleich die Vorteile des größeren Marktes voll zu nutzen.

Unter den gegenwärtigen Voraussetzungen läßt sich die künftige Einkommensentwicklung nur näherungsweise bestimmen. Für die Möglichkeit, die Einkommen durch erhöhte Produktion zu verbessern, ergeben sich aus den vorliegenden Analysen ¹⁾

-
- 1) o.V., Der gemeinsame Markt für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Vorausschau 1970. EWG-Studien, Reihe Landwirtschaft. Nr.10.Brüssel o.J.S.12 ff, sowie R.Plate, und E.Woermann, Landwirtschaft im Strukturwandel der Volkswirtschaft. Analyse der Nachkriegsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und Versuch einer Prognose unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Gemeinsamen Marktes. "Agrarwirtschaft". a.a.O.Sonderheft 14. Hannover (1962). S.23. ff.

nur beschränkt günstige Aussichten bei Nahrungsmitteln des gehobenen Bedarfs, wie Geflügel, Frischobst und Rindfleisch. Da jedoch in den hochindustrialisierten Ländern die Einkommenselastizität der Nachfrage selbst bei hochwertigen Agrarprodukten erheblich unter 1 liegt,¹⁾ bleiben die Agrareinkommen hinter der allgemeinen Entwicklung auch dann zurück, wenn es gelingt, die absolut steigende Nachfrage voll zu befriedigen.

Infolge des hohen Selbstversorgungsgrades der Gemeinschaft, der bei den meisten Agrarprodukten bei 100 v.H. liegt, lassen sich auch bei den wachstumsbegünstigten Produkten nur Steigerungsraten erzielen, die unter denen der vergangenen Jahre liegen. Da zudem das Preisniveau im gemeinsamen Agrarmarkt in seiner bisher erkennbaren Grundtendenz unter dem deutschen, aber zumeist über dem der übrigen EWG-Partnerländer liegt,²⁾ bieten sich vom Preis her primär dort - unter zumeist strukturell und klimatisch günstigeren Voraussetzungen - zusätzliche Anreize, die Produktion zu steigern. Damit sind für die Gesamtheit der bestehenden Betriebe die Möglichkeiten, durch Mehrproduktion und / oder Preiserhöhungen ihr Einkommen zu steigern, künftig sehr begrenzt.

1) vergl. auch H.G.Schlotter, Einkommensredistribution und Einkommenselastizität der Nachfrage nach Nahrungsmitteln. "Agrarwirtschaft", a.a.O.Jg.15.H.5.(1966) S.156-158.

2) Maßnahmen zur Herstellung eines gemeinsamen Getreidepreisniveaus.Hrsg.EWG-Kommission, Brüssel Jg.1963.S.9 ff.

3. Kostensenkung und Betriebsstruktur

Aufgrund der heutigen Struktur von Produktion und Verbrauch ist bereits zu erkennen, daß die enge Abhängigkeit der Einkommenssteigerung von Kostensenkungen stärker als in allen vorausgegangenen Anpassungsphasen über den betrieblichen Bereich hinaus die Betriebsstruktur der Landwirtschaft verändern wird.

Analog zum industriell-gewerblichen Bereich ergeben sich Möglichkeiten zur Betriebsrationalisierung vorwiegend durch einen hohen Spezialisierungsgrad der Produktion, dem im landwirtschaftlichen Betrieb neben dem natürlichen Zwang zur Kuppelproduktion vor allem der Kapitalbedarf und die heutige Betriebsgrößenstruktur entgegenstehen. ¹⁾

Die nach dem modernsten Stand der Produktionstechnik möglichen Vorteile der Kostendegression sind erst bei Bestandsgrößen voll ausgeschöpft, die erheblich über den gegebenen liegen. ²⁾ Die unterdimensionierten Bestandsgrößen in der Landwirtschaft sind nicht allein traditional sondern auch in der innerbetrieblichen Verwendung von Kuppelprodukten

-
- 1) D.HiB, Faktorproportionen und Faktormobilität als Probleme der westdeutschen Agrarpolitik. "Agrarwirtschaft". a.a.O.Jg.15.H.5. (1966). S.159 ff.
 - 2) Bei der Milchproduktion läge die kritische Größe etwa bei 35 - 40 Stck. Milchvieh und in der Schweinehaltung bei 400-500 Tieren. Dagegen werden heute in der BRD 75 v.H. der Kühe in Beständen unter 10 Stck. und 80 v.H. der Schweine in Beständen unter 50 Stck. Mastvieh gehalten.
(Vgl.G.Weinschenck und K.Meinhold, Vorschläge zur künftigen Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart - Hohenheim. o.J.S.26.) Siehe hierzu i.E. Teil III, Kap.B I.

und dem Bestreben begründet, die Betriebs- und Marktrisiken gering zu halten. Eine Umorganisation der Produktion müßte demnach - neben ergänzenden sozial- und bildungspolitischen Maßnahmen - vor allem darauf gerichtet sein, die Spezialisierungsrisiken, die zugleich die Kreditgewährung würden, durch kooperative Maßnahmen (Erzeuger- und Absatzgemeinschaften) zu mindern. Hieraus ergibt sich für die Zukunft ein enger Zusammenhang zwischen betrieblichen und überbetrieblichen Anpassungsmaßnahmen.

Auch für den künftigen Kapitalbedarf und die Bereitstellung von Krediten ist der Zusammenhang von Rationalisierungserfolg (Kostendegression), Bestandsgröße und Betriebsgrößenstruktur bedeutsam. Unter den langfristigen Absatzaussichten lassen sich bei zunehmendem Wettbewerb Kostenvorteile für die Summe der Einzelbetriebe nur in dem Maße realisieren, in dem der betriebliche Faktoreinsatz optimal gestaltet werden kann. ¹⁾ Dies setzt in der Mehrzahl der Betriebe durchgreifende und aufeinander abgestimmte Maßnahmen voraus. Bei der gegebenen Betriebs- und Agrarstruktur ist dies nur durch einen umfassenden Strukturwandel der Betriebs- und Bestandsgrößen zu verwirklichen. Dies bedingt die verstärkte Umwandlung einer Vielzahl klein- und mittelbäuerlicher Betriebe in eine wesentlich geringere Zahl leistungsfähiger Betriebe. ²⁾

1) s.hierzu Teil III, Kap.B I 1.

2) Vgl.auch H.Wirth, Zur Frage der Entwicklung der Vollerwerbsbetriebe und Einführung einer qualitativen Gliederung der Betriebe in der Landwirtschaft. "Agrarwirtschaft". a.a.O. Jg.12.H.5. (1963). S.129 ff.

Dieser Prozeß wird unter den politischen Gegebenheiten von den Grundforderungen flankiert, den bäuerlichen Familienbetrieb als Strukturmerkmal der Landwirtschaft sowohl im nationalen wie im supranationalen Bereich zu erhalten,¹⁾ und eine Betriebsstruktur zu schaffen, die bei ordnungsmäßiger Betriebsführung die wirtschaftliche Existenz einer bäuerlichen Familie nachhaltig gewährleistet.²⁾

Der Wandel der Betriebsstruktur wird künftig primär darauf abzielen, die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Betriebe unter Berücksichtigung künftiger Absatzmöglichkeiten und steigender Einkommensansprüche an die Zahl der Betriebe anzupassen, deren wirtschaftliche Existenz unter den vorgenannten Bedingungen auch in einem supranationalen Markt nachhaltig gesichert werden kann.

Um diesen Strukturwandel zu bewirken, müssen in den künftigen Vollerwerbsbetrieben, deren Zahl durch den Produktivitätsfortschritt und die begrenzte Aufnahmefähigkeit des Absatzmarktes bestimmt wird, die Mittel bereitstehen, um den Produktionsbereich - vor allem durch Aufstockung der Flächen und der Viehbestände sowie durch Rationalisierungsinvestitionen in der Binnen- und Außenwirtschaft - kostenoptimal zu gestalten. Darüber hinaus stellt der Absatzmarkt hinsichtlich gleichmäßiger, hoher Qualität und Marktgerechter Losgrößen immer höhere Anforderungen, denen sich die Betriebe durch entsprechende Investitionen anpassen müssen.

1) EWG Dokumente Stresa, a.a.O.S.227 - 230, insbes. S.229. Sowie o.V., Die Lage der Landwirtschaft. "Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung".a.a.O. (cit.Bulletin).Nr.132.Bonn (1967). S.1118.

2) LWG § 4. Sowie o.V., Die Lage der Landwirtschaft. "Bulletin". a.a.O. Nr.132. Bonn 1967. S.1118.

Unter den gegenwärtigen Ertragsverhältnissen wird es nur wenigen Betrieben möglich sein, aus ihrem Wirtschaftsergebnis das hierzu notwendige Kapital zu bilden, so daß dem bankmäßigen Agrarkredit größte Bedeutung für den künftigen Strukturwandel landwirtschaftlicher Betriebe zukommt.

Teil II

=====

Die Entwicklung des bankmäßig organisierten Agrarkredits

Einleitung:

Kapital und Investitionen in der Landwirtschaft

Die Entwicklung des Kredits, der von den Kreditinstituten an landwirtschaftliche Betriebe gewährt wird, steht in engem Zusammenhang mit den Maßnahmen dieser Betriebe, sich den wechselnden wirtschaftlichen Bedingungen anzupassen. Heute entfällt auf bankmäßig bereitgestellte Kredite ein wesentlicher Teil des gesamten landwirtschaftlichen Kapitals, dessen Bedeutung als Produktionsfaktor - ebenso wie in anderen Wirtschaftszweigen - auch in der Landwirtschaft ständig zugenommen hat.

Das von HOFFMANN erarbeitete statistische Material erlaubt es, das in Gebäuden, Maschinen, Vieh und Vorräten gebundene Kapital ¹⁾ über einen Zeitraum von mehr als hundert Jahren zu verfolgen.

1) W.G.Hoffmann, Wachstum. a.a.O. S. 44 ff.

Die langfristige Betrachtung zeigt, daß um die Mitte des vorigen Jahrhunderts auch hinsichtlich des Kapitalanteils der einzelnen Wirtschaftsbereiche der Begriff der "Agrargesellschaft" durchaus gerechtfertigt war: etwa die Hälfte des gesamten Kapitals aller Wirtschaftszweige war in der Landwirtschaft gebunden. ¹⁾ Mit Ausnahme einer vorübergehenden Stagnation in der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 ging dieser Anteil kontinuierlich zurück und sank nach dem zweiten Weltkrieg auf weniger als 5 v.H. Absolut betrachtet hat sich der Kapitalbestand der Landwirtschaft - der allgemeinen Entwicklungstendenz zu kapitalintensiverer Wirtschaftsweise folgend - allerdings ständig erhöht. In der BRD war er im Jahre 1959 mit ca. 112 Mrd.Mark etwa siebenmal so hoch wie im Jahre 1850 und nahezu doppelt so hoch wie im Reichsgebiet von 1939. (Vgl. Tab. 22). Allein von 1950 bis 1959 hat er in laufenden Preisen von 69 Mrd.Mark auf 112 Mrd.Mark um etwa 60 v.H. zugenommen, wobei sich allerdings die erhebliche Preissteigerung für Kapitalgüter auswirkte; die reale Steigerung (Preisbasis 1913) beträgt nur etwa 13 v.H. ²⁾

Der Einfluß des technischen Fortschritts auf die Wirtschaftsmethoden äußert sich auch in der Landwirtschaft in einer tiefgreifenden Umstrukturierung des Kapitalbestandes: in dem Vergleichszeitraum von 1850 bis 1959 hat sich innerhalb des steigenden Gesamtbestandes der Anteil des Maschinenkapitals real von 12 auf 24 v.H. verdoppelt, und zwar vorwiegend zu Lasten des Viehkapitals, dessen Anteil real von 26 auf

1) W.G.Hoffmann, Wachstum. a.a.O. S.47. Tab.11.

2) s.Tab. 22.

18 v.H. absank. Der Anteil des Gebäudekapitals verringerte sich geringfügig von 62 auf 58 v.H. des gesamten in der Landwirtschaft investierten Kapitals. Die gegenläufige Preisentwicklung bei Maschinen und Vieh hat jedoch dazu beigetragen, daß diese Umstrukturierung des Kapitalstocks (in laufenden Preisen) überdeckt wird: nominell sind die Anteile von Gebäude-, Maschinen- und Viehkapital mit ca. 65 : 20 : 15 v.H. über ein Jahrhundert nahezu unverändert geblieben. ¹⁾

Weitere Aussagen über die Entwicklung des Kapitals in der Landwirtschaft liefert die Analyse der Investitionstätigkeit, die im wesentlichen die Phasen der betrieblichen Anpassungsmaßnahmen widerspiegelt. ²⁾ Scheidet man die kurzfristige Kapitalbindung in den Vorräten aus, die wegen ihrer Abhängigkeit von dem jährlichen Ernteergebnis zu erheblichen Oszillationen der gesamten Nettoinvestitionen führen, so äußert sich die "Intensivierungsphase" ³⁾ in den überdurchschnittlich hohen Vieh- und Gebäudeinvestitionen der Jahre 1860 bis 1870.

Eine zweite Phase verstärkter Investitionstätigkeit liegt

1) s. Tab. 22.

2) s. hierzu und zum folgenden: W.G.Hoffmann, Wachstum. a.a.O. Tab.31. S.236 und Tab. 32. S.237.

3) H.H.Herlemann und H.Stamer, Produktionsgestaltung und Betriebsgröße in der Landwirtschaft unter dem Einfluß der wirtschaftlich-technischen Entwicklung. "Kieler Studien," Kiel, (1958), S.26.

zwischen der Jahrhundertwende und dem Ersten Weltkrieg. Die Netto-Jahresraten sind in diesem Zeitraum mit 400 - 600 Mill.Mark für Gebäude- und 200 - 260 Mill.Mark für Vieh-Investitionen doppelt bis dreimal so hoch wie im Durchschnitt der Vorjahre.

Im Verlauf dieser zweiten großen Investitionsphase steigen die Maschinen-Investitionen mit Jahresraten von 150 Mill. Mark stetig an, so daß sie - seit der Mitte der dreißiger Jahre - die Gebäude-Investitionen sowohl real als auch in laufenden Preisen übertreffen. ¹⁾

Eine weitere Phase hoher Investitionstätigkeit liegt unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg. Zusätzlich zu den hohen Mechanisierungs-Investitionen werden die Viehbestände aufgestockt; sie beanspruchen kurzzeitig den größten Anteil des gesamten Investitionsvolumens.

Wie bereits aus der Entwicklung des Kapitalbestandes ersichtlich, ist die stärkste Investitionsphase der Landwirtschaft jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg zu beobachten. Die Investitionstätigkeit verfolgt das Ziel, die im Krieg unterlassenen Investitionsvorhaben nachzuholen und die Produktion auf die veränderten Verhältnisse auf den Beschaffungs- und Absatzmärkten auszurichten. Die Jahresraten

1) Der Einfluß der Mechanisierung auf die Kapitalstruktur zeigt sich in einer Verdoppelung des Inventaranteils am Gesamtkapital von 13 auf 30 v.H., während der Anteil des Gebäudekapitals im gleichen Zeitraum sank.
(W.G.Hoffmann, Wachstum. a.a.O. S. 47. Tab. 11.)

der Netto-Investitionen liegen seit 1950 in der BRD durchschnittlich über den Spitzenwerten der Vorkriegszeit, die sich auf das gesamte Reichsgebiet beziehen. ¹⁾

Das Volumen der jährlichen Brutto-Investitionen - ohne die Verwendungszwecke Flurbereinigung, Wasserwirtschaft, Nebenerwerbssiedlung und Landarbeiterwohnungsbau, die überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert werden - hat sich von 1,4 Mrd.DM (1951/52) auf 4,3 Mrd.DM (1964/65) etwa verdreifacht. (vgl. Tab.23). Der Hauptanteil der Gesamt-Investitionen entfällt dabei - trotz des steilen Anstieges der Baukosten - mit ca.60 v.H. auf die Mechanisierung. Bei wachsendem Maschinenbestand erfordern die Ersatzbeschaffungen ein immer größeres Investitionsvolumen, das 1964/65 mit 2,3 Mrd.DM etwa dreimal so hoch liegt wie im Wirtschaftsjahr 1951/52.

Infolge der ungewöhnlich starken Investitionstätigkeit in der Landwirtschaft ist jedoch der Anteil der Ersatzbeschaffungen am Gesamtvolumen der Gebäude- und Maschinen-Investitionen von 70 v.H. (Durchschnitt 1951/52 bis 1953/54) auf 58 v.H. (Durchschnitt 1962/63 bis 1964/65) gesunken. ²⁾ Den zweitgrößten Teilbetrag stellen die Investitionen in Wirtschaftsgebäuden dar, deren Anteil am Brutto-Investitionsvolumen im Vergleichszeitraum von ca.18 v.H. (1951/52)

1) Ebenda Tab.32. S.237.

2) Zur Entwicklung der Investitionen in Wirtschaftsgebäuden und Maschinen s.Tab.23.

auf ca. 30 v.H. (1964/65) gestiegen ist. ¹⁾

Infolge der hohen Kapitalbindung in Gebäuden, Viehbestand und zunehmend auch in Maschinen liegt die Kapitalintensität in der Landwirtschaft - mit Ausnahme weniger Jahre - über der des industriell-gewerblichen Bereichs. Auch hier nimmt die Anpassungsphase der Landwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg eine Sonderstellung ein: da bei der starken Mechanisierung in erheblichem Umfang Arbeitskräfte freigesetzt werden, steigt die Kapitalintensität in der Landwirtschaft mit jährlich 4,5 v.H. (Durchschnitt 1950 bis 1959) wesentlich stärker als im industriell-gewerblichen Bereich mit 2,6 v.H. ²⁾

Die Substitution von Arbeit durch Kapital wird ausgelöst und nachhaltig gefördert durch die Preissituation auf den Faktormärkten sowie durch die agrarstrukturellen Verbesserungen, die bei größeren Betriebseinheiten einen höheren Kapitaleinsatz erfordern. Während um 1950 in mittleren Familienbetrieben noch ein Besatzkapital von 15.000 bis 20.000 DM je Voll-Arbeitskraft dem Durchschnitt entsprach, "ist heute in arbeitstechnisch hochentwickelten Betrieben gleicher Größe bereits mit Kapitalwerten von 6.000 bis 8.000 DM je ha/LN und 60.000 bis 80.000 DM je Voll-Arbeits-

1) Diese Erhöhung ist bei annähernd gleichbleibenden realen Investitionsraten fast ausschließlich auf die Preissteigerungen im Bausektor zurückzuführen, die dazu beitragen, daß die nominellen Gebäude-Investitionen 1959 dreimal so hoch lagen wie auf der Preisbasis 1913.

(s.W.G.Hoffmann, Wachstum. a.a.O. S.236. Tab.31 und S.237. Tab.32.)

2) Zuden Zahlenangaben s.W.G.Hoffmann, Wachstum. a.a.O. S.50-52.

kraft zu rechnen." 1)

-
- 1) H.Priebe, Grundzüge der landwirtschaftlichen
Strukturentwicklung.
(cit.: Strukturentwicklung). Strukturwandlungen
einer wachsenden Wirtschaft. Verhandlungen auf
der Tagung des Vereins für Socialpolitik. Luzern 1962.
Bd. 1. Hrsg. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozial-
wissenschaften. Berlin 1964. S. 231.

A. Grundformen und Organisation des Agrarkredits = =====

Die Grundlage des bankmäßigen Agrarkredits ist "die finanzielle Betreuung des Einzelbetriebes." ¹⁾ Der Kreditbedarf der landwirtschaftlichen Betriebe wird - insbesondere seit dem Ende des 19. Jahrhunderts - zunehmend durch Kreditinstitute gedeckt. Der bankmäßig organisierte Agrarkredit hat dabei innerhalb der gesamten Kreditwirtschaft stets eine Sonderstellung eingenommen. Diese ist, wie noch gezeigt wird, vor allem im organisatorischen Bereich weitgehend durch die geschichtliche Entwicklung geprägt worden; zum anderen sind die Charakteristika des Agrarkredits auf die spezifischen Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktion und auf subjektive Besonderheiten bei den Kreditnehmern zurückzuführen.

1) J.Loest, Der Agrarkredit in Deutschland.
Hamburg 1962. S.21.

I. Grundformen und Besonderheiten des Agrarkredits

1. Der Begriff des Agrarkredits

Bei dem bankmäßig organisierten Agrarkredit handelt es sich um die entgeltliche, befristete und mit der Verpflichtung zur Rückzahlung verbundene Überlassung von Geld durch Kreditinstitute an den landwirtschaftlichen Betrieb als Kreditnehmer. Mit diesem, den gebräuchlichen Kreditdefinitionen weitgehend entsprechenden Begriff ¹⁾ ist der bankmäßig organisierte Agrarkredit abgegrenzt einerseits gegen die nicht rückzahlbare Dotation, ²⁾ gegen den Naturalkredit in Form von Saatgut oder Düngemitteln und schließlich gegen die nicht bankmäßig gewährten Kredite. Bei ihnen handelt es sich vorwiegend um Kredite in laufender Rechnung bei Lieferanten und Händlern, sowie Kredite von Versicherungsgesellschaften,

-
- 1) W.Abel, Agrarpolitik 2.Aufl. Göttingen 1958. S.287.
 Ferner:
W.Kalveram, Bankbetriebslehre. a.a.O. Teil 1. S.24.
 Ferner:
K.Theisinger, Kreditgeschäft und Kreditpolitik. In:
 "Die Bank". 2.Bd. Hrsg. K.Theisinger und J.Löffelholz.
 Wiesbaden 1952. S.3.
- 2) Bund und Länder haben seit Ende des zweiten Weltkrieges den landwirtschaftlichen Betrieben in erheblichem Umfang Dotationskapital zur Verfügung gestellt. Allein die vom Bund im Rahmen der "Grünen Pläne" bereitgestellten Zuschüsse, Beihilfen und Vergünstigungen belaufen sich von 1956 bis 1966 auf 21,4 Mrd.DM. (einschließlich Anpassungshilfe 1966 und Sonderprogramm 1961 zugunsten bäuerlicher Familienbetriebe.) In dieser Summe sind die steuerlichen Vergünstigungen und die Zuwendungen an die Landwirtschaft im Rahmen des Ernährungshaushaltes nicht enthalten.
 (Quelle: Bericht der Bundesregierung über die Lage der Landwirtschaft gemäß § 4 des Landwirtschaftsgesetzes.
 (cit.: Grüner Bericht) 1967. Bonn 1967. S.50-54).

Bausparkassen, Teilzahlungsinstituten und Privatpersonen.

2. Die Formen des Agrarkredits

a. Unmittelbarer und mittelbarer Agrarkredit

Was die Formen des Agrarkredits betrifft, so ist zwischen dem unmittelbaren und dem mittelbaren Agrarkredit zu unterscheiden.

Der unmittelbare Agrarkredit (Agrarkredit im engeren Sinn) wird als sogenannter "Hofkredit" unmittelbar vom Kreditinstitut an den landwirtschaftlichen Unternehmer (Eigentümer oder Pächter) gewährt.

Mittelbare Agrarkredite sind dagegen Kredite, die einerseits an Unternehmungen gewährt werden, die sich mit dem Handel, der Einlagerung und (oder) der Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte befassen, sowie im weiteren Sinn Kredite an Gemeinden, Gebietskörperschaften und andere öffentlich-rechtliche Institutionen, die diese Mittel für überbetriebliche Strukturmaßnahmen einsetzen.

b. Betriebskredite

Der Betriebskredit dient der Finanzierung des betrieblichen Umsatzprozesses. Die Laufzeit des Betriebskredits ist überwiegend kurz- und mittelfristig.¹⁾ Im Einzelfall wird die

1) Dabei ist zu beachten, daß im Agrarkredit nach der Abgrenzung des BML Kredite mit Laufzeiten bis zu 1 Jahr als kurzfristig, von 1 bis 10 Jahren als mittelfristig und über 10 Jahre als langfristig gelten, während die Bundesbank bis 1968 die entsprechenden Grenzen bei 6 Monaten, 6 Monate bis 4 Jahre (mittelfristig) und über 4 Jahre (langfristig) setzte.

Länge des Produktionsrhythmus und damit die Kreditlaufzeit stark von der jeweiligen Produktionsrichtung des Kreditnehmers bestimmt.

Das Betriebssystem ist ebenfalls ausschlaggebend für die Verwendungszwecke der Betriebskredite, die meist eingesetzt werden, um den Ankauf von Roh- und Hilfsstoffen, insbesondere von ertragssteigernden Betriebsmitteln vorzufinanzieren.¹⁾

Als reiner Umsatzkredit dient der Betriebskredit der Vorfinanzierung des Absatzes.

Die längste Laufzeit erreicht der mittelfristige Betriebskredit als Inventarkredit, eine Folge der steigenden Nutzungsdauer des maschinellen Inventars.²⁾

c. Anlagekredite

Im Gegensatz zu den Betriebskrediten sind die Anlagekredite vorwiegend langfristig. In seiner klassischen Form als durch landwirtschaftlich genutzten Grund und Boden gesicherter Bodenkredit war der Agrarkredit lange Zeit bestimmend

1) A.Weber und W.Meinhold, Agrarpolitik. Berlin 1951. S.260.

2) Ausmaß und Finanzbedarf der Mechanisierung führten im Jahre 1950 unter maßgeblicher Beteiligung der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR) und der Deutschen Genossenschaftskasse zur Gründung eines Spezialinstitutes für Maschinenkredite, der Finanzierungsgesellschaft für Landmaschinen A.G. - FIGELAG - . (Firmierung bis 1957 "Landmaschinen Finanzierungs A.G. - FIGELAG").

für den gesamten Realkredit. Während ursprünglich die Kredite für den Erwerb ganzer landwirtschaftlicher Güter überwogen, dient der Bodenkredit heute vor allem der Aufstockung von Klein- und Mittelbetrieben sowie besitzfestigenden Maßnahmen (Erbabfindungskredite), um die Flurzersplitterung zu vermeiden. Eine weitere Variante des betrieblichen Anlagekredits ist der Gebäudekredit zur Finanzierung von landwirtschaftlichen Gebäude-Investitionen, von Neubauten und von baulichen Maßnahmen an Altgehöften.

Eine typische Sonderform des Bodenkredits, die zumeist den Rahmen des Einzelkredits überschreitet, ist der Meliorationskredit, der dazu dient, unkultivierte Böden für die Landwirtschaft nutzbar zu machen und bereits erschlossene Böden durch verkehrs- und wasserwirtschaftliche Maßnahmen (Wegebau, Flurbereinigung, Aufforstung, Drainage, Hochwasser- und Küstenschutz) nachhaltig zu verbessern. Da es sich bei den Meliorationen um besonders kapitalintensive und langfristige Investitionen handelt, werden diese nahezu ausschließlich von öffentlich-rechtlichen Körperschaften durchgeführt, die den hohen Kapitalbedarf durch Emissionserlöse aus Schuldverschreibungen, ergänzt durch öffentliche Zuschüsse, decken.

Schließlich ist der Siedlungskredit zu erwähnen, der einerseits für die einzelne Siedlerstelle, andererseits nach agrar- und bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten für regionale Siedlungsprogramme verwendet wird. Diese Maßnahmen werden von überbetrieblichen - meist öffentlich-rechtlichen - Instituten durchgeführt, die als Siedlungsträger auftreten. Die Finanzierung erfolgt weitgehend über Spezialinstitute

auf Bundes- und Länderebene. 1)

Auf betrieblicher Basis hat der Siedlungskredit in den letzten Jahren für die Aussiedlung aus beengter Dorflage in Verbindung mit Maßnahmen zur Flurbereinigung Bedeutung erlangt.

Legt man den verschiedenen Verwendungszwecken die eingangs **betroffene** Unterscheidung in den unmittelbaren und den mittelbaren Agrarkredit zugrunde, so sind die Betriebskredite sowie die Boden- und Gebäudekredite überwiegend dem unmittelbaren Agrarkredit, die Meliorations- und Siedlungskredite dagegen dem mittelbaren Agrarkredit zuzurechnen.

Diese Unterscheidung gilt in *praxi* nicht ausnahmslos, da sich unter den wechselnden betrieblichen Erfordernissen der Kredite zahlreiche Mischformen entwickelt haben. 2)

-
- 1) s. hierzu: Das Verfahren der ländlichen Siedlung in den Ländern der Bundesrepublik. Schriftenreihe der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation, e.V. H.1. Bonn (1955).
 - 2) Ein einheitlicher Siedlungskredit kann z.B. neben der Flächenaufstockung zugleich Gebäude-Investitionen sowie Erweiterungen des Inventars umfassen und zugleich aus Mitteln des Kreditinstitutes, der Landwirtschaftlichen Rentenbank, des Landes und des Bundes refinanziert sein.

II. Die Organisation des Agrarkredits

Seit Ende des 19. Jahrhunderts sind die von den Kreditinstituten gewährten Kredite die wichtigste Fremdkapitalquelle der Landwirtschaft. Schon vor dem Ersten Weltkrieg entfielen 75 v.H. des Fremdkapitals der Landwirtschaft auf langfristige Hypotheken, die fast ausschließlich privat, zumeist über Kreditinstitute, finanziert worden waren. ¹⁾ 1954, wenige Jahre nach dem völligen Zusammenbruch des Kapitalmarktes, nahmen die Kreditinstitute wieder ihre führende Stellung unter den Kreditgebern der Landwirtschaft ein.

In der Folgezeit bedienten sich auch Bund, Länder, Sondervermögen und andere öffentlich-rechtliche Kapitalsammelstellen ebenfalls dieser Kreditinstitute, um die von der öffentlichen Hand bereitgestellten Mittel an die landwirtschaftlichen Betriebe weiterzuleiten. Die Hauptfunktion der Kapitalbereitstellung und Kapitalvermittlung wird somit für die Agrarkreditinstitute durch die Nebenfunktion, finanzielle Maßnahmen der öffentlichen Hand durchzuführen, charakteristisch erweitert. Da diese Aufgabe nur von einer straffen und leistungsfähigen Organisation erfüllt werden kann, "ist der Anteil des organisierten am gesamten Agrarkredit geradezu ein Maßstab für den jeweiligen Entwicklungsstand einer Agrarkreditverfassung." ²⁾

1) F.Steding, Die Finanzierung des landwirtschaftlichen Betriebes. (Art.) (cit.als: Finanzierung). Handbuch der Landwirtschaft. Bd. V. 1.Aufl. Hamburg u.Berlin 1964. S. 712.

2) G.Noell, Die Landwirtschaft in U.S.A. und ihr Kredit-system. Frankfurt/Main 1952. S.71.

Trotz einer gewissen Arbeitsteilung und eines zeitweilig massiven staatlichen Einflusses hat sich der Agrarkredit in Deutschland - im Gegensatz zu der Entwicklung in den meisten europäischen Ländern - ¹⁾ nicht vom übrigen Bankwesen gelöst. Abgesehen von einigen Spezialinstituten, die ausschließlich den Agrarkredit pflegen, ergeben sich vielmehr vielfältige organisatorische und finanzielle Bindungen zum gesamten Kreditwesen, so daß sich der bankmäßige Agrarkredit in der gebräuchlichen Einteilung ²⁾ nicht eindeutig einordnen läßt.

Auch nach der Leitmaxime, unter der die Institute ihre wirtschaftliche Leistung erbringen, läßt sich der bankmäßig organisierte Agrarkredit nicht eindeutig bestimmen, da die beteiligten Institute sowohl gemeinwirtschaftliche, förderungswirtschaftliche wie erwerbswirtschaftliche Ziele verfolgen.

Aus diesen Gründen eignet sich nur eine Systematisierung, die von dem begrenzten Kreis der Kreditnehmer sowie derjenigen Institute ausgeht, bei denen die Ausleihungen an die Landwirtschaft bedeutsam sind. Es sind dies:

1. Das Zentralinstitut

Die Landwirtschaftliche Rentenbank, Frankfurt/M., Anstalt

-
- 1) Zur Organisation des Agrarkredits in den EWG-Partnerländern s.: Die Gesetzgebung über den landwirtschaftlichen Kredit in den 6 EWG-Ländern des Gemeinsamen Marktes. Landwirtschaftliche Studien der EWG. Nr.32. o.O. 1963. S.4 ff.
 - 2) W.Kalveram, Bankbetriebslehre. Wiesbaden 1950. Teil 1. S. 8 ff.

des öffentlichen Rechts, ist institutionell die Spitze und das zentrale Refinanzierungsinstitut für den gesamten Agrarkredit.

2. Überregionale Institutsgruppen

Als überregionale Institutsgruppe ist das genossenschaftliche Kreditsystem im Agrarkredit tätig. Die Deutsche Genossenschaftskasse, Frankfurt/M., Anstalt des öffentlichen Rechts, ist das Spitzeninstitut der Organisation, deren Mittelbau von 17 genossenschaftlichen Zentralkassen sich im Jahr 1965 auf etwa 9500 örtliche Raiffeisen-Kreditgenossenschaften mit 4300 Zweig- und Nebenstellen und auf ca. 800 gewerbliche Kreditgenossenschaften (Volksbanken) stützte.¹⁾ Während bei den ländlichen Kreditgenossenschaften etwa 40 v.H. der Ausleihungen auf landwirtschaftliche Betriebe entfallen, spielt der Agrarkredit bei den gewerblichen Kreditgenossenschaften mit etwa 5 v.H. der Gesamtausleihungen nur eine geringe Rolle.²⁾

Dem genossenschaftlichen Kreditsystem sind ferner zwei Spezialinstitute, die Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG und die Bayerische Landwirtschaftsbank eGmbH zuzurechnen; beide Institute refinanzieren den überwiegenden Teil der

1) Jahrbuch des Deutschen Genossenschaftsverbandes e.V., 19.Jg. 1966. a.a.O. Bonn 1967.

2) W.Kayser, Darlegungen über die Kreditverpflichtungen und Finanzierungsmöglichkeiten der Landwirtschaft in der EWG. I. Monographie über die Bundesrepublik Deutschland. (cit.: Darlegungen.) Hrg.: EWG Kommission Generaldirektion Landwirtschaft. Brüssel 1964. S. 11.

langfristigen Agrarkredite des Genossenschaftsbereichs.

Das Kreditsystem der Sparkassen, in dem die Deutsche Giro-Zentrale - Deutsche Kommunalbank als Spitzeninstitut fungiert. Den Mittelbau bilden elf regionale Giro-Zentralen, deren Funktionen mit denen der früheren Landesbanken vereinigt sind. Der Unterbau besteht aus ca. 860 Sparkassen mit etwa 13000 Zweigstellen. ¹⁾

Im Gegensatz zu den ländlichen Kreditgenossenschaften erreichen bei den Sparkassen - selbst in ländlichen Gegenden - die Ausleihungen an landwirtschaftliche Betriebe selten mehr als 20 v.H. des gesamten Kreditvolumens. ²⁾

Die vorgenannten Institute und Institutsgruppen sind im gesamten Bundesgebiet tätig; sie werden wegen ihrer überregionalen Stellung im bankmäßigen Agrarkredit noch eingehend behandelt.

3. Sonstige Institute

Hierunter fallen ca. 130 Kreditinstitute verschiedener Rechtsform, die z.T. örtliche Filialen, Zweigniederlassungen oder Nebenstellen unterhalten.

1) Jahresbericht 1966 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V., a.a.O. Bonn 1967. S. 95.

2) F.Steding, Der Agrarkredit. Sein Gebrauch und seine Gefahren. (cit.: Der Agrarkredit). Frankfurt 1955. S.30.

Diese Spezialinstitute sind nicht mit den vorgenannten, nach einheitlichen Ordnungsprinzipien organisierten Kredit-systemen der Genossenschaften und der Sparkassen vergleich-bar; doch entfällt ein bedeutender Anteil ihrer Gesamt-ausleihungen auf landwirtschaftliche Betriebe. ¹⁾ Dies gilt vor allem für die Landschaften, die sich als Spezialinsti-tute öffentlichen Rechts auf genossenschaftlicher Grundlage ausschließlich im Agrarkredit betätigen.

Von den landwirtschaftlichen Kreditinstituten, die vor dem Zweiten Weltkrieg insbesondere in den preußischen Provinzen Ost- und Mitteldeutschlands tätig waren, arbeiten im Bun-desgebiet nur noch zwei Landschaften und vier landschaftsähn-liche Institute. Sie gewähren mittel- und langfristige Agrar-kredite gegen Grundpfandrechte und beschaffen ihre Mittel über Schuldverschreibungen und aufgenommene Darlehen. Etwa 90 v.H. ihrer Ausleihungen entfallen auf Hofkredite. ²⁾

Als öffentlich-rechtliche Institute sind die sechs Landes-kreditanstalten zu nennen, wenn auch nur noch eine unter ihnen - die Hannoversche Landeskredit-Anstalt - der ursprüng-lichen Zielsetzung dieser Institute entsprechend, als reines Agrarkreditinstitut tätig ist. Bei den anderen Instituten, die auch Kredite an Industrie, Gewerbe und für den städti-schen Wohnungsbau gewähren, schwankt der Anteil der Agrar-kredite erheblich; die Landeskreditanstalten betreiben überwiegend das mittel- und langfristige Kreditgeschäft und beschaffen sich Mittel über Schuldverschreibungen und langfristig aufgenommene Darlehen.

1) W. Kayser, Darlegungen. a.a.O. S.12 f.

2) W. Kayser, Darlegungen. a.a.O. S.12.

Besonders in Süddeutschland gewähren die privaten Hypothekenbanken Kredite an die Landwirtschaft. Es handelt sich insgesamt um 23 Institute, die gem. HypBankG nur mittel- und langfristige Kredite gegen Grundpfandrechte und Kommunaldarlehen gewähren; nur zwei bayerische Institute sind als "gemischte" Hypothekenbanken auch im kurzfristigen Kredit tätig und nehmen Spar- und Sichteinlagen an. Die übrigen Institute beschaffen sich ihre Mittel über Schuldverschreibungen und langfristig aufgenommene Darlehen. Die Ausleihungen an die Landwirtschaft sind im Rahmen der gesamten Kredite bei den einzelnen Instituten sehr unterschiedlich.

Unter den übrigen, meist kleinen, lokalen Instituten, die der Landwirtschaft Kredite gewähren, sind einige Spezialinstitute hervorzuheben, die sich überregional besonderen Bereichen des Agrarkredits widmen. So finanziert die Finanzierungsgesellschaft für Landmaschinen AG - FIGELAG - ausschließlich die Anschaffung landwirtschaftlicher Maschinen, während die Deutsche Siedlungsbank und die Deutsche Landesrentenbank ländliche Siedlungskredite gewähren. Die von reinen Kreditbanken privater Rechtsform gewährten Agrarkredite sind im Rahmen der Gesamtausleihungen dieser Institute gering und statistisch kaum erfaßbar. ¹⁾

1) F.Steding, Der Agrarkredit. a.a.O. S. 30.

B. Entwicklungsphasen und Wandlungen des Agrarkredits
 =====
 in Deutschland bis 1945
 =====

I. Die Entwicklung bis 1914

1. Die Organisation des Agrarkredits

Vor Gründung der "Schlesischen Landschaft" im Jahre 1770 durch Friedrich den Großen kann von einem institutionellen Agrarkredit im vorgenannten Sinne nicht gesprochen werden.¹⁾ In der autarken Hofwirtschaft dominieren die Produktionsfaktoren Boden und Arbeit; der geringe Fremdbedarf wurde durch Naturaltausch gedeckt. Das herrschende Feudalsystem (Lehen- und Erbuntertänigkeit) brachte nur selten einen Wechsel in den Grundbesitzverhältnissen mit sich. Notzeiten, durch Krieg oder Mißernten bedingt, wurden durch Naturaldarlehen überbrückt. Diese Lage änderte sich mit dem Aufblühen von Handel und Gewerbe zunächst in den Städten, eine Entwicklung, die über erhöhte Nachfrage nach Agrarprodukten bald auch auf die Landwirtschaft übergriff und sie, begünstigt durch steigende Preise für Landprodukte, in den Geld- und Kreditverkehr mit einbezog. Diese Entwicklung wurde durch

1) vgl. hierzu und zum folgenden: Die Verschuldungs- und Kreditlage der deutschen Landwirtschaft in ihrer Entwicklung von der Währungsbe festigung bis Ende 1928. (cit.: Verschuldungslage). Hrsg.: Enquête - Ausschuß. Bd.12. Berlin 1930. Insbes. S.6 ff.

die Einführung des Grundbuches und des Hypothekarrechts gefördert. ¹⁾ Die Bodenspekulation und die hohe Verschuldung des Großgrundbesitzes führten nach dem Siebenjährigen Krieg zu einer Kreditkrise. In Preußen, dem Hauptgebiet der Krise, wurde die "Schlesische Landschaft" gegründet, die, zunächst als Zwangsvereinigung des Großgrundbesitzes, beispielhaft wurde für ähnliche Bodenkreditgemeinschaften der Rittergutsbesitzer und - seit der Stein-Hardenbergschen Reform - auch der Bauern ("Rustikal-Landschaften".) ²⁾

Die landschaftlichen Kreditinstitute emittierten Pfandbriefe, die auf der Grundlage solidarischer Haftung der Kreditnehmer, die Vergabe langfristiger und zinsgünstiger Kredite ermöglichten. Die bankmäßige Organisation und der interne Liquiditätsausgleich wurden durch die im Jahre 1873 gegründete "Centrallandschaft" als Spitzeninstitut erleichtert.

In einer Zeit unkontrollierter und meist überhöhter Kreditkonditionen gebührt den Landschaften als ersten reinen Agrarkreditinstituten das Verdienst, der Landwirtschaft Fremdkapital in ausreichendem Umfang zu Bedingungen zugeleitet zu haben, die ihrer geringen Zinsleistungsfähigkeit angemessen waren. ³⁾

Seit Beginn des 19. Jahrhunderts forderte die Bevölkerungs-

1) s. auch Art. Agrarkredit (W.Kayser). Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- u. Börsenwesen. (cit.als: Agrarkredit) Frankfurt/M. 1957. Bd. 1. S.22 ff.

2) W.Kalveram, Bankbetriebslehre. a.a.O. 2.T., S.237 ff.

3) A. Weber und W.Meinhold, a.a.O. S. 265 ff.

zunahme die Erschließung von Neuland und die qualitative Verbesserung (Melioration) bereits genutzter Böden. Der Kapitalbedarf für diese Meliorations- und Erschließungsvorhaben überstieg die Leistungsfähigkeit privater Kreditinstitute bei weitem und erforderte den Einsatz öffentlicher Mittel. Diese wurden in der Regel als Anleihen der Staats- und Landesbanken zur Verfügung gestellt.

In Ergänzung der Landesbanken widmeten sich die 1818 auf kommunaler Ebene gegründeten Sparkassen in erster Linie dem langfristigen landwirtschaftlichen Mittelstandskredit. Besonders in ländlichen Gegenden kommt diese Zielsetzung in den Satzungen und Ministerialerlassen zum Ausdruck.¹⁾ Die Sparkassen beschafften ihre Mittel vorwiegend aus Spareinlagen sowie aus den Erlösen zentral emittierter Kommunalobligationen.

Eine Ergänzung erfuhr das sich langsam ausweitende Agrarkreditsystem – besonders im Hinblick auf die Kreditbetreuung kapitalschwacher Kleinbauern – durch die um die Mitte des vorigen Jahrhunderts gegründeten ländlichen Kreditgenossenschaften. Ziel dieser von Raiffeisen und Haas ins Leben gerufenen Institute war es, die landwirtschaftlichen und gewerblichen Klein- und Mittelbetriebe vor allem auch sozial zu betreuen und sie in den modernen Geld- und Kreditverkehr einzubeziehen.²⁾ Ehrenamtliche Führung der dicht gestreuten Institute, persönliche Zusammenarbeit und unbeschränkte

1) J.Hoffmann, Sparkassen und Girozentralen.
In: Die Bank. Hrsg.: K.Theisinger, J.Löffelholz.
Wiesbaden 1952. Bd. 1. S.210. f.

2) W.Kalveram, Bankbetriebslehre. a.a.O. S. 212 ff.

Haftpflicht der Genossen kennzeichneten die ländlichen Kreditgenossenschaften. Als Zentralinstitut gründete Raiffeisen 1876 die "Landwirtschaftliche Zentral-Darlehenskasse für Deutschland AG" (später "Deutsche Raiffeisenbank AG").

Für die von Haas im Jahre 1893 gegründete "Vereinigung landwirtschaftlicher Genossenschaften" fungierte seit 1902 die "Reichs-genossenschaftsbank" in Darmstadt als Spitzeninstitut. Dieses Institut ging 1912 in der "Preußischen Zentralgenossenschaftskasse" auf, die 1895 vom Preußischen Staat für den zentralen Geld- und Kreditausgleich der preußischen Genossenschaftsverbände gegründet wurde. ¹⁾

Vorwiegend im süddeutschen Raum gewannen die privaten Hypothekenbanken Bedeutung für die langfristige Kreditversorgung. Im Jahre 1864 wurde ihnen das Recht zur Pfandbriefemission eingeräumt; der Anteil landwirtschaftlich genutzter Flächen an den hypothekarisch beliehenen Grundstücken ging allerdings ständig zurück. ²⁾

Als Folge der Stein-Hardenbergschen Reform wurden um 1850 zunächst in den preußischen Provinzen, später auch im süddeutschen Raum, die öffentlich-rechtlichen Rentenbanken gegründet. Ihre Aufgabe war die finanzielle Unterstützung der sogenannten "Bauernbefreiung", d.h. die Ablösung bäuerlicher

-
- 1) Die Preußische Zentralgenossenschaftskasse, ihre Aufgaben und ihr Wirken. Hrsg.: Preußische Zentralgenossenschaftskasse. Berlin 1922.
 - 2) Der Anteil landwirtschaftlicher Hypothekenbanken belief sich vor dem Zweiten Weltkrieg auf ca. 20 v.H. (W. Kalveram, Bankbetriebslehre. a.a.O. S. 234.)

Grunddienstbarkeiten gegenüber den bisherigen Grundherren. Diese wurden in Höhe der kapitalisierten Grundrente von den Rentenbanken mit festverzinslichen Rentenbriefen abgefunden; der Bauer war zur Tilgung der Rentenschuld mittels jährlicher Quoten verpflichtet, die von den staatlichen Kreis- und Bezirkskassen eingezogen wurden. Die Rentenbriefe waren durch gesetzliche Bevorrechtigung bei Zwangsversteigerungen sowie durch Staatsbürgerschaft besonders gesichert.¹⁾ Nachdem die Folgen der Bauernbefreiung um die Jahrhundertwende mit einem Rentenbriefvolumen von etwa 600 Mill. Goldmark abgewickelt waren, erwuchsen den Rentenbanken (auch Landeskulturrentenbanken) in der Finanzierung von Rentengütern, Meliorationen und Neubesiedlungen neue Aufgaben.

Über die Rentengüter wurde erstmalig eine gewisse Mobilität in den landwirtschaftlichen Besitzverhältnissen erzielt.²⁾ Der Erwerber konnte den Kaufpreis in jährlichen Ratenzahlungen bei der Rentenbank abtragen, nachdem diese den Kauf vorfinanziert hatte.

Damit ist der institutionelle Rahmen gezogen, soweit er für die organisierte Bereitstellung von Fremdkapital für die Landwirtschaft vor dem Ersten Weltkrieg bedeutsam ist.

Rechtsgrundlage für die Entwicklung des bankmäßigen Agrarkredits war die preußische Hypothekenordnung, die die Be-

1) W.Girnth, 100 Jahre Landesrentenbank. Hrsg.: Deutsche Landesrentenbank. Bonn 1953. S. 34 ff.

2) R.Haack und A.v.Meusinger, Die Finanzierung der ländlichen Siedlung in Preußen. Berlin 1929. S. 20 ff.

lastung von Grund und Boden als hypothekarische Sicherung des Gläubigers erstmalig institutionalisierte; erst durch diese Verbesserung des Pfandrechtes fand der dinglich gesicherte Bankkredit als Grundelement der kapitalintensiven Wirtschaftsform auch in der Landwirtschaft Eingang und Verbreitung.

2. Entwicklung und Bedeutung des Fremdkapitals

Trotz erheblicher Investitionstätigkeit der gesamten Landwirtschaft und der - im Vergleich zum Gewerbe - frühen und umfassenden bankmäßigen Organisation der Fremdkapitalaufnahme ist es schwierig, ein präzises Bild über die Kreditlage der Landwirtschaft zu gewinnen.

Die amtliche Statistik erfaßt bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts nur einzelne Länder des gesamten Reichsgebietes. Da es auch in der Folgezeit an einer auf die Landwirtschaft begrenzten Kreditbewegungsstatistik fehlt, ist eine Analyse der Fremdkapitalentwicklung auf die wenigen vorhandenen regionalen Erhebungen angewiesen.

Diese enquêteartig durchgeführten Ermittlungen lassen nur unzureichende Schlüsse auf die Ertragslage und den Verschuldungsgrad der Betriebe zu. Da die meisten Agrarkreditinstitute in der Frühzeit des bankmäßigen Agrarkredits stark dezentralisiert auf regionaler Ebene tätig waren, gelten diese Einschränkungen auch für die Kreditquellenstatistiken. Immerhin lassen sich aus der Vielzahl der Einzelerhebungen Rückschlüsse auf die Entwicklung des Fremd-

kapitals in der Landwirtschaft ziehen. ¹⁾

a. Auswertung des amtlichen statistischen Materials

In der Zeit vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg wurde die Landwirtschaft vor allem durch Anwendung des Mineraldüngers, durch Fruchtwechselwirtschaft und verstärkte Viehhaltung intensiviert.

Auch die Aufnahme von Fremdkapital steigt an, wie die ersten größeren, enquêteartigen Erhebungen der Jahre 1883 und 1896 in Preußen ergeben. ²⁾ Diese Erhebungen erfaßten lediglich die Grundbuchkredite in einer geringen Anzahl von Landkreisen, doch wurden sie nach gleichbleibenden statistischen Gesichtspunkten durchgeführt, so daß die gewonnenen Daten vergleichbar sind. Im Ergebnis zeigt sich, daß sich die Hypothekenaufnahme in dem 13jährigen Vergleichszeitraum um 82 Mill. Mark erhöhte. Bezogen auf den Reinertrag je ha LN, der in der Landwirtschaft als Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer diente (Grundsteuerreinertrag), bedeutet dies, daß die Fremdkapitalaufnahme in 13 Jahren um 25 v.H. gestiegen war. ³⁾

-
- 1) Enquête-Ausschuß: Verschuldungslage. a.a.O. S. 2 ff. s. hierzu und zum folgenden auch H. Schmidt, Langfristige Entwicklungstendenzen des landwirtschaftlichen Kreditgeschäftes unter besonderer Berücksichtigung der Verflechtung des Agrarkreditsektors mit den Verhältnissen des allgemeinen Kreditmarktes. Kiel 1964. S. 43 ff.
 - 2) G. Evert, Die Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes in einer Anzahl von Amtsgerichtsbezirken Preußens von 1883 bis 1896. In: "Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus." 38. Jg. Berlin (1898) 1.93 ff.
 - 3) Ebenda.

Umfassendes amtliches Material über das Kreditvolumen liegt erstmalig mit der Verschuldungsstatistik in Preußen aus dem Jahre 1902 vor.¹⁾ Insgesamt 630000 landwirtschaftliche Betriebe mit einem Grundsteuerreinertrag über 60 Mark werden in dieser Erhebung lückenlos erfaßt.²⁾ Die Erhebungsmerkmale lassen erstmalig zu, die Relation von Fremdkapital und Vermögen zu beurteilen. Dabei zeigt sich folgendes Bild:

- (1.) Die absolute Höhe der Einzelkredite folgt weitgehend der Betriebsgröße; die ha-Belastung liegt in den Betrieben mit Grundsteuerreinerträgen von 1500 bis 3000 Mark (durchschnittliche Betriebsgröße von 91 ha/LN) mit 583 Mark haLN etwa doppelt so hoch wie in der niedrigsten Klasse (Grundsteuerreinertrag 60 bis 90 Mark, Durchschnittsbetriebsgröße 8 haLN).

Entsprechend beläuft sich in der Betriebsgruppe mit niedrigen Reinerträgen die Gesamtkreditbelastung im Durchschnitt aller Betriebe der jeweiligen Ertragsklasse auf 19 v.H. in der Gruppe mit hohen Reinerträgen auf 33 v.H. des Gesamtvermögens. Die Verschuldung war in den östlichen Provinzen Preußens mit Werten von 30 bis 54 v.H. des Gesamtvermögens doppelt bis dreifach so hoch wie in den westlichen Provinzen (10 bis 23 v.H.).³⁾

1) Vgl.hierzu und zum folgenden: Preußische Statistik H.191. Die ländliche Verschuldung in Preußen. Berlin 1905.

2) F.Kuhnert, Die ländliche Verschuldung in Preußen. "Preußische Statistik". Hrsg. Königl.Preuß.Statistisches Landesamt. Berlin. H.191.. (1905 u.1906) insbes. S.27 - 29.

3) Ebenda.

- (2.) Etwa 13 v.H. der Mittel- und Großbetriebe (750 bis 1500 Mark Grundsteuerreinertrag mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 51 haLN) hatten zu diesem Zeitpunkt keine Kredite aufgenommen, andererseits lag ein etwa gleich hoher Prozentsatz der Betriebe in der als kritisch erachteten Belastungsstufe von über 75 v.H. des Gesamtvermögens.
- (3.) In allen fünf Provinzen Preußens ist der Anteil des Großgrundbesitzes unter den Betrieben, in denen das Fremdkapital 50 v.H. ihres Gesamtvermögens überstieg, größer als der Anteil bäuerlicher Grundeigentümer.

Über die Ursachen der unterschiedlichen Fremdkapitalaufnahme gibt die Erhebung selbst keinen Aufschluß. Sie ist das Ergebnis spezifischer wirtschaftlicher, klimatischer, biologischer und personeller Faktoren. Über den Verwendungszweck der Kredite finden sich Anhaltspunkte in einer Verschuldungserhebung, die in Oldenburg durchgeführt wurde. ¹⁾

Danach entfielen in v.H. des Fremdkapitals

- 43 v.H. auf Restkaufgelder (ausstehende Kaufraten),
- 41 v.H. auf Erbabfindungen,
- 5 v.H. auf Neubauten und Gebäudeverbesserungen,
- 4 v.H. auf den Ausgleich von Wirtschaftsverlusten,
- 3 v.H. auf Meliorationen.

1) J. Conrad, Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie, 4. Teil: Statistik. II. Teil. 1. Hälfte. Jena 1904. S. 133. op. cit. Enquête-Ausschuß: Verschuldungslage. a. a. O. S. 4.

Nur ein ganz geringer Teil der Kredite diente demnach produktiven Zwecken oder der Verbesserung der Produktionsstruktur; weit überwiegend wurde das Fremdkapital zur Finanzierung des Besitzwechsels aufgenommen. Dabei überwogen im Großgrundbesitz die Restkaufgelder, während die bäuerlichen Betriebe höher mit Erbschaftsschulden belastet waren. Vergleicht man die Fremdkapitalaufnahme mit der Häufigkeit des Besitzwechsels, ¹⁾ so zeigt sich, daß die Fremdkapitalaufnahme umso steiler anstieg, je mehr der landwirtschaftliche Besitz zum Gegenstand des Handels und der Spekulation wurde. Bei Erbteilungen wurden der Wertermittlung zunehmend die hohen Verkehrswerte zugrundegelegt; dies gilt besonders für die Rittergüter in den Ostprovinzen, während in den bäuerlichen Betrieben im Westen - begünstigt durch die Erbgewohnheiten - meist der sehr vorsichtig ermittelte Ertragswert angesetzt wurde. Darüberhinaus waren - abgesehen von personellen Voraussetzungen - die Betriebe im Osten durch ungünstigere Boden-, Klima- und Verkehrsverhältnisse benachteiligt. ²⁾

Die Ergebnisse der preußischen Verschuldungserhebung von 1902 bestätigen weitgehend diese Feststellung. So ermittelte BUCHENBERGER bereits im Jahre 1805 für einige Provinzen Preußens die Belastung der Rittergüter mit Hypothekarkredit im Durchschnitt mit 58 v.H., für den bäuerlichen Besitz jedoch nur mit 38 v.H. der Erwerbspreise bzw. Taxwerte. Diese Durchschnittswerte wurden in den östlichen Provinzen wesent-

1) M. Sering, Die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes im Königreich Preußen. 13 Bde. Berlin 1897 - 1910.

2) Enquête-Ausschuß: Verschuldungslage. a.a.O. S. 12 f.

lich über-, in den westlichen dagegen erheblich unterschritten. ¹⁾

Auch nach der amtlichen Statistik haben sich in einigen preußischen Landkreisen von 1837 bis 1857 die aufgenommenen Kredite verdoppelt. Die bei Gutsverkäufen pro haLN erzielten Erlöse stiegen zwar, - jedoch weniger stark als die Fremdkapitalaufnahme je haLN, die 1857 bereits zwischen 73 und 89 v.H. der je haLN erzielten Verkaufswerte lag. ²⁾

Die preußische Hypothekenstatistik ermöglicht seit 1886 einen Zeitvergleich des Kreditvolumens. Die neu eingetragenen Hypotheken in landwirtschaftlichen Bezirken sind demnach von 278 Mill.Mark im Jahre 1895 auf 787 Mill.Mark im Jahre 1913 angestiegen. ³⁾ Aus dieser Entwicklung kann auf ein steigendes landwirtschaftliches Kreditvolumen geschlossen werden, zumal der Hypothekarkredit nur einen Teil des gesamten landwirtschaftlichen Fremdkapitals ausmacht.

b. Auswertung der Kreditquellenstatistiken

Mangels einer umfassenden Kreditquellenstatistik lassen sich die aufgezeigten Entwicklungstendenzen nur anhand des Materials einzelner Kreditinstitute überprüfen.

-
- 1) A.Buchenberger, Agrarwesen und Agrarpolitik. Leipzig 1892/93. S. 12.
 - 2) Jahrbuch für amtliche Statistik für 1862. op. cit. K.Rodbertus - Jagetzow, Creditnoth des Grundbesitzes. 2.Aufl. Breslau 1893. S. 31.
 - 3) Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat. 4.Jg. Berlin 1906. S. 44 und 13.Jg. 1916. S. 58 - 60.

Wie Tabelle 24 zeigt, kann vor 1860 von einem nennenswerten Beitrag der Kreditinstitute zur Finanzierung der gesamten Investitionen nicht gesprochen werden. Die Entwicklung des bankmäßig organisierten Kredites fällt deutlich mit der einsetzenden Industrialisierung und der Intensivierung der Landwirtschaft zusammen. ¹⁾ Die Landwirtschaft beansprucht aufgrund ihrer gesamtwirtschaftlichen Bedeutung zu Beginn des Vergleichszeitraumes noch den überwiegenden Teil des Kreditvolumens der Banken.

Von den einzelnen Institutsgruppen weisen die Hypothekenbanken, denen in Tabelle 25 die spezialisierten Agrarkreditinstitute zugerechnet sind, und die Sparkassen das stärkste Wachstum auf. ²⁾

In den Sondererhebungen der Sparkassen über den ländlichen Hypothekarkredit, denen, weil sie vom Königlich-Preußischen Landesökonomie-Kollegium angestellt wurden, quasi amtlicher Charakter zukommt, liegt für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg das am besten aufgeschlüsselte Material über den Agrarkredit vor. ³⁾ Nach dieser Erhebung erhöhte sich das Volumen der von den Sparkassen in Preußen gewährten Hypothekarkredite auf ländliche Grundstücke zwischen 1880

-
- 1) s.Tab. 22 und 24. Bei dem Vergleich des Kreditvolumens mit den Netto-Investitionen der Landwirtschaft ist der Einfluß der Vorratsveränderungen in den einzelnen Wirtschaftsjahren zu beachten.
 - 2) s. Tab. 25. Zum Begriff der Nettofinanzierung s. W.G.Hoffmann, Wachstum. a.a.O. S.729 f.
 - 3) s.hierzu und zum folgenden: W.v.Altrock, Der landwirtschaftliche Kredit in Preußen. Bd.3: Die öffentlichen Sparkassen in Preußen. Veröffentlichungen des Königlich Preußischen Landes-Ökonomie-Kollegiums. H. 18. Berlin (1917). S. 42 ff.

und 1912 (höchster Vorkriegsstand) von 0,45 auf 2,46 Mrd. Mark. ¹⁾ Gleichzeitig wuchs die durchschnittliche hypothekarische Belastung der land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücke von 31 auf 71 Mark je ha. ²⁾ Dieser Durchschnittswert wird in Westfalen mit 193 Mark je ha weit überschritten. Absolut gesehen widerspricht dies nicht der zuvor festgestellten Tendenz einer nach Osten ansteigenden Verschuldung; die hohe Verschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe Westfalens ist vielmehr darauf zurückzuführen, daß infolge des im Westen wesentlich dichteren Zweigstellennetzes die Kreditinstitute und besonders die Sparkassen einen überdurchschnittlich hohen Anteil des Gesamtkreditbedarfs der Landwirtschaft decken.

In den östlichen Provinzen entfällt der Hauptanteil des landwirtschaftlichen Kredites traditionell auf die Landschaften. Die von den Landschaften und landschaftsähnlichen Kreditinstituten (Ritterschaften, Kreditvereine, Hypothekenkreditgesellschaften etc.) gewährten Hypothekarkredite haben sich zwischen 1840 und 1900 von 0,3 auf 2,6 Mrd. Mark erhöht. ³⁾

An dem Gesamtbestand landwirtschaftlicher Bodenkredite in Deutschland, der von 3,6 Mrd. Mark im Jahre 1900 auf 4,5 Mrd. Mark im Jahre 1909 anwuchs, hatten die Landschaften

1) Ebenda. S. 42.

2) Ebenda. S. 49

3) F. Hecht, Die Organisation des Bodenkredits in Deutschland. In: Die Landschaften und landschaftsähnlichen Kreditinstitute in Deutschland. 1. Bd.: Die Statistik. Leipzig 1908. S. 68 ff.

und landschaftsähnlichen Kreditinstitute mit 2,7 bzw. 3,5 Mrd. Mark den weitaus größten Anteil. Der Rest entfällt vor allem auf die Hypothekenaktienbanken sowie auf die staatlichen und provinziellen Bodenkreditinstitute. ¹⁾

Die zusammengefaßten Zahlenangaben können naturgemäß den Mangel einer nach einheitlichen statistischen und methodischen Grundlagen erstellten, gebietsmäßig und institutionell umfassenden und auf die Landwirtschaft begrenzten Kreditbewegungsstatistik nicht voll ausgleichen. Aus den vielfältigen Unterlagen rundet sich jedoch das Bild des Agrarkredits in der Intensivierungsphase vor dem Ersten Weltkrieg. Da Preußen etwa zwei Drittel des damaligen Reichsgebietes umfaßte, sind durchaus Rückschlüsse auf die Entwicklung im gesamten Reichsgebiet zulässig. ²⁾

Für das Reichsgebiet wurde der Realkredit der Landwirtschaft vor dem Ersten Weltkrieg auf 13 Mrd. Mark geschätzt, entsprechend 438 Mark je ha LN. Unterlagen über die Höhe der Privatkredite liegen nicht vor, doch kann angenommen werden, daß die Betriebe etwa in gleicher Höhe Guthaben bei Kreditinstituten unterhielten. ³⁾

Die Höhe der jährlich von landwirtschaftlichen Betrieben aufzubringenden Zinsbeträge (Zinsbelastung) wird für 1913 mit 750 Mill. Mark angesetzt. ⁴⁾

1) F. Schulte, Die deutschen Bodenkreditinstitute 1900 - 1909. Leipzig 1911. S. 39 ff.

2) K. E. Mössner, Das Deutsche Bodenkreditsystem. Berlin 1934. S. 77.

3) Enquete-Ausschuß, Verschuldungslage. a. a. O. S. 5.

4) Wochenbericht. Hrsg.: Institut für Konjunkturforschung. 1. Jg. Nr. 51 vom 20.3.1929. S. 202.

Als wesentliche Entwicklungstendenz zeigt sich in den Teilergebnissen, daß die Intensivierung der Landwirtschaft mit einer erheblichen Aufnahme von Fremdkapital verbunden ist.

II. Die Entwicklung von 1914 bis 1945

Sieht man von den in den Vergleichszeitraum fallenden Kriegsjahren des Ersten und Zweiten Weltkrieges ab, die für die gesamte Wirtschaft eine Ausnahmesituation darstellen, so ist es im wesentlichen die Wirtschaftskrise, die die gesamtwirtschaftliche Situation des Zeitabschnittes prägt.

Die Auswirkungen dieser einschneidenden, in ihrem Umfang bis dahin unbekannten Rezession auf die Landwirtschaft und den Agrarkredit sind besonders schwerwiegend. Sie äußern sich in einer Kreditkrise der Landwirtschaft, in deren Verlauf tiefgreifende staatliche Entschuldungsmaßnahmen notwendig wurden, die noch weit in die Zeit der Autarkiewirtschaft spürbar sind.

1. Die wirtschaftliche Ausgangslage der Nachkriegsjahre

Die Jahre der Kriegswirtschaft hatten die Produktivkräfte überbeansprucht. Die Personalkredite waren weitgehend abgelöst, und die Tilgungsverpflichtungen gingen zurück; doch ergaben sich für die landwirtschaftlichen Betriebe Schwierigkeiten im güterwirtschaftlichen Bereich. Die Landwirtschaft konnte bis zum Ende der Zwangswirtschaft 1920/21 die vorhandenen Erzeugnisse als Tauschmittel nicht nutzen, um die jahrelang unterbliebenen Ersatzinvestitionen nachzuholen. Auch war der Kapitalmarkt zu kurze Zeit funktionsfähig, um den Kapitalbedarf zu angemessenen Bedingungen zu decken.

Mit Beginn der Inflation wirkte sich der langsame Güter-

und Kapitalumschlag der Landwirtschaft besonders nachteilig aus, so daß die landwirtschaftlichen Betriebe der zunehmend geförderten dinglichen Kreditsicherung nicht genügen konnten. Da der landwirtschaftlich genutzte Boden mit der Wertsteigerung gewerblicher Güter nicht Schritt halten konnte, fiel er schon bald als Kreditgrundlage für Pfandbriefemissionen aus. Im Jahre 1923 gingen deshalb Landschaften und Hypothekenbanken dazu über, ihre Schuldverschreibungen mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (insbes. Roggen) abzusichern.

In der Folgezeit war die Landwirtschaft mangels langfristiger Finanzierungsmöglichkeiten weitgehend auf den hochverzinslichen Wechselkredit angewiesen, der ihrem langfristigen Investitionsbedarf weder quantitativ noch hinsichtlich der Konditionen genügte.

Auch nach der Währungsreform von 1923 war die finanzielle Situation der Landwirtschaft erschwert, da ausländische Nahrungsmittel ungehemmt zu den niedrigeren Weltmarktpreisen importiert wurden. ¹⁾

Erst mit der Währungsstabilisierung im Jahre 1923 bis etwa zum Jahre 1927 verbesserte sich dank zunehmender Massenkaufkraft und sinkender Betriebsmittelpreise auch die Ertragslage.

Umso stärker wirkte sich die 1927 einsetzende Massenarbeits-

1) M. Sering, Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. N.F. 50. Sonderh. Berlin (1932), S.80 ff.

losigkeit aus, von der im Winter 1931/32 ca. 30 v.H. aller Arbeitnehmer betroffen waren. ¹⁾ Die Wirkungen der sinkenden Massenkaufkraft wurden für die Landwirtschaft durch den rapide sinkenden Weltmarktpreis für Getreide verschärft. Der zunehmende Druck auf die Agrarpreise konnte in der Folgezeit durch umfangreiche Zoll- und Stützungsaktionen und die forcierte tierische Veredelung zwar partiell gemindert, nicht aber aufgefangen werden. ²⁾ Der Preisindex für Agrarerzeugnisse sank nach 1928 innerhalb von nur fünf Jahren na-hezu um die Hälfte seines Ausgangswertes. ³⁾

Nach 1933 wurde die Landwirtschaft zunehmend von dirigistischen Maßnahmen des Staates, z.B. durch die Gründung des Reichsnährstandes, durch umfassende Marktordnungen, durch den Abschluß vom Weltmarkt und durch die Reichserbhofgesetze betroffen. Auf der Nachfrageseite gingen spürbare Impulse von der Arbeitsbeschaffungspolitik aus, die die Nachfrage nach Nahrungsmitteln belebte. Da der Staat niedrige Festpreise setzte, stiegen die Erlöse nur langsam. ⁴⁾

1) "Wirtschaft und Statistik", a.a.O. 14.Jg.

2) M.Sering, a.a.O. S.89 sowie ders., Agrarkrisis und Agrarzölle. Berlin u.Leipzig 1925.

3) "Wirtschaft und Statistik." a.a.O. 16.Jg. (1936). S. 865.

4) Dennoch stieg der Preisindex für landwirtschaftliche Erzeugnisse, der vom Vorkriegsstand 100 (1909/10 bis 1913/14) auf 77 v.H. im Wirtschaftsjahr 1932/33 abgesunken war, bis 1939/40 auf 106 v.H. an, während die landwirtschaftlichen Betriebsmittel von 1932/33 bis 1939/40 verbilligt werden konnten. Preisindex: 116 v.H. (1932/33) bzw. 110,8 v.H. (1939/40). (Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. 58.Jg. Berlin 1939/40. S. 325 ff.)

Die Leistung der Landwirtschaft spiegelt sich in den erhöhten Hektarerträgen. ¹⁾

2. Inflation und Kreditkrise

Unter dem Einfluß der ungünstigen Gesamtlage war die betriebliche Anpassung der Landwirtschaft nur unter großen Schwierigkeiten durchführbar.

Einerseits gefährdeten die rückläufige Nachfrage und der daraus resultierende Preisverfall die Finanzierung der laufenden Investitionen, zum anderen erschwerte die einsetzende Inflation mit steigenden Zinssätzen die Versorgung der Landwirtschaft mit Fremdkapital.

Im Jahre 1924 belief sich der organisierte Agrarkredit im Reichsgebiet auf ca. 1,6 Mrd.RM, von denen 3/4 kurzfristige Kredite und nur 0,4 Mrd.RM für langfristige Investitionen geeignete Realkredite waren. ²⁾ Gemessen am Vorkriegsstand, besonders aber angesichts des kriegsbedingten Nachholbedarfs,

1) Die Hektarerträge konnten zwischen 1928/29 und 1939/40 um 23 v.H. gesteigert werden und trugen somit wesentlich dazu bei, die landwirtschaftlichen Verkaufserlöse von 6,3 Mrd.RM (1932/33) auf 10,8 Mrd.RM (1939/40) zu erhöhen.
(Ebenda. S. 585).

2) Zu den Zahlenangaben des folgenden Abschnitts s.: "Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung". 5. Jg. H. 11 und H. 27. Berlin (1933).

ist der Anteil langfristiger Fremdmittel ungewöhnlich niedrig.

Die sonstigen, überwiegend kurzfristig aufgenommenen Fremdmittel in Höhe von 5,1 Mrd. Mark waren aufgrund ihrer Fristigkeit nur mit Vorbehalt für Investitionen geeignet. Mit Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Lage mußten diese kurzfristigen Fremdmittel die Liquidität der Betriebe erheblich belasten.

Im Jahre 1925 beliefen sich die Agrarkredite bereits auf ca. 10 Mrd. RM. Die Finanzierungsbedingungen mittelfristiger Emissionen entsprachen allerdings mit nominal 10 v.H.p.a. und 30 v.H. Disagio keineswegs mehr der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft. ¹⁾ Die vom Landwirt durchschnittlich zu tragenden Zinsen erhöhten sich wie folgt (in v.H. des durchschnittlichen Zinssatzes von 1913): ²⁾

im Wirtschaftsjahr	1924/25	1925/26	1926/27	1927/28
bei Personalkrediten auf	340	264	186	212
bei Realkrediten auf	325	300	262	233.

Ihren höchsten Stand erreichten die Agrarkredite im Jahre 1931 mit 11,8 Mrd. RM; davon entfielen 7,9 Mrd. RM auf den bankmäßigen Agrarkredit. Dabei hatte sich die Fremdkapitalstruktur gegenüber 1924 insofern verbessert, als die Realkredite - von denen ca. 25 v.H. auf Privathypotheken entfielen - mehr als die Hälfte, die kurzfristigen Kredite dagegen nur noch 40 v.H. des bankmäßigen Fremdkapitals aus-

1) W.Kayser, Agrarkredit. a.a.O. S. 26.

2) Enquete-Ausschuß: Die Verschuldungslage. a.a.O. S.80.

machten. ¹⁾ Diese Strukturverbesserung war im wesentlichen ein Erfolg der im Jahre 1925 gegründeten "Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt", die als landwirtschaftliches Zentralfinanzierungsinstitut in die von der Rentenbank gewährten Wechselkredite und kurzfristigen Personalkredite eintrat, um sie durch Emission langfristiger Schuldverschreibungen zu konsolidieren. ²⁾ Obgleich allein in den folgenden vier Jahren der Landwirtschaft insgesamt 1 Mrd.RM langfristiger Mittel zugeführt wurden, konnte nur ein Teil des Umschuldungsbedarfs gedeckt werden. Auch war die Zinslast mit 7 bis 8 v.H.p.a. zwar vergleichsweise günstig, langfristig jedoch für die Landwirtschaft untragbar. ³⁾ Schließlich wurden durch diese Aktion auch nur die bankmäßigen Kredite erfaßt.

Mit 7,9 Mrd.RM organisierter und 3,9 Mrd.RM geschätzter Privatkredite belastete der Kapitaldienst - zumal für die hochverzinslichen Privatkredite - die landwirtschaftlichen Betriebe erheblich. An Hilfsmaßnahmen der Agrarkreditinstitute fehlte es nicht, doch wurde deren Erfolg durch die Folgen der Währungsumstellung, die knappen Eigenmittel und die Unergiebigkeit des Kapitalmarktes beeinträchtigt. Weder die Bemühungen der zum Teil neu gegründeten Zentralinstitute (Preußenkasse und Rentenbank-Kreditanstalt) noch der Reichsbank konnten den Zins nachhaltig senken. Die Landwirtschaft mußte mit zunehmender Kapitalknappheit schließlich höhere Zinsen zahlen als die von der Wirtschafts-

1) "Wochenbericht". a.a.O. H.11 u. H. 27.

2) Enquete-Ausschuß: Die Verschuldungslage.
a.a.O. S. 42 ff.

3) A.Weber, Geld und Kredit. Banken und Börsen.
6.Auflg. Heidelberg 1959. S. 231 ff.

politik durch Bereitstellung zinsgünstiger Kredite bevorzugte Industrie. Die Durchschnittszinssätze von 1930 mit 10 v.H.p.a. für Realkredite und zwischen 16 und 18 v.H.p.a. für Personalkredite näherten sich den Höchstsätzen von 1924.¹⁾

Zugleich entwickelte sich das für das Betriebsergebnis entscheidende Verhältnis von Betriebseinnahmen und Betriebsaufwand von 1924 an ungünstig. Gegenüber den Vorkriegsjahren 1912/14 veränderten sich die Preisindizes wie folgt:²⁾

Wirtschaftsjahr	1912/14	1924/25	1927/28
ldw. Erzeugnisse	100	121	132
Betriebsaufwand	100	136	152
Betriebsaufwand			
= 100	100	89	87.

Unter dem zusätzlichen Druck des Preisverfalls für Agrarprodukte führten die hohen Zins- und Tilgungsverpflichtungen nach 1929 in eine land-wirtschaftliche Kreditkrise von bis dahin unbekanntem Ausmaß.

Nach der Repräsentativstatistik, die im Jahre 1929 vom

- 1) Unter dem Einfluß derartiger Kreditkonditionen stieg der gesamte Zinsendienst der Landwirtschaft von 0,43 Mrd. RM (1924/25) auf 1,1 Mrd. RM im Wirtschaftsjahr 1931/32. Die Verzinsung des Fremdkapitals beanspruchte schließlich 13,6 v.H. der gesamten Verkaufserlöse der Landwirtschaft. (Enquete-Ausschuß: Verschuldungslage. a.a.O. S. 44 ff.)
- 2) Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Landwirtschaft. Bd. 4. S. 183-215. op.cit. Enquete-Ausschuß. Verschuldungslage. a.a.O. S. 89.

Enquête-Ausschuß und der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt erstellt wurde, ¹⁾ hatte sich die Kredithöhe in den einzelnen Betriebsgrößenklassen seit der Währungsumstellung von 1923 sehr unterschiedlich entwickelt: in den unteren Betriebsgrößenklassen (5 bis 20 haLN), die nach der Währungsstabilisierung 1924 je haLN die höchste Verschuldung aufwiesen, ²⁾ stieg in der Folgezeit die Neuaufnahme am wenigsten. Sie nahm in diesen Betrieben bis 1928 um ca. 30 v.H. zu, in den Betrieben über 100 haLN jedoch um mehr als 100 v.H. Die Großbetriebe waren mit Krediten von durchschnittlich über 600 RM/haLN am stärksten verschuldet. Diese Streuung der Kredithöhe nach Betriebsgrößenklassen wies in ost- und westdeutschen Betrieben das gleiche Gefälle auf. ³⁾

Diese starke Fremdkapitalaufnahme war eine Folge des Krieges und der Zwangswirtschaft, die alle Produktionsfaktoren - einschließlich des dispositiven Faktors - in Mitleidenschaft gezogen hatte: Bodenverbesserungen, Düngung und schließlich auch die notwendige Fruchtfolge unterblieben aus Gründen der Kriegswirtschaft oder wegen der Abwesenheit der Betriebsleiter. Viehbestände konnten nur unzureichend aufgestockt, Kraftfutter nicht mehr vom Markt bezogen werden. Mit zunehmender Zwangswirtschaft sank nicht nur die Produktivität des Bodens, sondern des gesamten Kapitals, da seit 1917

1) vgl. zu den Zahlenangaben: Enquete-Ausschuß, Landwirtschaftliche Buchführungsergebnisse. Untersuchungen zur Lage der Landwirtschaft. Bd.2. (1927) u. Bd.3 (1928), sowie Enquete-Ausschuß: Verschuldungslage. a.a.O. S.40 ff.

2) Die durchschnittliche Kreditbelastung je haLN belief sich in Ostdeutschland auf 350,- M und in Westdeutschland auf 383,- M per 1.7.1924. (Ebenda).

3) Enquete-Ausschuß: Verschuldungslage a.a.O. S. 35.

selbst der notwendige Unterhaltungsaufwand für Maschinen und Gebäude unterbleiben mußte.

Von diesen Auswirkungen wurden die großen Betriebe in den Ostprovinzen mit ungünstigerem Standort, Monokulturen und einem hohen Anteil der Lohnarbeit relativ stärker betroffen, während sich auf die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe im Westen die einschneidenden Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiet der Viehhaltung stärker auswirkten.

Nach 1927 ist eine zweite Welle der Kreditaufnahme festzustellen. Sie erfaßte insbesondere die ostdeutschen Betriebe unter 100 haLN, deren Kreditengagement bis zum Jahre 1933 mit 650 bis 700 RM/haLN nahezu auf das Doppelte des Jahres 1927 stieg. In den schon vorher hochverschuldeten Betrieben über 200 haLN nahm die Verschuldung langsamer zu, doch wiesen sie nach wie vor mit Werten über 800 RM/haLN den höchsten Schuldenstand auf. Im Jahre 1930 belief sich die Verschuldung in Ostdeutschland auf durchschnittlich 60 v.H. und in Westdeutschland auf 38 v.H. der Einheitswerte.¹⁾ Während die Verschuldung in Westdeutschland seit 1931 zurückgegangen war, wies sie in den ostdeutschen Betrieben nach einem vorübergehenden Stillstand (1932) im darauffolgenden Jahr einen neuen Höchststand auf.²⁾ Zwar wurde allgemein auf die Risiken der zunehmenden Fremdkapitalaufnahme hingewiesen, doch wurden ihr Ausmaß und ihre Gefahr erst offenbar, als bei den ersten Konkursen die Erlöse der Zwangsversteigerungen die Kreditverpflichtungen nicht mehr deckten. Die Erlöse sanken immer stärker - der im Reichs-

1) W.Abel, Agrarpolitik. a.a.O. 2.Auflg. S. 298.

2) "Die Kreditlage der Deutschen Landwirtschaft". Hrsg.: Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt. Wirtschaftsjahr 1927/28, S.41 f. Wirtschaftsjahr 1930/31, S.36 f. und Wirtschaftsjahr 1932/33, S.40 f.

durchschnitt bei Landverkäufen erzielte Kaufpreis war 1928 auf 1.560 Mark je haLN gesunken, - ¹⁾ so daß ein schnell wachsender Teil der Agrarkredite nicht nur ertragsmäßig sondern auch substantiell ungenügend gesichert war.

Die weitere Entwicklung führte - beschleunigt durch den Verfall der Preise landwirtschaftlicher Güter - zu einer Kreditkrise größten Ausmaßes. Die Zwangsversteigerungen betrugen 1931 im Reichsgebiet 5800 und erreichten im Jahre 1932 mit 7000 ihren Höhepunkt. Die von 1930 bis 1932 zwangsversteigerte Fläche betrug ca. 500.000 haLN. ²⁾ Die Kreditverpflichtungen wurden durch die Versteigerungserlöse durchschnittlich nur zu etwa 75 v.H. gedeckt. ³⁾

Angesichts ihres hohen Anteils am gesamten Fremdkapital waren Lieferantenschulden und Privatkredite besonders gefährdet. ⁴⁾ Mit zunehmenden Kreditkündigungen und sinkenden Agrarpreisen gerieten auch die geringer verschuldeten Betriebe schließlich in Liquiditätsschwierigkeiten. Das ganze Ausmaß der Kreditkrise wird daran deutlich, daß schließlich sogar die erststellig gesicherten Kredite der Realkreditinstitute gefährdet waren.

1) Unterlagen für die Denkschrift des Reichsfinanzministers an den Reichstag vom 31.8.1929. Reichstagsdrucksache 1308. - cit. Enquete-Ausschuß, Die Verschuldungslage. a.a.O. S. 110 und 113.

2) A.Weber und W.Meinhold, Agrarpolitik. a.a.O. S.35 ff.

3) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Berlin 1932. S. 396 und 1933, S.386.

4) W.v.Altrock, (Art: Landwirtschaftliches Kreditwesen. Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 4.Auflg. Jena 1925. VI. Bd. S.193) ermittelte vor dem Ersten Weltkrieg einen Anteil von 60 v.H. unorganisierter und 40 v.H. bankmäßig organisierter Kredite am gesamten Fremdkapital.

3. Die staatlichen Maßnahmen zur Entschuldung der Landwirtschaft

Bereits vor dem Höhepunkt der Kreditkrise war ersichtlich, daß die Landwirtschaft aus eigener Kraft nicht in der Lage war, die Folgen der Kreditkrise zu überwinden. Auch zahlreiche Gesetze und Notverordnungen, die in das landwirtschaftliche Kreditwesen mit Konsolidierungsaktionen, Reglementierung der Kreditkonditionen und Schutzmaßnahmen zugunsten der Schuldnerbetriebe eingriffen, ¹⁾ konnten weder ein weiteres Ansteigen der Kreditaufnahme verhindern, noch die Zwangsversteigerungen eindämmen.

Erst die im Jahre 1933 getroffenen drastischen Regierungsmaßnahmen ²⁾ vermochten die Verhältnisse zu bessern; freilich zu Lasten des privatwirtschaftlichen Agrarkredits, der immer stärker reglementiert, schließlich ganz zum Erliegen kam.

Rechtsgrundlage dieser Maßnahmen waren das Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse vom 1.6.1933 und zahlreiche Durchführungsverordnungen mit dem Ziel, die Landwirtschaft zu entschulden. ³⁾ Durch gesetzliche Maßnahmen wurden zunächst die Zinssätze auf 4,5 bis 5,5 v.H.p.a. zurückgeführt, die Kredite in unkündbare Tilgungsforderungen umgewandelt, und schließlich wurden

1) Enquete-Ausschuß, Die Verschuldungslage. a.a.O. S.90 f.

2) A.Foag, Die Agrarkreditsicherungen in der Deutschen Gesetzgebung. In: Probleme des Agrarkredits. Stuttgart-Berlin 1939. S. 214 - 236.

3) Harmening-Pätzold, Die landwirtschaftliche Schuldenregelung. 3. Auflg. Berlin 1938.

sogar die Gläubigeransprüche entschädigungslos um bis zu 50 v.H. gekürzt.

Als die Entschuldungsaktion 1941 auslief, waren rd. 150000 Betriebe erfaßt worden. Prozentual am stärksten, nämlich um ca. 50 v.H., wurde das Kreditvolumen bei den sogenannten "Erbhöfen" gemindert. ¹⁾ Politisches Hauptziel der Entschuldungsmaßnahmen und des Reichserbhofgesetzes war es, die Erbhöfe zu erhalten und als selbständige Wirtschaftseinheiten fortzuführen. ²⁾ Aufgrund der staatlichen Maßnahmen wurden im Wirtschaftsjahr 1933 nur noch 1662 Zwangsversteigerungen durchgeführt. ³⁾

Um die Gefahr weiterer Zwangsversteigerungen zu mindern, wurde das Vermögen der Erbhöfe für unbelastbar erklärt. ⁴⁾ Sämtliche Geldforderungen konnten fortan nur noch mit laufenden Erträgen gesichert werden; ⁵⁾ auch in diesen Fällen erschwerte der vorgeschriebene Verfahrensweg, der durch Anerbengerichte streng überwacht wurde, fällige Schuldtitel zu vollstrecken.

Während die staatlichen Maßnahmen die Kreditnehmer zunächst entlasteten, wurde für die Gläubiger das Risiko der bereits gewährten Kredite durch unzureichende Sicherungsmöglichkeiten erhöht. Das Vertrauen in die Landwirtschaft als Kreditnehmer, das während der Krise sehr gelitten hatte, war damit keineswegs wiederhergestellt. Die Realkreditinstitute zogen aus dieser Entwicklung sehr bald die Konsequenz und

1) "Die Kreditlage der Deutschen Landwirtschaft". a.a.O. Wirtschaftsjahr 1927/28. S.47 und S.59.

2) REG vom 29.9.1933. RGBL I 1933. S. 685.

3) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Berlin 1934, S. 386.

4) REG § 37.

5) REG §§ 39 und 59.

erklärten Grunddienstbarkeiten auf Erbhöfen für nicht länger mündelsicher. Durch den umfassenden Vollstreckungsschutz und die durch Formvorschriften sehr erschwerte dingliche Sicherung war die Landwirtschaft praktisch von ihrer ältesten und bedeutendsten Kapitalquelle, dem langfristigen Realkredit, abgeschnitten.

Die 1936 erlassene Emissionssperre für Pfandbriefe machte es schließlich auch unmöglich, Nicht-Erbhöfe mit bankmäßig bereitgestelltem Fremdkapital zu versorgen. ¹⁾

Unter dem Einfluß der staatlichen Maßnahmen ging die Kreditaufnahme der Landwirtschaft seit ihrem Höchststand von 13,9 Mrd. Mark im Wirtschaftsjahr 1931/32 und 1932/33 laufend zurück. Im Jahre 1941/42 war die gesamte Verschuldung (11,8 Mrd. RM) bereits wieder auf den Stand von 1927/28 zurückgeführt. Die Zinslast war mit 495 Mill. RM (1941/42) gegenüber 820 Mill. Mark (1927/28) jedoch erheblich geringer, sie machte im Reichsdurchschnitt nur etwa 5,2 v.H. der Verkaufserlöse gegenüber 8,8 v.H. im Jahre 1927/28 aus. Auf seinem Höchststand, im Jahre 1931/32, hatte der Zinsendienst mit 1,01 Mrd. Mark jährlich 14 v.H. der Verkaufserlöse beansprucht.

Von 1939 bis 1948 konnte die Verschuldung von 11 auf 2,5 Mrd. RM abgebaut werden, ³⁾ doch sind die Zahlen seit Kriegsbeginn eher ein Beweis für die Höhe außerordentlicher

-
- 1) "Die Kreditlage der Deutschen Landwirtschaft." a.a.O. Wirtschaftsjahr 1937/38. Berlin 1939. S. 7 f.
 - 2) "Die Kreditlage der Deutschen Landwirtschaft". a.a.O. Wirtschaftsjahr 1940/41. Berlin 1942. S. 15.
 - 3) W. Kayser, Agrarkredit. a.a.O. S. 26 f.

Erträge und unterbliebener Investitionen, als Maßstab einer steigenden Ertragskraft der Landwirtschaft. Der zahlenmäßige Erfolg der staatlichen Entschuldungsmaßnahmen wird umso deutlicher, als der Rückgang des Kreditvolumens in eine Phase stabilisierter Preise fällt.

Umgekehrt zur Situation nach 1920 wurde der Landwirtschaft nun der Zugang zu bankmäßigem Fremdkapital gerade zu einem Zeitpunkt versperrt, als ihr die Lage auf den Gütermärkten erlaubt hätte, die infolge der Wirtschaftskrise unterbliebenen Investitionen nachzuholen. Weder reichte die kurze Zeitspanne der stabilen wirtschaftlichen Verhältnisse vor Kriegsbeginn aus, um die notwendigen Investitionsmittel selbst zu erwirtschaften, noch genügten die zentral bereitgestellten Mittel, um rentable Investitionen vorzunehmen. Die zentral bereitgestellten Kredite wurden vielmehr nach politischen Gesichtspunkten zugeteilt, wobei zeitbedingt die Schwerindustrie begünstigt wurde. Die Landwirtschaft war somit zu Beginn des Zweiten Weltkrieges kapitalmäßig unzureichend versorgt.

4. Die Kreditinstitutionen

Nachkriegszeit, Inflation und Entschuldung stellten nicht nur die betroffenen Betriebe sondern auch die Agrarkreditinstitute vor große Aufgaben. Die Kreditkrise hat sich bis in den institutionellen Bereich des Agrarkredits ausgewirkt, ohne dessen Umorganisation die Entschuldungsmaßnahmen undurchführbar gewesen wären. Infolge des ungewöhnlich hohen Kapitalbedarfs und, gefördert durch die Kriegslage, wurde mit dem übrigen Bankwesen auch der bankmäßig organisierte Agrarkredit zunehmend zentralisiert. ¹⁾

1) vgl. hierzu und zum folgenden: C. Semper, Die Konzentrationsbewegung im landwirtschaftlichen Kreditwesen Deutschlands. Diss. Berlin 1931.

Für den gesamten Sparkassenbereich fungierte bereits seit 1918 die Deutsche Girozentrale als Spitzeninstitut.¹⁾ Die Sparkassen waren vor dem Zweiten Weltkrieg mit 22 v.H. am gesamten landwirtschaftlichen Immobiliarkredit und mit insgesamt 1,5 Mrd. RM (= 17 v.H. der Gesamtausleihungen) am gesamten Agrarkredit mit ca. 14 v.H. beteiligt.²⁾

Die bis dahin selbständigen Gruppen der ländlichen Kreditgenossenschaften und der Volksbanken erhielten erst im Jahre 1939 in der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse ein gemeinsames Spitzeninstitut. Dieses Institut, kurz "Deutschlandkasse" genannt, war die Rechtsnachfolgerin der "Preußischen Zentralgenossenschaftskasse", die 1932 in den Besitz des Reiches übergegangen war. Von 1939 an war somit der gesamte Genossenschaftsbereich in einem Institut zentralisiert.³⁾

Im Jahre 1933 belief sich der Anteil der Agrarkredite an den Gesamtausleihungen der Kreditgenossenschaften auf 60 v.H., während die landwirtschaftlichen Betriebe an den Einlagen mit etwa 50 v.H. beteiligt waren; 85 v.H. dieser Betriebe waren bäuerliche Betriebe unter 20 ha LN.⁴⁾

Im Bereich der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute schlossen sich nach dem Ersten Weltkrieg die Landesbanken, bis auf die heute noch selbständigen Institute, auf provinzieller Ebene mit den Girozentralen zusammen. Unter Führung

1) W. Kalveram, Bankbetriebslehre. a.a.O. T.2. S. 227.

2) W. Abel, Agrarpolitik. 2. Aufl. Göttingen 1958. S. 212 f.

3) H. Helferich, Die Kreditgenossenschaften in der deutschen Kreditwirtschaft. Stgt. 1937.

4) s. W. Abel, Agrarpolitik. 2. Aufl. Göttingen 1958. S. 295.

der 1923 gegründeten Deutschen Landesbankenzentrale AG, Berlin, beteiligte sich diese Institutsgruppe in den Jahren nach 1930 maßgeblich an der "Osthilfe-Aktion" zur Entschuldung der Landwirtschaft.

Nach der Stabilisierungsperiode von 1923-1925 wurde als Spitzeninstitut des zunehmend zentral bereitgestellten Kapitals die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt (RKA) gegründet.¹⁾ Sie übernahm im wesentlichen die Refinanzierung für den gesamten Agrarkredit. Die Hauptaufgabe der RKA bestand zunächst darin, die gefährdeten Kredite zu konsolidieren; sie trat in die von der Deutschen Rentenbank gewährten Wechsel- und kurzfristigen Personalkredite ein, um sie über selbst emittierte Schuldverschreibungen in langfristige Realkredite umzuschulden.

Eine Sonderstellung in der Sanierung hoch verschuldeter landwirtschaftlicher Betriebe in den Provinzen östlich der Elbe nahm die Bank für deutsche Industrieobligationen (BAFIO) ein. Dieses Institut war 1924 von Banken und Industrieunternehmen gegründet worden, um das Industriebelastungsgesetz im Rahmen des Dawesplanes finanziell abzuwickeln. Nach Inkrafttreten des Youngplans wurde diese Aufgabe hinfällig; durch das Industriebankgesetz vom 31.3.1931 wurde das Institut ermächtigt, die weiter verfügbaren Mittel für landwirtschaftliche Betriebe zu verwenden. Im Rahmen der Osthilfe-Aktion wurden von der BAFIO insgesamt ca. 34.000 landwirtschaftliche Betriebe, darunter 31.000 Klein- und Mittelbetriebe unter 500 Morgen saniert.²⁾

Auch der Siedlungskredit wurde zentralisiert. Nach der In-

1) Enquete-Ausschuß, Die Verschuldungslage.
a.a.O. S. 42 ff.

2) Wilmowsky, T. Frhr. von, Rückblickend möchte ich sagen ...
Oldenburg / Hamburg 1961. S. 102.

flation und dem Verfall des Kapitalmarktes gingen die bislang selbständigen Rentenbanken in der 1928 gegründeten Preußischen Landesrentenbank auf. Während dieses Institut vor allem langfristige Siedlungskredite gewährte, legte die im Jahre 1930 vom Deutschen Reich und vom Preußischen Staat gemeinschaftlich gegründete Deutsche Siedlungsbank vor allem Siedlungszwischenskredite aus. Im Jahre 1933 ging die Kompetenz für die ländliche Siedlung von den Ländern auf das Reich über. Seit 1939 übt die Deutsche Landesrentenbank die Funktionen der Deutschen Siedlungsbank aus.

C. Die Entwicklung des Agrarkredits in der Bundesrepublik Deutschland

Von 1945 bis zur Währungsreform im Jahre 1948 war angesichts des Flüchtlingszustroms und des Verlusts der agrarischen Gebiete Mittel- und Ostdeutschlands die tägliche Versorgung der Bevölkerung die vordringliche Aufgabe der Landwirtschaft in der BRD.

Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft und mit steigender Massenkaufkraft verlagerte sich die Nachfrage zunehmend auf höherwertige Nahrungsmittel. Der mit der Währungsreform ausgelöste wirtschaftliche Aufstieg ließ aber zugleich erkennen, daß die extremen Leistungen der Kriegs- und Nachkriegszeit das Leistungsvermögen der Landwirtschaft stark angegriffen hatten. Zwar konnte die Verschuldung der Landwirtschaft bis zur Währungsreform nahezu völlig abgebaut werden, ¹⁾ doch mußten infolge des Kapitalmangels die während der Kriegsjahre unterbliebenen Investitionen weiterhin zurückgestellt werden. ²⁾

Die Entwicklung des Agrarkredits nach der Währungsreform ist deshalb maßgeblich durch staatliche Interventionen und Hilfsmaßnahmen zugunsten der Landwirtschaft gekennzeichnet.

1) W.Kayser, Agrarkredit. a.a.O. S.22 ff.

2) Bereits 1941 wurde der Kapitalbedarf der Landwirtschaft für die dringend erforderlichen Investitionen allein an Wirtschafts- und Wohngebäuden und totem Inventar auf etwa 40 Mrd.Mark geschätzt. (Der Investitionsbedarf der Großdeutschen Landwirtschaft nach dem Kriege. Schriften des Institutes für Konjunkturforschung. Wochenbericht Nr.1. 14.Jg. Berlin 1941.)

1. Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Fremdkapitals und die Lage auf dem Kapitalmarkt

Die Landwirtschaft hat in dem Bestreben, die für sie günstigen Absatzmöglichkeiten zu nutzen, zunehmend Arbeit durch Kapital ersetzt. Die steigenden Verkaufserlöse boten zwar eine günstige Voraussetzung, um den wachsenden Finanzierungsbedarf zu decken, doch war die Landwirtschaft zur Kapitalbeschaffung für ihre umfangreichen Neuinvestitionen weitgehend auf den Kapitalmarkt angewiesen. Hierzu leisteten die bestehenden Institute wichtige Hilfe; ihre Kapitalbasis war aber im Anfang des wirtschaftlichen Aufschwunges so begrenzt, daß sie ihre Mittlerfunktion zwischen Kapitalmarkt und landwirtschaftlichen Kreditnehmern nur mit staatlicher Unterstützung erfüllen konnten. Angesichts der Knappheit der verfügbaren Mittel bevorzugten die Kapitalgeber kurzfristige und hochverzinsliche Anlagen, wie sie sich im industriellen Bereich boten.

Die Finanzierung landwirtschaftlicher Investitionen über den Kapitalmarkt war minimal (ca. 3 v.H. im Jahre 1950), und die ersten Emissionen zugunsten der Landwirtschaft fanden nur schleppend Absatz. ¹⁾

Infolge des engen Kapitalmarktes lag das Zinsniveau in den ersten Nachkriegsjahren sehr hoch. Zwischen 1950 und 1959 bewegten sich die Kreditkosten nahezu ständig über 5 v.H.p.a. ²⁾ Der Durchschnittszins für unverbilligte langfristige Kredite ist zwischen 1953 und 1959 mit etwa

1) einschl. Kredite für ländl. Wasserbau und Siedlung.

2) "Monatsberichte der Deutschen Bundesbank". a.a.O. April (1960) S. 84.

7,7 v.H.p.a. anzusetzen. ¹⁾ Dennoch erhöhte sich das Kreditvolumen der Landwirtschaft von 1948 bis 1952 um 2,4 Mrd.DM, ein Indiz für den hohen Nachholbedarf an Investitionen.

Von 1948 bis 1956 wurden aus ERP-Mitteln insgesamt 0,434 Mrd. DM zur Verfügung gestellt, die mit Laufzeiten von 5 bis 39 Jahren und Zinssätzen von 2,5 und 5 v.H.p.a. für landwirtschaftliche Investitionszwecke besonders geeignet waren. ²⁾ Dennoch konnten diese Kredite den dringenden Kapitalbedarf landwirtschaftlicher Betriebe keineswegs voll befriedigen, so daß die Betriebsinhaber gezwungen waren, auf hochverzinsliche kurzfristige Kredite auszuweichen. Auf diese entfielen Ende 1952 mit 1,1 Mrd.DM annähernd die Hälfte des gesamten landwirtschaftlichen Fremdkapitals. ³⁾

Steigende Außenhandelsüberschüsse und das Kapitalmarktförderungsgesetz von 1952 ⁴⁾ belebten den Kapitalmarkt ab 1954, so daß ein wachsender Teil der Investitionen über den Kapitalmarkt finanziert werden konnte. 1954/55 konnte die landwirtschaftliche Rentenbank erstmalig in größerem Umfang Kredite aus Rentenemissionen bereitstellen.

Bei sinkendem Zinsniveau konnten auch steuerbegünstigte Pfandbriefe im Gesamtvolumen von 250 Mill.DM emittiert werden, ⁵⁾ deren Erlös der Landwirtschaft zu einem Zinssatz

1) F.Timmermann, Über die Kreditkosten im Rahmen der Wirtschaftsentwicklung seit 1945, unter besonderer Berücksichtigung des Agrarkredits. "Berichte über Landwirtschaft." a.a.O. N.F. Bd.37. (1959) S.584.

2) E.R.Baumgart, Investitionen und ERP-Finanzierung. Hrg.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. N.F. Sonderheft 56. Berlin 1961.

3) Geschäftsbericht der Landwirtschaftlichen Rentenbank. a.a.O. 3.Geschäftsjahr 1951. Frankfurt/Main 1952. S. 3 ff.

4) BGBl I 1952. S. 793.

5) F.Timmermann, a.a.O. S.585.

von 6,6 v.H. zur Verfügung standen. Auch aus den Rückflüssen des ERP-Sondervermögens konnten der Landwirtschaft zusätzliche Investitionsmittel zugeleitet werden, so daß sich die Fremdkapitalstruktur der Landwirtschaft zugunsten des langfristigen Kapitals verbesserte. Im Wirtschaftsjahr 1954/55 entfielen von dem gesamten Zuwachs an Kreditkapital von 800 Mill.DM 300 Mill.DM auf langfristige Hypothekarkredite, 460 Mill.DM auf mittel- und kurzfristige Kredite und 40 Mill.DM auf kapitalisierte Altenteile und Renten.

Im Jahre 1954 stellte die Bundesregierung in größerem Umfang Haushaltsmittel bereit, um die mittel- und langfristigen Kredite an landwirtschaftliche Betriebe zu verbilligen. In den Jahren 1954 und 1955 konnten damit Agrarkredite in Höhe von 830 Mill.DM auf 4 - 5 v.H. zinsverbilligt werden.¹⁾

Nach einer Phase gesamtwirtschaftlicher Expansion wurde im Herbst 1955 die Gewährung mittel- und langfristiger Kredite von restriktiven Maßnahmen der Bundesbank betroffen. Die Zinsdifferenz zwischen dem organisierten Kredit und dem freien Markt führte dazu, daß anlagesuchende Kundengelder nicht mehr primär in das Bankensystem geleitet wurden.²⁾ Die Kreditmittel wurden knapp, doch wurden nachteilige Folgen für die Landwirtschaft durch eine Vorfinanzierungsaktion des Bundes durch die Bereitstellung mittelfristiger Agrarkredite im Gesamtvolumen von 424 Mill.DM aufgefangen.³⁾

Die gelockerte Kreditpolitik in den Jahren 1958 und 1959 führte zu sinkenden Zinssätzen. Der Kapitalmarkt gewann

1) Ebenda S.9.

2) Geschäftsbericht der Bank Deutscher Länder für das Jahr 1955. Frankfurt/M. 1956. S. 35.

3) Ebenda. Jg. 1956. S. 34.

seine Funktion für die Investitionsfinanzierung voll zurück. Der Absatz von Wertpapieren erreichte mit 9,3 Mrd. DM einen neuen Höchststand, ¹⁾ obgleich die Steuerprivilegien für Rentenemissionen aufgehoben worden waren. In der Folgezeit erlangten die Kreditförderungsmaßnahmen des Bundes, verstärkt durch solche der Länder, für den Agrarkredit vorrangige Bedeutung.

2. Die zentrale Kreditverbilligung

Seit 1954 gewährt der Bund Zinszuschüsse, um Kredite für vordringliche Maßnahmen in landwirtschaftlichen Betrieben zu verbilligen. Neben den Hofkrediten – insbesondere für Bau- und Maschineninvestitionen – die den Hauptteil der Mittel beanspruchen, wurden folgende Verwendungszwecke gefördert : besitzfestigende Maßnahmen (Betriebsvergrößerung, geschlossene Hofübergabe im Erbgang, Aussiedlung aus beengter Dorflage und Kredite für die Überführung von Pacht in Eigentum), Landeskulturrkredite (insbesondere für Binnenwasserwirtschaft und Bodenkultur), zeitweilig auch Kredite für Gemeinschaftseinrichtungen (Trocknungsanlagen und Maschinen) und langfristige Kredite zur Konsolidierung kurzfristiger Verbindlichkeiten. Einige Bundesländer gewähren ebenfalls Zinszuschüsse, vorwiegend um regional vordringliche Maßnahmen, die nicht vom Bund gefördert werden, zu verbilligen. Dadurch, daß schließlich fast alle wirtschaftlich vertretbaren Kreditverwendungszwecke gefördert werden, gibt die vom BML geführte Statistik über das Gesamtergebnis der Zinsverbilligung zugleich auch einen aufschlußreichen Überblick über Umfang und Entwicklung der Kreditaufnahme

1) Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1958. Frankfurt/M. 1959 S.38 f.

für einzelne Verwendungszwecke. Die Ergebnisse sind in Tabelle 27 zusammengefaßt.

Das Gesamtergebnis der seit Bestehen der Zinsverbilligungsaktionen in den Haushaltsjahren 1954 bis 1965 verbilligten Agrarkredite beläuft sich auf 655000 Einzelkredite im Gesamtvolumen von 11,2 Mrd.DM; davon wurde die Hälfte als Hofkredite zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Betriebe eingesetzt; ihnen sind auch die Kredite für Besitzfestigungen in Höhe von 912 Mill.DM zuzurechnen, da auch die Maßnahmen dieses Verwendungsbereiches direkt den landwirtschaftlichen Einzelbetrieb betreffen.

Unter den Hofkrediten dominieren die Bau- und Maschinenkredite, die 96 v.H. des gesamten Hofkredits ausmachen. Davon entfallen mit 3,6 Mrd.DM etwa zwei Drittel auf Kredite für Um- und Neubauten. Der erstmalig festgestellte Rückgang in der Zahl der Maschinenkredite von 54500 (1964) auf 47800 (1965) ¹⁾ läßt darauf schließen, daß der Kreditbedarf für die Mechanisierung nachgelassen hat. Die Durchschnittshöhe des Einzelkredites liegt bei den Baukrediten bei 13.200 DM, bei den Maschinenkrediten bei 9.100 DM.

Besondere Bedeutung für die Struktur des landwirtschaftlichen Fremdkapitals hatte die Konsolidierungsaktion der Jahre 1964 und 1965. Ziel dieser Maßnahme war die Ablösung der kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten landwirtschaftlicher Betriebe durch langfristige Bankkredite, wobei besonderer Wert auf die Erfassung und Konversion der zu meist hochverzinslichen Lieferantenkredite (sogenannte Schwimmschulden) gelegt wurde. In den Wirtschaftsjahren

1) absolut um 54 Mill.DM.(lt. Angabe des BML).

1964 bis 1966 wurden von landwirtschaftlichen Betrieben zinsverbilligte Konsolidierungskredite im Betrag von 288 Mill.DM aufgenommen ¹⁾; der Durchschnittsbetrag des Einzelkredits lag mit 37.600 DM (1964/65) ungewöhnlich hoch und läßt Rückschlüsse auf den Umfang der Lieferantenverschuldung einzelner Betriebe zu.

Für Besitzfestigung wurden zinsverbilligte Kredite im Betrage von 912 Mill.DM zur Verfügung gestellt. Seit 1962 wurden die eingesetzten Förderungsmittel mehr als verdoppelt; sie beanspruchten 1956 ca. 7 v.H. und 1966 ca. 12 v.H. der gesamten Zinsverbilligungsmittel. ²⁾

Von den sonstigen Verwendungszwecken der zinsverbilligten Kredite für die Landwirtschaft im Gesamtbetrag von 4,7 Mrd.DM entfallen mit 3,2 Mrd.DM mehr als zwei Drittel auf Landeskulturrkredite. Diese Kredite erreichen mit durchschnittlich 61.000 DM die höchsten Einzelbeträge und werden als Projektkredite in der Regel überbetrieblich eingesetzt. Schließlich entfallen je 300 Mill.DM auf Gemeinschaftseinrichtungen und auf die Milchwirtschaft, die jedoch nur bis Ende 1959 zinsmäßig gefördert wurden.

Das höchste Jahresergebnis der Zinsverbilligung wurde 1965 erzielt, als zusätzlich zu den eingeplanten 1,8 Mrd.DM

1) Grün-er Bericht. a.a.O. 1967. Tab. 10, S.20 f.

2) s.Tab.27, Abs.B. Im Haushaltsjahr 1965 teilte sich das zinsverbilligte Gesamtvolumen von 171 Mill.DM für Besitzfestigung wie folgt auf: Aufstockung (37 v.H.), Aussiedlung (30 v.H.), Hofübergabe (29 v.H.), Pachtrücknahme (4 v.H.). Die Durchschnittshöhe des Einzelkredits lag bei den Aussiedlungen bei 31.500 DM, bei Pachtrücknahme bei 27.900 DM, bei Hofübergabe bei 16.400 DM und bei Aufstockung bei 14.200 DM. (lt. Angabe des BML).

weitere 350 Mill.DM im Rahmen der "EWG-Anpassungshilfe 1965" ¹⁾ zentral zinsverbilligt wurden. Mit dieser Sonderaktion wurden speziell diejenigen Altkredite erfaßt, die zwischen 1948 und 1963 an landwirtschaftliche Betriebe ausgezahlt, nach den bisherigen Richtlinien jedoch nicht zinsverbilligt waren. Da die Sonderaktion auch im Haushaltsjahr 1966 weitergeführt wurde, konnten bis zu den etatbedingten Restriktionen sämtliche Hofkredite einschließlich der betreffenden Altkredite auf den günstigen Endzinssatz von 3 v.H. verbilligt werden. ²⁾

Obgleich die staatlichen Förderungsmittel ständig erhöht wurden, konnte die Landwirtschaft keineswegs völlig gegen die Wechsellagen des Kapitalmarktes abgeschirmt werden. Dies liegt nicht allein an dem Volumen der eingesetzten Mittel, sondern auch an der Art ihres Einsatzes. Gemäß dem Hauptziel der Kreditverbilligung, den landwirtschaftlichen Betrieb zu einem gleichbleibend günstigen Zinssatz mit Kapital zu versorgen, wurde durch die zentral bereitgestellten Mittel zunächst der unverbilligte Marktzins auf einen niedrigen Endzinssatz herabgedrückt. Um jedoch den Wettbewerb zwischen den Kreditinstituten nicht völlig auszuschalten, sollten Zinsverbilligungsmittel nur dann gewährt werden, wenn ein bestimmter Höchstzinssatz des unverbilligten Bankkredites nicht überschritten wurde. Nach den geltenden Zinsverbilligungsrichtlinien obliegt es dem Bundesernährungsminister im Einvernehmen mit dem Bundeswirtschaftsminister und dem Bundesfinanzminister sowie der Deutschen Bundesbank, den Höchstzinssatz der

1) "Bundesanzeiger". Nr.82 vom 4.5.1965.

2) lt.Angabe des BML.

unverbilligten Kredite gemäß den jeweiligen Zinsverhältnissen festzusetzen. Dem Vorteil, daß somit Kapitalmarktlage berücksichtigt und der institutionelle Wettbewerb nicht beschränkt wird, steht der Nachteil des langwierigen Verfahrens gegenüber. Diese Erschwernisse treffen nicht nur den landwirtschaftlichen Kreditnehmer, sondern ebenso die Agrarkreditinstitute. Letztere sind in ihren Kreditbewilligungen bis zur Neufestsetzung an den vorgeschriebenen Höchstzinssatz gebunden, während sie hinsichtlich ihrer Geldbeschaffungskosten der jeweiligen Marktlage voll unterworfen sind.

Um Kreditkündigungen zu vermeiden, wäre es vorteilhafter, die Gewährung von Zinszuschüssen statt an einen zeitlich fixierten Höchstzinssatz an einen variablen Marktzins zu binden, zumal dann der Kreditnehmer durch die Wahl seines Instituts Wettbewerbsvorteile noch besser als bisher nutzen könnte. Für die Kreditverbilligung ergeben sich Schwierigkeiten auch daraus, daß der jährliche Bewilligungsrahmen im voraus bestimmt werden muß. Dabei ist von den laufenden Kreditengagements auszugehen, für die Zinsverbilligungsmittel aus den Vorjahren bereits fest zugesagt sind. Auf der Basis der bestehenden Bindungsermächtigungen müssen dann weitere Zuschüsse anhand des voraussichtlichen Kreditbedarfs und der absehbaren Kapitalmarktentwicklung eingeplant werden. Diese Schwierigkeit zeigte sich deutlich im Wirtschaftsjahr 1965/66. Ende 1965 hatte sich der Kreditbedarf für Struktur- und Betriebsinvestitionen im Hinblick auf den gemeinsamen Markt für Agrarprodukte und bei stark steigenden Preisen für Investitionsgüter gegenüber den Vorjahren erheblich erhöht. Infolge der angespannten Haushaltslage mußten jedoch die Zinsverbilligungsmittel gegenüber dem Vorjahr erheblich gekürzt werden, so daß für Hof-

kredite im Jahre 1966 lediglich ein Bewilligungsrahmen von 400 Mill.DM verblieb. Demgegenüber lagen bei den drei Instituten ¹⁾ bereits Ende Januar 1966 Kreditanträge in Höhe von 560 Mill.DM vor, so daß die Zinsverbilligungsaktion schon zu Beginn des Jahres eingestellt werden mußte. Das Gesamtvolumen der verbilligten Agrarkredite sank infolgedessen gegenüber dem Vorjahr um ca. 30 v.H. von 1,02 auf 0,72 Mrd.DM. ²⁾ Diese Kürzung belastet sowohl die laufenden wie die geplanten Investitionsvorhaben der Endkreditnehmer, denen die Kreditinstitute anraten mußten, ihre fremdfinanzierten Investitionen einzuschränken. ³⁾

Infolge weiterer Etatkürzungen hat sich die Lage inzwischen verschärft: das Volumen zinsverbilligter Hofkredite sank im ersten bis dritten Quartal 1967 gegenüber dem Vorjahreszeitraum von 761 auf 122 Mill.DM, so daß lediglich 16 v.H. des Vorjahresvolumens verbilligt werden konnten. Die Konsolidierung kurzfristiger Verbindlichkeiten in mittel- und langfristige Bankkredite mußte völlig eingestellt werden.

Dieses Beispiel macht die gefährliche Abhängigkeit von Zinsverbilligung und Haushaltslage offenbar und dies in einem Zeitabschnitt, in dem die landwirtschaftlichen Betriebe tiefgreifende Anpassungsmaßnahmen vornehmen müssen, die sie fast nur mit Fremdkapital finanzieren können.

1) Deutsche Genossenschaftskasse, Deutsche Giro-Zentrale und Landwirtschaftliche Rentenbank.

2) lt. Angabe des BML.

3) Jahrbuch des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V.
Jahrgang 1965 (cit.: Raiffeisenjahrbuch) Bonn 1966.
S. 40 f.

II. Die Entwicklung des Fremdkapitals und der Investitionen in der Landwirtschaft

Auswertung der amtlichen Fremdkapital- und Investitions- statistiken

Ein zusammenfassender Überblick über die Fremdkapitalaufnahme der Landwirtschaft in der Nachkriegszeit läßt sich bei dem gegenwärtigen Entwicklungsstand der Agrar-, insbesondere der Agrarkreditstatistik, nur begrenzt gewinnen. Die wichtigste statistische Erhebung wird vom BML im Rahmen des jährlichen Grünen Berichts vorgenommen.

Dabei sind einige Besonderheiten zu beachten, die den direkten Vergleich der Ergebnisse mit den Statistiken der Bundesbank und der Kreditinstitute ausschließen. Die auf den Buchführungsergebnissen der Testbetriebe des Grünen Berichts aufbauende Statistik weist die jeweils am Ende des Wirtschaftsjahres (30. Juni) festgestellten Kreditverpflichtungen - einschließlich der RM-Altschulden - gegenüber Kreditinstituten, Handel, Lieferanten (einschließlich Warengenossenschaften), Privatpersonen (einschließlich kapitalisierter Renten und Altenteile) und anderen Kreditgebern aus. Die einzelnen Gläubigergruppen werden nicht getrennt ausgewiesen, so daß der institutionelle Agrarkredit statistisch nicht eindeutig abzugrenzen ist. ¹⁾

Für den bankmäßigen Agrarkredit sind die in den Tabellen 23 und 28 ausgewiesenen Zahlen jedoch insofern von Bedeutung, als sie die Gesamtentwicklung der landwirtschaftlichen Fremdkapitalaufnahme aufzeigen, deren Hauptanteil auf den bankmäßig organisierten Agrarkredit entfällt.

1) Ferner werden - im Gegensatz zur Bundesbankstatistik, auf die noch eingegangen wird - die Siedlungskredite nicht erfaßt; Landeskulturrkredite dagegen nur in jenen Ausnahmefällen, in denen die Maßnahmen von dem einzelnen Landwirt selbst durchgeführt werden.

Das Fremdkapital der Landwirtschaft ist von 6,2 Mrd.DM im Jahre 1954 auf 21,1 Mrd.DM im Jahre 1966 auf mehr als das Dreifache angestiegen. Das Fremdkapital nahm in den vergangenen 15 Jahren durchschnittlich um ca.1,1 Mrd.DM p.a. zu. Die Zuwachsrate steigerte sich deutlich mit dem Einsetzen der Zinsverbilligungsaktionen im Jahre 1954, besonders seitdem 1962 nahezu alle mittel- und langfristigen Hofkredite zinsverbilligt wurden. ¹⁾

Das Volumen der verbilligten Kapitalmarktmittel für landwirtschaftliche Investitionen erhöhte sich im Rahmen der "Grünen Pläne" von anfänglich 0,4 Mrd.DM (1956) auf über 1,8 Mrd.DM im Jahre 1965. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil des verbilligten Agrarkredits am gesamten Fremdkapitalzuwachs von ca. 36 v.H. auf ca. 90 v.H. gestiegen. Da nur bankmäßig ausgelegte Kredite verbilligt werden, beweist dieser hohe Anteil zugleich die Bedeutung des bankmäßig organisierten Agrarkredits für die Kapitalversorgung der Landwirtschaft.

Der Trend zu langfristigen Investitionen ²⁾ hat - wie Tabelle 28 zeigt - Struktur und Fristigkeit des landwirtschaftlichen Fremdkapitals verändert. Der Anteil der kurzfristigen Kredite ist von 38 v.H. (1954) auf 31 v.H. (1966) gesunken, während der Anteil der langfristigen Kredite im gleichen Zeitraum von 30 auf über 40 v.H. erheblich anstieg. Unter Einschluß der kapitalisierten Renten und Altenteile hatten die landwirtschaftlichen Betriebe Ende 1966 mit 10,1 Mrd.DM annähernd die Hälfte ihres Fremdkapitals mit mehr als 10jähriger Laufzeit aufgenommen.

1) s.Tab. 26.

2) s.Tab. 23.

Trotz unbestreitbarer Mängel hat die Zinsverbilligung entscheidend dazu beigetragen, die landwirtschaftlichen Betriebe in einer Phase stärkster Investitionstätigkeit und überwiegend angespannter Kapitalmarktsituation mit zinsgünstigen Fremdmitteln zu versorgen. Die landwirtschaftlichen Betriebe wurden weitgehend gegen die Schwankungen des Kapitalmarktes abgesichert, daß das Ausmaß der Fremdkapitalaufnahme primär von der betrieblichen Investitionstätigkeit bestimmt wurde.

III. Die Entwicklung des bankmäßig organisierten Agrarkredits

Auswertung der Kreditquellenstatistiken

Statistisches Material über den bankmäßigen Agrarkredit, das für das Gesamtgebiet der BRD aussagefähig ist, wird einmal von der landwirtschaftlichen Rentenbank, zum anderen von den Sparkassen und den Kreditgenossenschaften erstellt. Darüber hinaus sind aus der Kreditverwendungsstatistik der Deutschen Bundesbank Aufschlüsse über die Gesamtentwicklung des bankmäßigen Agrarkredits in der BRD zu gewinnen.

1. Die Verwendungszwecke des bankmäßigen Agrarkredits

Auswertung der Kreditverwendungsstatistik der Deutschen Bundesbank

Ein Vergleich der Kreditstatistik der Deutschen Bundesbank mit der Fremdkapitalstatistik des BML und mit den Agrar-

kreditstatistiken der Kreditinstitute ist nur begrenzt möglich. Die Bundesbank gliedert in ihrer Monatsstatistik die Gläubigerseite nach Institutsgruppen auf. In der vierteljährlichen Kreditverwendungsstatistik werden dagegen sämtliche Kredite nach ihrer Fristigkeit und die Debitoren - sofern Nichtbanken - nach Wirtschaftsbereichen unterschieden. Für den Agrarkredit ist bedeutsam, daß die Kredite derjenigen Kreditgenossenschaften unberücksichtigt sind, die wegen ihrer geringen Bilanzsumme ¹⁾ nicht erfaßt werden. Erfahrungsgemäß gewähren aber gerade die kleinen - zumeist ländlichen - Raiffeisenkassen einen Großteil ihrer Kredite an landwirtschaftliche Betriebe. ²⁾

Darüber hinaus ist zu beachten, daß die Bundesbankstatistik als Agrarkredite alle Kredite an die Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, unbeachtlich ihrer Verwendung, zusammenfaßt. ³⁾ Im Gegensatz zur Statistik des BML sind außer den unmittelbaren auch die mittelbaren Agrarkredite an öffentliche Stellen, also insbesondere die Kredite für die ländliche Neusiedlung, die Aussiedlung, für Wasser-

-
- 1) Nicht erfaßt werden: Bis Dezember 1954 Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme per 31.3.1948 unter 2 Mill.RM lag, - von Januar 1955 bis November 1962 Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme per 31.12.1953 unter 500.000 DM lag, - seit Dezember 1962 Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme per 31.12.1961 unter 2 Mill.DM lag. ("Monatsberichte der Deutschen Bundesbank." a.a.O. 18.Jg. Frankfurt/M. (1966) Nr.8. S.79.)
 - 2) Das Kreditvolumen dieser Institute belief sich per 31.3.1966 auf 6,3 Mrd.DM. (Ebenda S.72). s.hierzu auch Tab. 29.
 - 3) Die vierteljährlich ausgewiesenen Zahlen erfassen dabei auch die von den Kreditinstituten ohne Eigenhaftung durchgeleiteten Kredite.

wirtschaftliche und bodenkulturelle Maßnahmen miterfaßt.¹⁾ Sie werden in einer Summe ausgewiesen, so daß sie sich leicht nach Verwendungszwecken gliedern lassen. Schließlich sind die Kreditfristen in der Statistik der Bundesbank abweichend von der auf die landwirtschaftlichen Belange abgestellten Fremdkapitalstatistik des BML abgegrenzt.²⁾

Tabelle 29 weist in ihrer ersten Spalte die Jahreswerte der Kreditverwendungsstatistik der Bundesbank aus. Die bankmäßigen Agrarkredite sind von 0,6 Mrd.DM (1950) auf 18,9 Mrd.DM (1965) gestiegen. Der Anteil der Landwirtschaft am Gesamtkreditvolumen hat sich von 3 v.H. (1950) auf 8 v.H. (1966) mehr als verdoppelt.³⁾ Diese Steigerung ist primär auf die Zunahme der langfristigen Agrarkredite zurückzuführen, die sich - wie Tabelle 29 zeigt - von 1952 bis 1965 auf das 18fache erhöhten, während die kurzfristigen Kredite nur auf das 6fache stiegen.

Tabelle 29 weist die Rationalisierungs- und die Inventarkredite an landwirtschaftliche Betriebe gesondert aus. Beiden Verwendungszwecken kommt besondere Bedeutung zu, weil sie - im Gegensatz zu den Krediten für Siedlung und

1) Im Gegensatz zur Fremdkapitalstatistik des BML sind die kapitalisierten Renten und Altenteile nicht erfaßt.

2)

	<u>BML</u>	<u>Bundesbank</u>
		(bis 30.12.1968)
kurzfristig:	bis zu 1 Jahr	bis zu 6 Monaten
mittelfristig:	1 - 10 Jahre	6 Mon. - 4 Jahre
langfristig:	über 10 Jahre	über 4 Jahre

3) "Monatsberichte der Deutschen Bundesbank". a.a.O. August 1966. S. 72.

Melioration - dem Hofkredit, d.h. der Finanzierung einzelbetrieblicher Maßnahmen, zuzurechnen sind und die höchsten Steigerungsraten aufweisen: so haben sich die Kredite mit mehr als 4jähriger Laufzeit von 1952 bis 1965 von 58 Mill. DM auf über 2 Mrd. DM erhöht. Auch bei den Inventarkrediten, die überwiegend der Mechanisierung dienen, liegen die Steigerungsraten im langfristigen Kredit überdurchschnittlich hoch.

2. Der Agrarkredit der Landwirtschaftlichen Rentenbank

Das aus den Kreditstatistiken erkennbare außergewöhnliche Wachstum des landwirtschaftlichen Fremdkapitals und speziell des bankmäßigen Agrarkredits ist stärker noch als nach dem Ersten Weltkrieg mit einschneidenden Veränderungen im Bereich der Agrarkreditinstitute verbunden.

Die veränderte gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft hat sich vor allem auf jene Institute und Institutsgruppen ausgewirkt, die traditionell maßgeblich am Agrarkredit beteiligt sind. Dies gilt vor allem für den Genossenschafts- und den Sparkassensektor, die - im Gegensatz zu den übrigen, vorwiegend auf lokaler oder regionaler Ebene tätigen Agrarkreditinstituten - über das gesamte Bundesgebiet tätig sind und bei denen die Agrarkredite einen wesentlichen Anteil ihres gesamten Kreditvolumens ausmachen. Primär ist es jedoch die Landwirtschaftliche Rentenbank ⁰⁾, die als zentrales Refinanzierungsinstitut die Entwicklung des bankmäßigen Agrarkredits in der Nachkriegszeit maßgeblich getragen und beeinflußt hat.

0) Im folgenden abgekürzt LR.

Die LR wurde durch Gesetz des Wirtschaftsrates für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet am 11.5.1949 errichtet. ¹⁾ Die Bank ist zentrales Refinanzierungsinstitut für den Agrarkredit im gesamten Bundesgebiet; ²⁾ sie gleicht in dieser Funktion der ehemaligen Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt, die ihre Geschäftstätigkeit 1945 einstellte ³⁾ und die in der Folgezeit als verlagertes ehemaliges Berliner Zentralinstitut auf dem Gebiet der BRD ihre laufenden Geschäfte abwickelte. ⁴⁾ Darüber hinaus bestehen Verbindungen zu der 1923 als Noteninstitut gegründeten ehemaligen Deutschen Rentenbank insofern, als die Rentenbankgrundschuld zur Kapitalausstattung der LR wesentlich

-
- 1) Wi GBl 1949. Nr.16 v.31.5.1949. S. 77. - Ausdehnung des Geschäftsbereiches auf das Gebiet der BRD s.BGBI 1950 I. Nr.10 v.25.2.1950. S.37- Neufassung des Gesetzes über die LR vom 14.9.1953. (LRGes) s.BGBI 1953 I. Nr.60 vom 17.9.1953. S.1330. - Ausdehnung der Gültigkeit auf Berlin s.GuVBl Berlin. 9.Jg.Nr.86 vom 17.11.1953. S.1371 u.1376. - Neueste Fassung der Satzung vom 15.7.1963. BGBI I, 1963. S.465 f.
- 2) vgl.Satzung vom 10.4.1954. BAnz Nr.98 vom 22.5.1954.
- 3) lt.Anweisung des Berliner Magistrates vom 4.6.1945.
- 4) BAnz Nr.23 vom 15.11.1949 sowie BGBI 1956 I. S.669.

beitrug. 1)

Die LR ist eine Anstalt öffentlichen Rechts. Ihre Tätigkeit ist durch Gesetz auf Bankgeschäfte begrenzt, die unmittelbar mit der Aufgabe verbunden sind, Kredite für die Land- und Ernährungswirtschaft zentral bereitzustellen. Sie darf keine Zweigniederlassungen errichten und sich nur in Ausnahmefällen an Kreditinstituten, sofern sie im Agrarkredit tätig sind, beteiligen. Die Organe der Anstalt sind Vorstand, Verwaltungsrat und Anstaltsversammlung. Ein von der Bundesregierung bestellter Kommissar wacht darüber, daß der Geschäftsbetrieb mit Gesetz und Satzung übereinstimmt. 2)

Als Refinanzierungsinstitut unterhält die LR nur ausnahmsweise direkte Geschäftsbeziehungen zum landwirtschaftlichen Endkreditnehmer. 3) Üblicherweise läuft die Kreditbeziehung über die Kreditinstitute; dabei hat die LR für den überregionalen Ausgleich zwischen kapitalstarken und kapital-schwachen Ländern des Bundesgebietes zu sorgen.

1) Bei der Rentenbankgrundschuld handelt es sich um eine, nach Gesetz v.11.5.1949 (Wi GBl 1949. Nr.16 v.31.5. 1949. S.79) bestehende Belastung dauernd landwirtschaftlich genutzter Grundstücke mit einem Einheitswert über 6.000 DM, auf die von 1949 an auf die Dauer von 10 Jahren Zinsen in Höhe von jährlich 0,15 v.H. des Einheitswertes zu zahlen waren. Das Eigenkapital der LR setzt sich ferner aus der Hauptrücklage und der Sonderrücklage gem. § 2 LRGes zusammen.

2) s.Satzung der LR § 11.

3) Satzungsgemäß zulässig sind direkte Geschäftsverbindungen nur zu solchen Unternehmen, deren Geschäftstätigkeit von überregionaler Bedeutung für die inländische Erzeugung, Vorratshaltung oder den Absatz landwirtschaftlicher Produkte ist.

Infolge der besonderen rechtlichen Stellung und der wirtschaftlichen Funktion ist die Entwicklung der LR enger als die jedes anderen Instituts mit der des gesamten bankmäßigen Agrarkredits verbunden.

Wie Tabelle 30 zeigt, ist die Bilanzsumme der LR im Beobachtungszeitraum von 1951 bis 1966 von 0,37 auf 4,05 Mrd. DM gestiegen. ¹⁾ Die Wachstumsraten der Agrarkredite, die im langjährigen Vergleich - mit Ausnahme der Jahre 1965/66 und 1957 - stets über 15 v.H. und damit seit dem Ende der fünfziger Jahre z.T. beträchtlich über den Zuwachsraten des gesamten bankmäßigen Agrarkredits lagen, zeigen eine starke Abhängigkeit von der Höhe der Zinsverbilligungen. Deren drastische Kürzung bewirkte im Jahre 1966, daß die Wachstumsrate auf den bisher niedrigsten Jahreswert von 6 v.H. zurückfiel.

Am stärksten sind die Haftungskredite angestiegen, deren Anteil am Kreditvolumen sich von 28 v.H. (1951) auf 80 v.H. im Jahre 1966 erhöhte. Die durchlaufenden Kredite beliefen sich Ende 1966 auf etwa 10 v.H. des gesamten Kreditvolumens; es handelte sich dabei nahezu ausschließlich um Bundesmittel.

Nach ihrer Fristigkeit haben sich die Haftungskredite wie folgt entwickelt (1951 - 1966):

1) Der weiteren Untersuchung liegt das in Tab 30 zusammengefaßte Zahlenmaterial zugrunde. Auf diese Tabelle und den Zeitraum von 1951 bis 1966 beziehen sich auch die folgenden Angaben.
s.auch: Geschäftsberichte 1950 - 1966 der LR.

kurzfristig	(bis 1 Jahr)	von 0,7	auf 1,0	Mrd.DM
mittelfristig	(1-10 Jahre)	von 0,05	auf 0,6	" "
langfristig	(über 10 J.)	von 0,1	auf 3,1	" "

Damit hat sich das Schwergewicht der Ausleihungen ganz eindeutig auf die Kredite mit über 10jähriger Laufzeit verlagert.

Aus der eindeutigen Verschiebung der Fristigkeiten lassen sich bereits erste Rückschlüsse auf die Verwendungszwecke der Kredite ziehen: bei den kurzfristigen Krediten handelt es sich überwiegend um mittelbare Konsortialkredite auf Wechselbasis an die staatlichen Einfuhr- und Vorratsstellen sowie um Ausleihungen an den Handel und an Unternehmen der Be- und Verarbeitung sowie des Absatzes land- und ernährungswirtschaftlicher Produkte; Ende 1966 entfielen mehr als 75 v.H. der gesamten kurzfristigen Kredite auf diese Unternehmen. Die Entwicklung der kurzfristigen Kredite ist deshalb - abgesehen von dem ständig steigenden Finanzierungsbedarf für Betriebsmittel und den witterungsabhängigen Kreditbedarf für die Erntefinanzierung - von geringerer Aussagefähigkeit für den unmittelbaren Agrarkredit.

Bei den mittel- und langfristigen Ausleihungen hat sich der Anteil der Hofkredite ständig erhöht: Ende 1966 entfiel mehr als ein Drittel auf Hofkredite. Mit einer durchschnittlichen Laufzeit von ca. 6 bis 7 Jahren und einem Zinssatz von 5 bis 6 v.H. wären diese Kredite für den Finanzbedarf landwirtschaftlicher Betriebe besonders geeignet. Infolge des kriegsbedingten Nachholbedarfs dominierten in den

ersten Nachkriegsjahren unter den Verwendungszwecken die Mechanisierung und die Aufstockung der Viehbestände, so daß die mittelfristigen Ausleihungen bis zum Jahre 1955 die langfristigen Kredite z.T. erheblich übertrafen. Im Jahre 1966 hat sich - entgegen der bisherigen Tendenz seit 1955 - die Kreditnachfrage erstmalig wieder stärker auf die Ausleihungen mit fünfjähriger Laufzeit verlagert; hierin zeigt sich das Bestreben, die Belastung der Betriebe mit hohen Zinsen durch möglichst schnelle Tilgung zu reduzieren.

Die langfristigen Hofkredite sind von anfänglich 10 v.H. bis auf ca. 60 v.H. der Gesamtkredite (1966) angestiegen. Sie spiegeln damit den Wandel der Verwendungszwecke wider, die sich zunehmend auf Investitionen für Umbauten, Erweiterungs- und Neubauten, zur Rationalisierung und kostenmäßigen Anpassung der Hofwirtschaft an die modernen Wirtschaftserfordernisse verlagern. Hinzu kommt - mit Beginn der sechziger Jahre - der Kapitalbedarf für besitzfestigende Maßnahmen wie Aussiedlungen, Aufstockungen und die Verminderung der Besitzzersplitterung im Erbgang.

Diese Investitionen machen zugleich einen erheblichen Teil der von Bund und Ländern durch Darlehen, Zinsverbilligung und verlorene Zuschüsse geförderten Maßnahmen aus, die Agrarstruktur zu verbessern. Die für diese Verwendungszwecke ausgelegten Mittel haben sich ständig erhöht und beliefen sich Ende 1966 auf ca. 36 v.H. der gesamten langfristigen Kredite der LF. Das Ausmaß der staatlichen Förderung geht daraus hervor, daß mit 382 Mill.DM fast 30 v.H. dieser Kredite für die LR obligofrei aus Bundesmitteln durchgeleitet wurden.

Auch im mittelbaren Agrarkredit spielt die LR eine bedeutende Rolle. Die Landeskulturrkredite für überbetriebliche Maßnahmen auf den Gebieten der Flurbereinigung, der Wasserwirtschaft und des Wirtschaftswegebauwes haben sich von 75 Mill.DM (1951) auf 970 Mill.DM (1966) erhöht. Diese mit 30jähriger Laufzeit extrem langfristigen Kredite werden mittelbar unter maßgeblicher Förderung durch Bundeszuschüsse an Teilnehnergemeinschaften ausgelegt.

Die Siedlungskredite sind - seit Wiederaufnahme der Geschäftstätigkeit der Spezialinstitute (Deutsche Siedlungsbank und Deutsche Landesrentenbank) bei der LR von untergeordneter Bedeutung: Neuengagements werden in dieser Sparte nicht mehr eingegangen, so daß im Beobachtungszeitraum ein Rückgang von 63 auf 35 Mill. DM festzustellen ist. Die Sonderstellung des Siedlungskredits äußert sich auch in der durchschnittlichen Laufzeit von über 30 Jahren und einer Annuität von nur 4,5 v.H. für Zins und Tilgung.

Die Ausleihungen der LR aus dem Zweckvermögen ¹⁾ haben sich im Beobachtungszeitraum von 12 auf 30 Mill.DM erhöht. Das Zweckvermögen stellt eine wichtige Haftungsgrundlage für jene Kreditanteile dar, die sich bei dem Hausinstitut des Endkreditnehmers im Rahmen der bankmäßigen Sicherheit nicht unterbringen lassen. In diesen Fällen kann die LR auf das Zweckvermögen zurückgreifen und die Haftung übernehmen.

Das Gesetz über die LR sieht folgende Möglichkeiten der

1) Das Zweckvermögen wird von der LR treuhänderisch für den Bund verwaltet und gemäß Sonderrichtlinien des MBL für die Verbesserung der Agrarstruktur eingesetzt. Dem Zweckvermögen sind jährlich 25 v.H. des ausgewiesenen Reingewinnes der LR zuzuleiten. (LRGes.i.d.F. vom 15.Juli 1963. BGBI I. 1963. S.465 bis 548.)

Mittelbeschaffung vor: 1)

Mittel des Geldmarktes,
Wechselrediskont bei der Deutschen Bundesbank,
Darlehensaufnahme,
Emission von Inhaber-Schuldverschreibungen.

Die Emission von Schuldverschreibungen bedarf der Genehmigung des Bundeswirtschaftsministers und der Minister für Ernährung und Finanzen. Für die Eigenemissionen des Institutes gelten gem. § 18 LRGes besonders strenge Deckungsvorschriften.

Die Schuldverschreibungen müssen in voller Höhe durch öffentliche Grundstückslasten insbesondere die Rentenbankgrundschuld, 2) Pfandbriefe oder Schuldverschreibungen von Hypothekenbanken oder öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten, durch Schuldverschreibungen von Gebietskörperschaften, oder durch andere gesetzlich gleichgestellte Sicherheiten gedeckt sein. Für Schuldverschreibungen unter 5jähriger Laufzeit ist außerdem die Deckung durch bankmäßig abgesicherte Darlehensforderungen zulässig. Diese Sicherheiten sind als Deckungsmasse - in Anlehnung an das Hypothekendarlehensgesetz - von einem Treuhänder zu verwalten. Als zusätzliche Sicherung dient eine Deckungsrücklage, die bis zur Höhe von 5 v.H. der umlaufenden Schuldverschreibungen aus dem jährlichen Reingewinn zu bilden ist. 3)

1) LRGes i.d.F. v.15.7.1963. § 4 Abs.2. (BGBl I. 1963. S.466).

2) vgl. Gesetz über die Rentenbankgrundschuld v.11.5.1949 (WiGBI 1949. S. 79) und DVO v.25.5.1949. (WiGBI 1949. S.80.)

3) LRGes § 2. Abs.3

Die einzelnen Möglichkeiten, Mittel zu beschaffen, haben im Zeitablauf ein sehr unterschiedliches Gewicht erlangt. 1)

Kapitalmarktmittel konnten in den ersten Geschäftsjahren infolge ungünstiger Marktverhältnisse für den Agrarkredit nicht aufgenommen werden. Im Jahre 1953 erfolgte die erste Emission von 20 Mill.DM steuerbegünstigter 7 1/2 %iger Landwirtschaftsbriefe zum Kurse von 98 v.H. mit einer Höchstlaufzeit von 5 1/2 Jahren. Erst Mitte der fünfziger Jahre konnten durch die Zinszuschüsse des Bundes Mittel auf den Kapitalmarkt in nennenswertem Umfang zu Bedingungen aufgenommen werden, die dem Finanzbedarf der Landwirtschaft gerecht wurden. Seitdem hat sich die Bedeutung der Kapitalmarktmittel ständig erhöht; 1966 belief sich ihr Anteil auf 50 v.H. der gesamten Fremdmittel.

Unter den Schuldverschreibungen entfiel der Hauptanteil auf die Landwirtschaftsbriefe. Am 30.6.1966 liefen Landwirtschaftsbriefe zu folgenden Konditionen um:

25,9 Mill.DM zu	5 v.H.	Endfälligkeit	1982
51,0 " " "	5,5 v.H.	"	1982
677,0 " " "	6 v.H.	"	1967-1988
80,0 " " "	7 v.H.	"	1985.

Um das Zinsgefälle zwischen Geld- und Kapitalmarkt zu nutzen, wurden 1958 erstmals und seitdem in steigendem Umfang Kassenobligationen mit dreijähriger Laufzeit emittiert und vorwiegend an Banken abgesetzt. Von diesem Wertpapiertyp liefen per 30.6.1966 um:

1) s.hierzu und zum folgenden: Tab. 30.

198,5 Mill.DM zu 4	1/2 v.H.	Fälligkeit 1966-1968
100,0 " " "	5 v.H.	" 1968
30,0 " " "	6 v.H.	" 1969.

Das Gesamtvolumen der Kassenobligationen betrug Ende 1966 294 Mill.DM.

Verglichen mit den obengenannten Titeln sind die seit 1956 emittierten Namensschuldverschreibungen von geringer Bedeutung ; ihr Volumen sank von dem Höchststand von 97 Mill. DM (1965) auf 70 Mill.DM Ende 1966.

Erheblich gestiegen ist dagegen das Volumen der Schuldscheindarlehen, die erstmals 1954 von Kapitalsammelstellen und Kreditinstituten aufgenommen wurden. Ihr Volumen erhöhte sich bis 1966 auf nahezu 500 Mill.DM und machte damit etwa 14 v.H. des ausgewiesenen Refinanzierungsvolumens aus.

Die erstmals 1950 im Arbeitsbeschaffungsprogramm von der Bundesregierung bereitgestellten 50 Mill.DM Bundesmittel waren in Anbetracht des unergiebigsten Kapitalmarktes eine wichtige Hilfe bei der Mittelbeschaffung. Die in der Folgezeit im Rahmen der "Grünen Pläne" bereitgestellten Bundesmittel haben sich von anfänglich 42 Mill.DM (1956) auf 1,3 Mrd.DM (1966) erhöht und stellen mit 36 v.H. der mittel- und langfristigen Fremdmittel heute den weitaus größten Einzelposten dar.

Ähnliche Bedeutung kam bis 1957 dem ERP-Sondervermögen zu, aus dem 1953 über 50 v.H. der mittel- und langfristigen Ausleihungen finanziert wurden. Ende 1966 beliefen sich die ERP-Mittel mit 275 Mill.DM nur noch auf 7,5 v.H. der

ausgewiesenen Fremdmittel. 1)

Die LR fungiert für alle im Agrarkredit tätigen Institute als zentrales Refinanzierungsinstitut. Darüber hinaus bestehen enge Geschäftsbeziehungen auch zu jenen Instituten, die sich über Eigenemissionen oder Einlagen refinanzieren und in deren Kreditvolumen Ausleihungen an die Landwirtschaft meist nur eine untergeordnete Rolle spielen. Diese Geschäftsbeziehungen ergeben sich z.T. daraus, daß die LR zentrale Leitstelle für die Zinsverbilligung ist, die heute nahezu den gesamten bankmäßigen Agrarkredit einschließlich der Altkredite umfaßt. 2) Obgleich zwischen der LR und den einzelnen Instituten, die Hofkredite gewähren, rechtliche und wirtschaftliche Bindungen fehlen, ist zumindest im kredittechnischen Bereich und in weiten Teilbereichen der Refinanzierung festzustellen, daß der mittel- und langfristige Agrarkredit in der BRD durch die besonderen Bedingungen der Mittelbeschaffung und der Zinsverbilligung stark auf die LR als Spitzeninstitut ausgerichtet ist.

1) s. auch F. Steding und F. Timmermann, Die Kredite aus Marshallplan-Mitteln für die Agrarwirtschaft des Bundesgebietes. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. N.F. Bd. 35. (1957). S. 373 ff. sowie dieselben, Die Kredite aus Marshallplan-Mitteln an die Agrarwirtschaft. Methoden, Ergebnisse und Lehren. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. N.F. Bd. 32. (1954). S. 265 ff.

2) s. hierzu Tab. 30.

3. Der Agrarkredit der genossenschaftlichen Kreditorganisation

Die Bedeutung des Genossenschaftssektors für den bankmäßigen Agrarkredit zeigte sich bereits in den bisher behandelten Phasen des Entwicklungsprozesses. Obgleich sich der gesamte Wirtschaftsablauf seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts stark kommerzialisierte, und Industrie und Gewerbe immer weiter in bislang rein ländliche Gebiete vordrangen, hat sich die historisch begründete Differenzierung zwischen ländlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaften besonders im Agrarkredit deutlich erhalten.

Wie die Tabelle 31 zeigt, lag der Anteil der Landwirtschaft am gesamten Kreditvolumen der gewerblichen Kreditgenossenschaften und ihrer Zentralkassen in der gesamten Nachkriegszeit unter 5 v.H., während er bei den ländlichen Kreditgenossenschaften und ihren Zentralkassen stets mehr als ein Drittel betrug. Die ländlichen Kreditgenossenschaften ¹⁾ stehen deshalb im Mittelpunkt der weiteren Betrachtung.

Die organisatorische Entwicklung des genossenschaftlichen Kreditsektors ist in der Nachkriegszeit gekennzeichnet durch das gemeinsame Bemühen von LK, Landesverbänden und Zentralkassen, die strukturellen Schwächen des Kreditsystems zu beseitigen. Im Zuge dieser Maßnahmen ist die Zahl der Kreditgenossenschaften nach dem Zweiten Weltkrieg ständig zurückgegangen ²⁾, doch war die Raiffeisen-Kreditorganisation

1) Im folgenden abgekürzt LK.

2) Zum folgenden Abschnitt s. Jahrbücher des Deutschen Genossenschaftsverbandes e.V. 3.Jg. 1950 - 18.Jg. 1965. (cit. als Raiffeisenjahrbuch).

tion ¹⁾ 1965 mit ca. 13600 Bankstellen von allen Kredit-systemen besonders auf dem Lande am stärksten vertreten.

Der zahlenmäßige Rückgang der Hauptstellen kennzeichnet den organisatorischen und betrieblichen Konzentrations-prozeß zu größeren und leistungsfähigeren Betriebseinheiten. Der Anteil der hauptberuflich geleiteten LK hat sich von 35 v.H. (1952) auf 66 v.H. Ende 1965 fast verdoppelt.

Der Anteil der Landwirte an den Mitgliedern der LK - analog ^{ist} zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung - ständig gesunken; seit 1964 hat die Landwirtschaft ihre traditionell führende Stellung als stärkste Mitgliedergruppe bei den LK an die Arbeitnehmer verloren. Dennoch ist die Landwirtschaft bei weitem der bedeutendste Kreditnehmer der Raiffeisen-Kreditgenossenschaften ²⁾, während sie bei den Spar-einlagen ihre führende Stellung seit 1961 an die Gruppe der Arbeitnehmer abgab. ³⁾ Eine Untersuchung im Jahre 1962 ergab, daß die Landwirtschaft an den Erträgen der RKG in Form von Zinsen, Provisionen und aus dem Warenverkehr mit ca. 56 v.H. beteiligt war. ⁴⁾

Die Leistung des Genossenschaftssektors für die Landwirtschaft ist eng mit dem Warengeschäft verknüpft. 80 v.H. aller RKG betreiben selbst das Warengeschäft oder sind in Verbindung mit den Zentralkassen Träger waren-genossenschaftlicher Einrichtungen, wie Bezug- und Absatzgenossenschaften, Molkereigenossenschaften, Milch- und Viehverwertungsgesellschaften und ihre re-

1) Im folgenden abgekürzt RKO

2) Im folgenden abgekürzt RKG

3) Raiffeisenjahrbuch. a.a.O. 18.Jg. 1965. S. 46

4) J. Loest, a.a.O. S. 43

gionalen Absatzzentralen. 1965 belief sich die Bilanzsumme sämtlicher RKG auf 36,1 Mrd.DM, der Warenumsatz allein auf 25 Mrd.DM.

Von Kredit- und Warengenossenschaften wurden 1965 (nach Ausschaltung der Doppelmitgliedschaft) 3,1 Mill. Mitglieder betreut, an denen die Landwirte 1965 mit 43 v.H. (1953: 60 v.H.) einen zwar rückläufigen, aber nach wie vor den stärksten Anteil hatten.

Die zunehmende Mitgliedschaft nichtlandwirtschaftlicher Berufsgruppen ist Ausdruck der Strukturveränderungen des ländlichen Raumes, die sich im Geschäftsbereich der RKG besonders spürbar niederschlagen; die absolut und im Vergleich zu anderen Bankengruppen überdurchschnittlichen Wachstumsraten im Einlagen- und Kreditgeschäft fallen bei den RKG in die Zeit nach 1960, in der die wirtschaftliche Entwicklung zunehmend auch die ländlichen Bezirke erfaßte, während das starke wirtschaftliche Wachstum zuvor nahezu ausschließlich in den städtisch-industriellen Zentren lag.

Organisation und Geschäftstätigkeit des genossenschaftlichen Kreditsektors haben sich seit Ende des Zweiten Weltkrieges stark gewandelt, ohne jedoch den Grundauftrag der RKG als leistungsfähige Selbsthilfeeinrichtungen für alle auf dem Lande lebenden Berufsgruppen zu verändern.

Die enge Verflechtung von Waren- und Kreditgeschäft kennzeichnet auch den genossenschaftlichen Agrarkredit. Er beschränkt sich nicht nur darauf, den Einzelbetrieb mit

Kredit zu versorgen, sondern er dient auch der Vorbereitung der Ernte, ihrer Verwertung, Veredelung und ihrem Absatz. Ein weiterer Verwendungszweck des genossenschaftlichen Agrarkredits ist es, saisonale Verbindlichkeiten in mittel- und langfristige Kredite umzuschulden. Im weiteren Sinne sind ihm auch die Kredite an Waren- und Betriebsgenossenschaften sowie - allerdings nur in geringem Umfang - die überbetrieblichen Kredite für agrarstrukturelle Maßnahmen zuzurechnen. Bei der folgenden Analyse des genossenschaftlichen Agrarkredits steht der landwirtschaftliche Hofkredit im Mittelpunkt der Betrachtung; (vgl. hierzu die Tabellen 31 und 32),

Die Kreditstatistik des Deutschen Raiffeisenverbandes¹⁾ erfaßt die Agrarkredite sämtlicher ländlichen Kreditgenossenschaften und, gesondert, der Warengenossenschaften; ferner sind in der Kreditstatistik des DRV seit 1959 die Kredite der genossenschaftlichen Hypothekenbanken und der genossenschaftlichen Institute anderer Rechtsform enthalten, die in der Bundesbankstatistik abweichend kategorisiert sind.²⁾

Auch sachlich ergeben sich zu den Gesamtstatistiken Unterschiede: als Kredite an die Landwirtschaft erfaßt der DRV die Agrarkredite im weiteren Sinne. Übereinstimmend mit der hier getroffenen Abgrenzung wird dabei unterschieden zwischen dem unmittelbaren Agrarkredit an den landwirtschaftlichen Endkreditnehmer (Hofkredit) und dem mittelbaren Agrarkredit, den die RKG in erheblichem Umfang Ernährungsbetrieben, insbesondere Vorratsstellen, Warenzentralen, Waren- und Molkereigenossenschaften etc. gewähren.

Im Vergleich mit der Kreditstatistik des BML sind

1) Im folgenden abgekürzt DRV.

2) Weitere methodische und sachliche Abgrenzungen sind in den Tab. 31 und 32 jeweils angemerkt.

schließlich die abweichenden zeitlichen Abgrenzungen zu beachten, die dort nach dem Landwirtschaftsjahr (per 30.6.) und in längeren Kreditlaufzeiten (kurzfristig: 1 Jahr; mittelfristig: 1 - 10 Jahre; langfristig: über 10 Jahre) getroffen sind, während den DRV-Statistiken die Fristen der Bundesbank zugrundeliegen.

Aus den genannten Gründen können die Ergebnisse der DRV-Statistiken lediglich neben die Erhebungen des BML und der Bundesbank gestellt, nicht aber unmittelbar miteinander verglichen werden.

Die Sonderstellung der RKG im Agrarkredit zeigt sich auch im Vergleich zu anderen Kreditinstituten: während die RKG und die Zentralkassen 1965 nur mit 3,5 v.H. am Gesamtkreditvolumen der Nichtbanken beteiligt waren, ¹⁾ belief sich der Anteil der Raiffeisen-Kreditorganisation ^{FN)} - einschließlich der genossenschaftlichen Hypothekenbanken und der Warengenossenschaften - am institutionellen Agrarkredit auf ca. 38 v.H. ²⁾

Allein die RKG und die genossenschaftlichen Hypothekenbanken konnten 1965 mit 5,4 Mrd.DM über 25 v.H. des gesamten bankmäßigen Agrarkredits i.w.S. auf sich vereinigen; dabei ist zu berücksichtigen, daß die RKG den langfristigen Realkredit nur in ganz geringem Umfang und

1) "Monatsberichte der Deutschen Bundesbank". a.a.O. August 1966. 18.Jg. H.8. S.62 und 64.

2) Absolut 8,1 Mrd.DM von insges. 21,4 Mrd.DM. Raiffeisenjahrbuch. a.a.O. 18.Jg. 1965. S.40.

FN) Im folgenden abgekürzt RKO

zwar indirekt über die genossenschaftlichen Hypothekenbanken pflegen. Der genannte Anteil ist also ein Durchschnittswert, der beim kurzfristigen Agrarkredit mit 62 v.H. erheblich über-, bei den mittel- und langfristigen Krediten mit 19,6 v.H. unterschritten wird. ¹⁾

Einen Anhaltspunkt für die Stellung der Genossenschaften im bankmäßigen Agrarkredit gewinnt man, wenn man von dem gesamten landwirtschaftlichen Fremdkapital die Kredite mit über 10jähriger Laufzeit sowie die kapitalisierten Renten und Altenteile absetzt. Es verbleibt dann die Fremdkapitalaufnahme mit Laufzeiten bis zu 10 Jahren, die sich weitgehend mit den Ausleihungsfristen der ländlichen Kreditgenossenschaften deckt. Stellt man dieser Größe den landwirtschaftlichen Hofkredit der Raiffeisengenossenschaften gegenüber, so hat sich deren Anteil von ca. 30 v.H. (1954) auf etwa 59 v.H. (1966) nahezu verdoppelt. ²⁾ Damit ist die hervorragende Stellung der RKG, insbesondere im kurz- und mittelfristigen Agrarkredit, gekennzeichnet.

Aus den Tabellen 31 und 32 wird deutlich, daß die gegenwärtige Relation zwischen kurz- und mittel- bzw. den langfristigen genossenschaftlichen Agrarkrediten von ca. 2 : 3 die Folge eines tiefgreifenden Entwicklungsprozesses ist. Zu dessen Beginn im Jahre 1952 standen kurzfristigen Agrarkrediten der RKG im Betrage von 0,35 Mrd.DM nur mittel- und langfristige Ausleihungen von 0,1 Mrd.DM gegenüber. Deren stärkeres Wachstum bewirkte 1962 einen Gleichstand beider Kreditarten; Ende 1962 überwogen bereits die mittel-

1) Ebenda.

2) vgl. hierzu auch Tab. 28 und 32.

und langfristigen Kredite (1,6 Mrd.DM) erstmalig die kurzfristigen Ausleihungen (1,5 Mrd.DM). Von 1964 auf 1965 erzielten die RKG mit 0,65 Mrd.DM die absolut höchste Zuwachsrate ihrer Ausleihungen an die Landwirtschaft; mit 470 Mill.DM entfielen mehr als 70 v.H. dieser Steigerung auf mittel- und langfristige Kredite.

Dadurch hat sich auch das Kreditgeschäft der RKG immer stärker vom kurzfristigen Personalkredit als ihrem eigentlichen Spezialgebiet auf die mittel- und langfristigen Kredite verlagert; letztere machten Ende 1966 mit 3,13 Mrd.DM mehr als 60 v.H. ihres Agrarkreditvolumens aus. Nur durch die verstärkte Förderung des mittel- und langfristigen Agrarkredits ist es ihnen gelungen, den zunehmend langfristigen Kapitalbedarf landwirtschaftlicher Betriebe zu befriedigen, und ihre führende Stellung im bankmäßigen Agrarkredit zu halten. Im Rahmen des gesamten Agrarkreditvolumens der RKO hat sich der Anteil der ländlichen Kreditgenossenschaften von 29 v.H. (1953) auf 58 v.H. (1966) erhöht; berücksichtigt man lediglich die Hofkredite, so steigt der Anteil der RKG sogar von 67 v.H. (1953) auf 75 v.H. (1966). ¹⁾

Die Tendenz zum längerfristigen Kredit wird durch das starke Anwachsen des genossenschaftlichen Hypothekarkredits bestätigt. Hypothekarkredite werden von der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank AG und der Bayerischen Landwirtschaftsbank eGmbH gewährt und haben sich

1) s.hierzu Tab. 31 sowie Tab. 32. Der Anteil der gewerblichen Kreditgenossenschaften am gesamten bankmäßigen Agrarkredit ist mit 2,3 v.H. (0,4 Mrd.DM) im Jahre 1966 entsprechend gering und dürfte überwiegend auf mittelbare Agrarkredite entfallen. (s.Tab.32.)

von 1959 - 1966 von 189 Mill.DM auf 771 Mill.DM allein bei den Hofkrediten mehr als verdreifacht. ¹⁾ Der Anteil des Hypothekarkredits am gesamten genossenschaftlichen Hofkredit hat sich in der gleichen Zeit von 8 auf 12 v.H. erhöht.

Der Rest des genossenschaftlichen Hofkredits entfällt auf die Bezugs- und Absatzgenossenschaften sowie auf die Hauptgenossenschaften. Von 1951 - 1966 haben sich die Direktkredite dieser Institute von 142 Mill.DM auf 845 Mill.DM erhöht, doch ist ihr Anteil am gesamten genossenschaftlichen Hofkredit aufgrund des ungewöhnlich starken Wachstums bei den RKG im gleichen Zeitraum von 33 auf ca. 13 v.H. gesunken. ²⁾

Bei den mittelbarem Agrarkrediten der RKO handelt es sich vorwiegend um Kredite an Ernährungsbetriebe, insbesondere an Vorratsstellen für landwirtschaftliche Rohprodukte und um Kredite an Be- und Verarbeitungsbetriebe.

Tabelle 32 zeigt, daß der überwiegende Teil mittelbarer Agrarkredite von den Zentralkassen gewährt wird. Im Jahre 1966 entfielen mit ca. 1,7 Mrd.DM nahezu 75 v.H. des mittelbaren Agrarkredits der RKO auf die Zentralkassen; der Rest, besonders Kredite mit überregionaler Bedeutung, wurden von der Deutschen Genossenschaftskasse ausgelegt, deren Agrarkreditvolumen sich 1966 auf 771 Mill. DM belief.

1) s.hierzu Tab.32.

2) s.hierzu Tab.32.

Insgesamt entfielen 1966 mit 2,3 Mrd.DM ca. 26 v.H. des gesamten Agrarkredits der RKG auf mittelbare Agrarkredite, während dieser Anteil 1955 noch etwa 50 v.H. ausmachte. ¹⁾ Durch den relativen Rückgang wird das ungewöhnliche Wachstum und die zentrale Stellung des unmittelbaren Hofkredits im Rahmen des genossenschaftlichen Agrarkredits bestätigt, dessen Volumen sich in den letzten 10 Jahren annähernd verdreifachte, so daß Ende 1966 mit 6,5 Mrd.DM 74 v.H. der genossenschaftlichen Kredite an die Landwirtschaft unmittelbar an Einzelbetriebe gewährt waren.

Im Rahmen der RKO sind die beiden genossenschaftlichen Hypothekenbanken, die Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG und die Bayerische Landwirtschaftsbank eGmbH von besonderer Bedeutung. Beide Institute pflegen überwiegend den langfristigen Hypothekarkredit. Laut Tabellen 31 und 32 haben die von ihnen gewährten Hofkredite von 234 Mill.DM (1960) auf 771 Mill.DM (1966) auf das Dreieinhalbfache zugenommen, während sich die Agrarkredite der gesamten RKO im gleichen Zeitraum lediglich knapp verdoppelten. Die genossenschaftlichen Hypothekenbanken konnten ihren Anteil am gesamten Agrarkredit der Kreditinstitute von 2,8 v.H. (1963) auf 3,3 v.H. (1966) erhöhen. Die Kredite an die Landwirtschaft machen etwa ein Drittel ihrer Gesamtausleihungen an Nichtbanken aus, wobei sich jedoch erhebliche Unterschiede zwischen beiden Instituten zeigen.

Ende 1965 stellte die Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG der Landwirtschaft 124 Mill.DM langfristiger Darlehen aus dem Erlös von Pfandbriefen und Kommunalschuldverschreibungen einschließlich durchlaufender Kredite der

1) s.hierzu Tab.32.

LR und der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Verfügung.¹⁾ Da der weit überwiegende Teil dieser Mittel zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit landwirtschaftlicher Betriebe und der Agrarstruktur verwendet wurde, konnten ca. 90 v.H. dieser Ausleihungen zinsverbilligt werden. Dabei überwogen die Darlehen für landwirtschaftliche Um- und Neubauten und zur Besitzfestigung mit über der Hälfte der gesamten Neubewilligungen. Die Durchschnittshöhe des Einzelkredits belief sich 1965 auf ca. 30.000 DM.

Noch stärker als bei der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank überwiegen die Ausleihungen an die Landwirtschaft bei der regional tätigen Bayerischen Landwirtschaftsbank eGmbH. ^{FN)} Die Agrarkredite der BL haben sich ²⁾ von 7,3 Mill. DM (1948) auf 793 Mill. DM (1965) erhöht. Auch hier konnten für den überwiegenden Teil der Kredite zentrale Zinsverbilligungsmittel eingesetzt werden. Diese Tatsache war für die Expansion der Agrarkredite der BL in den letzten Jahren von besonderer Bedeutung: Wegen der Anspannung des Kapitalmarktes war das Institut nur dank besonders günstiger Konditionen in der Lage, seine Schuldverschreibungen zu placieren. Diese deckten Ende 1965 etwa 95 v.H. der gesamten langfristigen Ausleihungen. Trotz der Schwierigkeiten bei der Mittelbeschaffung konnten die genossenschaftlichen Hypothekenbanken allein im Jahre 1965 ihr Aktivgeschäft um 23 v.H. auf insgesamt 2,7 Mrd. DM steigern.

1) alle Zahlenangaben nach Angabe der Deutschen Genossenschaftskasse.

FN) Im folgenden abgekürzt BL.

2) alle Zahlenangaben nach Angabe der BL.

4. Der Agrarkredit der Sparkassenorganisation

Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Sparkassenorganisation^{FN)} geht daraus hervor, daß sie an den Gesamtkrediten der Kreditinstitute Ende 1966 zu ca. 37 v.H. beteiligt war. Im kurz- und mittelfristigen Kredit war dieser Anteil mit ca. 26,5 v.H. geringer, im langfristigen Kredit lag er mit ca. 44,5 v.H. dagegen erheblich über diesem Durchschnittswert.¹⁾

Für den Agrarkredit ist bedeutsam, daß die SO aufgrund ihres dichten Zweigstellennetzes auch auf dem Lande stark vertreten ist. Obwohl durch Fusion kleinerer Institute zu leistungsfähigeren Betriebseinheiten die Zahl der Sparkassen und ihrer Annahmestellen zurückgegangen ist, hat sich das Zweigstellennetz der Gesamtorganisation – wie Tabelle 33 zeigt – in der Nachkriegszeit erheblich erweitert. An der Gesamtzahl der Sparkassenstellen waren die Stadtsparbanken 1966 lediglich mit ca. 16 v.H. beteiligt, so daß die Zweigstellenexpansion überwiegend von den Kreis- und Bezirkssparkassen in ländlichen Gebieten getragen wurde.

Der Funktionsteilung zwischen Sparkassen, Girozentralen und der Deutschen Girozentrale^{FN,)} entspricht die Stellung der einzelnen Institute und Institutsgruppen im Agrarkredit. Der überwiegende Teil der Hofkredite wird von den Sparkassen gewährt.

FN) Im folgenden abgekürzt SO.

1) Deutscher Sparkassen- u. Giroverband e.V.
Jahresbericht. (cit. als Sparkassenjahresbericht).
Jg. 1966. Bonn 1967. S. 108.

FN,) Im folgenden abgekürzt DGZ.

Die von der SO gewährten Hofkredite werden jährlich nach den Kriterien der Bundesbankstatistik ermittelt. (Vgl. Tabelle 34).

Das Volumen der Agrarkredite hat sich im Berichtszeitraum fast verzwanzigfacht; die Wachstumsraten des Agrarkredits lagen durchschnittlich zwar über denen des allgemeinen Kreditgeschäfts der Sparkassen mit der Nichtbankenkundschaft, jedoch hielt sich der Anteil der Agrarkredite unter 6 v.H. des Gesamtkreditvolumens.

Die Girozentralen partizipierten am Zuwachs des Agrarkredits nicht nur stärker als die Sparkassen; die Kredite an die Landwirtschaft haben bei ihnen mit 8 v.H. ihres gesamten Kreditvolumens auch eine größere Bedeutung.¹⁾ Das erklärt sich aus der Struktur und der Entwicklung der Kreditlaufzeiten (vgl. Tabelle 35).

Das Schwergewicht der gewährten Agrarkredite liegt - im Gegensatz zu den Kreditgenossenschaften - ganz überwiegend beim langfristigen Kredit. Der Anteil der kurzfristigen Kredite am gesamten Agrarkredit der SO ist von 1951 - 1966 von etwa einem Drittel auf 11 v.H. gefallen. Diese Entwicklung kam vor allem den Girozentralen zugute, deren Geschäftstätigkeit fast ausschließlich auf langfristige Ausleihungen spezialisiert ist.

Die Hofkredite und die mittelfristigen Agrarkredite werden überwiegend von den Sparkassen gewährt. Obgleich dem Volumen nach über 50 v.H. der langfristigen unmittelbaren Agrarkredite auf die Girozentralen entfallen, liegen die Sparkassen, was die Zahl der langfristigen Kredite betrifft, an erster Stelle. Dies erklärt sich dadurch,

1) Ebenda. Errechnet aus Tab.4 Seite 199.

daß die langfristigen Ausleihungen der Girozentralen überwiegend der Landeskultur dienen und demgemäß höhere Beträge und längere Laufzeiten erfordern als die Hofkredite der Sparkassen.

Da die Globalzahlen der Bundesbankstatistik nach banktechnischen und bankstatistischen Erfordernissen erhoben werden und keinen Aufschluß über die Mittelverwendung ermöglichen, wurden in den Jahren 1960, 1964 und 1966 im Sparkassenbereich Sondererhebungen mit dem Ziel durchgeführt, die Leistungen der Gesamtorganisation für die Landwirtschaft möglichst umfassend festzustellen und nach Kreditverwendungszwecken aufzuschlüsseln.

Erfaßt werden alle Kredite an die Landwirtschaft, der primär die Einzelbetriebe (einschließlich der Nebenerwerbsbetriebe) und im weiteren Sinn Landhandel (einschließlich Im- und Export), Molkereien, Ernährungsindustrie, Lager- und Vorratshaltung von Agrarerzeugnissen sowie Kredite an Gemeinschaftseinrichtungen zugerechnet werden. Die Kredite für Siedlung, Flurbereinigung, Melioration, Wirtschaftswegebau und ländliche Wasserwirtschaft sind als Landeskulturrkredite besonders erfaßt.

Die Kredite umfassen Wechselkredite, Kleinkredite, Anschaffungsdarlehen und Hypotheken; die Fristigkeit entspricht der Unterteilung der monatlichen Bilanzstatistik. Laufzeiten über 10 Jahre sowie die Refinanzierung aus zweckgebundenen Mitteln werden gesondert ausgewiesen.

Trotz des abweichenden Stichtages (30.9. bzw. 30.6.) und der ungleichen Intervalle liefern die Sondererhebungen aufgrund der detaillierten, scharf abgegrenzten und

gleichbleibenden Erhebungsmerkmale wertvolle Aufschlüsse über Struktur und Entwicklungstendenzen des Agrarkredits der SO; (vgl. Tabellen 36 und 39).

Das Gesamtvolumen der Agrarkredite hat sich von 1960 - 1966 um 6,1 Mrd. DM auf 10,0 Mrd. DM erhöht. Dieser Zuwachs entfällt etwa zur Hälfte auf den Hofkredit; der Anteil des Hofkredits am gesamten Agrarkreditvolumen der Sparkassenorganisation bleibt im Vergleichszeitraum mit ca. 48 v.H. nahezu konstant.

Als Hofkredite gelten - unbeschadet ihrer Verwendung - alle Kredite an landwirtschaftlich tätige Personen einschließlich der verbilligten Betriebskredite für Aufstockungen, bauliche Maßnahmen an Altgehöften und Aussiedlungen. Insofern deckt sich diese Rubrik mit dem dieser Arbeit zugrundegelegten Begriff des unmittelbaren Agrarkredits. Darüber hinaus erfassen die Sondererhebungen in dieser Kreditkategorie auch diejenigen Siedlungskredite, die bereits dem Einzelbetrieb zugeteilt sind. Mitte 1966 valuierten diese Kredite bei den Sparkassen mit 510 Mill. DM d.s. 12,5 v.H. der Hofkredite; bei den Girozentralen, die sich weniger stark im eigentlichen Hofkredit betätigen, machten die zugeteilten Siedlungskredite 40,5 v.H. der Hofkredite aus.

Im Rahmen des Hofkredits erhöhten sich die langfristigen Ausleihungen absolut (um 2,57 Mrd. DM) und relativ (um nahezu 300 v.H.) seit 1960 am stärksten. Die kurzfristigen Hofkredite stiegen demgegenüber nur um 165 v.H., die mittelfristigen Ausleihungen lediglich um 154 v.H. ihrer Ausgangswerte.

Bezüglich der Fristigkeit gliedern sich die Hofkredite wie folgt:

	<u>kurzfristig</u>	<u>mittelfristig</u>	<u>langfristig</u>
30.9.1960	21 v.H.	9 v.H.	70 v.H.
30.6.1966	12 v.H.	5 v.H.	83 v.H.

Mitte 1964 waren reichlich die Hälfte, Mitte 1966 bereits zwei Drittel der gesamten Hofkredite der Sparkassen mit mehr als 10jähriger Laufzeit ausgelegt.

Dieses Vordringen des langfristigen Kredits ist auf den wachsenden Kapitalbedarf für Um- und Neubauten zurückzuführen. Die durchschnittliche Höhe der Einzelkredite stieg von 8.000 DM (1964) auf 10.000 DM im Jahr 1966.

Bei den Girozentralen stiegen die langfristigen Ausleihungen an landwirtschaftliche Betriebe in den 6 Jahren um 1,2 Mrd.DM und erreichten damit fast das Fünffache des Volumens von 1960. Mitte 1966 gewährten sie 35 v.H. (gegenüber nur 20 v.H. im September 1960) der gesamten von der SO gewährten Hofkredite, während 65 v.H. auf die Sparkassen entfielen.

Bei den mittelbaren Agrarkrediten haben sich die Kredite für die Landeskultur um 1,85 Mrd.DM auf 2,6 Mrd.DM überdurchschnittlich stark erhöht.

Davon entfielen 1,2 Mrd.DM auf die Girozentralen. Gleichzeitig konnten die Sparkassen ihre Stellung im mittelbaren Agrarkredit von 19 v.H. (1960) auf über 30 v.H. (1966) verbessern. Dies ist besonders bemerkenswert, als die Landeskulturrkredite zu 90 v.H. Laufzeiten von mehr als 10 Jahren aufweisen und damit traditionell dem Geschäftsbereich der Girozentralen zugehören.

Die durchschnittliche Höhe des Einzelkredits hat sich von 1964 bis 1966 bei den Sparkassen von 37.000 auf 41.000 DM, bei den Girozentralen von 41.000 auf 50.000 DM erhöht; sie liegt damit viermal so hoch wie im Hofkredit.

Die Position Sonstige Kredite umfaßt Agrarkredite im weiteren Sinne an Handel, Molkereien, Ernährungsindustrie, Lager- und Vorratshaltung sowie der Hochsee- und Küstentischerei. Nach Schätzung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes kommt fast die Hälfte dieser Kredite direkt oder indirekt landwirtschaftlichen Betrieben zugute.¹⁾

Für den von der SO gewährten Hofkredit und den Siedlungskredit besteht mit Ausnahme des Landes Nordrhein-Westfalen - ein deutliches Nord-Süd-Gefälle, wie es sich auch aus der regionalen Fremdkapitalstatistik des BML ergibt.²⁾

Stärker als am gesamten bankmäßigen Agrarkredit ist die Sparkassenorganisation an der Agrarkreditförderung des Bundes beteiligt.³⁾ (vgl. Tabelle 38.) Dies dürfte z.T. darauf zurückzuführen sein, daß sich die Verwendung der zweckgebundenen Förderungsmittel für strukturelle Maßnahmen weitgehend mit jenen Bereichen deckt, die auch im Agrarkredit der Sparkassen traditionell ein starkes Gewicht haben. So entfiel im Jahre 1964 mit 322 Mill. DM ca. 65 v.H. der in der BRD zinsverbilligten - zumeist langfristigen - Darlehen für die Binnenwasserwirtschaft auf die SO. Am Gesamtvolumen der zentral verbilligten Hofkredite war die

1) Sparkassenjahresbericht. a.a.O. Jg. 1966. S. 43

2) s. Tab. 37 und 45.

3) entsprechend hoch liegt - insbesondere bei den Girozentralen - der Anteil zweckgebundener Mittel am Agrarkredit der SO. (vgl. hierzu Tab. 39).

Sparkassenorganisation 1964 mit 34 v.H. beteiligt.

Die Zunahme der Konsolidierungskredite bei den Sparkassen von 0,3 Mill.DM (1963) auf 45,3 Mill.DM (1964) hängt damit zusammen, daß die zentralen Förderungsmittel für die bankmäßige Konsolidierung kurzfristiger Verbindlichkeiten im Jahre 1963/64 von 0,3 auf 103 Mill.DM erhöht wurden; davon entfiel mit 44 v.H. ein ungewöhnlich hoher Anteil auf die SO.

5. Vergleich des Agrarkredits der Raiffeisen-Kreditorganisation und der Sparkassenorganisation

Die Anpassungsmaßnahmen der landwirtschaftlichen Betriebe haben sich über die Wandlung der Kreditnachfrage auch auf die Kreditinstitute ausgewirkt. Das Ausmaß dieser Auswirkungen hängt weitgehend davon ab, welche Bedeutung dem Agrarkreditgeschäft bei dem betreffenden Institut bzw. Institutsgruppe zukommt. Sie sind naturgemäß am stärksten bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank, die sich ausschließlich mit dem Agrarkredit befaßt, und am geringsten bei solchen Instituten, bei denen der Anteil der Agrarkredite am gesamten Kreditvolumen verschwindend gering ist.

Die Raiffeisen-Kreditgenossenschaften (RKG) und die Sparkassen, die als überregional tätige Institutsgruppen im bankmäßig organisierten Agrarkredit eine Sonderstellung einnehmen, sind deshalb besonders geeignet, um die Rückwirkungen des Anpassungsprozesses landwirtschaftlicher Betriebe auf den bankmäßig organisierten Agrarkredit zu reflektieren. (vgl.Tab.40.)

Im Rahmen der gesamten Bankkredite haben sich die unmittelbaren Agrarkredite (Hofkredite) ¹⁾ von 1952 bis 1964 überproportional erhöht; ihr Anteil an den Gesamtkrediten ist in den 13 Jahren des Berichtszeitraumes von 4,8 auf 8,0 v.H. gestiegen. Die RKO und die SO gewährten im Vergleichszeitraum stets über die Hälfte aller bankmäßigen Agrarkredite; ihr Anteil belief sich Ende 1966 insgesamt auf 52 v.H. Sie sind damit die einzigen Institutsgruppen, die sich überregional und in nennenswertem Umfang im Direktkredit an landwirtschaftliche Betriebe betätigen. Obgleich beide Institutsgruppen annähernd gleich stark am Agrarkredit beteiligt sind, zeigen sich in Struktur und Entwicklung ihres Agrarkreditgeschäfts erhebliche Unterschiede. (vgl.dazu Tabelle 31.)

Am Gesamtvolumen der Nichtbankenkredite waren 1952 bei der RKO die Agrarkredite als stärkste Einzelposition mit etwa 41 v.H., bei der SO dagegen nur mit 3,7 v.H. beteiligt. Dementsprechend hat der Strukturwandel der Landwirtschaft und seine Kapitalforderungen in der Folgezeit die Kreditstruktur und die Geschäftstätigkeit der RKO stärker beeinflußt als die der Sparkassen. Allerdings ist der Anteil der Landwirtschaft am Gesamtkredit der RKG bis 1966 auf 31,5 v.H. gesunken, während er bei den Sparkassen auf 4,3 v.H. anstieg. Trotz dieser Entwicklung waren die RKG 1966 am gesamten bankmäßigen Agrarkredit mit 22 v.H. stärker beteiligt als die Sparkassen (14 v.H.).

Für den Gesamtbereich beider Institutsgruppen erhöhen sich die genannten Anteile auf ca. 27 v.H. für die SO gegenüber 25 v.H. bei der RKO. Diese Verschiebung der

1) Nach den Erhebungsmerkmalen der Bundesbankstatistik.

Relationen kommt dadurch zustande, daß die Girozentralen, die ebenso viele Agrarkredite gewähren wie die Sparkassen, zum Agrarkredit der Gesamtorganisation ungleich stärker beitragen als der genossenschaftliche Mittelbau; der langfristige Kreditbedarf der Landwirtschaft ist von den Girozentralen aufgrund ihrer Einlagenstruktur leichter zu befriedigen als von den Zentralkassen.

Bereits im Jahre 1952 zeigte sich, daß das Schwergewicht der Raiffeisen-Kreditgewährung im kurzfristigen, das der SO im mittel- und langfristigen Bereich liegt: 77 v.H. der Agrarkredite der RKO waren kurzfristig, während 71 v.H. der von den Sparkassen gewährten Agrarkredite eindeutig im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft lagen. Begünstigt durch die Entwicklung der langfristigen Einlagen hat sich der Anteil der mittel- und langfristigen Agrarkredite bei der SO noch weiter erhöht.

Auch die RKO konnte im Vergleichszeitraum die Gewährung mittel- und langfristiger Agrarkredite überproportional ausweiten, so daß sich Ende 1966 in beiden Bereichen kurz- und langfristige Kredite annähernd entsprachen.

Wie Tabelle 40 zeigt, konnten zwar auch die Kreditgenossenschaften ihren Anteil am mittel- und langfristigen Agrarkredit erheblich erhöhen. Die Steigerung erreichte jedoch weder die ungewöhnlich starken Zuwachsraten im Agrarkredit der Sparkassenorganisation, noch konnten die Kreditgenossenschaften der Verlagerung der Nachfrage zugunsten

des langfristigen Agrarkredits Rechnung tragen .¹⁾ Von 1952 bis 1958 ist der Anteil der RKO am gesamten Agrarkredit der Banken um 7,8 v.H. auf 20,8 v.H. gesunken, doch konnte - insbesondere durch die zunehmenden langfristigen Ausleihungen der genössenschaftlichen Hypothekenbanken - der Anteil bis 1966 wieder auf 25,4 v.H. gesteigert werden. Da die SO im gleichen Zeitraum ihren Anteil am gesamten Agrarkredit annähernd halten konnte, waren beide Institutsgruppen mit mehr als 50 v.H. des gesamten bankmäßigen Agrarkredits auch 1966 die bedeutendsten Kreditgeber der Landwirtschaft.

-
- 1) Die Anteile der kurz-, mittel- und langfristigen Kredite am Agrarkreditvolumen haben sich bei der RKO abweichend von der Entwicklung im gesamten Bundesgebiet von 1952 - 1966 wie folgt verändert: (in v.H. nach Angaben des DRV und der Deutschen Bundesbank)

		kurz- fristig	mittel- u. langfristig	ins- gesamt
<u>1952</u>	RKO	77	23	100
	BRD	37	63	100
<u>1966</u>	RKO	34	66	100
	BRD	14	86	100

D. Die Struktur des Fremdkapitals in den landwirtschaftlichen Betrieben der BRD

I. Ergebnisse im Gesamtgebiet der BRD

1. Kapital und Produktivität

Von 1950 bis 1959 lag der Kapitaleinsatz pro Beschäftigten in der Landwirtschaft mit durchschnittlich 4,5 v.H.p.a. erheblich über dem von Industrie und Gewerbe (2,6 v.H.).¹⁾ Da das Kapital überwiegend für die Mechanisierung verwendet wurde, erscheint die häufig geäußerte Behauptung, die Landwirtschaft biete wegen der natürlichen Produktionsbedingungen dem technischen Fortschritt nur geringe Wirkungsmöglichkeit, widerlegt, zumal im genannten Zeitabschnitt auch die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft erheblich gesteigert werden konnte.²⁾

Die Leistung der Landwirtschaft hat sich zwischen 1950 und 1965, gemessen an ihrem Beitrag zum Bruttosozialprodukt, von 10,2 Mrd.DM (1950) auf 20,0 Mrd.DM (1965) absolut zwar verdoppelt, relativ ist sie jedoch von 10,4 v.H. auf 4,4 v.H. um mehr als die Hälfte zurückgegangen,³⁾

1) W.G.Hoffmann, Wachstum. a.a.O. S. 52.

2) Die durchschnittliche jährliche Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität belief sich von 1950 - 1959 in der Landwirtschaft auf jährlich 5,6 v.H., in der Industrie dagegen nur auf 3,8 v.H. (W.G.Hoffmann, Wachstum. a.a.O. S. 52. Tab.12.)

3) "Monatsberichte der Deutschen Bundesbank". a.a.O. 18.Jg. 1966. Nr.8. S.123.

dagegen hat sich das Volumen der von ihr aufgenommenen Bankkredite von 2,9 v.H. (1950) auf 7,2 v.H. (1965) der Gesamtkredite an Nichtbanken erhöht.¹⁾ Angesichts der divergierenden Entwicklung von Kreditaufnahme mit dem Beitrag zum Sozialprodukt gewinnt die Frage der Kreditverwendung in landwirtschaftlichen Betrieben besondere Bedeutung.

2. Fremdkapital und Betriebsinvestitionen

Über den gesamten Zeitraum von 1951/52 bis 1965/66 haben sich die Bruttoinvestitionen der Landwirtschaft mehr als verdreifacht; ^{FN)} dabei haben die Gebäudeinvestitionen erheblich stärker zugenommen als die Maschineninvestitionen.

Die Nettoinvestitionen erreichten 1960/61 und 1964/65 Höchstwerte, in den Folgejahren dominierten dagegen die Ersatzbeschaffungen für die Erneuerung des erheblich erweiterten Maschinen- und Gebäudebestandes.

Über den gesamten Zeitraum von 1951/52 bis 1965/66 hat - wie Tabelle 23 zeigt - das Fremdkapital verglichen mit den Investitionen überproportional - und zwar mit Ausnahme der Wirtschaftsjahre 1962/63 und 1963/64 - mit steigender Wachstumsrate zugenommen.²⁾

1) Ebenda. S. 72.

FN) s. hierzu Tab. 23.

2) Dabei ist zu beachten, daß es sich bei der Zunahme des Fremdkapitals um den Saldo aus Neuaufnahmen und Tilgungen handelt.

Von 1950 bis 1966 wurden von dem aufgenommenen Fremdkapital von 17,2 Mrd.DM per Saldo nur 16,3 Mrd.DM netto investiert, so daß sich für den gesamten Zeitraum eine Unterdeckung des Fremdkapitalzuwachses durch den Vermögenszuwachs von 0,9 Mrd.DM ergibt. ¹⁾ Abgesehen vom Zeitraum 1957/58 bis 1963/64 reichte das Betriebsergebnis nicht aus, um die Ersatzinvestitionen an Maschinen und Gebäuden ohne Aufnahme von Fremdkapital vorzunehmen.

3. Die Entwicklung der Zins- und Tilgungsleistungen

a. Mittel- und langfristiger Kredit

Mit wachsendem Fremdkapital gewinnen die Zins- und Tilgungsleistungen zunehmende Bedeutung für das Betriebsergebnis. ²⁾

Das landwirtschaftliche Fremdkapital belief sich im Wirtschaftsjahr 1965/66 auf das Dreifache des Vorkriegsstandes und das Siebenfache des Standes nach der Währungs- umstellung. Allein von 1960/61 bis 1965/66 ist das Volumen von 12,5 auf 20 Mrd.DM gestiegen. Die Zinsleistungen haben im Wirtschaftsjahr 1965/66 erstmals die Milliarden-Grenze überschritten, und das, obwohl die Landwirtschaft durch den verstärkten Einsatz zentraler Verbilligungsmittel weitgehend von der stark wechselnden Kapitalmarktlage

1) vgl. hierzu A.Nieschulz und H.J.Müller, Die Kreditlage der Landwirtschaft im Bundesgebiet. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. N.F. Bd.42. (1964) H.4. S.754 sowie Grüner Bericht. a.a.O. Jg. 1967. S. 72

2) vgl. zum folgenden Tab. 41.

abgeschirmt wurde. Dank der Zinssubventionen konnte der durchschnittliche Zinssatz für das Fremdkapital von dem Nachkriegshöchststand von 6,3 v.H. (1956/57) auf 5,2 v.H. (1963/64) gesenkt werden und lag in der gesamten Nachkriegszeit unter dem Niveau von 1931/32. Da die Verkaufserlöse mit der Zunahme des Fremdkapitals und der Zinsleistungen nicht Schritt hielten, ist der Anteil der Zinsleistungen an den Verkaufserlösen von 2,5 v.H. (1948/49) auf 4,3 v.H. (1965/66) gestiegen, ohne daß er jedoch den Vorkriegsstand von 4,8 v.H. erreicht hätte.

Aus dem wachsenden Kreditvolumen resultieren darüber hinaus zwangsläufig steigende Tilgungsverpflichtungen. Zwar sind die jährlichen Tilgungsraten beim Agrarkredit infolge der langen Laufzeiten grundsätzlich niedriger als beim gewerblichen Kredit, doch kann bei dem hohen Anteil der Tilgungshypothenen mit konstanter Annuität davon ausgegangen werden, daß die effektiven Tilgungsleistungen den Zinsendienst übersteigen. Obwohl das bankmäßige Fremdkapital für die landwirtschaftliche Produktion ständig an Bedeutung gewinnt, sind die Tilgungsverpflichtungen statistisch nur mangelhaft erfaßt. Die effektiven Jahresleistungen sind deshalb nur näherungsweise zu bestimmen.

In Tabelle 42 sind zu diesem Zweck die jährlichen Tilgungsverpflichtungen aus mittel- und langfristigen Krediten dem Differenzbetrag aus Verkaufserlösen und laufenden Betriebs-

ausgaben (einschließlich Ersatzbeschaffungen) - d.i. der für die Tilgung verfügbare cash flow - gegenübergestellt. Den Tilgungsverpflichtungen wurde der Jahresbestand an laufenden Krediten zugrundegelegt. Dabei wurde, basierend auf einer Sondererhebung ¹⁾ bei den mittelfristigen Krediten von einer durchschnittlichen Laufzeit von 6 Jahren, bei den langfristigen Krediten von 16 Jahren, ausgegangen.

Die Tilgungsverpflichtungen steigen sehr regelmäßig und mit zunehmenden Jahresraten an. Dagegen ist der Differenzbetrag zwischen Verkaufserlösen und Betriebsausgaben stark durch die jährlich schwankenden Ernteerträge beeinflusst und steigt weniger stark als die Tilgungsverpflichtungen, so daß sich deren Anteil am Betriebsüberschuß besonders in den letzten Wirtschaftsjahren deutlich erhöht hat. Da die steigenden Tilgungsverpflichtungen den Teil des Betriebsüberschusses schmälern, mußte die steigende Kreditaufnahme den finanziellen Spielraum für Investitionen und für die Entlohnung der Familienarbeitskräfte einengen.

Berücksichtigt man unter den Ausgaben die Nettoinvestitionen, persönlichen Steuern und die Lastenausgleichsabgabe, ²⁾ dann erhöht sich der Anteil der Tilgungsverpflichtungen an dem Differenzbetrag zwischen Verkaufserlösen und den gesamten Barausgaben der Landwirtschaft von 16 v.H. (im Jahresdurchschnitt 1957/58 bis 1961/62) auf 26 v.H. im Wj. 1965/66; absolut gesehen ist der nach Abzug der Tilgungsverpflichtungen verbleibende Betriebsüberschuß im Vergleichszeitraum sogar von 3,77 auf 3,76 Mrd.DM zurückgegangen.

1) Grüner Bericht. a.a.O. Jg. 1964. S. 50.

2) Grüner Bericht. a.a.O. Jg. 1967. S. 83.

b. Kurzfristiger Kredit

In der Nachkriegszeit spielt der kurzfristige Kredit für die Finanzierung landwirtschaftlicher Betriebe eine bedeutende Rolle. Seit der Währungsreform liegt ihr Anteil am gesamten Fremdkapitalvolumen der Landwirtschaft stets über 30 v.H. ¹⁾ Mit steigendem Einsatz sachlicher Produktionsmittel, die heute über die Hälfte der Betriebsausgaben erfordern, hat sich der Bargeldumsatz der Landwirtschaft gegenüber der Vorkriegszeit vervielfacht. Der zunehmende Warenaustausch der Betriebe mit Handel und Industrie hat einen erhöhten Bedarf an kurzfristigem Kredit hervorgerufen. Zur Überbrückung der zeitlichen Divergenz von Geldausgaben und -einnahmen ist der kurzfristige Kredit im Unterschied zum langfristigen aus den jährlichen Bruttoeinnahmen zu tilgen. In Tabelle 43 sind deshalb die kurzfristigen Verbindlichkeiten den Verkaufserlösen gegenübergestellt. Das Verhältnis beider Größen, das sich in den letzten Jahren geringfügig verbesserte, beträgt im Durchschnitt 1 : 5.

Geht man mit HAGENGUTH davon aus, daß im landwirtschaftlichen Betrieb eine Relation zwischen den Betriebseinnahmen und den kurzfristigen Krediten von 4 : 1 als angemessen anzusehen ist, ²⁾ so erscheint die durchschnittliche Effektivbelastung mit ca. 22 v.H. tragbar, zumal diese den Stand zu Beginn des Wirtschaftsjahres wiedergibt, wenn die Ernte bevorsteht und die kurzfristigen Verbindlichkeiten erfahrungsgemäß ihren Höchststand erreichen. Anderer-

1) s. Tab. 28.

2) H.Hagenguth, Der kurzfristige Agrarkredit.
Bonn - Beuel Jg.1955. S. 25.

seits läßt der hohe und zunehmende Anteil der tierischen Veredelung den kurzfristigen Kreditbedarf anwachsen und überlagert damit den bisher typischen saisonalen Einnahmezyklus der Landwirtschaft. Da seit der Währungsumstellung der Markt für kurzfristige Kredite häufig ergiebiger war als der Kapitalmarkt, wurde die kurzfristige Geldaufnahme zusätzlich begünstigt.

Nicht zuletzt ist bei der Beurteilung der kurzfristigen Verschuldung zu berücksichtigen, daß erfahrungsgemäß ein beträchtlicher Teil der kurzfristigen Verbindlichkeiten nicht auf den bankmäßigen Kontokorrentkredit, sondern auf Wechselkredite, Kredite von Verwandten, Lieferantenkredite und sogenannte Schwimmschulden aus unbezahlten Rechnungen entfällt, die statistisch nur unzureichend erfaßt werden. Da diese Verbindlichkeiten zum großen Teil weder formal noch qualitativ dem bankmäßigen Kredit gleichzusetzen sind, ist ihr Anteil an der kurzfristigen Verschuldung betriebswirtschaftlich sehr kritisch zu beurteilen.

Eine Sondererhebung in den Testbetrieben des Grünen Berichtes per 1.7.1963 ¹⁾ ergab, daß sich die kurzfristigen Verbindlichkeiten durchschnittlich auf 435 DM/haLN beliefen und sich etwa gleichmäßig auf Verbindlichkeiten in laufender Rechnung (47 v.H.) und Warenschulden, offene Rechnungen etc. (42 v.H.) verteilten; die Wechselkredite betrugen dagegen nur etwa 10 v.H. der Gesamtsumme. Das zeigt deutlich, daß weniger als 60 v.H. der kurzfristigen Verbindlichkeiten als bankmäßiger Kredit anzusehen sind, und fast die Hälfte auf Schwimmschulden entfällt. Diese

1) s.hierzu A.Nieschulz - H.J.Müller, a.a.O.
S. 774 . 795.

sind für den Betriebsinhaber mangels jeder banküblichen Formalität die bequemste und - gefördert durch die Verkaufspraktiken landwirtschaftlicher Lieferanten - die vermeintlich billigste Art kurzfristiger Finanzierung. Dabei wird jedoch nicht beachtet, daß sich der Landwirt mit steigender Lieferantenverschuldung der Freiheit in der Wahl seiner Handelspartner begibt. Da die kurzfristigen Verbindlichkeiten jederzeit rückforderbar sind, gerät er zudem leicht in finanzielle Abhängigkeit, die seine Kreditwürdigkeit beeinträchtigen und den Rahmen für eine bankmäßige Kreditaufnahme erheblich einengen kann. Dies gilt mit Einschränkung auch für die in kleinen landwirtschaftlichen Betrieben weit verbreiteten Darlehen von Privaten, die de facto zwar langfristig sein können, mangels fester Rückzahlungsvereinbarungen jedoch die Liquidität des Betriebes latent gefährden.

Auch beim Wechselkredit wird das Liquiditätsrisiko nicht vollständig ausgeschaltet, da die dreimonatige Laufzeit rediskontfähiger Wechsel dem Produktionsrhythmus der Landwirtschaft und dem risikobedingten Erfordernis der Elastizität infolge Unwetter, Seuchen etc. der Rückzahlungsmodalitäten in der Regel nicht genügt. Der Wechselkredit dient deshalb den Lieferanten landwirtschaftlicher Betriebsmittel als zusätzliche Sicherung, beläßt jedoch den Betriebsinhaber als Akzeptanten in voller Abhängigkeit vom Aussteller, der seinerseits einen leicht vollstreckbaren Titel erwirbt. In anderen Ländern - z.B. in den USA - sind Landwirtschaftswechsel bis zu 9-monatiger Laufzeit zentralbankfähig, so daß den längeren Produktionsphasen des landwirtschaftlichen Betriebes Rechnung getragen wird.

Der bankmäßige Kontokorrentkredit wird dem kurzfristigen Finanzierungsbedarf der Landwirtschaft vor allem hinsichtlich der Konditionen zumeist am besten gerecht. Er gewährt dem Betriebsinhaber volle Dispositionsfreiheit, sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahme wie der Abdeckung, ohne daß sich bezüglich der Rückzahlung oder des Zinses Nachteile ergeben. Die Sicherungsmöglichkeiten sind vielfältig und reichen vom Blankokredit über Bürgschaft, Zession und Sicherungsübereignung bis zum Grundpfandrecht. Mit dem Früchtepfandrecht bei Betriebsmittelkrediten und der Inventarbelastung gemäß Pachtkreditgesetz wurden Sicherungsmöglichkeiten geschaffen, die die spezifischen Risiken der Landwirtschaft abdecken.

Zwischen den einzelnen Formen kurzfristiger Geldaufnahme bestehen somit erhebliche qualitative Unterschiede. Bezieht man diese auf die vorgenannten Erhebungsergebnisse, so zeigt sich, daß weniger als die Hälfte der kurzfristigen Verbindlichkeiten in laufender Rechnung gewährt werden, und daß der Anteil kurzfristiger Bankkredite noch niedriger liegt. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten der landwirtschaftlichen Betriebe sind demnach überwiegend mit Risiken verbunden, welche die Liquidität und Rentabilität belasten.

Hinsichtlich Form und Sicherung der kurzfristigen Verbindlichkeiten bestehen allerdings erhebliche regionale Unterschiede, die aus Tabelle 44 ersichtlich sind. Schleswig-Holstein erreicht mit 648 DM/haLN nicht nur absolut den höchsten Betrag kurzfristiger Verbindlichkeiten, sondern mit 30 v.H. auch den höchsten Anteil an Wechselkrediten.

4. Die Struktur des Fremdkapitals

a. Die Struktur des Fremdkapitals gegliedert nach betrieblichen Strukturdaten

Die Schwankungsbreite der kurzfristigen Verschuldung läßt deutlich erkennen, daß die Kredithöhe nur betriebsindividuell beurteilt werden kann. Als Bezugsgrößen der Fremdkapitalaufnahme werden im folgenden objektivierte betriebliche Strukturdaten zugrunde gelegt und zwar: die landwirtschaftliche Nutzfläche, die Einheitswerte und das Aktivkapital der untersuchten Betriebe. Zusätzlich werden die Betriebe nach Betriebsgröße, Bodennutzung und regionaler Zugehörigkeit gruppiert.

In den untersuchten Betrieben,¹⁾ die als repräsentativ für das Bundesgebiet gelten können, hat sich das Fremdkapital von 1959 bis 1965 von 830 auf 1.470 DM/haLN erhöht. Bezogen auf die Einheitswerte bedeutet dies eine Steigerung von 68 auf 119 v.H., bezogen auf das Aktivkapital eine solche von 15 v.H. auf 20 v.H.

Gliedert man die Kredite nach Betriebsgrößenklassen, so

1) Zu den Zahlenangaben des folgenden Abschnittes s. A.Nieschulz - H.J.Müller, a.a.O. S. 754 ff. und H.J.Müller, Fremdkapital und Guthaben in landwirtschaftlichen Betrieben zum Stichtag 1.Juli 1965. Buchführungsergebnisse der Testbetriebe für den Grünen Bericht. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. N.F. Bd.44. H.4. (1966) S. 727 ff. - Diese Untersuchungen erfassen etwa 6800 nach statistischen Gesichtspunkten ausgewählte Betriebe über 5 ha/LN.

ist mit steigender Betriebsgröße eine steigende Fremdkapitalaufnahme festzustellen. Im Jahre 1965 weisen erstmals die Betriebe zwischen 10 und 20 ha/LN die höchsten Kredite auf. Die kleinbäuerlichen Betriebe dieser Größe verfügten bislang häufig noch über Familienarbeitskräfte, die zunehmend in den gewerblichen Bereich abwandern und damit verstärkt Mechanisierungsinvestitionen in diesen Betrieben auslösen. Die Betriebe dieser Größenklasse wiesen am 1.7.1965 mit 1.548 DM/ha/LN und 136 v.H. des Einheitswertes die höchste Gesamtverschuldung auf, während am Aktivkapital gemessen, die Betriebe über 50 ha/LN mit 22 v.H. am höchsten verschuldet waren. ¹⁾

Die intensiv bewirtschafteten Hackfruchtbaubetriebe weisen mit 1.581 DM/ha/LN und 21 v.H. des Aktivkapitals auch das höchste Kreditvolumen auf; lediglich bezogen auf den Einheitswert liegen die Getreidebaubetriebe mit 125 v.H. an der Spitze. ²⁾

Tabelle 45 zeigt als auffälligstes Phänomen ein deutliches Nord-Süd-Gefälle der Verschuldung je ha/LN; eine Ausnahme bildet lediglich Nordrhein-Westfalen, das mit einer durchschnittlichen ha-Belastung von 1.150 DM/ha/LN erheblich unter dem Bundesdurchschnitt liegt.

-
- 1) Die niedrigsten Werte lagen mit 1.292 DM/ha/LN in den Betrieben von 5 - 10 ha/LN, mit 94 v.H. des Einheitswertes in den Betrieben über 50 ha/LN und mit 17 v.H. des Aktivkapitals in den Betrieben mit 5 - 10 ha/LN. (Ebenda).
 - 2) Die niedrigste Fremdkapitalbelastung wiesen mit 1.297 DM/ha/LN, bzw. 19 v.H. des Aktivkapitals, die extensiv bewirtschafteten Futterbaubetriebe und mit 112 v.H. der Einheitswerte die Hackfruchtbaubetriebe auf. (Ebenda)

Das Nord-Süd-Gefälle bestätigt sich, wenn man die Fremdkapitalbelastung je haLN auf die Einheitswerte bezieht. ¹⁾ Dieser Vergleich ist, obgleich es sich um die Werte von 1938 handelt, insofern aufschlußreich, als mit dem Einheitswert erstmals eine nach einheitlichen Grundsätzen ermittelte Vergleichsgröße verfügbar ist, die natürliche und wirtschaftliche Bestimmungsfaktoren des Betriebsertrages umfaßt. ²⁾

Im Bundesdurchschnitt waren die landwirtschaftlichen Betriebe am 1.7.1963 in voller Höhe der Einheitswerte verschuldet, wobei auch hier zwischen den Betrieben Nordrhein-Westfalens (mit 65 v.H.) und Schleswig-Holsteins (mit 118 v.H.) erhebliche Unterschiede bestehen. Die auf den ungünstigeren Ertragsvoraussetzungen basierenden niedrigeren Einheitswerte in Süddeutschland haben zur Folge, daß die Relationen dort weit ungünstiger ausfallen als im Bundesdurchschnitt.

Die zum 1.7.1965 wiederholte Erhebung läßt trotz des kurzen Vergleichszeitraumes beachtliche regionale Unterschiede in der Verschuldung erkennen. Den stärksten Schuldenzuwachs weisen die Betriebe in Hessen auf. Gemessen an den Einheitswerten nahm das Fremdkapital innerhalb 2 Jahren dort von 102 auf 133 v.H. zu. ³⁾

1) s.Tab.45.

2) Bei der Ermittlung der Einheitswerte im Jahre 1934 wurden von einem Reichsbewertungsbeirat nach einheitlichen Maßstäben auf Länder- bzw.Kreisebene Vergleichs- und Richtbetriebe ausgewählt, die als Basis der Einheitswertbemessung des Einzelbetriebes hinsichtlich innerer und äußerer Verkehrslage, Umfang und Zustand des lebenden und toten Inventars, Bodenqualität, Produktionsertrag etc. dienten. Dabei wurden die Preis- und Wertverhältnisse des Jahres 1934 zugrunde gelegt.

3) s.Tab. 45.

Trotz der Vielzahl der Bezugsgrößen führt die Auszählung zwangsläufig zu einer Gruppenbildung, die unter dem gleichen Erhebungsmerkmal stets eine Vielzahl von Betrieben umfaßt, die mehr oder weniger stark vom Gruppendurchschnitt abweichen. Angesichts der vielfältigen Voraussetzungen und Möglichkeiten betrieblicher Anpassung ist deshalb anzunehmen, daß gerade in Zeiten einer starken Investitionstätigkeit die effektive Kreditaufnahme von Betrieb zu Betrieb erheblich stärker divergiert, als es in den vorgenannten Durchschnittswerten zum Ausdruck kommt.

b. Die Beziehungen zwischen Fremdkapital und Einheitswert

Die effektive Fremdkapitalaufnahme zwischen den Betrieben streut weit stärker als nach den bisher untersuchten Merkmalen, wenn man das Fremdkapital auf die Einheitswerte der untersuchten Betriebe bezieht.

Am 1.7.1965 arbeiteten 5 v.H. der Betriebe ohne jedes Fremdkapital. 46 v.H. aller Betriebe hatten kein langfristiges Fremdkapital aufgenommen; am 1.7.1958 galt dies noch für 67 v.H., am 1.7.1963 für 57 v.H. aller Betriebe. ¹⁾ Die Zahl der Betriebe, die ohne langfristiges Fremdkapital arbeiten, ist demnach von 1963 bis 1965 ebenso stark zurückgegangen wie in den fünf vorangegangenen Jahren. ²⁾

1) vgl. hierzu K.Padberg - H.Richnow, Die Kreditlage der Landwirtschaft im Bundesgebiet. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. N.F. Bd. 37. H.4. (1959). S.763 ff.

2) In Baden-Württemberg ist der Anteil dieser Betriebe allein von 1963 bis 1965 von 79 auf 32 v.H. um mehr als die Hälfte gesunken.
(Ebenda.)

Auch in den höher verschuldeten Betrieben hat die Aufnahme von Fremdkapital seit 1963 deutlich zugenommen. Während die Kredite in den Belastungsstufen bis zu 100 v.H. des Einheitswertes seit 1963 anteilsmäßig gesunken sind, ist im gesamten Bundesgebiet der stärkste prozentuale Zuwachs des Fremdkapitals in der Belastungsstufe über 300 v.H. der Einheitswerte festzustellen. In Rheinland-Pfalz/Saar und in Hessen beträgt das Fremdkapital in mehr als einem Viertel der Betriebe mehr als 300 v.H. des Einheitswertes, während 1963 im Bundesdurchschnitt nur 12 v.H., 1965 jedoch schon 18 v.H. aller Betriebe diese Höchstwerte erreichten.

Guthaben und Forderungen der Betriebe verändern dieses Bild kaum, wenn man sie mit dem Fremdkapital zur Nettobelastung saldiert. In mehr als 80 v.H. der Betriebe beliefen sich Guthaben und Forderungen auf weniger als 50 v.H. des Einheitswerts, ¹⁾ wobei in Bayern sowie in Rheinland-Pfalz/Saar annähernd 25 v.H., im hochbelasteten Schleswig-Holstein dagegen nur 9 v.H. aller untersuchten Betriebe Guthaben und Forderungen von mindestens der Hälfte des Einheitswertes aufwiesen. ²⁾

c. Fremdkapital und Betriebseinkommen

Da sich die spezifischen Wirtschaftsbedingungen ³⁾, die

1) Grüner Bericht. a.a.O.. Jg. 1967. S. 74.

2) Ebenda. S. 75.

3) z.B. Betriebssystem. W. Busch, Landwirtschaftliche Betriebslehre. Essen 1958. S. 222. Betriebsorganisation, interne Verkehrsverhältnisse, Flurlage, Gebäudezustand etc.

den heute noch geltenden Einheitswerten zugrunde liegen, seit 1935 erheblich verändert haben und das Fremdkapital aus den Wirtschaftserträgen zu tilgen und zu verzinsen ist, stellen die betriebsindividuellen Erfolgsgrößen eine geeignetere Grundlage für die Beurteilung des Fremdkapitals dar als die Einheitswerte.

Im folgenden ist das Betriebseinkommen je AK als Bezugsgröße gewählt. Das durchschnittliche Betriebseinkommen je AK lag im Wj. 1965/66 bei 9.114 DM.¹⁾ Die Unterschiede in den Produktionsbedingungen, vor allem aber der in Süddeutschland höhere Besatz mit Arbeitskräften je haLN führen dort zu Betriebseinkommen, die bis zu 10 v.H. vom Bundesdurchschnitt abweichen.²⁾ Das Betriebseinkommen je AK nimmt mit wachsender Betriebsgröße und intensiverer Bewirtschaftung zu.

Vergleichbare Tendenzen zeigen sich auch hinsichtlich der Einkommensverteilung. Legt man das LORENZ-Kriterium

1) Zu den Zahlenangaben des Abschnittes s.Grüner Bericht. a.a.O. Jg. 1967. S.122.

2) Das Betriebseinkommen je AK belief sich 1965/66 in Norddeutschland durchschnittlich auf 10.462,- DM, in Süddeutschland auf 7.975,- DM. (ebenda). Die Extremwerte liegen mit 13.260 DM/AK in den norddeutschen Hackfruchtbaubetrieben über 50 haLN und mit 7.164 DM/AK in den süddeutschen Getreidebaubetrieben unter 20 haLN. Dies entspricht einer Streuung von +45 v.H. bis -21 v.H. vom Bundesdurchschnitt.

zugrunde, ¹⁾ so zeigt sich folgende charakteristische Streuung der landwirtschaftlichen Einkommen:

Mit steigender Betriebsgröße weichen die effektiv erzielten Einkommen immer stärker vom rechnerischen Durchschnitt ab. Die Einkommensdifferenzierung ist am größten in den Betrieben mit über 50 haLN. Damit bestätigt sich, daß mit steigender Betriebsgröße und entsprechendem Produktionspotential - ceteris paribus - auch die Bedeutung des dispositiven Faktors für das Betriebsergebnis zunimmt. Das gleiche gilt bei steigender Intensität der Bodennutzung: die Einkommensdifferenzierung ist in den intensiv bewirtschafteten Hackfrucht- und Getreidebaubetrieben am größten.

Die extremste Einkommensstreuung zeigt sich allerdings zwischen den besten und schlechtesten Betrieben mit gleichen äußeren Strukturmerkmalen.

In den Futterbaubetrieben Nordrhein-Westfalens über 20 haLN streuten die Höchst- und Niedersteinkommen um +37 und -26 v.H. um den Gruppendurchschnitt (9.457 DM/AK). ²⁾

-
- 1) Das LORENZ-Kriterium setzt Arbeitseinkommen und Arbeitskräfte so in Beziehung, daß der Quotient beider Größen anzeigt, wie weit sich die effektive Einkommensverteilung von der Linie vollständiger Gleichheit entfernt. s.hierzu P.A.Samuelson, Volkswirtschaftslehre. Köln 1962. op. cit. H.J.Müller, Zur Frage der Einkommensverteilung in der Landwirtschaft. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. N.F. Bd.43. H.3. Hamburg 1965. S.562 ff.
 - 2) Die Zahlenangaben dieses Abschnittes sind errechnet aus "Grüner Bericht". a.a.O. Jg. 1967. S. 207 ff.

Die stärkste Einkommensdifferenzierung innerhalb einer Betriebsgruppe mit nahezu gleichen natürlichen und wirtschaftlichen Produktionsbedingungen ist in den bayerischen Getreide-Hackfruchtbaubetrieben über 50 ha/LN festzustellen, in denen die Höchsteinkommen mit 14.540 DM/AK um 105 v.H. über - die niedrigsten Betriebseinkommen mit 948 DM/AK um 87 v.H. unter dem Gruppendurchschnitt lagen. 1)

Diese Extremwerte sind wiederum als Durchschnitt aus 25 v.H. der Betriebe mit den höchsten bzw. niedrigsten Einkommen der Gruppe ermittelt; zieht man die Ergebnisse einzelner Betriebe heran, so sind Abweichungen von +200 bis -160 v.H. vom Gruppenmittel festzustellen; 2) da die Streuung im positiven Bereich größer ist, liegen die häufigsten Werte der Einkommenskurve meist unter dem rechnerischen Durchschnitt.

Vergleicht man abschließend die Streuung des Betriebseinkommens mit der des Fremdkapitals, so zeigen sich, bezogen auf die einzelnen Strukturdaten, übereinstimmende Merkmale: sowohl das Betriebseinkommen je AK als auch das Fremdkapital je ha/LN liegen in Norddeutschland höher als in Süddeutschland, sofern man Nordrhein-Westfalen als Bundesland mit außergewöhnlich günstiger Verschuldungs- und Ertragslage ausklammert. Auch hinsichtlich der Betriebsgröße stimmen Betriebseinkommen und Höhe des Fremdkapitals

1) Dabei handelt es sich um die absolut niedrigsten festgestellten Jahreseinkommen, während die Höchstwerte in den Getreide - Hackfruchtbaubetrieben Schleswig-Holsteins von 50 - 100 ha/LN mit 29.715,- DM/AK liegen. (Grüner Bericht. a.a.O. Jg. 1967. S.208 ff.)

2) Grüner Bericht. a.a.O. Jg. 1967. S. 127.

in der Regel überein; bezogen auf den Einheitswert fällt die Fremdkapitalaufnahme mit steigender Betriebsgröße. Schließlich nehmen Betriebseinkommen und Verschuldung gleichlaufend mit zunehmender Intensität der Bodennutzung zu.

Diese Ergebnisse reichen jedoch nicht aus, um auf eine Parallelität von Fremdkapital- und Einkommenslage schließen zu können; übereinstimmend zeigen beide Analysen, daß unter dem Einfluß äußerer, objektivierter Strukturdaten (Betriebsgröße, Einheitswert und Bodennutzung) und regionaler Produktionsbedingungen die Ergebnisse bei weitem nicht so stark differieren wie innerhalb einzelner Betriebsgruppen mit den gleichen äußeren Gruppenmerkmalen. Betriebsinterne Faktoren bestimmen demnach Fremdkapitalaufnahme und Betriebsergebnis erheblich stärker als die äußeren Strukturmerkmale.

Bei der Gegenüberstellung von Fremdkapital und Betriebseinkommen ist zu berücksichtigen, daß aus den Betriebseinkommen nicht nur die Fremd- und Familienarbeitskräfte entlohnt werden müssen, sondern auch der gesamte Kapitaldienst, die Risiken, die Eigenkapitalverzinsung und das Unternehmereinkommen zu decken sind. Angesichts des Umfangs dieser "Ansprüche" und der weiten Streuung der Effektivergebnisse ist zu befürchten, daß sich zumindest die Betriebe mit niedrigem Betriebseinkommen und hoher Schuldenlast auch bei qualifizierter betriebswirtschaftlicher Beratung "nicht mehr zu befriedigendem Ertragsstand entwickeln lassen." ¹⁾

1) Landwirtschaftliche Rentenbank. Geschäftsbericht. a.a.O. Jg. 1966. S. 10.

II. Kreditaufnahme, Kreditverwendung und Betriebsergebnis

Ergebnisse einer regionalen Erhebung

1. Die Entwicklung der betrieblichen Strukturdaten im Untersuchungsgebiet

Der in einigen Bundesländern erreichte hohe Stand der Verschuldung und der wachsende Anteil der Betriebe mit hohem Fremdkapital bei minimalem Betriebseinkommen macht es erforderlich, in die Beurteilung der Kreditaufnahme die Kreditverwendung einzubeziehen.

Für ein solches Vorgehen eignen sich vor allem die landwirtschaftlichen Betriebe Schleswig-Holsteins, die im Landesdurchschnitt sowohl was den Stand und das Wachstum der Verschuldung, als auch deren Verhältnis zum Einheitswert betrifft, in der BRD die höchsten Werte erreichen. Zum anderen bietet das umfangreiche Material gerade in diesem Bundesland die Möglichkeit, die Zusammenhänge von Kreditaufnahme und Kreditverwendung, von Investitionstätigkeit, Betriebsergebnis und Vermögensentwicklung zu

untersuchen. 1)

Die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein weist in der Grundtendenz die gleichen Züge wie die der gesamten BRD auf. Von 1951/52 bis 1964/65 ist die Zahl der Arbeitskräfte drastisch von 14 auf 7 Voll-AK/100 haLN und die tierische Zugkraft von 10 auf 1 Pferd je 100 haLN zurückgegangen. 2) Von den Bruttoinvestitionen von 3,3 Mrd.DM 3) sind allein 2,2 Mrd.DM in die Mechanisierung geflossen.

Mit der Arbeitsproduktivität stieg auch der durchschnittlich erzielte Reinertrag von 100 DM/haLN im Jahre 1955/56

1) Den folgenden Untersuchungen, insbesondere den Zahlenangaben und Tabellen, liegen die Buchführungsergebnisse von ca. 1000 landwirtschaftlichen Betrieben des Landes Schleswig-Holstein zugrunde, die mehr als 90 v.H. der LN des Landes umfassen. s.hierzu o.V., Wirtschaftsergebnisse buchführender landwirtschaftlicher Betriebe. Hrsg.: Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein. Kiel 1955 - 1966. Zur Lage der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein, vgl. auch: G.Blohm, Die Neuorientierung der Landwirtschaft. (cit. als: Neuorientierung). 2.neub.Aufl. Stuttgart 1966. insbes. S.138 ff. Ferner: H.Schmidt, Die Erfolgsdisparität innerhalb der Landwirtschaft. Kiel 1966. Ferner: K.Wittern, Das Kapital als Betriebsmittel. In: Der Weg in die EWG. (cit. als EWG) Hrsg.: Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein. Kiel 1962. S.45 bis 65 sowie: ders., Die finanzielle Entwicklung und Situation der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft. (cit. als Entwicklung) in: Im Dienst der Landwirtschaft. 1967. Hrsg.: Gemeinschaftsdienst der schleswig-holsteinischen Sparkassen- und Giroorganisation. Kiel 1967. S. 13 bis 26.

2) Im Durchschnitt der buchführenden Betriebe über 20 haLN.

3) Gesamte Bruttoinvestitionen von 1950 bis 1965.

auf 250 DM/haLN in 1964/65, doch wurde knapp die Hälfte dieser Verbesserung allein durch die erhöhten Zinsleistungen (ohne Tilgungen) wieder aufgezehrt, ¹⁾ so daß das weiterhin steigende Investitionsvolumen zunehmend fremdfinanziert werden mußte. Die durchschnittliche Kreditbelastung in DM/haLN wuchs von 385 DM (1948) auf 1.702 DM (1966). Das Zahlenmaterial für die weitere Untersuchung ist in den Tabellen 46 und 47 zusammengestellt.

2. Zeitvergleich einzelner betrieblicher Bewegungsgrößen

Seit der Währungsumstellung ist das Besatzkapital je haLN um 1.614 DM angewachsen.

Die Entwicklung von Guthaben und Fremdkapital ist in Tabelle 47 dargestellt. Bezogen auf den haLN ist das Kreditvolumen von 385 DM (1948) auf 1.702 DM (1966) gestiegen. Gleichzeitig haben sich auch Kassenbestand, Guthaben und Forderungen von 20 DM auf 304 DM je haLN erhöht, so daß sich in den vergangenen 18 Jahren eine Steigerung der Nettobelastung um 1,033 DM/haLN ergibt. Nach vorübergehender Stagnation in der Mitte der fünfziger Jahre nimmt auch die Verschuldung wieder stark zu. Dabei zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen der Fristigkeit der Investitionen und den Laufzeiten der aufgenommenen Kredite.

1) K.Wittern, Entwicklung. a.a.O. S.14.

Während die mittel- und langfristigen Investitionen bisher mehr als 90 v.H. der Bruttoinvestitionen ausgemacht haben, lag der Anteil der kurzfristigen Kredite in den schleswig-holsteinischen Betrieben trotz mehrfacher Konsolidierungsaktionen seit 1952 stets über 40 v.H., 1956 sogar bei 58 v.H. des gesamten Kreditvolumens. Erst durch die zentrale Konsolidierungsaktion von 1963 (eine erste kleinere Aktion wurde 1957 durchgeführt) konnte der Anteil kurzfristiger Kredite an den Gesamtkrediten auf 36 v.H. (1965) gesenkt und somit dem Bundesdurchschnitt (32 v.H.) angenähert werden. ¹⁾

Die Vermutung, daß ein großer Teil der kurzfristigen Verbindlichkeiten in mittelfristigen Investitionen gebunden ist, wird durch eine Sondererhebung erhärtet, die zeigte, daß mit der Liquidisierung der Ernte nur ein Viertel der kurzfristigen Verbindlichkeiten abgebaut wird, während drei Viertel der kurzfristigen Kredite revolvieren. ²⁾

Die kurzfristigen Kredite waren wegen der Unergiebigkeit des Kapitalmarktes bis zur Mitte der fünfziger Jahre oft die einzige Fremdkapitalquelle der Landwirtschaft, doch wurden seit 1954/55 zunehmende Beträge für die Zinsverbilligung mittel- und langfristiger Bankkredite zur Verfügung gestellt.

1) Schleswig-Holsteinische Betriebe beanspruchten 1963 mit 88 von insges. 103 Mill.DM ca. 85 v.H. der gesamten Konsolidierungsmittel des Bundes. (Nach Angabe des BML).

2) K.Wittern, EWG. a.a.O. S. 48.

Der Anteil der zinsverbilligten Kredite belief sich in Schleswig-Holstein 1965 auf zwei Drittel des gesamten mittel- und langfristigen Kreditvolumens.

Zum Zwecke des Vermögensvergleichs sind die effektiven jährlichen Veränderungen des Besatzkapitals und der Nettobelastung (Kreditaufnahme abzüglich Guthaben, Forderungen und Kassenbestand) in Tabelle 46 Abs.III gegenübergestellt.

Mit steigender Investitionstätigkeit und zunehmender Kapitalintensität der Anpassungsmaßnahmen (Betriebsumstellungen, Bauinvestitionen) hat sich die Nettobelastung ebenfalls von Jahr zu Jahr erhöht. Seit der Währungsreform wurden im Durchschnitt aller Betriebe netto 1.614 DM/haLN investiert, 1.033 DM/haLN - entsprechend 60 v.H. der gesamten Nettoinvestitionen - wurden durch Kreditaufnahme und 581 DM/haLN aus eigenen Mitteln finanziert. Demnach hat sich das Reinvermögen um 581 DM/haLN vermehrt. Dieses Ergebnis wird erhärtet durch die Gegenüberstellung der Reinvermögensveränderung und des Reinertrags (als Restgröße der Einnahmen-Ausgabenrechnung). ¹⁾

Die positive Entwicklung von Reinvermögen und Reinertrag scheint den hohen Einsatz des Fremdkapitals zumindest für die Gesamtheit aller Betriebe zu rechtfertigen. Diese Aussage kann jedoch nur insoweit aufrechterhalten werden, als Kredit- und Ertragslage des Einzelbetriebes den er-

1) Wirtschaftseinnahmen abzgl. Wirtschaftsausgaben abzgl. Eigenverbrauch und Lohnanspruch der Familien-AK. Vgl. hierzu Tab. 46.

mittelten Durchschnittswerten entsprechen. Schon die stark voneinander abweichenden Ergebnisse der Kredit- und Ertragsentwicklung auf Länderebene lassen eine solche Übereinstimmung fraglich erscheinen, zumal in einem Teil der Betriebe die Guthaben die Verbindlichkeiten übersteigen und Investitionen ohne Aufnahme von Fremdkapital vorgenommen werden. Im folgenden soll deshalb geprüft werden, inwieweit - innerhalb des Landes - Reinertrag und Kreditaufnahme effektiv von den Durchschnittswerten abweichen und eine Korrektur der rechnerischen Ergebnisse erforderlich wird.

Wie schon die starken Unterschiede in der Einkommensverteilung erwarten lassen, divergieren die Reinerträge von Betrieb zu Betrieb noch erheblich stärker als Fremdkapital, Investitionen und Reinvermögen. Dies gilt auch unter den weitgehend gleichen natürlichen Produktionsbedingungen.

Unterteilt nach den drei Hauptanbauzonen Schleswig-Holsteins mit jeweils ähnlichen Produktionsbedingungen und Betriebssystemen ¹⁾ lagen 1965 im regionalen Durchschnitt aller buchführenden Betriebe von 20 bis 100 haLN die Reinerträge je ha:

an der Westküste	bei 253 DM/haLN
im Mittelrücken	bei 242 DM/haLN
an der Ostküste	bei 309 DM/haLN.

Dabei handelte es sich um Mittelwerte aller Reinerträge innerhalb von 6 Jahren, so daß Extremwerte und Ernteschwankungen ausgeglichen sind.

BLOHM ²⁾ hat die Betriebsergebnisse von ca. 1000 landwirt.

1) W. Busch, Landwirtschaftliche Betriebslehre. Essen 1958. S. 222.

2) G. Blohm, Neuorientierung, a.a.O. 2. Auflg. S. 135 ff. insbes. Tab. 27. S. 136.

schaftlichen Betrieben Schleswig-Holsteins über einen Zeitraum von fast 40 Jahren ausgewertet und festgestellt, daß sich die Reinerträge der Vorkriegszeit (Wj. 1937/38) von 116 RM/haLN bis 1962/63 kaum verdoppelt haben. Dagegen hat sich die Streuungsbreite der Betriebsergebnisse vervielfacht: während im Wj. 1937/38 die Mehrzahl der Betriebe auch effektiv dem ermittelten Durchschnitt entsprach, und das Verhältnis zwischen Verlust- bzw. Erfolgsbetrieben mit 6 : 94 v.H. relativ gering war, hat sich dieses Bild, besonders für die letzten Wirtschaftsjahre, vollständig gewandelt. Dem rechnerischen Durchschnitt entsprachen im Wj. 1962/63 kaum mehr als 20 v.H. der Betriebe, wobei sich die Relation zwischen Verlust- und Erfolgsbetrieben auf 23 : 77 vergrößert hatte. Stärker noch divergieren die effektiven Reinerträge (bzw. Reinverluste) und zwar im Wj. 1937/38 zwischen +500 und -300 RM/haLN, im Wj. 1962/63 bereits zwischen +1200 DM/haLN in den Spitzenbetrieben und -800 DM/haLN in den schlechtesten Betrieben. ¹⁾

BLOHM folgert hieraus, daß sich den befähigten Betriebsleitern heute wesentlich größere Möglichkeiten als je zuvor bieten, ihre individuelle Leistung in Einkommen umzusetzen. Andererseits birgt gerade die kapitalintensive, hochspezialisierte Wirtschaftsweise die große Gefahr in sich, durch Fehldispositionen - insbesondere durch Kapitalfehlleitungen - Betriebsverluste zu verursachen.

1) Ebenda. S. 139.

3. Entwicklung und Struktur der Kreditaufnahme nach betrieblichen Kriterien

Noch stärker als die Reinerträge differiert die effektive Kreditaufnahme von Betrieb zu Betrieb.

Am geringsten sind diese Unterschiede, wenn man die Betriebsgröße als Bezugsgrundlage des Fremdkapitals heranzieht. In den buchführenden Betrieben lag die Kreditbelastung per 30.6.1964 bei den Betriebsgrößen zwischen 10 und 20 haLN mit 1.599 DM/haLN geringfügig über, in den oberen Betriebsgrößenklassen dagegen geringfügig unter dem Landesdurchschnitt von 1.493 DM/haLN. Dabei wiesen die Großbetriebe über 100 haLN mit 64 v.H. den höchsten, die Betriebe von 20 - 50 haLN mit 54 v.H. den niedrigsten Anteil langfristiger Kredite an der gesamten Kreditaufnahme auf. ¹⁾

Wesentlich stärker streute die Kreditbelastung in den verschiedenen Anbauzonen. Zwischen Mittelrücken (1.151 DM/haLN, Westküste (1.556 DM/haLN) und Ostküste (1.816 DM/haLN) divergiert sie (per 30.6.1964) doppelt so stark wie bei den erzielten Reinerträgen.

Am stärksten weichen jedoch die effektiven Ergebnisse voneinander ab, wenn man die Höhe des Fremdkapitals je haLN (Belastungshöhe) berücksichtigt. In einer Sondererhebung in 4.076 Betrieben von 20 bis 100 haLN zeigte sich, daß innerhalb eines Jahres - in dem sich die Kreditbelastung im Gesamtdurchschnitt aller Betriebe nicht verän-

1) Wirtschaftsergebnisse buchführender landwirtschaftlicher Betriebe. a.a.O.

derte - die Nettobelastung sich zwar in 72 v.H. der Betriebe auch effektiv um weniger als ± 200 DM/ha veränderte, daß jedoch in den restlichen Betrieben Zu- und Abnahmen diese Grenze überschritten, und sich in 5 v.H. der Betriebe die Nettobelastung sogar um mehr als 400 DM/haLN erhöhte.¹⁾ (Vgl. Tabelle 48.)

Die Kreditaufnahme läßt über einen Zeitraum von 9 Jahren folgende Tendenz erkennen: Der Anteil der Betriebe, in denen Guthaben und Forderungen die Kredite überstiegen, stagniert bei 12 v.H. Dagegen hat sich der Anteil der Betriebe in den mittleren Belastungsstufen (1.600 bis 3.200 DM/haLN) verdoppelt und in der Stufe mit Nettobelastungen über 3.211 DM/haLN fast auf das Vierzigfache erhöht.

Die Tendenz zu fortschreitender Verschuldung in bereits hochbelasteten Betrieben zeigt sich noch deutlicher in der Verteilung der Kredite auf die einzelnen Belastungsstufen. Das Kreditvolumen in den niedrig belasteten Betrieben ist absolut nicht sehr stark, anteilsmäßig jedoch um ca. 66 v.H. gesunken. In der mittleren Belastungsstufe bis 3.200 DM/haLN hat sich das Kreditvolumen währenddessen absolut verdreifacht. Die weitaus stärkste Zunahme der Verschuldung haben jedoch die hochbelasteten Betriebe über 3.200 DM/haLN zu verzeichnen, die 1957 nur 2 v.H., 1964 mit 564 Mill. DM bereits 33 v.H. des gesamten Kreditvolumens auf sich vereinigten. Der Gesamtdurchschnitt der Kreditaufnahme, der sich von 791 DM/haLN (1957) auf 1.702 DM/haLN (1966) verdoppelte, läßt diese Differenzierung nicht erkennen. Auf die mittlere Belastungsstufe mit einer Nettobelastung bis zu 1.600 DM/haLN entfielen im Jahre 1966 tatsächlich

1) K. Wittern, EWG. a.a.O. S. 45 ff.

nur noch 25 v.H. des Kreditvolumens, während 9 Jahre zuvor noch 67 v.H. des Kreditvolumens auch effektiv dem rechnerischen Durchschnitt entsprachen.

In Tabelle 49 sind Reinertrag und Kreditaufnahme in 304 buchführenden Betrieben Schleswig-Holsteins in Beziehung gesetzt. Es handelt sich um pachtfreie Betriebe aller Betriebsgrößen und Betriebssysteme, deren Wirtschaftsergebnisse über 6 Jahre nach einheitlichen Gesichtspunkten erhoben wurden und somit ein für Vergleichszwecke repräsentatives Bild ergeben. ¹⁾

Die Verteilung der Betriebe auf die einzelnen Stufen der Kreditbelastung (DM / ha LN) deckt sich weitgehend mit den Ergebnissen der Landesstatistik ²⁾ und kann ebenfalls als typisch gelten. Mehr als die Hälfte aller Betriebe (54 v.H.) weisen eine Nettokreditbelastung von 0 bis 1.599 DM/haLN auf. 2,5 v.H. der Betriebe dieser Gruppe erwirtschaften keinen, 6 v.H. jedoch einen besonders hohen Reinertrag von mehr als 500 DM/haLN. Nettokreditbelastungen von mehr als 4.800 DM/haLN weisen 3,5 v.H. aller Betriebe auf. Wie Tabelle 49 zeigt, erwirtschaftete kein Betrieb dieser Gruppe einen Reinertrag von mehr als 499 DM/haLN, und mehr als ein Viertel dieser hochbelasteten Betriebe erzielt keinen Reinertrag.

1) Die Reinerträge wurden wie in den Testbetrieben des Grünen Berichts auf der Basis des pacht- und schuldenfreien Betriebes ermittelt.

2) s. Tab. 48.

Geht man davon aus, daß das Fremdkapital mit 5 v.H.p.a. zu verzinsen ist, und daß für Tilgung und Nettoinvestitionen 50 DM/haLN p.a.verfügbar sein müssen, ¹⁾ so reichen in 31 v.H. der Betriebe die erzielten Reinerträge nicht aus, um diesen Erfordernissen zu genügen. Wie Tabelle 49 zeigt, ist der Anteil dieser Betriebe mit 82 v.H. in der Gruppe mit einer Nettobelastung über 4.800 DM/haLN am größten.

Als stark gefährdet müssen diejenigen Betriebe gelten, die unterhalb der genannten kritischen Ertragsgrenze mit mehr als 4.000 DM/haLN belastet sind; dies trifft für ca. 6 bis 9 v.H. der Betriebe zu. Auf Landesebene übertragen müssen demnach weit mehr als 1.000 landwirtschaftliche Betriebe in Schleswig-Holstein als existenzbedrohend verschuldet gelten. ²⁾

Angesichts der großen Zahl gefährdeter Betriebe kommt der Kreditverwendung im Einzelbetrieb besondere Bedeutung zu. Die Analyse der Wirtschafts- und Einkommensverhältnisse in der Landwirtschaft hat gezeigt, daß die landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebe stärker als vergleichbare gewerbliche Betriebe als Einkommenseinheit anzusehen sind, in der sich betriebliche und private Geldbewegungen überlagern. Diese Beziehungen sind in der Tabelle 50 für die

1) Beide Ansätze sind im Vergleich mit den Effektivwerten als Mindestgrößen anzusehen. vgl. hierzu K.Wittern, Entwicklung. a.a.O. S. 20 f.

2) s.auch K.Wittern, Entwicklung. a.a.O. S. 21.

untersuchten 304 Betriebe ebenfalls über einen Zeitraum von 6 Jahren zusammengestellt.

Zunächst werden die Betriebe nach der durchschnittlichen jährlichen Veränderung der Nettokreditbelastung gegliedert. In der Gruppe mit abnehmender Nettokreditbelastung wird weiter unterschieden zwischen Betrieben, die ihre Nettoinvestitionen ausschließlich aus Reinerträgen oder mit Hilfe von außerbetrieblichen Einnahmen und Einlagen finanzieren. In den Gruppen mit wachsender Verschuldung wird unterschieden, ob die Kreditaufnahme die Nettoinvestitionen über- oder unterschritt.

Die Analyse berücksichtigt außerdem die privaten Einlagen aus dem Privatvermögen des Betriebsinhabers und die Privatentnahmen; als Privatentnahmen gelten die Geldbeträge, die über den Lohnanspruch der Familien-Arbeitskräfte ¹⁾ hinaus für private Zwecke des Betriebsinhabers entnommen werden.

Unter den Betrieben, die im Vergleichszeitraum ihre Kredite abbauen konnten, ²⁾ weist die Gruppe II A die besten Wirtschaftsergebnisse auf. In dieser Gruppe, die 20 v.H. der Betriebe umfaßt, reichte der durchschnittlich erzielte jährliche Reinertrag von 350 DM/haLN auch unter Berücksichtigung der Privatentnahmen aus, um den Kapitaldienst, die Steuern und Lasten sowie die Nettoinvestitionen zu be-

1) Als Lohnansatz für den Betriebsinhaber werden nach der Höhe des Einheitswertes angesetzt: bei 20.000 DM/EW 8.150 DM, bei 50.000 DM/EW 9.750 DM, bei 100.000 DM/EW 12.800 DM jährlich, zuzügl. DM 5.900 für die Mitarbeit der Ehefrau.

(K.Wittern, Entwicklung. a.a.O. S. 21 ff.)

2) s.Tab. 50.

streiten.

In der Gruppe II B, die 9 v.H. der Betriebe umfaßt, konnte die positive Vermögensveränderung nur durch private Einlagen finanziert werden, die etwa die Hälfte der gesamten Finanzierungsmittel ausmachten. ¹⁾ In 1 v.H. der Betriebe (Gruppe I) sind die Privateinlagen sogar ausschließliches Finanzierungsmittel, woraus ersichtlich wird, daß eine Verminderung der Kreditbelastung keineswegs zwingendes Indiz für ein positives Betriebsergebnis sein muß.

Ebenso differenziert sind Wirtschaftsergebnis und Finanzierung in den Betriebsgruppen, in denen sich die Nettoverschuldung erhöht hat:

Etwa ein Drittel aller Betriebe entfällt auf die Gruppe III C. In dieser Gruppe machen die Reinerträge zwei Drittel der gesamten Finanzierungsmittel aus, sie genügen aber nicht, um Kapitaldienst und Nettoinvestitionen voll zu bestreiten. Da jedoch die Nettoinvestitionen die aufgenommenen Kredite weit übersteigen, entwickelt sich das Reinvermögen auch unter Berücksichtigung der privaten Geldbewegungen (Privateinlagen abzügl. Privatentnahmen) positiv. Dies gilt grundsätzlich auch für die höheren Belastungsstufen, in denen die Kreditaufnahme die Reinerträge erheblich übersteigt. Da die Nettoinvestitionen

1) Als Quellen der Einlagenfinanzierung kommen infrage: Erlöse aus liquidiertem Privatvermögen, aus nichtlandwirtschaftlicher Berufstätigkeit, dem Verkauf nichtlandwirtschaftlicher Nebenprodukte etc., nicht jedoch aus Landverkauf, da in den Untersuchungsbetrieben übereinstimmend von konstanter LN ausgegangen wurde.

- die in den Gruppen IV C und V C vor allen wegen der Bauinvestitionen im Jahresdurchschnitt bei mehr als 400 DM/haLN liegen - die Kreditaufnahme übersteigen, ergibt sich dennoch eine positive Vermögensentwicklung.

Mit steigender Kreditaufnahme nimmt der Anteil derjenigen Betriebe zu, in denen die Kredite die Nettoinvestitionen und schließlich die Reinerträge übersteigen. Darüber hinaus wird mit abnehmenden Reinerträgen ein steigender Anteil der Kredite dem betrieblichen Leistungsprozeß entzogen, um Wirtschaftsverluste und über den Lohnanspruch hinausgehende Privatentnahmen zu decken. 33 v.H. aller Betriebe weisen im Berichtszeitraum eine negative Vermögensentwicklung auf; in 5 v.H. der Betriebe sind die Privatentnahmen sogar doppelt so hoch wie die Reinerträge. ¹⁾

4. Zusammenfassung der Ergebnisse

Überträgt man diese Ergebnisse auf Landesebene, so ergibt der Vergleich mit den offiziellen Erhebungen eine maximale Abweichung von nur 8 v.H. ²⁾ Innerhalb dieser Grenze können die Ergebnisse für die gesamte LN Schleswig-Holsteins als repräsentativ gelten.

Danach gliedern sich Mittelherkunft und Kreditverwendung wie folgt:

1) s.Tab. 50 Gruppe V / D.

2) K.Wittern, Entwicklung. a.a.O. S. 25.

Finanzierung der Nettoinvestitionen ¹⁾

aus Krediten:	47 v.H.
aus Reinerträgen:	35 v.H.
aus Einlagen:	18 v.H.

Verwendung der Nettokredite ²⁾

für Nettoinvestitionen:	60 v.H.
Abdeckung von Wirtschafts- verlusten:	24 v.H.
für Privatentnahmen:	16 v.H.

Diese Ergebnisse lassen die Grundzüge der Entwicklung deutlich hervortreten. Unter dem Zwang zu betrieblicher Anpassung wurden in den vergangenen Wirtschaftsjahren Nettoinvestitionen vorgenommen, die das Volumen der Ersatzinvestitionen übertrafen. Trotz der angespannten Wirtschaftslage konnte ein Drittel der Nettoinvestitionen aus Reinerträgen finanziert werden; 18 v.H. der Nettoinvestitionen wurden aus privaten Einlagen finanziert, die zwar die angespannte Finanzlage während der Anpassungsperiode überbrücken halfen, als ständige Finanzierungsquelle jedoch nicht infrage kommen.

Fast die Hälfte der Nettoinvestitionen (47 v.H.) wurde mit Krediten finanziert, doch stehen diesen Krediten nur zu

1) Das Volumen der über Abschreibungen finanzierten Investitionen lag in den untersuchten Betrieben im Durchschnitt der Wj. 1960/61 - 1965/66 etwa 5 v.H. über dem durch Kredite, Reinerträge und Einlagen finanzierten Investitionsvolumen. (Nach Angabe der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, Kiel).

2) Kreditaufnahmen abzgl. Tilgungen und Guthaben.

60 v.H. ihres Betrages betriebliche Nettoinvestitionen gegenüber; der Rest von 40 v.H. dient der Abdeckung von Wirtschaftsverlusten und Privatentnahmen. Der hohe Anteil unproduktiv verwendeter Kredite ist sehr kritisch zu beurteilen, denn die Analyse der Betriebsergebnisse läßt erkennen, daß jene Betriebe verstärkt Kredite aufnehmen, in denen der Reinertrag nur einen Bruchteil der Wirtschaftsverluste und Privatentnahmen deckt.

Teil III

=====

Die Entwicklungsmöglichkeiten des Agrarkredits und der
Kreditverwendung

A. Die Entwicklungsmöglichkeiten des Agrarkredits in

=====

einem gemeinsamen Markt für Agrarprodukte

=====

I. Strukturwandel und Kapitalbedarf

Der Kapitalbedarf für künftige Anpassungsmaßnahmen landwirtschaftlicher Betriebe wird von dem Ausmaß des Strukturwandels der Landwirtschaft bestimmt. Die wirtschaftlichen und politischen Daten, die diesen Prozeß bestimmen, und die Reaktion einer Vielzahl einzelner Wirtschaftssubjekte auf diese Daten sind jedoch ex ante nicht exakt zu quantifizieren.

Dies gilt auch für die betrieblichen Daten künftiger Vollerwerbsbetriebe. Da die Einkommenschancen dieser Betriebe wesentlich von politischen Beschlüssen bestimmt werden, läßt sich für die Übergangsphase nur feststellen, daß die Zahl der heute voll - oder überwiegend - dem Vollerwerb dienenden Betriebe die Zahl derjenigen Betriebe übersteigt, deren Ertragskraft auch bei steigenden Einkommensansprüchen die Existenz einer bäuerlichen Familie nachhaltig sichert.¹⁾

1) vgl. auch G.Weinschenck und K.Meinhold, a.a.O. S.34.

Deshalb lassen sich die heute bestehenden Betriebe nur gedanklich unterteilen in Vollerwerbs- und in Grenzbetriebe, d-h- in Betriebe, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Grundlagen einen Ertrag erzielen, der auch steigenden Einkommensansprüchen genügen wird, und in Betriebe, die durch die veränderte Wirtschaftslage zur Aufgabe der Landwirtschaft - zumindest als Haupterwerb - gezwungen sein werden. (Übergangsbetriebe). ¹⁾

Zieht man die Grenze des künftig existenzfähigen Vollerwerbsbetriebes bei einem Betriebseinkommen ²⁾ von 15.000 DM p.a. ³⁾ und legt man diese Norm den bestehenden 590.000 Vollerwerbsbetrieben zugrunde, so sind - aufgrund der effektiven Ertragslage - 73 v.H. der heutigen Vollerwerbsbetriebe als

-
- 1) Dabei sind die vielfältigen Formen nebenberuflicher Landwirtschaft wirtschaftlich weniger bedeutend, da sie durch den gewerblichen Hauptberuf des Betriebsinhabers den spezifischen Wirtschaftsbedingungen und Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft weitgehend entzogen sind. 1967 wurden von den insges. 1,02 Mill. landwirtschaftl. Betrieben über 2 haLN 259.000 zum Nebenerwerb bewirtschaftet. (Statistisches Jahrbuch ELF. a.a.O. Jg.1968. Tab.34. S.28.)
 - 2) Gesamteinkommen aus Arbeitsleistung, Boden- und Kapitalnutzung.
 - 3) RULLMANN geht bereits von einem Mindesteinkommen von 20.000,- DM aus. (A.Rullmann, Der wettbewerbsfähige Hof. Wege für Struktur- und Betriebsverbesserungen. Hamburg u. Berlin 1964. S.65.)

Übergangsbetriebe anzusehen. 1)

WEINSCHENCK - MEINHOLD 2) kommen in einer Modellrechnung zu dem Ergebnis, daß von diesen ca. 430.000 Übergangsbetrieben, die primär von dem Strukturwandel erfaßt würden, 225.000 Betriebe ausscheiden müßten, um die restlichen Betriebe zu Vollerwerbsbetrieben entwickeln zu können. Nach Abschluß dieses Strukturwandels verblieben 360.000 Vollerwerbsbetriebe innerhalb der gesetzten Einkommensgrenze.

Eine Einkommenssteigerung in den verbleibenden Vollerwerbsbetrieben setzt voraus, daß die Arbeitskräfte in Grenzbetrieben aus dem landwirtschaftlichen Produktionsprozeß freigesetzt werden, und daß - um die heutige Marktleistung auch künftig erbringen zu können - die übrigen Produktionsfaktoren weitgehend in den verbleibenden Betrieben konzentriert werden.

Der Kapitalbedarf für die Aufstockung zu Vollerwerbsbetrieben ergibt sich aus dem Kapitalbedarf

1. für die Aufstockung des lebenden Inventars und den entsprechenden Erweiterungs- und Neubauten,
2. für die Vergrößerung der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den aufstockenden Betrieben.

Die zweite Maßnahme erfordert weitaus den größten Kapitaleinsatz, dessen Höhe von dem Anteil von Zukauf, Zupacht und

1) Bezüglich der folgenden Zahlenangaben über die Auswirkungen des Strukturwandels ist auf die Prämissen des Modells (G.Weinschenck - K.Meinhold, a.a.O. S.37 ff.) hinzuweisen. Insbesondere die Prämisse heute geltender Wirtschafts-, Wettbewerbs- und Absatzverhältnisse ist in Hinblick auf den hohen technisch/ökonomischen Fortschritt, den Mengeneffekt jeder Produktivitätssteigerung, der Tendenz zur Überproduktion und der dynamischen Veränderung der Marktstruktur rein theoretisch.

2) G.Weinschenck und K.Meinhold, a.a.O. S.48

den Kaufpreisen bzw. dem Pachtzins für die Aufstockungsflächen abhängt.

WEINSCHENCK-MEINHOLD kommen aufgrund der Einkommensuntergrenze von 15.000 DM p.a. für die künftigen Vollerwerbsbetriebe zu folgenden Ergebnissen bezüglich des Kapitalbedarfs für den Strukturwandel: 1)

Um die Übergangsbetriebe zu Vollerwerbsbetrieben aufzustoßen, sind erforderlich: 1,67 Mrd.DM für die Aufstockung der Viehbestände und ca.17,3 Mrd.DM für den Auf- und Ausbau der Stallungen.

Die Übernahme der Flächen von den ausscheidenden durch die aufstockenden Übergangsbetriebe erfordert unter den verschiedenen Annahmen über den Anteil des Zukaufes bzw. der Zupacht und die Höhe der Preise mindestens 10,9 Mrd.DM, wenn 90 v.H. der Aufstockungsflächen zu einem Pachtzins von 150 DM/ha LN p.a. gepachtet und 10 v.H. der Aufstockungsfläche zu 15.000 DM/ha LN zugekauft werden und höchstens 42,6 Mrd.DM, wenn bei gleichen Preisannahmen 90 v.H. der Aufstockungsfläche zugekauft und nur 10 v.H. zugepachtet werden.

Bei höheren Preisen (300 DM/ha LN p.a. Pachtzins und 25.000 DM/ha LN bei Zukauf) beläuft sich der Kapitalbedarf ceteris paribus auf 20,3 Mrd.DM (90 v.H. Pacht und 10 v.H. Zukauf) bzw. auf 71,2 Mrd.DM (90 v.H. Zukauf und 10 v.H. Pacht).

Einschließlich des Kapitalbedarfs für die Aufstockung der Viehbestände und den Ausbau der Wirtschaftsgebäude ergibt sich bei den niedrigen Preisannahmen mit abnehmendem Anteil der Pachtflächen und entsprechend steigendem Anteil zugekaufter Aufstockungsflächen ein Kapitalbedarf von mindestens 30 Mrd.DM und höchstens 61 Mrd.DM und bei den höheren Preisannahmen von mindestens 39,2 Mrd.DM und höchstens 90,2 Mrd.DM.

Somit ist der Kapitalbedarf am niedrigsten, wenn ein möglichst großer Teil der Aufstockungsflächen zugepachtet und nicht zugekauft wird.

1) G.Weinschenck, K.Meinhold, a.a.O. S.50 - 71.
Zu den Prämissen der Modellrechnung s.ebenda.
S.37 f.

Der Zeitraum, auf den sich der Kapitalbedarf verteilt, hängt davon ab, wie stark diese Daten den Strukturwandel beschleunigen oder hemmen. Auch die Altersstruktur der gegenwärtigen Betriebsinhaber beeinflusst diesen Prozeß. Vollzieht sich der Strukturwandel im Generationswechsel, d.h. zu einem Zeitpunkt, in dem die Inhaber der Übergangsbetriebe das 65. Lebensjahr vollendet haben, so ist aufgrund der heutigen Altersstruktur der Betriebsinhaber mit einem Übergangszeitraum von 15 Jahren zu rechnen.¹⁾ Durch Prämien, Umschulungshilfen und verstärkte sozialpolitische Maßnahmen könnte dieser Zeitraum verkürzt werden.

Geht man unter den Prämissen des Modells davon aus, daß sich der künftige Strukturwandel zu Kauf- und Pachtpreisen vollzieht, die als Mittelwerte zwischen den genannten Preisannahmen liegen, und nimmt man an, daß ein gleich hoher Anteil auf zugekaufte und zugepachtete Flächen entfällt, so ergibt sich für den Umstellungszeitraum von 15 Jahren ein durchschnittlicher jährlicher Kapitalbedarf von 4 Mrd.DM. Dieser Betrag, der lediglich den betrieblichen Kapitalbedarf für die Aufstockung der Nutzflächen, Viehbestände und der Wirtschaftsgebäude umfaßt, übersteigt den durchschnittlichen Nettozuwachs des Fremdkapitals in den Jahren 1960/66 um das Drei- bis Vierfache; er übertrifft sogar die gesamten direkten und indirekten finanziellen Leistungen des Bundes für die Landwirtschaft, die sich 1966 auf 3,8 Mrd.DM²⁾ beliefen.

Derart hohe Kapitalbeträge werden im Rahmen des bankmäßig organisierten Agrarkredits nur bereitgestellt werden können, wenn während des Umstellungszeitraumes alle Förderungsmöglichkeiten durch Bund und Länder voll ausgeschöpft werden.

II. Möglichkeiten agrarpolitischer Förderung

In Zukunft ist zu beachten, daß auch die kreditpolitischen Maßnahmen der öffentlichen Hand den einschränkenden Vor-

1) G.Weinschenck und K.Meinhold, a.a.O. S.68 ff.

2) Grüner Bericht. a.a.O. Jg. 1967. S.35

schriften des EWG-Vertrages unterliegen. Zinsverbilligungen, Beihilfen und Kredite sind als Maßnahmen einzelstaatlicher Struktur- und Investitionspolitik nur dann zulässig, wenn sie den Art. 92 bis 94 des EWG-Vertrages genügen und im Rahmen regionaler Strukturprogramme gem. Art. 42 EWG-Vertrag gewährt werden. Ertrag- und einkommensteigernd können die öffentlichen Maßnahmen der Kreditverbilligung nur dann wirken, wenn die von Bund und Ländern bereitgestellten Mittel in regionalen Strukturprogrammen auf die überbetrieblichen Anforderungen ausgerichtet werden, die sich in der künftigen Anpassungsphase den Betrieben stellen, und die auch die Einsatzmöglichkeiten des bankmäßigen Agrarkredits wesentlich stärker als bisher beeinflussen werden.

B. Künftige Möglichkeiten des Krediteinsatzes und der Kontrolle der Kreditverwendung

I. Künftige Möglichkeiten des Krediteinsatzes

Der künftige Krediteinsatz resultiert aus den Anpassungsmaßnahmen im betrieblichen und im überbetrieblichen Bereich. Daraus ergibt sich für die öffentliche Hand die Aufgabe, die betriebliche Anpassung durch Maßnahmen der Investitions- oder der Strukturpolitik zu unterstützen.

Zwischen dem betrieblichen und dem überbetrieblichen Bereich besteht ein Zusammenhang derart, daß bei hochrationalisierter Produktion weitere betriebliche Investitionsmaßnahmen nur dann wirksam sein werden, wenn auch die strukturellen Voraussetzungen erfüllt sind, um Viehbestände und Wirtschaftsflächen aufzustocken und das Betriebssystem entsprechend umzustellen; andererseits können sich strukturpolitische Maßnahmen erst dann ertragssteigernd auswirken, wenn die Rationalisierungsmöglichkeiten, die sich bieten, durch betriebliche Investitionsmaßnahmen genutzt werden. Aus diesem Zusammenhang ergeben sich insbesondere in den abstockenden Grenzbetrieben enge Berührungspunkte zwischen Struktur- und Sozialpolitik. ¹⁾

1. Möglichkeiten betrieblicher Kreditverwendung

Für die betriebliche Anpassung kann Fremdkapital im Einzelbetrieb grundsätzlich in folgenden Bereichen eingesetzt werden:

1) So können z.B. Stilllegungsprämien, Altershilfe und Umschulungsbeihilfen für Landwirte, die ihren Hof aufgeben, die strukturellen Maßnahmen wirkungsvoll ergänzen.

- 1) Durch ertragssteigernde Betriebsmittel kann die Produktionsintensität erhöht werden;
- 2) durch verstärkten Maschineneinsatz kann die Arbeitsproduktivität gesteigert werden;
- 3) schließlich kann die Produktionsrichtung geändert werden, indem Nutzflächen und Viehbestände aufgestockt werden und durch Gebäudeinvestitionen die Hofwirtschaft umgestellt wird.

Während bisher der Einsatz ertragssteigernder Betriebsmittel und die Mechanisierung im Vordergrund standen, werden künftige Investitionen primär den Zweck haben, die Produktion zu spezialisieren, um durch die Degression der ertragsunabhängigen Kosten das Betriebsergebnis wirkungsvoller zu verbessern als dies Investitionen mit dem Ziel verfolgen, den "letzten Grenzgewinn der ertragssteigernden Betriebsmittel"¹⁾ zu nutzen.

Durch den verstärkten Fremdkapitaleinsatz können die Produktionsfaktoren variabel gehalten und steigende Grenzkosten weitgehend vermieden werden, während das vergleichsweise eng begrenzte Ertragspotential von Tier, Pflanze und Boden vor allem in den flächenabhängigen Produktionszweigen zwangsläufig zu schnell sinkender Grenzproduktivität führt.

Ferner können durch verstärkten Einsatz von Kapital genügend große Betriebsflächen und Bestände geschaffen werden, um die Kapazität von Spezialmaschinen und den Kostenvorteil hochmechanisierter Arbeitsverfahren zu nutzen. Der kostensenkende Effekt zusätzlichen Kapitaleinsatzes hängt aber nicht nur vom Umfang der Produktion je Betriebszweig, sondern auch davon ab, inwieweit es dem Betriebsleiter gelingt, die ge-

1) G.Blohm, Neuorientierung, a.a.O. 1963. S.98.

samte Betriebsorganisation auf die neu geschaffenen Kapazitäten umzustellen. Dies gilt vor allem für hochspezialisierte Maschinenaggregate, deren Leistungsvermögen und Einsatzbereich nicht verändert werden kann, und noch ausgeprägter für die Gebäude, deren hoher Kapitalwert die Produktion mit hohen Fixkosten belastet, wenn es nicht gelingt, die Betriebsorganisation und die Nutzungsmöglichkeiten der Wirtschaftsgebäude aufeinander abzustimmen. Besonders bei Neubauten ist darauf zu achten, daß die neuerstellten Anlagen den schnell wechselnden technisch/ökonomischen Bedingungen der Betriebsorganisation angepaßt werden können. Dies gilt auch für Investitionen in dem Maschinen- und Viehbestand, deren Umfang primär durch den Kostenverlauf und die Arbeitskapazität der bäuerlichen Familie bestimmt wird.

RIEBE und PFRENGER ¹⁾ weisen in ihren Analysen des Arbeitsaufwandes in Abhängigkeit von Mechanisierungsgrad bzw. Bestandsgröße nach, daß die arbeitswirtschaftlich und kostenmäßig günstigsten Werte erst in Größenordnungen erzielt werden, die um ein Mehrfaches über den vorherrschenden

1) K.Riebe, Entwicklungstendenzen der Agrarstruktur. Beiträge zur landwirtschaftlichen Betriebslehre. Stuttgart 1961; sowie O.Pfrenger, Arbeitsbedarf und Arbeitskalkulation in der Schweinehaltung. Diss.Kiel 1962. op. cit. G.Blohm, Neuorientierung. a.a.O. S.99 ff.

Werten liegen. 1)

Die Aufstockung der Flächen, der Viehbestände und der

-
- 1) Nach Pfrenner (Ebenda.) wird bei mechanisierter Feldwirtschaft der niedrigste Arbeitsaufwand (in Maschinenstunden je ha) erst auf Schlaggrößen von mehr als 2 haLN erzielt; dieser Wert wird im Durchschnitt in der BRD erst in den Betrieben über 20 haLN erreicht. Auf diese Betriebsgrößenklasse entfallen aber nur 8,6 v.H. aller landwirtschaftlichen Betriebe. (Statist. Jahrbuch ELF. a.a.O. Jg. 1968. Tab. 38. S. 31 und Tab. 33. S. 27.) Von 1960 bis 1965 hat sich der Bestand betriebseigener Schlepper mit +59 v.H. gerade in den Betrieben unter 5 haLN am stärksten erhöht, obgleich in diesen Betrieben mit einer durchschnittlichen Schlaggröße von weniger als 0,3 haLN und ca. 7 einzelnen Teilstücken je Betrieb die strukturellen Bedingungen für betriebseigene Zugmaschinen extrem ungünstig sind. 1965 wurde in den Betrieben unter 5 ha LN auf je 7,1 ha LN ein betriebseigener Schlepper eingesetzt, während in den Betrieben über 50 ha LN auf jeden Schlepper 24,5 ha LN entfielen; in diesen Betrieben bieten sich mit einer durchschnittlichen Größe der Teilstücke von 9,6 ha LN wesentlich günstigere Bedingungen für den Einsatz betriebseigener Maschinen als in den Kleinbetrieben. (Statist. Jahrbuch ELF. a.a.O. Jg. 1968. Errechnet aus Tab. 38. S. 31; Tab. 33. S. 27; Tab. 83. S. 57.)

Nach RIEBE a.a.O. wird der Arbeitsaufwand je Stück in der hochmechanisierten Milchviehhaltung erst bei etwa 25 Tieren minimal. Dieser Durchschnittsbestand wird je Betrieb in der BRD erst in Betrieben über 50 ha LN erreicht. Auf diese Betriebe entfielen 1965 nur 6 v.H. des gesamten Milchviehbestandes. (Statist. Jahrbuch ELF. a.a.O. Jg. 1968. Tab. 157. S. 109.)

In der Schweinehaltung werden in der BRD nur 2,2 v.H. aller Tiere in Beständen über 400 Stck. gehalten (Statistisches Jahrbuch ELF. a.a.O. Jg. 1968. Errechnet aus Tab. 161. S. 112 f.), während erst in Beständen über 500 Stück die technischen und arbeitswirtschaftlichen Möglichkeiten der Kostensenkung optimal genutzt werden. (Vgl. G. Weinschenck, - K. Meinhold, a.a.O. S. 31.)

Wirtschaftsgebäude ¹⁾ sowie die Mechanisierung hochspezialisierter Betriebszweige werden somit künftig die vordringlichen Verwendungszwecke des Fremdkapitals in den Vollerwerbsbetrieben und in den aufstockenden Übergangsbetrieben sein. Dabei unterliegt das Fremdkapital ebenso wie Boden und Arbeitskraft den im Teil I untersuchten Bedingungen, die bei steigender Produktion auch in hochrationalisierten und spezialisierten Betriebszweigen Grenzproduktivität und Grenzerträge wieder absinken lassen. ²⁾

Insbesondere in den flächenabhängigen Betriebszweigen kann die natürliche Produktionsverbundenheit jeden weiteren Kapitaleinsatz unrentabel machen, wenn durch steigende Produktion in einem hochspezialisierten Betriebszweig anfallende Kuppelprodukte innerbetrieblich nicht mehr rationell verwertet werden können. Ebenso können durch Monokultur, die isoliert betrachtet, hochrentabel wäre und einen weiteren Kapitaleinsatz (z.B. für Vollmechanisierung) rechtfertigen würde, komplementäre Betriebszweige derartig eingeschränkt werden, daß ihre innerbetriebliche Leistung abfällt, und (z.B. durch schlechte Vorfruchtverhältnisse) schließlich auch die Grenzproduktivität der Primärproduktion sinkt.

Ferner können durch einseitige Investitionen in einem spezialisierten Betriebszweig Maschinen-, Gebäude- und Arbeits-

1) Im Jahre 1960 ergab sich für die Wirtschaftsgebäude (ohne reine Wohngebäude) in den insges. 1.026 Mill. Betrieben über 2 haLN nach dem Baujahr folgende Altersstruktur:

39,0 v.H. der Wirtschaftsgebäude sind vor 1900 errichtet worden,

14,0 v.H. in den Jahren von 1900 bis 1914,

22,5 v.H. von 1915 bis 1944 und nur

24,5 v.H. nach 1945.

(Errechnet aus: Statistisches Jahrbuch E.F. a.a.O. Jg. 1968. Tab.76. S.54.)

2) G.Blohm, Neuorientierung, a.a.O. 1.Aufl. S.102 f.

kapazitäten geschaffen werden, die außerhalb der Arbeitsspitzen nicht auszulasten sind und hohe Leerkosten verursachen. Das Gleiche gilt für das bei inhomogener Produktionsstruktur in übermäßig vergrößerten Beständen gebundene Kapital; so kann bei zu großen Parzellen und Viehbeständen der Vorteil hoher Mechanisierung durch unproduktive Wege- und Rüstzeiten überkompensiert werden, sodaß die Grenzproduktivität des Kapitals wieder absinkt.

Unter den heute gegebenen Bedingungen vollzieht sich die landwirtschaftliche Produktion zwar in so kleinen Betriebszweigen und Bestandsgrößen, daß in der Mehrzahl der Betriebe mit sinkenden Grenzkosten zu rechnen ist, wenn Fremdkapital verwendet wird, um die Produktion je Betriebszweig zu steigern; dennoch ist in jedem Einzelfall zu prüfen, durch welche organisatorischen Maßnahmen gewährleistet werden kann, daß zusätzlich aufgenommenes Fremdkapital im Rahmen des Gesamtbetriebes gewinnmaximierend eingesetzt wird. Da das in den einzelnen Betriebszweigen erzielbare Arbeitseinkommen bei verschärftem Wettbewerb wesentlich davon abhängt, daß die gewinnungünstigsten Bestandsgrößen erreicht werden, ist der betriebliche Fremdkapitaleinsatz für die Einkommenssteigerung künftig sehr bedeutsam.

Die Neuordnung der Produktionsfaktoren entsprechend dem betriebsindividuellen Kostenoptimum erfordert bei den gegebenen technisch-ökonomischen Rationalisierungsmöglichkeiten häufig die Umstellung des gesamten Betriebssystems. Der daraus resultierende Kapitalbedarf wird besonders in den aufstockenden Betrieben - deren Liquidität durch die Flächenvergrößerung bereits angespannt ist - die Kapitalbildung aus dem laufenden Wirtschaftsergebnis erheblich übersteigen.

Die Diskrepanz zwischen den heute gegebenen und den gewinn-

optimalen Bestandsgrößen macht es auch unmöglich, das für die Aufstockung notwendige Kapital zu den üblichen Konditionen als Bankkredit bereitzustellen. Um die Investitionsmaßnahmen gerade in der Anpassungsphase nicht zu gefährden, ist die Kreditverbilligung für den wirtschaftlichen Erfolg des Strukturwandels mitentscheidend. Dabei sind die rechtlichen und ökonomischen Grundlagen zu beachten. Den einschränkenden Vorschriften des EWG-Vertrages ¹⁾ würde genügen, wenn die bisher gewährten Beihilfen und verlorenen Zuschüsse als Kredite oder Zins- und Tilgungserleichterungen allen Betrieben im Rahmen regionaler Struktur- und Investitionsprogramme gewährt würden. Somit würden diejenigen Betriebe nicht länger benachteiligt, die aufgrund der bisherigen Richtlinien Direktbeihilfen nicht beanspruchen können; zum anderen ließen sich bei einer generellen Förderung aller Verwendungszwecke die finanziellen Hilfen (z.B. durch zins- und tilgungsfreie Jahre für langfristig wirkende Investitionen) besser als bei der Direktsubvention bestimmter Einzelmaßnahmen auf die wirtschaftlichen Erfordernisse des Einzelbetriebes abstimmen.

Da, wie gezeigt wurde, die Flächenaufstockungen von allen Anpassungsmaßnahmen den größten Kapitaleinsatz erfordern, muß auch die staatliche Förderung vorrangig darauf gerichtet sein, den Grundstücksverkehr zu mobilisieren. Bei hohen Preis-erwartungen steht dem großen Aufstockungsbedarf für Kauf und Pacht nur ein knappes Bodenangebot auf hohem Preisniveau gegenüber. Dabei übertreffen die Kaufpreise die Einheitswerte bei weitem und betragen in verkehrsgünstiger Lage häufig das Mehrfache der kapitalisierten Pachtpreise.

Beihilfen und andere kreditpolitische Maßnahmen müßten demnach primär auf die Zupacht gerichtet sein, um weitere Preis-

1) EWG-Vertrag. a.a.O. Art. 92 - 94. in Verbindg. mit Art. 42.

steigerungen zu begrenzen. Zinsgünstige Kredite würden es dem Pächter erlauben, die Pachten für einen längeren Umstellungszeitraum zu kapitalisieren. Der aufstockende Betrieb würde während der Umstellung seiner Organisation liquiditätsmäßig entlastet, während dem Verpächter ein zusätzlicher Anreiz für eine langfristige Verpachtung gegeben würde. Der betriebliche Erfolg derartiger Maßnahmen müßte durch struktur- und sozialpolitische Aktionen zugunsten der abstockenden Betriebe gesichert werden.

Die öffentlich geförderten Kredite sollten von den Kreditinstituten gewährt werden, damit sich nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten überprüfen läßt, ob die subventionierten Investitionen die Rentabilität des Gesamtbetriebes effektiv verbessern und den Einsatz staatlicher Mittel rechtfertigen.

Bei den langen Laufzeiten der Agrarkredite ist mit erheblichen Kreditrisiken zu rechnen. Um zu verhindern, daß die Betriebsinhaber durch allgemein verbilligte Investitionskredite zu risikoreichen Investitionen verleitet werden, müssen auch Kredithöhe und Laufzeit - vor allem bei den kapitalintensiven Gebäudeinvestitionen - stärker als bisher den betriebsindividuellen Ertragsaussichten angepaßt werden; dies ist nur dann möglich, wenn Betrieb und Investitionsvorhaben nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen überprüft werden. Insbesondere in den Fällen, in denen das gesamte Betriebssystem umgestellt werden soll, ist die geplante Ertragsverbesserung dem Kapitalbedarf für die einzelnen Rationalisierungsmaßnahmen in einem Entwicklungsplan gegenüberzustellen. Dies setzt voraus, daß vor allem während der Umstellungszeit exakte Wirtschaftsaufzeichnungen erstellt werden. Die betrieblichen Maßnahmen könnten sinnvoll ergänzt werden durch eine umfassende Wirtschaftsberatung, die die betrieblichen Investitionsvorhaben mit re-

gionalen Strukturplänen gem. § 42 EWG-Vertrag abstimmen könnte.

Während sich somit vielfältige Zusammenhänge zwischen betrieblichen Anpassungsmaßnahmen und dem Agrarkredit ergeben, ist zu prüfen, inwieweit sich aus der künftigen Marktstellung des Einzelbetriebes Folgerungen für den überbetrieblichen Einsatz des Agrarkredits ableiten lassen.

2. Möglichkeiten überbetrieblicher Kreditverwendung

Bereits die Analyse der Anpassungsvorgänge nach dem zweiten Weltkrieg zeigte, daß sich aus den veränderten Marktverhältnissen starke Impulse ergeben, Produktion und Absatz zu konzentrieren und den landwirtschaftlichen Einzelbetrieb zu spezialisieren. Diese Impulse werden - verstärkt durch die Arbeitsteilung in einem erweiterten Markt - den künftigen Einsatz des Fremdkapitals stark beeinflussen.

Mit dem gemeinsamen Ziel der EWG-Länder, die Möglichkeiten supranationaler Arbeitsteilung voll zu nutzen, um die Einkommen durch erhöhte Produktivität zu steigern, ¹⁾ kommt der Konzentration von Produktion und Absatz künftig noch stärkere Bedeutung zu als bisher ²⁾. Dies gilt für die Betriebe in der BRD umsomehr, als einige Partnerländer mit exportorientierter Landwirtschaft bereits über hochentwickelte Produktions- und Absatzorganisationen verfügen, die diesen Ländern im gemeinsamen Agrarmarkt erhebliche Wettbewerbsvorteile bringen. Besonders in den Niederlanden und in Frankreich haben sich die Anpassungsvorgänge aus dem rein betrieblichen in den

1) EWG Dokumente Stresa. a.a.O. S.228. Abs.3 u.4.

2) vgl. zu diesem Abschnitt: O.Strecker, G.Roller, A.Saft, W.H.Schuch, a.a.O.

Bereich überbetrieblicher Kooperation verlagert.

Da kooperative Maßnahmen mit Hilfe einer exportorientierten Agrarpolitik schon lange systematisch gefördert werden, ist auf wesentlichen Teilmärkten der EWG-Partnerländer heute bereits eine monopolähnliche Konzentration von Produktion und Absatz erreicht. ¹⁾

Die französische Gesetzgebung sieht vor, daß sich die Erzeugergemeinschaften (Groupement des Producteurs) regional zu Comités Economiques Agricoles zusammenschließen und auf nationaler Ebene in einer Dachorganisation einheitlich repräsentiert werden.

Diese Organisation von Erzeugung und Absatz wird gefördert durch die FORMA (Fonds d' Orientation et de Régularisation des Marchés Agricoles) und zwar mit Hilfe von zinsverbilligten Krediten und verlorenen Zuschüssen für Umstellungsinvestitionen in Erzeugergemeinschaften sowie durch die Förderung übergeordneter Markverbände, die zu weitgehenden Eingriffen in die Preispolitik und die Absatzorganisation befugt sind.

Der Absatz landwirtschaftlicher Produkte wird durch regionale Märkte und durch langfristige Vertragsabschlüsse zwischen Erzeugergemeinschaften und Verarbeitern organisatorisch und finanziell gefördert.

Die holländischen "Produktshappen", die im wesentlichen gleichen Zwecken dienen, sind öffentlich-rechtliche, beitragspflichtige Körperschaften, die in den Bereichen Erzeugung, Verarbeitung und Absatz marktregulierend tätig sind. Zu diesem Zweck überwachen und beeinflussen die Produktschappen nicht nur die Qualität, sondern auch Preise und Mengen der von ihren Mitgliedern angebotenen Erzeugnisse. Bedeutend sind sie insbesondere auf den Märkten für Frischgemüse und Blumen, auf denen sie über die von ihnen abgehaltenen Versteigerungen eine monopolartige Marktstellung einnehmen.

Im Vergleich zu den Einrichtungen in Frankreich und Holland sind kooperative Organisationsformen in der BRD bisher wenig verbreitet. ²⁾ Dies gilt sowohl für Erzeugergemeinschaften wie für die überbetrieblichen Zusammenschlüsse bei der Absatz-

1) G.Weinschenck - K.Meinhold, a.a.O. S.13 u. 91.

2) Ebenda. S. 82 ff.

organisation über mehrere Produktionsstufen (vertikale Integration).

Einen Überblick über den Entwicklungsstand der mitteleinsatzbezogenen Kooperation im Bereich des überbetrieblichen Maschineneinsatzes in der BRD gibt ISERMAYER.¹⁾

Die Untersuchung, die 1,16 Mill. Betriebe mit einer LN von 12,67 Mill.ha erfaßt, ergibt, daß mit steigender Betriebsgröße der gesamte Maschineneinsatz zunimmt, während der Anteil der überbetrieblich genutzten Maschinen stark zurückgeht.²⁾

Was die produktbezogene Kooperation im Absatz landwirtschaftlicher Produkte betrifft, so kommen STRECKER und Mitverfasser³⁾ zu dem Ergebnis, daß die Bedeutung überbetrieblicher Zusammenarbeit auf den einzelnen Gütermärkten sehr unter-

-
- 1) H.G.Isermeyer, Struktur und Umfang der überbetrieblichen Maschinenverwendung in der Landwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland. "Berichte über Landtechnik". H. 88. München - Wolfratshausen 1965.
 - 2) Die Betriebe bis zu 5 ha LN weisen den niedrigsten Mechanisierungsgrad, mit 65 v.H. aber zugleich den höchsten Anteil überbetrieblicher Maschinennutzung auf. In den Betrieben zwischen 5 und 10 ha LN überwiegt bereits der Anteil des betriebseigenen Maschineneinsatzes. In der Größenklasse von 20 - 50 ha LN macht der Anteil überbetrieblich eingesetzter Maschinen nur noch 31 v.H., in den Betrieben von 50 - 100 ha LN 22 v.H. und in den Betrieben über 100 ha LN nur noch 8 v.H. des gesamten Maschineneinsatzes aus. (Ebenda. S. 12 f.)
 - 3) O.Strecker, G.Roller, A.Saft, W.H. Schuch. a.a.O.

schiedlich, insgesamt aber noch sehr gering ist. ¹⁾

Der hohe Entwicklungsstand der Absatzorganisation in den EWG-Partnerländern, die zunehmende Konzentration der Nachfrage und die Entwicklungstendenzen im landwirtschaftlichen Produktionsbereich machen es notwendig, die überbetriebliche Kooperation zu erweitern. Die wachsenden Risiken einer kapitalintensiven, hochspezialisierten Produktion können von kleinen und mittleren Einzelbetrieben nur durch Kooperation im Produktionsbereich und langfristige Liefer- und Abnahmevereinbarungen gemindert werden. Überbetriebliche Gemeinschaften könnten aufgrund größerer Bestellmengen ihre Mitglieder langfristig kostengünstiger mit Betriebsmitteln versorgen. Die Zusammenarbeit würde auch die kaufmännische und produktionstechnische Beratung erleichtern und verbilligen. Der Wirkungsbereich der Absatzgemeinschaften und die Markstellung der einzelnen Lieferbetriebe kann durch den horizontalen Zusammenschluß zu Erzeugergemeinschaften erweitert und gestärkt werden.

Mit zunehmender Kooperation in Produktion und Absatz wird auch die Kreditverwendung von überbetrieblichen Gesichtspunkten mitbestimmt. Stärker als beim reinen Hofkredit ist

1) Im Jahre 1961 wurden nur 3,4 v.H. der im Inland erzeugten Eier und nur ca. 1 v.H. der Schlachtschweine inländischer Herkunft über vertikale Verbundketten abgesetzt; für den Rindfleischmarkt haben vertikale Integrationsformen keine Bedeutung. Lediglich auf den Märkten für Geflügelfleisch, Gemüsekonserven und Wein wird ein bedeutender Teil der Inlandserzeugung durch überbetriebliche Zusammenschlüsse abgesetzt.
s. hierzu: O.Strecker und Mitverfasser, a.a.O. S. 110 ff.

dererfolgreiche Krediteinsatz in Betrieben, die Mitglieder von Erzeugergemeinschaften und vertikalen Verbundketten sind, von ergänzenden Maßnahmen im überbetrieblichen Bereich ¹⁾ abhängig. Vor allem kommt es darauf an, die Investitionen in den Mitgliedsbetrieben so aufeinander abzustimmen, daß die Kostenvorteile optimaler Bestandsgrößen des lebenden und des toten Inventars von den Erzeugerbetrieben bis zum Letztverteiler voll genutzt werden.

Jeder überbetriebliche Zusammenschluß sollte langfristig so große wirtschaftliche Vorteile bieten, daß finanzielle Hilfen der öffentlichen Hand auf eine kurze Anlaufzeit begrenzt werden können. Gegenüber der Subvention mittels verlorener Zuschüsse - wie sie zeitweilig im Rahmen des Grünen Planes Maschinengemeinschaften gewährt wurden - würde es der bankmäßige Kredit erleichtern, staatliche Beihilfen (z.B. als Kreditverbilligung) in den Mitgliedsbetrieben für die Erstinvestitionen (Aufstockung von Wirtschaftsgebäuden, Umstellung auf Qualitätsprodukte) so zu verwenden, daß der Mitteleinsatz die Rentabilität effektiv erhöht. Somit entfielen die Gefahr einer ständigen und generellen Subvention von Gemeinschaften, die mangels wirtschaftlicher Effizienz die Betriebsstruktur nicht verbessern; andererseits werden jene Zusammenschlüsse nicht länger diskriminiert, die direkte Zuschüsse nach den Vergaberichtlinien nicht beanspruchen können.

1) Als ergänzende Maßnahmen kommen infrage: Kaufmännische und produktionstechnische Beratung, Betriebskalkulation, Kapitalbeihilfen für die Erstinvestitionen, Rechtshilfe bei der Vertragsgestaltung, Förderung der Integrations-träger, etc.

Einsatz und Anpassungsfähigkeit des Kredites sind dabei nicht auf den Erzeugerbetrieb beschränkt, sondern gelten zugleich für die überbetrieblichen Gemeinschaftsinstitutionen (Produktionsmittelgemeinschaften, Erzeuger- und Absatzgemeinschaften sowie vertikale Verbundketten über mehrere Absatzstufen). Der wirtschaftliche Zusammenschluß der Einzelbetriebe und seine rechtliche Gestaltung ¹⁾ könnten zugleich Grundlage einer gemeinschaftlichen Kreditaufnahme sein. Die dem angestrebten hohen Spezialisierungsgrad immanenten Risiken könnten durch solidarische Haftung (Kreditgarantie) der einzelnen Erzeugerbetriebe wirksam gemindert werden. Ähnliche Gemeinschaften haben sich im Einzelhandel, Handwerk und als Zusammenschlüsse kleinerer Dienstleistungsbetriebe bereits bewährt. Die gemeinschaftliche Bürgschaft ist vielfach die einzige Möglichkeit, Anpassungsinvestitionen auch dann vornehmen zu können, wenn die vorhandenen Sicherheiten im Einzelfall den bankmäßigen Anforderungen nicht genügen.

Demgegenüber sind horizontale Zusammenschlüsse landwirtschaftlicher Betriebe zu Kreditgarantiegemeinschaften in der BRD noch wenig verbreitet. Sie beziehen sich meist auf zahlenmäßig beschränkte Gruppen mit eng umgrenzten Produktionszielen (z.B. für Pflanz- und Speisekartoffeln, Trocknung und Lagerung von Getreide und Saatgut, Tabak, Obst- und Gemüseanbau, gemeinschaftliche Anlagen für Winzer und

-
- 1) Zur Frage des Einflusses der Rechtsform überbetrieblicher Zusammenschlüsse auf die Haftverpflichtung der Mitgliedsbetriebe siehe:

K.Hage, Die Maschinengemeinschaften und ihre Probleme. "Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen". Veröffentlichungen der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. Göttingen. Hannover. H. 32. (1960). S. 63 ff.

Erzeugerringe für Mastvieh). Die im Rahmen staatlicher Förderung für diese Gemeinschaften gewährten Zuschüsse beliefen sich 1963 auf 20 Mill. DM, 1964 auf 31,5 Mill. DM und 1965 auf 32,5 Mill. DM. ¹⁾

Bei der großen Zahl kleinbäuerlicher Einzelwirtschaften ist die Frage, auf welche Weise sich die Kooperation in der Landwirtschaft vollziehen wird, von entscheidender Bedeutung für die künftige Wirtschafts- und Sozialstruktur auf dem Lande. Dabei ist die kapitalmäßige Unabhängigkeit der einzelnen umso wichtiger, als mit langfristigen Anbauverträgen und festen Lieferverpflichtungen die Unternehmerfunktion ohnehin eingeschränkt wird. Geht auch die Bereitstellung von Kapital auf einen wirtschaftlich stärkeren, industriellen Betrieb als Träger überbetrieblicher Zusammenschlüsse über, so besteht die Gefahr, daß der landwirtschaftliche Einzelbetrieb seine Selbständigkeit völlig verliert.

JÄGER ²⁾ weist in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung genossenschaftlicher Integrationsformen hin, da "nur der regieeigene Stufenverbund die Existenz und weitgehende Selbständigkeit der bäuerlichen Familienwirtschaft als des Prototyps der in Westeuropa verbreiteten landwirtschaftlichen Betriebseinheiten vorerst sicherzustellen

1) Nach Angabe der Landwirtschaftlichen Rentenbank.

2) W. Jäger, Neue Formen genossenschaftlicher Selbsthilfe in der Landwirtschaft. In: Aktuelle Probleme und zukünftige Aspekte genossenschaftlicher Forschung. Hrsg. H. J. Seraphim, Karlsruhe 1963. S. 93 ff.

und zu verhindern (vermag), daß sich eine allgemeine Umschichtung zum Großbetrieb, zur Agrarfabrik oder gar zur Kolchose vollzieht." 1)

Die vertikale Integration von Betriebsfunktionen auf genossenschaftlicher Basis wäre auch für die Kreditgewährung besonders geeignet, da in diesem System mehr als in anderen Integrationsformen gesichert ist, daß die Bereitstellung von Kapital durch die Eigentümerfunktion der Genossen kompensiert wird. Insbesondere bei horizontalen Zusammenschlüssen in Betriebsgenossenschaften könnte bei fortschreitender Konzentration auf der Erzeugerstufe die reine Kreditbeziehung um wichtige Teilfunktionen, z.B. Buchführung, Kreditüberwachung und Beratung, erweitert werden. Gerade der genossenschaftliche Agrarkredit wäre besonders geeignet, der Funktionsentleerung im Einzelbetrieb entgegenzuwirken und als zeitgemäße Form genossenschaftlicher Selbsthilfe die Tendenz zur Annäherung an bestimmte Urformen kollektiver Landbewirtschaftung zu fördern. 2)

Die Einsatzmöglichkeiten des Kredites im Bereich überbetrieblicher Zusammenschlüsse ist jedoch nicht allein auf genossenschaftliche Integrationsformen beschränkt.

In Frankreich werden die "Groupements Agricoles d' Exploi-

1) W. Jäger, Ebenda. S. 98.

2) Ebenda S. 93 ff.

tation en Commun", 1) sofern sie als freiwillige Erzeuger-zusammenschlüsse den Rechtsnormen genügen, aufgrund ihrer Bedeutung für die Verbesserung der Produktions- und Absatzstruktur umfassend finanziell gefördert. 2)

Unter dem Gesichtspunkt der Strukturverbesserung ist der geringe Zeit- und Kapitalaufwand der freiwilligen Gruppenbildung hervorzuheben. Flurbereinigung und Aufstockung der Viehbestände, die sonst den höchsten Kapitaleinsatz erfordern, können im Rahmen des freiwilligen Zusammenschlusses aufeinander abgestimmt und erheblich kostengünstiger durchgeführt werden.

- 1) Das Prinzip der seit 1948 entwickelten "Agriculture en Groupe" besteht darin, daß mehrere Betriebseigentümer, die entweder Mangel an Arbeitskräften haben oder deren Boden- und (oder) Sachkapital für die Vollbeschäftigung und Entlohnung der vorhandenen Arbeitskräfte nicht ausreicht, ihre Betriebe ohne Veränderung der Eigentumsverhältnisse zu einer Produktionsgemeinschaft (groupe) zusammenlegen, zu deren gemeinschaftlichem Betrieb den Beteiligten in gemeinsamer Absprache Spezialaufgaben zugewiesen werden. Primäres Ziel dieser freiwilligen Gruppen ist, die Einkommen durch rentablere Nutzung der vorhandenen Produktionsfaktoren zu steigern. (Agriculture en Groupe. Hrsg. Verbindungsstelle Landwirtschaft / gewerbliche Wirtschaft, Hannover e.V., als Manuskript veröffentlicht. Hannover 1965. S. 1 ff.)
- 2) Gem. Art. 35 des Förderungsgesetzes Nr. 62-917 v.8.8.1962, Kap. III. ist der Zusammenschluß nicht schlechter zu stellen als die Summe der jeweiligen Einzelerzeuger, wobei der "Groupe" z.T. Zuschläge bis zu 20 v.H. gegenüber der Summe der Einzelbetriebe zuerkannt werden (Art. 31/32).

Darüberhinaus sieht die staatliche Förderung Startkredite von 12000 NF je Gruppenmitglied - bei abgeschlossener Fachschulausbildung sogar von 18000 NF - vor, deren Jahreszins mit 2 v.H. besonders günstig liegt. (Agriculture en Groupe. a.a.O. S. 2 ff.)

Dabei bleibt es von dem Umstellungserfolg des Betriebs-
systems und vom Marktzugang der Gruppe abhängig, inwieweit
der Ertrag ausreicht, allen Betriebsinhabern ein angemessenes
Einkommen nachhaltig zu sichern. Daß sich bei den gegebenen
strukturellen Voraussetzungen - weitgehend unabhängig
vom zusätzlichen Kapitaleinsatz - erhebliche Rationalisierungsmöglichkeiten
bieten, beweist nicht nur die Tatsache, daß
in Frankreich allein in den drei Jahren seit Verabschiedung
der entsprechenden Gesetze 3000 "Groupes" neugegründet wurden,
sondern vor allem die vor diesen Zusammenschlüssen -
selbst unter ungünstigen Wirtschaftsbedingungen - erzielten
Erfolge. ¹⁾

3. Zusammenfassung und Folgerungen für Kreditbedarf und Kreditverwendung

Die Analyse der künftigen Entwicklung zeigt, wie wichtig
es ist, die betrieblichen und überbetrieblichen Anpassungs-
maßnahmen zu verstärken, um die Einkommenschancen, die der
wachsende supranationale Wirtschaftsbereich bietet, voll
auszuschöpfen. Durch den EWG-Vertrag werden die traditionellen
Möglichkeiten nationaler Agrarpolitik auf regionale
Strukturmaßnahmen beschränkt. Für die deutsche Landwirtschaft
treffen die wirtschaftlichen Anpassungsmaßnahmen zeitlich
zusammen mit einer einschneidenden Umstellung von
bisher überwiegend kurzfristig und direkt wirkenden ein-
kommenspolitischen Maßnahmen auf langfristig und indirekt
wirkende Strukturmaßnahmen. Betriebliche Rationalisierung
und Investitionsmaßnahmen stellen somit den Kern der künfti-

1) Agriculture en Groupe. a.a.O. S. 2 ff.

gen Anpassung dar.

In diesem Prozeß nehmen Kapital und Kredit eine zentrale Stellung ein. Im Bereich des Einzelbetriebes ist die Möglichkeit, das Einkommen zu steigern, weitgehend davon abhängig, inwieweit es dem Betriebsinhaber gelingt, die Kosten für die Produkteinheit zu senken und zugleich seine Markstellung zu verbessern. Bei dem gegenwärtigen Stand der betrieblichen Rationalisierung und unter den langfristigen Produktions- und Verbrauchsprognosen im europäischen Markt sind nennenswerte betriebliche Kostensenkungen nur durch einen tiefgreifenden Wandel der Produktionsstruktur zu erzielen.

Die effektive Höhe des Kapitalbedarfs läßt sich ex ante nicht bestimmen; sie ist weitgehend davon abhängig, wie sich die wirtschaftlichen und politischen Daten in einem gemeinsamen Markt für Agrarprodukte entwickeln werden.

Dagegen lassen sich qualitative Grundtendenzen der Anpassung bereits erkennen: der Investitionsbedarf wird von dem Übergang zu Bestands- und Flächengrößen bestimmt, die es erlauben, bei vollmechanisierter und hochrationalisierter Betriebs- und Arbeitsorganisation alle Rentabilitätsreserven auszuschöpfen. Da direkte finanzielle Hilfe nur noch sehr beschränkt zulässig ist, wird das Familieneinkommen künftig entscheidend vom Betriebsertrag bestimmt. Somit ist auch der Krediteinsatz künftig ausschließlich danach zu beurteilen, inwieweit zusätzlich aufgenommenes Fremdkapital das Wirtschaftsergebnis des Gesamtbetriebes verbessert.

Dies bedeutet eine Abkehr vom Agrarkredit als typischer dinglich gesicherten Form des Realkredits, der vorwiegend

statisch bestimmt war. Obgleich bereits in der Phase der Mechanisierung, insbesondere nach 1954, die Kreditverwendung zunehmend von der dynamischen Anpassung geprägt wurde, bestand aufgrund stark ansteigender Verkehrswerte für die kreditgewährenden Institute keine Veranlassung, von der dinglichen Sicherheit als primärem Kreditgrundsatz abzugehen. Da jedoch die Verkehrswerte vorwiegend von außerlandwirtschaftlichen Einflußfaktoren bestimmt werden und sich dabei von den Ertragswerten z.T. sehr erheblich entfernt haben, liegt die Vermutung nahe, daß nur ein Teil der valutierenden Agrarkredite betriebsindividuellen Kriterien genügt. Soweit regionales Material verfügbar ist, wird diese Vermutung bestätigt. Das effektive Ausmaß dieser Diskrepanz zu ermitteln wird jedoch erschwert, da aus dem repräsentativen statistischen Material ein direkter Zusammenhang zwischen der Entwicklung von bankmäßigem Fremdkapital und der Betriebsergebnisse für den Gesamtbereich der BRD nicht nachgewiesen werden kann.

Dennoch lassen sich aus den vorliegenden Ergebnissen Folgerungen für die künftige Kreditgewährung, insbesondere für die Kontrolle der Kreditverwendung, ziehen.

II. Die Kontrolle der Kreditverwendung

1. Die bankmäßige Sicherung des Agrarkredits

In Teil II wurden Ertragslage und Vermögensentwicklung in einem regional begrenzten Rahmen untersucht. Obgleich Schleswig-Holstein in der Fremdkapitalaufnahme eine Sonderstellung einnimmt, zeigt der Vergleich mit einer anderen

Untersuchung, die sich ebenfalls mit den Zusammenhängen zwischen Ertragslage, Investitionstätigkeit und Kreditaufnahme auf Bundesebene befaßt, ¹⁾ daß die Ergebnisse für die gesamte BRD noch ungünstiger liegen: im Durchschnitt aller Betriebe wurden nur 12 v.H. der Investitionen aus eigenen Mitteln finanziert.

Angesichts der niedrigen Reinerträge in vielen landwirtschaftlichen Betrieben und der teilweise sehr hohen Verbindlichkeiten, erhebt sich die Frage, ob die bisherige Kreditierungspraxis den zunehmenden finanziellen Risiken noch gerecht wird, und welche Gründe dafür maßgeblich sind, daß Betriebe auch dann noch Zugang zum Kredit haben, wenn durch negative Wirtschaftsergebnisse bzw. durch hohe Privatausgaben bereits erhebliche Reinvermögensverluste eingetreten sind.

a. Die Entwicklung der Realsicherung

Der Grund und Boden ist seit jeher das primäre Sicherungsmittel des landwirtschaftlichen Kredites. ²⁾ Hieraus ergibt sich der traditionelle Unterschied zum Industriekredit, der ebenfalls Anlagekredit ist, jedoch primär am Wirtschaftserfolg der Unternehmung orientiert ist.

Der bankmäßige Agrarkredit wurde durch die Reformen des Pfandrechts zu Ende des 18. Jahrhunderts, die Einführung

1) "Wochenbericht". Hrsg. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Berlin. Nr.33. (14.8.1964).

2) Dies gilt schon für die Urformen des landwirtschaftlichen Kredites, den Renten- oder Gültkauf des 12. Jahrhunderts, der dem Erwerb landwirtschaftlicher Grundstücke durch Rentenbelastung des Bodens galt. (Art. Agrarkredit. (W.Kayser). a.a.O. S. 22 ff).

des Grundbuches und die Entwicklung des Hypothekarrechts gefördert. Unabhängig vom Verwendungszweck galten bis zum zweiten Weltkrieg nahezu übereinstimmend Bewertungsrichtlinien, die sich am Substanzwert orientierten. Für die Bodenkreditinstitute als Hauptkreditquelle der Landwirtschaft waren diese Richtlinien zumeist auch satzungsmäßig verankert. Maßstab für die Kredithöchstgrenze war ebenfalls einheitlich der Wert des Objekts; die Bewertungsmethoden (Ertrags- und Kapitaltaxe) divergierten nur geringfügig. ¹⁾

Obwohl die Kreditkrise der Landwirtschaft die Gefahren einer substanzorientierten Beleihung deutlich machte, wurde die Realsicherung auf der Grundlage der Wehrbeitragswerte und später der Reichseinheitswerte beibehalten; die Kreditinstitute nahmen aus Gründen eigener Sicherheit lediglich erhöhte Abschläge von den Grundwerten vor.

Auf dem Höhepunkt der landwirtschaftlichen Kreditkrise deckten jedoch die Versteigerungserlöse die Kredite im Reichsdurchschnitt nur zu 75 v.H. ²⁾ Damit wurde offenbar, daß die Substanzwerte der betriebsindividuellen Ertragslage überwiegend nicht mehr entsprachen.

-
- 1) Zu Begriff und Wesen der Ertragstaxe s. Marquard-Perdelwitz, Das Preußische Sparkassenrecht, Berlin 1937. S. 97 ff. Ferner F. Dannenbaum, Deutsche Hypothekenbanken. Wirtschaftliche Darstellung nebst Kommentar zum Hypothekenbankgesetz. Berlin 1911. S. 150 ff. Zur Beziehung von Reinertrag und Kapitaldienst s. erstmalig F. Aereboe, Die Taxation von Landgütern und Grundstücken. Berlin 1912. S. 260 ff.
- 2) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin. Jg. 1932, S. 396, - Jg. 1933, S. 386, - Jg. 1934, S. 386, - .

In der Folgezeit, in der die Kredite meist administrativ zugeteilt wurden, war die Kreditsicherung von untergeordneter Bedeutung, zumal da landwirtschaftlich genutzter Grund und Boden im Rahmen der Erbhofgesetze für unbelastbar erklärt wurde.

Heute nehmen die Grundpfandrechte wieder eine bedeutende Stellung in der Sicherung des Agrarkredits ein. Die meisten Kreditinstitute, die langfristige Agrarkredite gewähren, unterliegen gesetzlichen oder satzungsmäßigen Vorschriften,¹⁾ die die Beschaffung langfristiger Mittel über Eigenemissionen von deren voller Deckung durch Grundpfandrechte mit entsprechendem Zinsertrag abhängig machen.

Dadurch rückt die Bewertung landwirtschaftlicher Grundstücke wieder in den Mittelpunkt der Kreditsicherung. Die Erfahrungen der Kreditkrise wurden dabei insofern berücksichtigt, als die gesetzliche Höchstbelastungsgrenze inzwischen auf 60 v.H. des Beleihungswertes festgelegt wurde. Diese Grenze ist jedoch nur formal fixiert, denn der zugrundeliegende Beleihungswert kann nach verschiedenen Gesichtspunkten ermittelt werden. In der Praxis sind folgende Wertansätze von Bedeutung:²⁾

1) s. § 2 Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten, v. 21.12.1927. a.a.O.

2) K.Rüchardt, Die Bewertung landwirtschaftlicher Betriebe für die langfristige Kreditgewährung. Diss. München 1957. S. 24 ff.

1. Der Sachwert: Gestehungskostenwert,
 (Herstellungs- oder Anschaffungswert)

 Verkaufswert,
 Verkehrswert.
2. Der Ertragswert: Sonderertragswert auf Basis der
 effektiven oder geschätzten betriebs-
 individuellen Rente,

 gemeiner Ertragswert auf der Basis
 von Betriebsvergleichen.

b. Die landwirtschaftlichen Bewertungsbegriffe

Der Sachwert basiert auf der Bewertung des gesamten dinglichen Vermögens oder einzelner Vermögensteile. Der Wertermittlung liegen fiktive oder effektiv erzielte Verkaufspreise ganzer Betriebe oder aber die Addition der Teilwerte ¹⁾ des Anlage- und Umlaufvermögens zugrunde, die ebenfalls über Preisvergleiche bzw. Anschaffungs- oder Herstellungskosten ermittelt werden.

Beide Verfahren haben erhebliche Nachteile. Für den Eigentumswechsel ganzer Betriebe besteht kein Markt und somit kein Preis; außerdem sind die Bodenpreise häufig durch

1) Der Teilwert ist der Betrag, den ein Erwerber des ganzen Unternehmens im Rahmen des Gesamtkaufpreises für das einzelne Wirtschaftsgut ansetzen würde, wobei davon auszugehen ist, daß der Erwerber das Unternehmen fortführt. (§ 12 des Bewertungsgesetzes und § 6 des Einkommensteuergesetzes. s. BewG v.16.10.1934 (RGBl I. S.1035.) u.i.d.F.v.10.12.1965 (BGBl I. S.1961.) sowie EStG i.d.F.v.10.12.1965 (BGBl I. S.1901.)

außerlandwirtschaftliche Faktoren beeinflusst. ¹⁾ Auch der Teilwert ist in der Praxis oft schwer zu ermitteln, da die Herstellungs- und Anschaffungskosten als Hilfwerte, insbesondere bei langlebigen Wirtschaftsgütern, Preisänderungen unterliegen und die Summe der Teilwerte vom Wert der Betriebseinheit erheblich abweichen kann. Aus den genannten Gründen können die Sachwerte lediglich als Anhaltspunkt für die Bemessung des Beleihungswertes bei der Kreditaufnahme dienen.

Wegen der Nachteile des Sachwertes dient der Ertragswert in der Praxis häufig als Vergleichsgröße. Dem Ertragswert liegt der kapitalisierte Wert der in Zukunft nachhaltig erzielbaren Erträge zugrunde. Dabei wird von den in vergangenen Wirtschaftsperioden erzielten Betriebserträgen ausgegangen; außerordentliche Erträge werden nicht berücksichtigt. Da das Rechnungswesen landwirtschaftlicher Betriebe meist völlig unzureichend ist und andererseits bei der Bewertung dem Vorsichtsprinzip zu entsprechen ist, sind die auf dem Ertragswert basierenden Bewertungsvorschriften sehr unscharf abgefaßt. So wird in den Beleihungsgrundsätzen

1) W. Müller, Grundsätze für die Beleihung landwirtschaftlicher Betriebe. Die Grenzen der Kreditaufnahme. "Der langfristige Kredit". a.a.O. NF 21/22. 10. Jg. München 1959. S. 432 ff. sowie W. Rothkegel, Handbuch der Schätzungslehre für Grundbesitzungen. Berlin 1930. Bd. 1. S. 60 ff.

der Sparkassen ¹⁾ gefordert, den Ertragswert aus den Durchschnittserträgen zu ermitteln, die bei ordnungsgemäßer und gemeinüblicher Bewirtschaftung und unter gewöhnlichen Verhältnissen nachhaltig zu erzielen sind. Ferner sollen alle Faktoren, die den Ertrag und den Absatz der Erzeugnisse nachhaltig beeinflussen können, berücksichtigt werden.

Zwar entspricht diese Art der Bewertung formal weitgehend den strengen Vorschriften des Hypothekenbank- und Pfandbriefgesetzes, ²⁾ doch ergeben sich für die Ermittlung in der Praxis weitere Schwierigkeiten daraus, daß es keinen objektiven und allgemein-gültigen Kapitalisierungszinsfuß gibt. Unterschiedliche Annahme über die Höhe des Kapitalisierungszinsfußes lassen die Ergebnisse stark voneinander abweichen. In Zeiten hohen Zinsniveaus besteht zudem die Tendenz, den Zinsfuß niedrig anzusetzen, um den Kreditspielraum zu erhöhen.³⁾ Damit werden jedoch Ertragsverhältnisse als nachhaltig und allgemeingültig unterstellt, die effektiv nur in überdurchschnittlichen Betrieben gelten.

Die Kreditkrise nach dem ersten Weltkrieg hat die Gefahren aufgezeigt, die sich daraus ergeben können, daß der Kapitalisierungszinsfuß den durchschnittlichen Zinssatz des Darlehens wesentlich unterschreitet. Das Kreditrisiko kann sich auch dann erhöhen, wenn Kapitalisierungs- und Darlehenszinsfuß identisch sind, wenn nämlich während der Kredit-

1) Beleihungsgrundsätze für Sparkassen in Nordrhein-Westfalen gem. Erlaß des Ministers für Wirtschaft und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, - II/B 2 - 183 - 44 - vom 5.8.1958. § 14.

2) a.a.O. s.BGBI I. 1963. S.81 u. BGBI T. 1963. S.312.

3) W.Müller, a.a.O. S. 433.

laufzeit das allgemeine Zinsniveau ansteigt; dies ist bei den langen durchschnittlichen Kreditfristen im Agrarkredit häufig der Fall.

Die zahlreichen in die Literatur eingegangenen Vorschläge, den Kapitalisierungszinsfuß am landesüblichen Zins oder an Mischwerten aus diesem, dem Branchenzins und dem Darlehenszins, zu orientieren, stellen den Versuch dar, zwischen den zahlreichen Faktoren, die die künftige Ertragslage und damit das Kreditrisiko beeinflussen, einen Ausgleich herzustellen.

Dem gleichen Ziel dienen auch die später eingeführten Zwischenwerte von Ertrags- und Sachwerten, die auch als mathematisch gefaßte Mischungsverhältnisse letztlich nur der zahlenmäßige Ausdruck eines subjektiv ermittelten Endwertes sind.¹⁾

Trotz der aufgezeigten Mängel liegen der heutigen Besicherung des Agrarkredits weitgehend Wertansätze zugrunde, die sich zwar an Sachwerten (z.B. den Verkaufswerten) oder an Hilfwerten (z.B. den Einheitswerten) orientieren, die aber durch kalkulatorische Zu- bzw. Abschläge dem Sicherheitsbedürfnis der Institute angepaßt werden. So wird die dingliche Sicherung auch bei allen mittel- und langfristigen Krediten vorausgesetzt, die bei der Landwirtschaftlichen

1) K. Mellerowicz, Der Wert der Unternehmung als Ganzes. Essen 1952. S. 78 f. sowie E. Schmalenbach, Die Beteiligungsfiananzierung. 8. Auflg. Köln-Opladen 1954. S. 50 f.

Rentenbank refinanziert werden. Da dieses Institut als Refinanzierungsinstitut im Gesamtgebiet der BRD tätig ist, sind die Besicherungsvorschriften für einen großen Teil des gesamten Agrarkredits verbindlich. ¹⁾ Zur Sicherung der Kredite sind Grundpfandrechte auf landwirtschaftlichen Grundstücken ohne Prüfung der individuellen Beleihungsgrenze bis zu 200 v.H. des Einheitswertes, maximal 50 v.H. des von einem Sachverständigen nach dem Grundsatz vorsichtiger Bewertung ermittelten Verkehrswertes geeignet. Für langfristige Kredite sind erststellige Grundpfandrechte erforderlich; auch bei mittelfristigen Darlehen ist die erste Rangstelle anzustreben. ²⁾

Zwei Faktoren haben in der Nachkriegszeit den relativ eng gezogenen Rahmen dinglicher Sicherung erheblich erweitert: die staatliche Zinsverbilligung, die den effektiven Kreditzins in der Landwirtschaft unter den Marktzins senkte, sowie die Verkehrswerte, die erheblich stärker anstiegen als die landwirtschaftlichen Ertragswerte. ³⁾

Aufgrund der ungewöhnlich starken Wertsteigerung des Bodens konnten in der Nachkriegszeit viele Betriebe Kredite in Höhe des Vielfachen des Einheitswertes von 1938 aufnehmen, ohne

- 1) Besicherungsrichtlinien der Landwirtschaftlichen Rentenbank vom 19.1.1966 sowie vom 18.6.1963. (Nach Angabe der LR).
- 2) Für nachrangige Beleihungen ist eine Löschungsvormerkung gem. § 1179 BGB bzw. bei vorgehenden Hypotheken gem. § 1163 BGB erforderlich. (Ebenda.).
- 3) Während sich der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte von 99,2 (1961/62) auf 114,1 (1965/66) um 15 v.H. erhöhte, stieg der Index der Baulandpreise von 11,54 DM/qm (1962) auf 18,74 DM/qm (1966) um 62 v.H. viermal so stark an. Die Erhöhung der Baulandpreise hat sich auf dem Lande besonders stark ausgewirkt, da ca. 60 v.H. der gesamten Grundstücksverkäufe auf rein ländliche Gemeinden unter 5000 Einwohner entfielen. (Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Jg. 1967. Stuttgart u. Mainz 1968. S. 448 u. S. 467).

daß diese Verschuldung für die Kreditinstitute zu außergewöhnlich hohen Ausfallrisiken geführt hätte. Auf diese Weise hat eine große Zahl von Betrieben ungehinderten Zugang zum Kredit gehabt, obwohl die Ertragslage die Aufnahme weiterer Kredite verboten hätte.

Die Gefahren der traditionellen Kreditsicherung beruhen auf der Schwierigkeit, einen objektiven Maßstab zu finden, um die Kreditwürdigkeit des Einzelbetriebes zu beurteilen. Angesichts der differenzierten Ertragslage der landwirtschaftlichen Betriebe gibt es keinen allgemein gültigen Maßstab, der - da er zwangsläufig auf Durchschnittswerten beruhen muß - der Wirklichkeit entspricht. Daher kann der einzig wertfreie Maßstab für die Bestimmung des Kreditspielraumes nur die Rentabilität des Einzelbetriebes sein.¹⁾ Dies gilt umso mehr, als in einer Zeit verstärkter Investitionstätigkeit und sich schnell ändernder Preis-Kostenverhältnisse die Kreditgewährung stärker als in der Vergangenheit von dem wirtschaftlichen Erfolg der zu finanzierenden Maßnahmen abhängt. Neben den objektiven Ertragsfaktoren ist künftig primär das Leistungsvermögen des Betriebsleiters ausschlaggebend, das durch das Betriebsergebnis in vorangegangenen Wirtschaftsperioden und durch den zwischenbetrieblichen Vergleich beurteilt werden kann.

Dieser Anforderung kann die heute übliche Kreditsicherung nicht genügen. Ein auf den Einheitswert oder den Verkehrs-

1) K.Mellerowicz und H.Jonas, Bestimmungsfaktoren der Kreditfähigkeit. 2.Auflg. Berlin 1957. S. 9.

wert bezogener Beleihungswert klammert die Unternehmerleistung bei der Bemessung der Kredithöhe aus. Aus der statisch ermittelten Beleihungsgrenze ergeben sich auch noch keine Anhaltspunkte dafür, wie sich der ermittelte Kreditspielraum hinsichtlich der Fristigkeit des Kredites am besten nutzen läßt, und wie sich die zu finanzierende Investition auf die Rentabilität, Liquidität und Sicherheit des Betriebes auswirkt.

Um die Risiken, die sich für den Betrieb, aber auch für das Kreditinstitut aus dem Kredit ergeben, zu mindern, ist ein betriebliches Rechnungswesen unerläßlich. Nur Buchführungsergebnisse erlauben es, den Betrieb zu durchleuchten. Sie ermöglichen es Kreditgeber und Kreditnehmer, die Ertragslage betriebsbezogen zu analysieren, auf dieser Grundlage Rationalisierungsmöglichkeiten zu erkennen und entsprechende Anpassungsmaßnahmen zu planen. Darüber hinaus ist die Buchführung die einzige Möglichkeit, auch die unternehmerische Leistung,¹⁾ vor allem aber auch die Bewegungen auf dem Privatkonto des Betriebshaushalts aufzuzeigen und in die Betriebsplanung einzubeziehen.

1) s.auch J. Hesselbach, Bewertungsmaßstäbe für den Betriebsleiter. "Agrarwirtschaft", a.a.O. Jg.12.H.4. (1963).S.106 ff.

2. Die Einnahmen und Ausgaben des Unternehmerhaushaltes

Ihre Bedeutung für die Finanzierung und die Möglichkeiten ihrer Kontrolle

Ein wichtiger Teilbereich der betrieblichen Finanzierung sind die Einnahmen und Ausgaben des Unternehmerhaushaltes. Sie können - wie die regionale Untersuchung ergab - bis zu 40 v.H. des finanziellen Gesamtergebnisses ausmachen. Ihre exakte Höhe ist jedoch wegen der engen monetären und güterwirtschaftlichen Verflechtung von Betrieb und Haushalt selbst in buchführenden Betrieben häufig nur schwer zu bestimmen.

Die in Tabelle 50 dargestellten Ergebnisse aus Schleswig-Holstein zeigen den erheblichen Einfluß der Privatausgaben auf das finanzielle Ergebnis. In nur 20 v.H. der Betriebe, in denen die Privatentnahmen größer sind als die Privateinlagen, wird die Differenz zwischen beiden Größen durch entsprechende Reinerträge kompensiert; für ein Drittel aller Betriebe fällt der Überschuß der Privatentnahmen über die Privateinlagen mit einem negativen Betriebsergebnis und zunehmender Verschuldung zusammen. Ein negativer Saldo des Privatkontos ist allerdings noch kein Merkmal für eine übertrieben aufwendige Lebensführung. Gerade die Kleinbetriebe haben in der Vergangenheit den Privatverbrauch oft erheblich eingeschränkt und sich dadurch als sehr krisenfest erwiesen. Angesichts der schwachen Ertragslage vieler Betriebe lägen die Konkurse in der Landwirtschaft wesentlich höher, wenn nicht in vielen Betrieben die Bereitschaft bestünde, die Ausgaben für die Lebensführung stark einzuschränken.

Durch zunehmende monetäre Verflechtung des landwirtschaftlichen Betriebes mit den übrigen Wirtschaftsbereichen, wie

sie sich in steigenden gewerblichen Vorleistungen (z.B. für Gebäude, Maschinen und Betriebsmittel) äußert, sind die Einnahmen- und Ausgabenströme immer größer, vielfältiger und unübersichtlicher geworden. Da die Ein- und Auszahlungen auch zeitlich stark divergieren, wird es ohne exakte Aufzeichnungen für den Betriebsinhaber immer schwieriger, die Entwicklung des Betriebs- und des Privatvermögens zu überwachen.

Darüber hinaus führen externe Faktoren zu ansteigenden Private Ausgaben. Durch steigenden Lebensstandard vergleichbarer Berufsgruppen induzierte Konsumwünsche werden oft ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Situation des Betriebes verwirklicht.

Je mehr der Privatverbrauch an Elastizität verliert und unabhängig vom Betriebsergebnis beibehalten wird, desto notwendiger ist es zu prüfen, ob der Betrieb aus Wirtschaftserträgen überhaupt ein Einkommen erzielen kann. Außer den ökonomischen Daten ist hierfür das Leistungsvermögen des Betriebsleiters entscheidend. Einkommensansprüche und dispositive Fähigkeiten des Betriebsleiters werden somit zu einem wesentlichen Kriterium für die Beurteilung der Kreditwürdigkeit. Verglichen mit seiner Bedeutung für den Erfolg künftiger Anpassungsmaßnahmen ist der enge Zusammenhang zwischen Betrieb und Haushalt und seine Auswirkungen auf Produktion, Konsum und Finanzierung wenig erforscht.

Die in der landwirtschaftlichen Betriebsplanung gebräuch-
lichen Verfahren zur Analyse einzelbetrieblicher Investitions-
und Anpassungsentscheidungen ¹⁾ sind die lineare Program-
mierung ²⁾ und die Differenzrechnung. ³⁾

Beiden Verfahren ist gemeinsam, daß sie in einer Grund-
gleichung den betriebsindividuell ermittelten Produktions-
kapazitäten konkurrierende Produktionsverfahren gegenüber-
stellen. Die Lösung der Gleichungen ist mit hohem Rechen-
aufwand verbunden und für die Planung und Kontrolle optimaler
Kapitalverwendung wenig geeignet, da mit ihnen nur das kurz-
fristige Betriebsoptimum bei konstantem Arbeitskräfte- und
Kapitalbesatz ermittelt wird.

-
- 1) vgl. A.N.Halter, Models of Firm Growth.
"Journal of Farm Economics". Menasha. Wisc.Vol. 48.
 - 2) s.hierzu E.W.Kehrberg, E.Reisch, a.a.O. Insbes. S.148 ff.
Ferner
W.Krelle, P.Künzi, Lineare Programmierung. Zürich 1958.
W.Kromphardt, R.Henn, K.Förstner, Lineare Entscheidungs-
modelle. Berlin, Göttingen, Heidelberg 1962.
 - 3) s. G.Weinschenck, Die Ermittlung des Betriebsoptimums
mit Hilfe der verbesserten Differenzrechnung. "Agrar-
wirtschaft". a.a.O. H.10.Jg.1961. S.65 - 83.

Umso bedeutender ist der Ansatz von HEIDHUES, ¹⁾ der auf der Grundlage vorwiegend in den USA entwickelter rekursiv-linearer Programmierungsmodelle ²⁾ vor allem die subjektiven Faktoren der Unternehmerentscheidung in das Planungsmodell einbezieht. Dadurch wird die Dynamik der Anpassung berücksichtigt, da alle Einflußfaktoren betrieblicher Entscheidungen zu den Optimalwerten vorausgegangener Perioden in funktionale Beziehung gesetzt werden können. ³⁾

Diesen Anforderungen genügen die traditionellen Entscheidungsmodelle nur unvollkommen, da sie Gewinnmaximierung unterstellen und davon ausgehen, daß alle für die Unternehmerentscheidung relevanten Daten bekannt und unter der "ceteris paribus"-Annahme während der Planperiode konstant sind.

Beide Hypothesen sind in der Praxis des landwirtschaftlichen Betriebes nur beschränkt gültig: viele landwirtschaftliche Betriebsleiter begnügen sich mit einem suboptimalen Einkommen

-
- 1) vgl. Th.Heidhues, Dynamik der Anpassung in der Landwirtschaft. In: "Landwirtschaftliche Marktforschung in Deutschland". München, Basel, Wien. o.J. S.88 ff. sowie Ders., A Recursive Programming Model of Farm Growth in Northern Germany. "Journal of Farm Economics". Vol. 48. Menasha, Wisc. 1966.
 - 2) s.hierzu R.H. Day, Recursive Programming and Production Response. Amsterdam 1963.
 - 3) vgl. H.Albach, Zur Theorie des wachsenden Unternehmens. Theorien des einzelwirtschaftlichen Wachstums. "Schriften des Vereins für Sozialpolitik". N.F. Bd.34. Berlin 1965. S. 9 ff.

und treffen ihre Entscheidungen bei unvollkommener Information weitgehend subjektiv aufgrund von Daten, die erheblichen Risiken (naturbedingte Anbau- und Ertragsrisiken und Marktrisiken) unterliegen. Unter den gegebenen Bedingungen kann rationales Verhalten des Betriebsleiters nur insofern unterstellt werden, als er aufgrund der ihm zugänglichen Daten und Informationen unter verschiedenen Entscheidungsmöglichkeiten diejenige wählt, die seinen - subjektiven - Zielvorstellungen möglichst weitgehend entspricht. Dabei ist als Wesensmerkmal der Familienbetriebe stets die enge Verbindung von Betrieb und Haushalt zu berücksichtigen.¹⁾ Trennt man beide Bereiche gedanklich, so stellt der Haushalt dem Betrieb Kapital und Arbeitskraft zur Verfügung; andererseits bestimmt der Haushaltsvorstand über das Betriebseinkommen, d.h. über die Verwendung für Konsum, Sparen und Investition.

Dieser Tatbestand geht in das Anpassungsmodell unter der Prämisse ein, daß der private Verbrauch kurzfristig als Datum für die betriebliche Planung angesehen werden kann. Da das Einkommen variabel ist, empfiehlt es sich, Einkommen und verfügbares Investitionskapital als Strömungsgrößen einzuführen, um den Planungsspielraum für betrieb-

1) s.hierzu E.O.Heady, W.B.Back, G.A.Peterson, Interdependence between the Farm Business and the Farm Household with Implications on Economic Efficiency. Research Bulletin 398. Iowa State College. Ames 1953. op. cit. Th.Heidhues, Dynamik der Anpassung in der Landwirtschaft. a.a.O. S.88 ff.

liche Entscheidungen genauer zu bestimmen. ¹⁾ Aus diesen Strömungsgrößen läßt sich der Konsum für die Planungsperiode mit Hilfe eines ökonomischen Modells nährungsweise bestimmen, wobei gleichzeitig weitere Einflußfaktoren wie der Familienstand und die Konsumnormen des industriell gewerblichen Bereichs berücksichtigt werden können. ²⁾

Die so ermittelte Konsumfunktion gestattet es, das Entwicklungsmodell für den Betrieb dynamisch zu formulieren. Die rekursive Programmierung berücksichtigt auch subjektive Einflußfaktoren, wie das begrenzte technische Wissen, traditionsbedingte, unökonomische Verhaltensweisen (z.B. gegenüber dem Kredit) modellintern als Aktivitäten bzw. Restriktionen.

Für Investitionszwecke steht das transitorische Einkommen ³⁾, erhöht um Substanzverkäufe und Kreditaufnahme und vermindert um die privaten Konsumansprüche zur Verfügung.

1) Th.Heidhues, Entwicklungsmöglichkeiten landwirtschaftlicher Betriebe unter verschiedenen Preisannahmen. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. Sonderheft 181. Hamburg u. Berlin 1966. S. 40 und S. 66 - 68.

2) Th.Heidhues, Dynamik der Anpassung in der Landwirtschaft. a.a.O. S. 90.

3) $y(t) =$ Erlöse aus der laufenden Produktion
 + Zins- und Dividendeneinkommen
 + Einkommen aus nichtlandwirtschaftlicher Tätigkeit
 - Ausgaben für die laufende Produktion
 - Fremdzinsen und Tilgung
 - allgemeine Betriebsausgaben einschl. Betriebssteuern und Lasten.

Die Fremdkapitalaufnahme ist neben objektiven Begrenzungen besonders stark subjektiven Verhaltensnormen unterworfen, die in einem dynamischen Anpassungsmodell als Restriktionen zu berücksichtigen sind. Sie lassen sich als Funktion des für die Planperiode erwarteten transitorischen Einkommens und des geplanten Konsums formulieren; dabei kann die zusätzliche Restriktion eingeführt werden, daß der Kapitaldienst voll aus den Einnahmen der Planperiode zu leisten ist. Aus dem Vergleich der so gewonnenen "internen" mit der vom Kreditinstitut gesetzten "externen" Kreditgrenze läßt sich der Einfluß des privaten Konsums auf Investitionen und Finanzierung verdeutlichen. In Schaubild 2 ist die dynamische Beziehung der Submodelle Haushalt und Betrieb als Sequenz zeitlich alternierender Entscheidungen dargestellt.

Die wenigen vorliegenden Untersuchungen und der hohe Fremdkapitalbestand in vielen Betrieben beweisen, wie dringlich es ist, die finanziellen Wechselbeziehungen zwischen Betrieb und Haushalt zu durchleuchten. Im Gegensatz zur statisch linearen Programmierung und den Entwicklungsmodellen auf der Grundlage der Differenzrechnung zeichnet sich das rekursiv programmierte Entwicklungsmodell durch hohe Anpassungsfähigkeit an die wirtschaftlich relevanten Einflüsse auf die Investitionstätigkeit aus. Da bei der Bestimmung des Optimums auch Interdependenzen und Rückkopplungseffekte zwischen den Entscheidungsvariablen, aber auch empirisch belegte subjektive Begrenzungen des Unternehmerverhaltens berücksichtigt werden, wird eine hohe Annäherung an das tatsächliche wirtschaftliche Verhalten der Betriebe erzielt.

Freilich kann das Verfahren ebenso wie jeder Versuch, im

Betriebsoptimum zu produzieren, praktisch nur dann erfolgreich angewandt und empirisch überprüft werden, wenn die entsprechenden betriebsindividuellen Daten über einen längeren Zeitraum einheitlich und vollständig erhoben werden.

3. Das betriebliche Rechnungswesen

Aufgrund der historischen Einheit von Haus- und Hofwirtschaft ist die Buchführung, die im gewerblichen Bereich den Wirtschaftsbereich des Betriebes erstmalig von dem des Haushaltes trennte, in der Landwirtschaft der BRD nicht verbreitet.

Mit etwa 50.000 buchführenden Betrieben, das sind 7 v.H. der Betriebe über 5 haLN, liegt die BRD weit hinter den meisten EWG-Partnerländern zurück.¹⁾

In Dänemark führen etwa 30 v.H. aller landwirtschaftlichen Betriebe über 5 haLN, in den Niederlanden - basierend auf Gesetzen von 1938 und 1941 - sogar sämtliche Betriebe über 5 haLN Wirtschaftsaufzeichnungen.²⁾

-
- 1) vgl. J.D.Lauenstein, Was machen wir mit der landwirtschaftlichen Beratung? Hrsg. Hannoversche Landeskreditanstalt, Hannover 1964. S.36.- P.Meimberg, (a.a.O. S.5.) gibt 1965 den Anteil der Betriebe mit ordnungsmäßiger Buchhaltung mit knapp 10 v.H. aller Betriebe über 10 haLN an.
 - 2) Lt. Angaben des Hauptverbandes der Landwirtschaftlichen Buchstellen und Sachverständigen e.V. Bonn sowie Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Statistische Grundzahlen der Gemeinschaft. Brüssel 1965. S.52 und Danmarks Statistisk Arbog. 1966. Kopenhagen 1966, Vol.70. S.87. Vgl. auch J.D.Lauenstein, a.a.O. S.16.

Es ist primär der Wirtschaftspolitik sowie bildungs- und agrarpolitischen Versäumnissen zuzuschreiben, daß mit der Buchführung das für die kapitalintensive Wirtschaftsweise unerläßliche rationale Orientierungsmittel in den landwirtschaftlichen Betrieben nicht eingeführt wurde. Hinzu kam bislang die steuerrechtliche Vorschrift, daß Betriebe, die Bücher führten, diese auch zur steuerlichen Gewinnermittlung vorlegen mußten und somit in der Regel höher besteuert wurden als nach den in der Landwirtschaft üblichen Durchschnittssätzen. ¹⁾

In der Landwirtschaft der BRD werden die Bücher zumeist nach den steuerrechtlichen Vorschriften ²⁾ geführt und selbst die durch Steuergesetze zur Buchführung verpflichteten Betriebe kommen dieser Pflicht nur zum Teil nach. ³⁾ Die wenigen verfügbaren Bilanzen haben wegen der speziellen steuerlichen Bewertungsvorschriften, die insbesondere das Betriebsvermögen betreffen, betriebswirtschaftlich nur geringen Aussagewert.

-
- 1) Diese Vorschriften wurden erst mit Gesetz über die Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft nach Durchschnittssätzen (GDL) vom 15.9.1965 (BGBl I. 1965, S.1350) dahingehend geändert, daß die freiwillig geführten Bücher nur dann der Besteuerung zugrunde gelegt werden, wenn der Landwirt dies beantragt.
 - 2) Steuerlich buchführungspflichtig sind gem. EStG Landwirte mit einem Gesamtumsatz von mehr als 200.000,- DM, oder bei einem landwirtschaftlichen Vermögen von mehr als 100.000,- DM (ohne Berücksichtigung von Grund und Boden) oder Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft von mehr als 12.000,- DM p.a.
 - 3) s.P.Meimberg, Landwirtschaftliches Rechnungswesen. Stuttgart 1966. S. 5.

In der Steuerbilanz werden Grund und Boden, zumeist der wichtigste Vermögenswert des landwirtschaftlichen Betriebes, nicht bewertet. ¹⁾ Im Umlaufvermögen können durch Sonderabschreibungen ²⁾ und Bewertung nach Durchschnittssätzen ³⁾ in erheblichem Umfang stille Reserven gelegt werden. Schließlich sind regionale und konjunkturpolitische Sonderabschreibungen möglich.

Auf der Passivseite der Steuerbilanz werden nur die unmittelbar den Betrieb betreffenden Verbindlichkeiten erfaßt. Damit sind wesentliche Passivpositionen wie Erbbefindungen, Renten, Altenteile und sonstige Privatverbindlichkeiten des Betriebsinhabers - auch wenn sie wirtschaftlich oder hypothekarisch zu Lasten des Betriebes abgesichert sind - in der Steuerbilanz nicht enthalten.

Das Gleiche gilt für die außerbetrieblichen Vermögensbewegungen auch dann, wenn sie ursächlich zugunsten oder zu Lasten des Betriebes vorgenommen werden.

Die steuerliche Bewertung führt dazu, daß die Aktiva unterbewertet und die Passiva unvollständig ausgewiesen werden. Die nach fiskalischen Gesichtspunkten erstellte Steuerbilanz kann somit hinsichtlich Rentabilität, Liquidität, Sicherheit und effektiver Vermögensänderung den Erfordernissen einer betriebswirtschaftlichen Investitions- und Kreditprüfung nicht genügen.

-
- 1) Gem. § 4, Abs. 1 EStG (BGBl. I 1965. S. 1901 ff.)
 - 2) Sonderabschreibungen sind gem. § 51 k EStG in Verbindung mit § 76 EStDV bis zu 50 v.H. der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten für fast alle beweglichen Anlagegüter und Meliorationen (und zwar zusätzlich zur üblichen linearen Abschreibung) im Anschaffungsjahr, sowie 30 v.H. für unbewegliche Anlagegüter und Vollabschreibung von Landarbeiterwohnungen im Jahr ihrer Erstellung zulässig.
 - 3) Durchschnittssätze werden insbes. für die Bewertung der Viehbestände angesetzt. Als steuerliche Durchschnittswerte werden die Teilwerte der Vorkriegszeit übernommen, die gegenüber den heutigen Marktwerten zu erheblicher Unterbewertung führen.

So wurden in der BRD seit 1950 18 Mrd.DM Fremdkapital aufgenommen und brutto 40 Mrd.DM in Betrieben investiert, die zu mehr als 90 v.H. wegen fehlender Buchführung keinen fundierten Nachweis darüber führten, wie das Fremdkapital verwendet wurde und wie sich die Kreditaufnahme auswirkte. Infolge der umfangreichen Zinsverbilligung kam für den überwiegenden Teil des Fremdkapitals die Selektionsfunktion des Zinses nicht zur Wirkung.

Erstmalig im Rahmen des EWG-Anpassungsgesetzes von 1965 und der Zinsverbilligungsrichtlinien von 1966 wurden staatliche Investitions- und Zinsbeihilfen nur dann gewährt, wenn der Betrieb sich verpflichtete, "Wirtschaftsaufzeichnungen" zu erstellen und einen Betriebsentwicklungsplan vorzulegen. ¹⁾

Abgesehen davon, daß diese Vorschriften sachlich und zeitlich begrenzt sind, besteht kein Zweifel, ²⁾ daß die Buchführung kurzfristig und auf breiter Basis auf dem Verordnungswege allein nicht einzuführen ist. Hierzu bedarf es umfassender Förderung der Ausbildung, Organisation und der Finanzierung.

1) Diese Auflage wurde in den Zinsverbilligungsrichtlinien von 1967 in Verbindung mit den Richtlinien für die Investitionsbeihilfe vom 24.2.1967 auf eine Buchführungspflicht von mindestens 4 Jahren bei zinsverbilligten Investitionssummen über 50.000,- DM erweitert.

2) ab 50.000,- DM und für max. 5 Jahre.

Diese Förderung beschränkt sich in der BRD bisher auf eine Buchführungsprämie von 400 DM für landwirtschaftliche Testbetriebe, durch die etwa 5.000 Betriebe für die Buchführung gewonnen werden konnten. Daneben gewähren einzelne Länder und Kammerbezirke Zuschüsse für nicht buchführungspflichtige Betriebe, die meist mit der Kontrolle durch Wirtschaftsberatungsstellen verbunden sind.¹⁾

Umfassende finanzielle Hilfen werden dagegen in Frankreich gewährt, wo jeder Landwirt nur 20 v.H. der Buchführungskosten selbst trägt und der Rest zu gleichen Teilen von Landwirtschaftskammer und Staat getragen wird.

In Holland fördert der Staat, trotz des erreichten hohen Entwicklungsstandes, die betriebswirtschaftlich ausgerichtete Buchführung mit insgesamt 450 hfl. je Betrieb innerhalb der ersten 5 Jahre.²⁾ Neben der geringeren Kostenbelastung des buchführenden Landwirtes bietet diese zentrale Förderung den Vorteil einheitlicher Organisation, die in den Niederlanden durch leistungsfähige privatwirtschaftliche Buchführungsringe wirksam ergänzt wird.

Form und Organisation sind für eine erfolgreiche Ausbreitung der Buchführung entscheidend. In formaler Hinsicht müssen die Unterlagen auf die betrieblichen Besonderheiten der Landwirtschaft ausgerichtet und so einfach und übersichtlich wie möglich gestaltet sein, um den arbeitsmäßig stark beanspruchten, kaufmännisch und kalkulatorisch zu meist nicht vorgebildeten Betriebsleiter nicht zu überfordern. Andererseits muß das System die Minimalforderungen ordnungsmäßiger Buchführung - auch bezüglich der privaten Geldbewegungen - erfüllen, um betriebswirtschaftlich exakte

1) Lt. Angaben des Hauptverbandes der landwirtschaftlichen Buchstellen und Sachverständigen e.V. Bonn.

2) J.D.Lauenstein, a.a.O. S. 17.

Schlüsse zuzulassen. Somit wäre zugleich eine brauchbare Grundlage für eine umfassende Betriebsbuchführung geschaffen. Während einer Übergangszeit könnte ein nach einheitlichen Grundsätzen erstellter Vermögensstatus diesen Forderungen genügen, der im Zeitvergleich die Entwicklung der Bestände der Verbindlichkeiten und somit auch des Reinvermögens erfaßte. Ein solcher Status gäbe dem Betriebsinhaber zugleich die Möglichkeit, den Privatverbrauch und seine Auswirkungen auf die Vermögensentwicklung zu erkennen.

Der Vermögensstatus kann jedoch nur eine Übergangslösung sein. Bei dem engen Spielraum zwischen Kosten und Erlösen kann nur eine umfassende Betriebsbuchführung Grundlage so weitreichender Entscheidungen wie Betriebsumstellungen, Aufstockungen, Teilverpachtungen etc. sein.

Eine Belegbuchführung würde den Betriebsleiter zeitlich nur wenig beanspruchen. Der schnelle Wandel der Produktionstechniken und der Marktlage erfordert es, alle Geld- und güterlichen Vorgänge schnell zu erfassen und auszuwerten. Heute liegen die Buchführungsergebnisse häufig erst dann vor, wenn die Ernte bereits verwertet und die Bestellung schon erfolgt ist, so daß die Betriebsführung aufgrund der Buchführungsergebnisse nicht mehr korrigiert werden kann. Einheitlich gestaltete Belege könnten überbetrieblich und zentral weiterverarbeitet werden. Ein solches Verfahren würde den Betriebsinhaber weitgehend entlasten. Einheitlich ermittelte Betriebsdaten ließen sich elektronisch schnell verarbeiten.

Die Daten könnten in Rechenzentren der ländlichen Wirtschaftsberatung oder der Landwirtschaftskammern zentral erfaßt,

aufbereitet und ausgewertet werden. Sie würden somit den Aussagewert des Rechnungswesens über den Betriebsbereich hinaus auch für zwischenbetriebliche und regionale Betriebsvergleiche und somit kurzfristig repräsentative Planungsunterlagen für die künftig vordringlichen struktur- und regionalpolitischen Maßnahmen liefern. Darüber hinaus kämen die Ergebnisse Forschung und Lehre zugute. Sämtliche betriebsinternen Daten müßten geschlüsselt werden, um die Anonymität zu wahren und um somit bestehende psychologische Hemmnisse zu überwinden.

Die so gewonnenen Daten sind auch für die Kredit- und Risikopolitik der Agrarkreditinstitute von Bedeutung. Das gilt sowohl für die einzelbetrieblichen Daten, die im Zeitvergleich erstmalig eine exakte Analyse der Ertragslage einschließlich der privaten Geldbewegungen zulassen, als auch für überbetrieblich aggregierte Kennzahlen, die die Situation des kreditnehmenden Einzelbetriebes im Vergleich zu anderen Betrieben unter gleichen äußeren Wirtschaftsbedingungen aufzeigen. Ferner wäre es den Kreditinstituten möglich, mehrjährige Entwicklungsreihen aufzustellen, die Ergebnisse verschiedener Betriebsformen und Betriebsgrößenklassen zu vergleichen sowie horizontale und vertikale Betriebsvergleiche durchzuführen. Analysen der regional geplanten Investitionen könnten den Kreditinstituten darüber hinaus wertvolle Anhaltspunkte für die Kreditplanung liefern.

Die Kreditinstitute sind vor allem organisatorisch in der Lage, gemeinsam mit Landwirtschaftskammern, Interessenverbänden, Forschung und Beratung schnell wirksame und anwendbare Lösungen zu verwirklichen. Bei der hohen und wachsenden Kapitalintensität in der Landwirtschaft - der Zeitwert des

je AK eingesetzten Kapitals belief sich 1957 auf 28.000 DM, 1966 bereits auf 72.000 DM ¹⁾ - hängt der Erfolg künftiger Anpassungsmaßnahmen entscheidend davon ab, daß das bereitgestellte Fremdkapital in den Betrieben optimal eingesetzt wird. Mit zunehmendem Fremdkapitaleinsatz steigt die Bedeutung der Kreditberatung; auch hier werden Übergangslösungen zunächst unvermeidlich sein, da in den meisten Kreditinstituten - z.T. bedingt durch die bisher geübte Beleihungspraxis - die personellen Voraussetzungen für eine intensive Beratung der landwirtschaftlichen Kreditnehmer fehlen. Eine Übergangslösung könnten hier örtliche Kreditausschüsse sein, die mit Vertretern der Landwirtschaftskammern, der Kreditnehmer oder ihrer Berufsverbände, der Wirtschaftsberatung und der Kreditinstitute besetzt sind. In Schleswig-Holstein sind bereits - überwiegend positive - Erfahrungen mit Kreditausschüssen auf Kreisebene gemacht worden. Entscheidend für die Funktionsfähigkeit dieser Ausschüsse ist die Begrenzung ihrer Kompetenzen auf die Kreditberatung. Die Entscheidung über den Einzelkredit, die Übernahme des Kreditrisikos und der Haftung sollten voll im Kompetenzbereich der Kreditinstitute verbleiben.

Darüber hinaus bieten sich zahlreiche Möglichkeiten organisatorischer Zusammenarbeit zwischen Kreditinstituten, Kreditnehmern, Landwirtschaftskammern und Beratungsinstitutionen. Gerade in agrarischen Gebieten verfügen häufig allein die Kreditinstitute selbst oder über ihre Zentralorganisation über die Möglichkeit zu mechanischer oder elektronischer Datenverarbeitung. Durch Kooperation mit landwirtschaftlichen Institutionen (Wirtschaftsberatung,

1) Grüner Bericht, a.a.O. Jg. 1967. S. 111.

Betriebsstatistik, Regionalplanung, etc.) könnten sie freie Kapazitäten ihrer Datenverarbeitungsanlagen ausnutzen. Diese organisatorische Hilfestellung der Kreditinstitute ist in der Praxis umso wichtiger, als die Verbreitung der Buchführung zu einem Datenanfall führt, der nur zu bewältigen ist, wenn die Primärdaten vollmechanisch aufbereitet werden.

Wie wichtig und vordringlich es ist, die organisatorischen Fragen zu lösen, geht schon daraus hervor, daß bei dem gegenwärtig geringen Anfall von Betriebsdaten selbst in organisatorisch hoch entwickelten Bezirken die Auswertungskapazitäten zentraler Betriebsbuchhaltungen oftmals nicht mehr ausreichen, um die vorliegenden Daten termingerecht auszuwerten. Andererseits fehlen die personellen und finanziellen Möglichkeiten, diesen Mangel in absehbarer Zeit zu beseitigen, so daß bereits heute wesentliche Erkenntnisse für die Betriebsführung nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht ausgewertet werden können.¹⁾ Die Erschließung organisatorischer Bankkapazitäten für die Auswertung wäre deshalb im gegenwärtigen Zeitpunkt bereits ein wesentlicher Fortschritt.

Fehlentscheidungen werden sich nur dann vermeiden lassen, wenn den beratenden Instanzen in dem Betriebsleiter ein urteilsfähiger Partner gegenübersteht. Damit rückt das Problem der Ausbildung der Betriebsleiter in den Vordergrund.

1) s. N.Deselaers, Betriebswirtschaftliche Buchführungs-
auswertung über den Elektronenrechner. "Berichte über
Landwirtschaft". N.F. a.a.O. Jg. 1964. H.4. S. 796 ff.

Allgemein wird die Bedeutung des Investierens für wirtschaftliche Wachstumsprozesse ¹⁾ zu Lasten der Ausbildungs- und Beratungsfunktionen überbewertet. Im Anpassungsprozeß der Landwirtschaft zeigt sich besonders deutlich, daß es exakter einzelbetrieblicher Analysen bedarf, um unter den vielfältigen Investitionsmöglichkeiten die wirtschaftlich vorteilhaften zu verwirklichen. In der Realität sind meist nicht das Kapital, sondern das Wissen, die Befähigung und die Handlungsbereitschaft des Investors der Minimumsektor. ²⁾ Dies trifft vor allem für die BRD zu, wo nicht nur die landwirtschaftliche Ausbildung und Beratung, sondern auch deren Förderung hinter der anderer europäischen Länder z.T. weit zurückliegt.

Setzt man, um vergleichbare Relationen zu gewinnen, die Zahl der Berater und der Betriebe über 10 ha/LN in Beziehung, ³⁾ so entfielen 1963 auf jeden Berater in

den Niederlanden	110 Betriebe, ⁴⁾
Dänemark	175 Betriebe, ⁵⁾
der BRD	277 Betriebe.

-
- 1) Colin Clark, The fundamental problems of economic growth. "Weltwirtschaftliches Archiv". Zeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Hamburg, (1965), H. 94. S. 1 - 9. op.cit. H. Albrecht, Probleme der landwirtschaftlichen Beratung in Entwicklungsländern. "Offene Welt." Nr. 88. Weltagrarpolitik - Fundament der Entwicklungspolitik. Köln-Opladen. (1965). S. 219 - 225.
 - 2) vgl. H. Albrecht, a.a.O. S. 219 ff.
 - 3) Zu den Zahlenangaben des Abschnittes s. J.D. Lauenstein, a.a.O. S. 13 ff.
 - 4) Ohne 190 private Vereine für Betriebsberatung und Buchführung mit 37.000 Mitgliedern, die ein Viertel der LN Hollands bewirtschaften.
 - 5) Statistisches Jahrbuch ELF. a.a.O. Jg. 1968. Tab. 74.S.53

Berücksichtigt man, daß ein Berater maximal 200 Betriebe betreuen könnte, so wird dieses Verhältnis in keinem Bundesland der BRD erreicht. Von 1960 bis 1966 sank in der BRD die Zahl der Beratungskräfte, die auf der Kreisebene tätig waren, von 2874 auf 2673 und die Zahl der Beratungshilfskräfte von 8130 auf 5624.¹⁾

Bei höchstem Entwicklungsstand in Europa wendeten die Niederlande (1961) mit 46 hfl/haLN den höchsten Betrag der Welt für Ausbildung, Beratung und Forschung auf, davon allein 11 hfl/haLN für die staatliche Beratungsorganisation, deren Dienste von jedermann kostenlos beansprucht werden können.

Dagegen wurde in der BRD, bei einem seit 1938 regional z.T. stagnierenden landwirtschaftlichen Beratungswesen²⁾ 1963 mit nur 1,80 DM/haLN ein minimaler Betrag für die Betriebsberatung aufgewendet.

In Dänemark werden dagegen 70 v.H. der Personalkosten und sämtliche Sachkosten der hoch entwickelten Betriebs- und Wirtschaftsberatung vom Staat getragen.³⁾

Abgesehen von dem bedeutsamen Gesichtspunkt finanzieller und organisatorischer Förderung kann auch die leistungsfähigste Beratung nur durch den Menschen wirksam werden, an den sie sich wendet. Diese Abhängigkeit ist in der Landwirtschaft besonders eng, weil aufgrund der Familienarbeitsverfassung und angesichts des heute erreichten Standes der Arbeits-

1) Ebenda.

2) vgl. H.Hartan, Gedanken zur Entwicklung des landwirtschaftl. Ausbildungswesens in der Bundesrepublik. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. N.F. (1960) Bd. 38. S. 713 ff.

3) J.D.Lauenstein, a.a.O. S. 18 ff.

produktivität weitere Erfolge im wesentlichen nur noch durch die Verbesserung des dispositiven Faktors zu erzielen sind.¹⁾

Die Mängel des in der BRD uneinheitlichen und aufgesplitteten ländlichen Bildungswesens sind unbestritten.²⁾

Gemessen an den künftigen Anforderungen sind vor allem die kaufmännischen und betriebswirtschaftlichen Bildungsmöglichkeiten unzureichend. Deshalb bleibt eine verbesserte Ausbildung weiterhin das zentrale Problem der deutschen Landwirtschaft.³⁾

-
- 1) In 177 Betrieben Baden-Württembergs, deren äußere Strukturdaten weitgehend übereinstimmen und die alle der gleichen Betriebsgrößenklasse angehören, wurden 1965 die betriebsindividuell ermittelten Erfolgskennzahlen nach dem Ausbildungsstand des Betriebsleiters gruppiert. (Gruppe 1: ohne Fachausbildung, - Gruppe 2: landwirtschaftliche Fachschule bzw. Gehilfenprüfung, - Gruppe 3: abgeschlossene Meisterausbildung). Mit Unterschieden im Betriebseinkommen je AK von durchschnittlich 680,- DM zwischen Gruppe 1 und 2 und von 3.150,- DM zwischen Gruppe 1 und 3 wurde eine eindeutige Beziehung zwischen Ausbildung und Wirtschaftserfolg nachgewiesen. ("Badisches Landwirtschaftliches Wochenblatt" Nr. 37. (1965) S. 1967.)
 - 2) s.hierzu K.Lippmann, Die Berufsausbildung in der Landwirtschaft. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. N.F. Bd. 41. H.1. Jg. 1963. S. 143 ff. Sowie o.V., Die Berufsausbildung in der Landwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. AID - Land- und Hauswirtschaftlicher Auswertungs- und Informationsdienst, im Auftrag des BML. Bad Godesberg o.J. S. 22 ff, sowie o.V. Struktur- und Investitionspolitik, soziale Sicherung und geistige Förderung der Landwirte. Hrsg. Wissenschaftlicher Beirat beim BML. Hilstrup 1966, sowie H.Hartan, a.a.O. S.713 ff.
 - 3) Z. Frhr.von Wilmowsky, Rückblickend möchte ich sagen ... Oldenburg/Hamburg 1961. S. 138 und 142. op. cit.: J.D.Lauenstein, a.a.O. S. 20.

A u s b l i c k

Die Landwirtschaft ist vor allem in hochindustrialisierten Ländern erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen unterworfen. Nach einer Periode auf Autarkie gerichteter Wirtschaftspolitik und dem Umschwung zum Käufermarkt stellt sich das Problem der Anpassung für die landwirtschaftlichen Betriebe in der BRD besonders dringlich. Nur durch zusammengefaßte und aufeinander abgestimmte Maßnahmen - zu denen die Agrarkreditinstitute aufgrund ihrer traditionellen Geschäftstätigkeit und ihres fachlichen und organisatorischen Entwicklungsstandes besonders befähigt sind - ist angesichts des steigenden Kapitalbedarfs und der zunehmenden wirtschaftlichen Risiken die Integration der Landwirtschaft in die wachsende Volkswirtschaft zu erreichen.

In diesem Prozeß ist der bäuerliche Familienbetrieb unverändert bis in die Gegenwart als Leitbild der Agrarpolitik gefordert worden, ¹⁾ doch zeigt sich immer deutlicher, daß die wirtschaftlichen und sozialen Merkmale, die diesen Betrieb kennzeichnen, zunehmend der schnellen Entwicklung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Daten unterworfen sind.

Dieser Wandlungsprozeß wird künftig noch stärker als bisher von der zunehmenden Konkurrenz der EWG-Partnerländer und von dem Übergang wichtiger agrarpolitischer Kompetenzen auf die Instanzen der Gemeinschaft bestimmt werden. Damit ändern sich zugleich die Voraussetzungen, unter denen der

1) EWG Dokumente Stresa. a.a.O. S.227 - 230, insbes.S.229.
Sowie: "Bulletin". a.a.O. Nr.132.Bonn.Jg.1967.S. 1118.

Agrarkredit als Instrument der betrieblichen Anpassung einzusetzen ist.

Bereits heute, am Ende der Übergangszeit in den Gemeinsamen Markt für Agrarprodukte, kann es nicht länger das Ziel sein, die Produktionsmenge zu steigern. Ein hoher Selbstversorgungsgrad mit landwirtschaftlichen Produkten in der EWG und der wachsende Konkurrenzdruck zwingen den Einzelbetrieb, alle Möglichkeiten zu nutzen, seine Kosten zu senken und die Produktion den Anforderungen des Marktes anzupassen. Der optimale Einsatz der Produktionsfaktoren, vor allem des Kapitals, erfordert künftig stärker als bislang die überbetriebliche Zusammenarbeit der Betriebe, sowohl im Produktions- wie im Absatzbereich.

Aus dem EWG-Vertrag ergibt sich für die einzelstaatliche Agrarpolitik die Notwendigkeit, die traditionellen preis- und einkommenspolitischen Maßnahmen zugunsten der Strukturpolitik und der Rationalisierung von Produktion und Absatz aufzugeben. Schließlich ist damit zu rechnen, daß die für agrarpolitische Maßnahmen verfügbaren Bundesmittel künftig eingeschränkt werden müssen. ¹⁾

Damit ändern sich auch die wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen Kapital und Kredit im Einzelbetrieb einzusetzen

1) Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung ist für die Landwirtschaft eine Reduzierung von 5,4 Mrd. DM im Jahr 1966 (ohne Investitionshilfe) bis auf 4,5 Mrd. DM im Jahr 1971 vorgesehen. ("Bulletin". a.a.O. Nr. 132. Bonn 1967. S. 1117.)

sind. Auch wenn die wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten voll genutzt werden, ist nicht damit zu rechnen, daß sich die gegenwärtige Zahl landwirtschaftlicher Betriebe im nationalen Bereich erhalten läßt. Mit fortschreitender Produktivitätssteigerung wird sich das bereits bestehende Überangebot an landwirtschaftlichen Erzeugnissen noch weiter verstärken; zugleich wird durch die supranationale Arbeitsteilung ein Selektionsprozeß ausgelöst, der durch die günstigere Produktions- und Marktstruktur in den Partnerländern für die landwirtschaftlichen Betriebe der BRD noch zusätzlich verschärft wird.

Bezeichnend für den Strukturwandel und die Stellung der Landwirtschaft in einer hochindustrialisierten Volkswirtschaft seien die wesentlichen Daten der BRD denen der USA gegenübergestellt: ¹⁾

In den USA belief sich 1965 der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an den zivilen Erwerbspersonen auf 6 v.H. (in der BRD auf 11 v.H.) und der Anteil der Landwirtschaft am Brutto-Inlandsprodukt zu Faktorpreisen auf 3,6 v.H. (BRD 5,3 v.H.).

Im Jahr 1965 entfielen in den USA nur 22,9 v.H. (in der BRD 35,6 v.H.) des privaten Verbrauchs auf Nahrungs- und Genußmittel; dabei ist der Selbstversorgungsgrad der USA mit landwirtschaftlichen Produkten und der Exportanteil der amerikanischen Landwirtschaft höher als in der BRD.

1) Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Statistische Grundzahlen der Gemeinschaft. a.a.O. Brüssel 1966. S. 24, 36, 41.

Die Betriebe in den USA produzierten auf einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 134 ha LN, während die Betriebsgröße in der BRD, trotz des großen Aufwandes für die Flurbereinigung, von durchschnittlich 7 ha LN (1949) nur auf 9 ha LN (1966) gesteigert werden konnte. ¹⁾

Die Richtung, in der die Entwicklung in der Zukunft verstärkt verlaufen wird, zeigt sich in der BRD darin, daß die seit 1949 ausgeschiedenen 516 000 Betriebe nahezu ausschließlich der Betriebsgröße unter 10 ha LN angehörten; 1966 wurden erstmalig auch Betriebe der Größenklasse von 10 bis 20 ha LN in nennenswertem Umfang aufgegeben. ²⁾

Die Aufstockung von Grenz- und Vollerwerbsbetrieben zu rationellen Wirtschaftseinheiten hängt in der BRD davon ab, daß weitere Betriebe die landwirtschaftliche Erzeugung einschränken oder ganz einstellen.

Kapital und Kredit werden als Einflußfaktoren betrieblicher Anpassung künftig eine noch größere Rolle spielen als bisher. Die mit dem Strukturwandel der Betriebe verbundenen Finanzierungsrisiken werden sich nur dann begrenzen lassen, wenn das betriebliche Rechnungswesen in der Landwirtschaft ganz wesentlich verbessert wird. Überbetriebliche Zusammenarbeit und kurzfristige Veränderungen der Marktlage stellen darüber hinaus hohe und wachsende Anforderungen an die betriebswirtschaftliche Ausbildung und an das Leistungsvermögen des Betriebsleiters.

1) Grüner Bericht, a.a.O. Jg. 1967. S.39.

2) Grüner Bericht, a.a.O. Jg. 1967. S.38.

Durch technische, biologische und agrarchemische Fortschritte wird - vor allem in der Veredelung - der naturbedingte Produktionsrhythmus teilweise aufgehoben. Dadurch lässt sich die bisher oft ungünstige zeitliche Verteilung von Einnahmen und Ausgaben wesentlich verbessern; landwirtschaftliche Spezialbetriebe unterscheiden sich in diesem Punkt bereits heute nicht mehr von gewerblichen Unternehmen.

Der steigende Bedarf an Sachkapital und die Notwendigkeit, die Betriebsorganisation schnell umzustellen, erhöhen die Nachfrage nach mittelfristigen Finanzierungsmitteln. Damit werden die Grenzen zwischen den kurzfristigen und den, bisher für den Agrarkredit typischen, extrem langfristigen Laufzeiten verwischt. Der Wandel der Betriebsstruktur wird dazu führen, daß die Kreditbewilligungen zahlenmäßig zurückgehen, während der Betrag des Einzelkredites weiter ansteigen wird.

Unter dem Einfluß des Strukturwandels verschwimmen die traditionellen Unterschiede zwischen der Landwirtschaft und den übrigen Wirtschaftszweigen. Da der Agrarkredit von den wirtschaftlichen Veränderungen in der Landwirtschaft nicht zu trennen ist, werden " noch bestehende Besonderheiten des Agrarkredits an Bedeutung verlieren und früher oder später völlig verschwinden. Der Agrarkredit büßt mehr und mehr seine Eigenständigkeit innerhalb der Kreditwirtschaft ein." ¹⁾

Tendenziell wird sich der landwirtschaftliche Kredit dem gewerblichen Kredit annähern, so daß sich die Vorteile der bisher hochspezialisierten Institute verringern und diese

1) G.Noell, Die Sonderstellung des Agrarkredits in der Kreditwirtschaft und ihre Gründe.- Generalbericht auf dem IV. Weltkongress für Landwirtschaftskredit vom 15.-18. Mai 1967 in Zürich. Sonderdruck. Frankfurt/L. 1967.S.14.

Institute stärker als bisher der Konkurrenz des übrigen Banksektors ausgesetzt sein werden. Von dem Anpassungsprozeß werden sie umso stärker betroffen werden, je höher der Anteil von Agrarkrediten an ihrem Gesamtgeschäft ist.

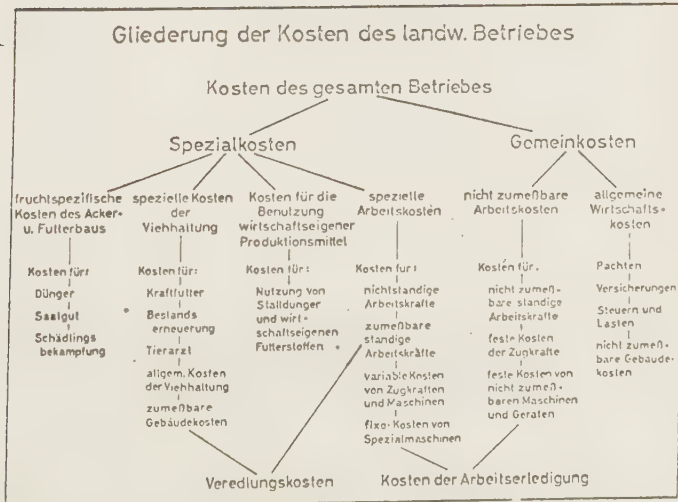
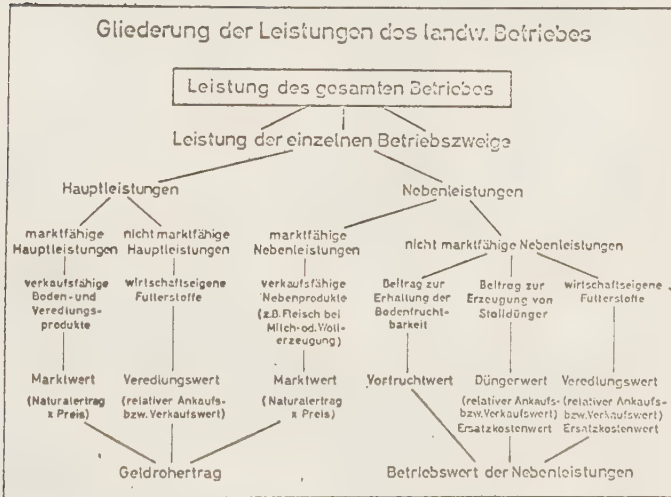
Die Agrarkreditinstitute werden im Wettbewerb nur dann bestehen können, wenn es ihnen gelingt, ihr Leistungssortiment zu erweitern; dazu gehört vor allem ihre Fähigkeit, Spareinlagen nichtlandwirtschaftlicher Bevölkerungskreise heranzuziehen.

Wann der Prozeß der Anpassung der westdeutschen Landwirtschaft an die Erfordernisse einer von Technik, Spezialisierung, Arbeitsteilung und Rationalität geprägten Wirtschaftsverfassung zu einem ersten Abschluß gelangt sein wird, ist zeitlich nicht zu bestimmen. Der Anpassungsprozeß beschränkt sich nicht nur auf die Übernahme neuer Betriebstechniken und die Substitution des Produktionsfaktors Arbeit durch den Faktor Kapital; darüber hinaus müssen auch traditionsverhaftete Wertvorstellungen und Normen aufgegeben werden, soweit diese den Zugang zu einem zeitgemäßen Betriebsverständnis versperren.

Die Methoden moderner Betriebsführung sind das Ergebnis einer veränderten Wirtschaftsgesinnung. Der Durchbruch zu ihr ist zugleich ein tiefgreifender soziologischer Prozeß, dem die Landwirtschaft mit einer Verzögerung von fast einem Jahrhundert gegenüber dem industriell-gewerblichen Bereich unterworfen ist.

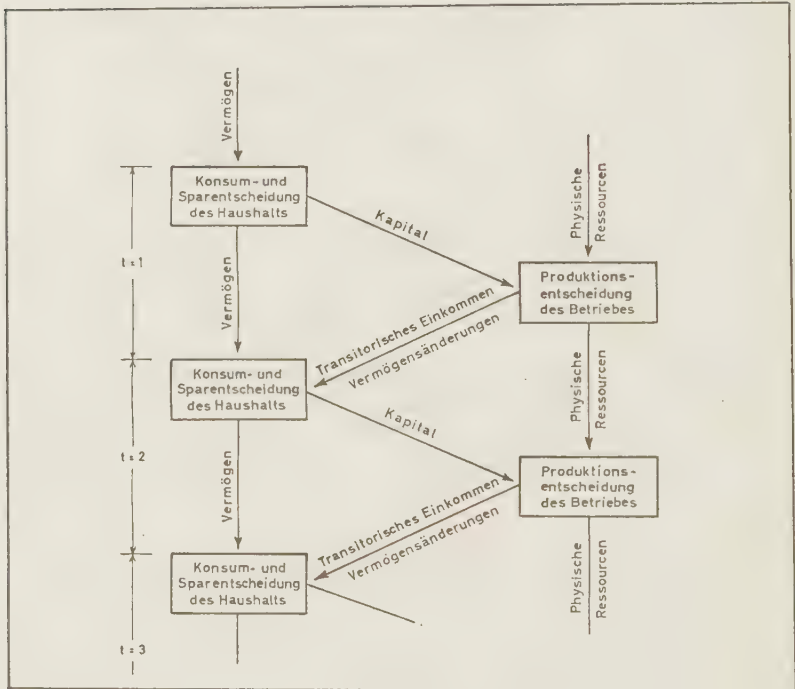
Schaubild 1

Gliederung der Leistungen und der
Kosten des landwirtschaftlichen Betriebes ¹⁾



1) Quelle: G. Weinschenck, Die optimale Organisation des landwirtschaftlichen Betriebes. Hamburg u. Berlin 1964. S. 56.

Schaubild 2

Dynamische Koppelung von Betrieb und Haushalt ¹⁾

- 1) Quelle: Th. Heidhues, Dynamik der Anpassung in der Landwirtschaft. In: Landwirtschaftliche Marktforschung in Deutschland. München, Basel u. Wien o.J. S.94.

Tabelle 1

Preisindex landwirtschaftlicher Erzeugnisse
in Deutschland ¹⁾
 von 1850 bis 1938
 (in v.H. 1913 = 100)

Jahr	Index	Jahr	Index
1850	45	1925	130
1900	73	1933	83
1913	100	1938	104

Tabelle 2

Preisindex landwirtschaftlicher Investitionen
in Gebäuden, Maschinen, Geräte, Vieh und Vor-
räten in Deutschland ²⁾
 von 1851 bis 1938
 (in v.H. 1913 = 100)

Jahr	Index	Jahr	Index
1851	300	1925	123
1900	79	1933	80
1913	100	1938	117

1) Quelle: W.G.Hoffmann, Das Wachstum der Deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. (zit.als: Wachstum). Berlin-Heidelberg-New York 1965. 200. 147. S. 561 - 562.

2) Quelle: Errechnet aus W.G.Hoffmann, Wachstum. a.a.O. Tab. 31 und 32. S. 236 - 237.

Tabelle 3

Kaufkraftvergleich zwischen landwirtschaftlichen
Produkten und Mineraldünger in Deutschland ¹⁾

von 1900/04 - 1950/51

Aus dem Erlös aus 1 dz GE ^{a)} landw. Produkte konnte man Volldüngungseinheiten ^{b)} kaufen.			
Zeitraum	Einheiten	Zeitraum	Einheiten
1900/04 ^{c)}	8,9	1935/38	18,4
1909/13	10,0	1950/51	22,6
1926/30	16,3		
a) Preis je dz GE = gewogenes Mittel aus Getreide-, Hackfrucht-, Schlachtvieh- und Milchpreisen b) eine Volldüngungseinheit = 1 kg N + 1 kg P₂O₅ + 1,5 kg K₂O c) Reichsgebiet, ab 1950 Bundesrepublik			

1) Quelle: E. Woermann, Betrieb. a.a.O. S. 208.

Tabelle 4

Die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher
Produkte und die Einkaufspreise land-
wirtschaftlicher Betriebsmittel in
Deutschland und in der BRD ¹⁾
1938/39, 1950/51 bis 1965/66
 (in v.H.)

Wirtschafts- jahr	Index der -Erzeuger- preise landw.Pro- dukte a)	Index der Einkaufs- preise landw. Be- triebsmit- tel a)	Erzeugerpreise in v.H. der Einkaufspreise
1938/39	60	61	99
1950/51	100	100	100
1953/54	112	115	97
1956/57	127	121	105
1959/60	100	93	108
1960/61	95	94	101
1961/62	99	97	102
1962/63	101	100	101
1963/64	104	103	101
1964/65	107	104	103
1965/66	114	108	106
a) Bis 1957/58 Originalbasis 1950/51 = 100. Ab 1957/58 Durchschnitt 1961/62 - 1962/63 = 100			

1) Quelle: Zusammengestellt und errechnet aus:
 Statistisches Jahrbuch ELF. a.a.O. Jg. 1957.
 Tab. 346. S. 352. u. Jg. 1966/67. Tab. 346.

Tabelle 5

Durchschnittliches jährliches Arbeitseinkommen
und Preisindex des Kapitalbestandes in der
Landwirtschaft Deutschlands ¹⁾

1850 - 1939

(in Mark und auf der Basis 1913 = 100)

Jahr	durchschnittliches Arbeitseinkommen p.a. i.d.Landwirtschaft Index Mark 1913 = 100		Preisindex des Kapital- bestandes ^{a)} 1913 = 100
1850	245	36	65
1870	350	51	77
1890	417	61	82
1900	511	75	86
1913	682	100	100
1925	922	136	151
1930	1309	192	148
1933	954	140	106
1939	1070	158	118

a) Gebäude, Maschinen, Geräte, Vieh, Vorräte

1) Quelle: Zusammengestellt und errechnet aus
W.G.Hoffmann, Wachstum. a.a.O. Tab.119.
S. 492 ff. u. Tab.29 u.30. S. 229 ff.

Tabelle 6

Die Einkaufspreise
landwirtschaftlicher Betriebsmittel
und die Löhne in der BRD ¹⁾
 1950/51 bis 1965/66
 (1962/63 = 100 v.H.)

Wirt- schafts- jahr	Landwirtschaftliche Betriebs- mittel a)			Landwirtschaftl. Gesamtlöhne b)
	landw. Herkunft	gewerbl. Herkunft	Betriebs- mittel insgesamt	
1950/51			73	41
1953/54			83	52
1956/57			87	64
1959/60	97	91	93	78
1960/61	94	94	94	83
1961/62	96	97	97	95
1962/63	100	100	100	105
1963/64	102	103	103	114
1964/65	103	105	104	126
1965/66	109	108	108	138
a) 1962/63 = 100 b) einschließlich Kost und Wohnung; 1962 = 100				

1) Quelle: Statistisches Bundesamt und BML. In:
 Statistisches Jahrbuch d.F. a.a.O.
 Jg. 1965. Tab. 358. 3. 12. und Jährlicher
 Bericht. a.a.O. 1967. S. 65.

Tabelle 7

Die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher
Produkte in Deutschland ¹⁾

1850 bis 1938
 (1913 = 100 v.H.)

Jahr	pflanzliche Produkte	Fleisch	sonstige tierische Produkte	insgesamt
1850	51,5	36,4	44,2	44,7
1870	79,6	55,6	70,1	69,1
1880	101,8	63,6	78,7	81,3
1890	88,3	71,5	85,4	81,3
1900	82,8	65,1	73,7	73,2
1913	100,0	100,0	100,0	100,0
1925	123,5	115,2	159,4	130,0
1930	114,5	114,3	119,6	115,8
1933	96,8	64,1	96,7	83,3
1938	123,8	84,8	114,7	104,2

1) Quelle: W.G.Hoffmann, Wachstum. a.a.O. Tab.137.
 S.561 ff.

Tabelle 8Die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produktein der BRD ¹⁾

1938/39 bis 1965/66

(Durchschnitt 1961/62 bis 1962/63 = 100 v.H.)

Wirt- schafts- jahr	pflanzliche Produkte darunter			tierische Produkte darunter			ins- ge- samt
	Getreide u. Hülsen- früchte	Hack- früchte	ins- ge- samt	Schlacht- vieh	Milch	ins- ge- samt	
1938/39	48	41	46	40	44	44	45
1950/51	77	56	63	87	71	81	75
1958/59	100	97	91	102	94	99	98
1959/60	99	109	101	101	96	99	100
1960/61	99	85	83	102	94	100	95
1961/62	99	103	100	101	98	99	99
1962/63	101	97	100	99	102	101	101
1963/64	99	81	89	110	108	109	104
1964/65	100	110	99	111	111	110	107
1965/66	101	121	108	119	113	116	114

1) Quelle: Statistisches Bundesamt und BML. In: Statistisches Jahrbuch ELF. a.a.O. Jg. 1965. Tab. 351. S. 225. Und Grüner Bericht. a.a.O. Jg. 1967. Tab. 30. S. 198.

Tabelle 9

Die Zahl der in der Landwirtschaft ^{a)} Beschäftigten
in Deutschland und in der BRD ¹⁾

1849 - 1959

(in 1000 und in v.H. der insgesamt Beschäftigten)

Jahr	in der Land- wirtschaft Beschäftigte in 1000	Anteil der Land- wirtschaft an den Beschäftigten ca. in v.H.	Beschäftigte insgesamt in 1000
1849	8 298	56	14 813
1861	8 253	52	15 967
1880	9 565	49	19 638
1890	9 565	43	22 372
1900	9 754	39	25 548
1913	10 701	34	30 968
1925	9 778	32	31 033
1930	9 310	32	30 483
1939	10 855	27	39 680
1950	4 973	24	20 459
1959	3 798	15	25 189
a) einschließlich Forsten und Fischerei			

1) Quelle: Zusammengestellt und errechnet aus
W.G.Hoffmann, Wachstum. a.a.O.Tab.20.S.204 ff.

Tabelle 10 Die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in den Betrieben über 0,5 ha LN und ihren Haushaltungen in der BRD ¹⁾ 1939 - 1964/65
(in 1.000 AK)

Wirtschaftsjahr	Familien- Arbeitskräfte		Lohn- Arbeitskräfte	
	ständige	nicht- ständige	ständige	nicht- ständige
1939	4.433	1.180	55	360
1950/51	4.380	1.180	766	450
1952/53	4.090	1.240	83	470
1954/55	3.760	1.360	579	500
1956/57	3.423	1.522	527	521
1958/59	3.201	1.419	440	454
1960/61	3.006	1.203	427	486
1961/62	2.930	1.261	430	477
1962/63	2.866	1.209	474	462
1963/64	2.777	1.302	47	485
1964/65	2.300	950	39	429

1) Quelle: Statistisches Bundesamt in Grüner Bericht.
a .a.O. Jg.1965.S.37. u. Jg.1966.S. 42.

Tabelle 11

Landwirtschaftliche Betriebe und Nutzfläche nach Größ-
senklassen auf dem Gebiet der BRD ^{a) 1)} 1882 - 1960
(absolut u. in v.H. aller landwirtschaftlicher Betriebe)

Größen- klasse ha LN	1882	1895	1907	1925	1939	1949	1960	1965
	Anzahl der Betriebe (in 1000)							
	ab- solut v.H.	ab- solut v.H.	ab- solut v.H.	ab- solut v.H.	ab- solut v.H.	ab- solut v.H.	ab- solut v.H.	ab- solut v.H.
2-5	621 48	623 47	623 47	631 48	561 41	544 41	384 33	317 30
5-10	340 26	354 27	374 28	378 28	411 31	401 31	343 30	290 28
10-20	210 16	213 16	216 16	209 16	253 19	255 19	286 25	290 28
20-50	117 9	113 9	104 8	93 7	114 8	112 8	123 11	134 12
50-100	17 1	16 1	13 1	11 1	13 1	12 1	14 1	14 1
über 100	4 -	4 -	3 -	3 -	3 -	3 -	3 -	3 -
Insgesamt	1309	1323	1333	1325	1355	1327	1153	1048

	Landwirtschaftliche Nutzfläche (in 1000 ha)											
	ab- solut	v.H.	ab- solut	v.H.	ab- solut	v.H.	ab- solut	v.H.	ab- solut	v.H.	ab- solut	v.H.
2-5	2017	16	2019	16	2040	17	2055	18	1869	14	1807	14
5-10	2389	19	2465	20	2625	21	2626	23	2899	22	2840	22
10-20	2940	23	2967	24	3022	25	2877	25	3494	27	3525	28
20-50	3440	27	3298	26	3071	25	2658	23	3308	25	3245	25
50-100	1100	9	1006	8	859	7	710	6	872	7	823	6
über 100	710	6	729	6	639	5	591	5	665	5	561	5
Insgesamt	12596		12484		12256		11517		13107		12801	

a) ohne Saarland und Berlin

- 1) Quelle: Bis einschließlich 1949: Statistisches Amt der EWG. a.a.O. Agrarstatistik Nr.10.Jg.1960. Für 1960 u.1965: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland.a.a.O. Jg.1966.S.174.

Tabelle 12 Die landwirtschaftlichen Betriebe nach Größenklassen ihrer LN in der BRD ¹⁾ 1949 - 1965
(absolut u. in v.H. aller landwirtschaftlichen Betriebe)

Gliederung	0,5 bis 2 ha LN	2 bis 5 ha LN	5 bis 10 ha LN	10 bis 20 ha LN	20 bis 50 ha LN	50 bis 100 ha LN	100 und mehr ha LN	ins- gesamt
<u>A) Zahl der Betriebe in 1000</u>								
1949	598	554	404	256	112	13	3	1940
1960	463	387	343	287	122	14	3	1618
1964	408	339	305	290	131	14	3	1490
1965	393	322	292	292	135	14	3	1452
<u>Veränderung (± 1000)</u>								
1965 zu 1949 - 205	- 232	- 111	+ 36	+ 23	+ 2	0	- 488	
1965 zu 1960 - 70	- 65	- 51	+ 6	+ 13	+ 1	0	- 166	
1965 zu 1964 - 15	- 17	- 13	+ 2	+ 4	0	0	- 39	
<u>$\pm$ in Prozent</u>								
1965 zu 1949 - 34	- 42	- 28	+ 14	+ 20	+ 14	- 8	- 25	
1965 zu 1960 - 15	- 17	- 15	+ 2	+ 11	+ 5	+ 4	- 10	
1965 zu 1964 - 4	- 5	- 4	+ 1	+ 3	+ 2	+ 6	- 3	
<u>B) Verteilung in Prozent</u>								
1949	30,9	28,5	20,8	13,2	5,8	0,6	0,2	100
1960	28,8	23,9	21,1	17,7	7,5	0,8	0,2	100
1963	27,4	23,1	20,8	19,4	8,2	0,9	0,2	100
1964	27,0	22,9	20,6	19,7	8,7	0,9	0,2	100

1) Quelle: Grüner Bericht. a.a.O. Jg.1965. S.34. u. Jg. 1966. S.37. Geringe Abweichung durch Runden der Zahlen.

Tabelle 13 Die Nahrungsmittelproduktion in der BRD a) 1)

1935/36 bis 1964/65

(in Mill.t.GE und in v.H.)

Wirtschaftsjahr	Mill. t Getreideeinheiten			Index 1935/36 - 1938/39 = 100			Nahrungsmittelproduktion insges. = 100	
	pflanzlich	tierisch	insges.	pflanzlich	tierisch	insges.	pflanzlich	tierisch insges.
Ø 1935/36-1938/39 (einschl. Saarland)	7,78	25,39	33,17	100	100	100	23	77
1948/49	8,53	17,40	25,93	111	69	79	33	67
1950/51	9,05	24,98	34,03	117	99	103	27	73
1952/53	9,46	27,40	36,86	123	109	112	26	74
1954/55	9,93	30,08	40,01	129	119	122	25	75
1956/57	9,62	31,50	41,12	125	125	125	23	77
1958/59	11,68	33,79	45,47	152	134	138	26	74
1960/61	12,64	36,78	49,42	162	145	149	26	74
1962/63	10,59	39,33	49,92	136	155	151	21	79
1963/64	12,18	40,50	52,68	157	160	159	23	77
1964/65	12,08	41,55	53,63	155	164	162	23	77

a) Incl. der Erzeugung aus Futtermittelleinfuhr u. der Erzeugnisse für gewerbliche Verarbeitung.

1) Quelle: "Agrarwirtschaft", Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung (cit. als "Agrarwirtschaft") Jg. 1964. S. 37. u. Jg. 1966. S. 56

Tabelle 14

Die Verkaufserlöse der Landwirtschaft in der BRD¹⁾

1935/36 bis 1964/65

(in Mill. RM/DM, in laufenden Preisen und in v.H.)

Wirtschaftsjahr	Mill. RM / DM		Index 1950/51 = 100		Verk. Erlöse insges. = 100	
	Pflanzl. tierische Erzeugnisse	insges.	Pflanzl. tierische Erzeugnisse	insges.	Pflanzl. tierische Erzeugnisse	insges.
1935/36 - 1938/39	1.647	3.561	5.208		32	68
1950/51	2.869	6.545	9.414	100	51	69
1952/53	4.006	8.371	12.377	140	32	68
1954/55	4.121	9.708	13.829	144	30	70
1956/57	4.371	11.209	15.660	152	29	72
1958/59	5.256	13.200	18.516	163	28	72
1960/61	5.420	14.752	20.172	189	27	73
1962/63	5.692	15.142	20.937	198	25	75
1963/64	5.931	15.711	21.578	202	24	76
1964/65	6.001	16.516	23.200	214	24	76

*) 1959/60 incl. 3. Land

1) Quelle: "Landwirtschaft" Zeit schrift für Betriebswirtschaft und Statistik, Bonn.

Jah. 1964, 1962 und 1966 v. G. 60.

Tabelle 15 Die landwirtschaftlichen Verkaufserlöse und ihre
Verwendung in der BRD ¹⁾ 1951/52 - 1964/65
(in Mill DM)

Wirtschaftsjahr	Verkaufserlöse	Barausgaben insgesamt ^{a)}	Restbetrag ^{b)}	Lohnanspruch ^{c)}
1951/52	12 077	9 498	2 579	2 570
1952/53	12 377	9 862	2 515	2 610
1953/54	13 186	10 252	2 934	2 790
1954/55	13 829	11 430	2 399	3 355
1955/56	14 965	11 349	3 616	3 150
1956/57	15 660	12 231	3 429	3 400
1957/58	17 388	13 128	4 260	3 700
1958/59	18 516	13 700	4 816	3 950 ^{d)}
1959/60	19 319	14 892	4 427	4 820
1960/61	20 172	15 260	4 912	5 840
1961/62	20 467	16 465	4 002	6 180
1962/63	22 735	16 934	5 801	6 740
1963/64	24 573	17 510	7 068	7 776
1964/65	25 711	19 358	6 353	8 022

- a) Summe der baren laufenden Betriebsausgaben (einschl. Ersatzbeschaffungen), Nettoinvestitionen, Persönliche Steuern, Lastenausgleichsabgabe.
- b) Differenzbetrag zwischen Verkaufserlösen und Barausgaben insgesamt.
- c) Baranteil des Lohnansatzes für Familienarbeitskräfte.
- d) Vorschätzung aus 1958.

1)

Quelle: Zusammengestellt aus "Agrarwirtschaft" Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung. Tabellen und Erläuterungen in:

Jhg. 1956. Übersicht 23. S.15; Jhg.1957.Übers.23
 " 1958. Übersicht 27. S.49; " 1959.Übers.26
 " 1960. Übersicht 26. S.53; " 1962.Übers.26
 " 1964. Übersicht 26. S.52; " 1965.Übers.24
 " 1966. Übersicht 23. S.67;

Tabelle 16

Die Entwicklung der baren Betriebsausgaben der
Landwirtschaft in der BRD ¹⁾ 1938/39 - 1965/66
(in Mill RM/DM u. in v.H.)

Jahr	Barlöhne einschl. Soz.Vers.	Mündliche Betriebs- mittel	Betriebs- steuern	Schuld- zinsen	Insgesamt
<u>Mill. RM / DM</u>					
1938/39	792	2.497	270	273	3.832
1950/51	1.384	5.027	499	185	7.095
1952/53	1.615	6.432	550	273	8.870
1954/55	1.709	7.798	571	373	10.451
1956/57	2.010	8.916	410	530	11.866
1958/59	1.865	10.514	422	592	13.393
1960/61 a)	1.594	12.221	409	731	14.985
1962/63	1.742	13.663	465	799	16.669
1963/64	1.761	14.180	476	842	17.259
1964/65	1.818	15.873	494	919	19.104
1965/66 b)	1.863	17.427	520	990	20.800
<u>1950/51 = 100</u>					
1952/53	117	128	110	148	125
1954/55	123	155	114	202	147
1956/57	145	177	82	286	167
1958/59	135	209	85	320	189
1960/61 a)	115	243	88	395	211
1962/63	126	272	93	430	235
1963/64	127	282	95	455	243
1964/65	131	316	99	497	269
1965/66 b)	135	347	104	535	293
<u>AUSGABEN insgesamt = 100</u>					
1938/39	21	65	7	7	100
1950/51	20	71	7	2	100
1952/53	18	73	6	3	100
1954/55	16	75	5	4	100
1956/57	17	75	4	4	100
1958/59	14	79	3	4	100
1960/61 a)	11	81	3	5	100
1962/63	10	82	3	5	100
1963/64	10	82	3	5	100
1964/65	9	83	3	5	100
1965/66 b)	9	84	2	5	100
a) ab 1959/60 incl. Saarland					
b) Vorschätzung.					

Quelle: "Agrarwirtschaft" Zeitschrift für Betriebswirtschaft u. Marktforschung
Jahrgang 15. 1966. S. 62.

Tabelle 17 Schema der Aufwands- und Ertragsgrößen ¹⁾

(Effektivrechnung gem. § 4 LwG)

Bare Betriebseinnahmen	Barer Sachaufwand (ohne Ausgaben für Neubauten und größere Maschinen)
Unbare Leistungen:	Unbarer Sachaufwand:
Wert des Mehrbestandes an Vieh und Vorräten	Wert des Minderbestandes an Vieh und Vorräten
Wert des Eigenverbrauchs an Betriebserzeugnissen zu Erzeugerpreisen	Abschreibungen
Mietwert der Wohnung	Betriebssteuern und Lasten
Wert des Naturallohnes an Betriebserzeugnissen zu Erzeugerpreisen	
= Betriebsertrag	= Sachaufwand (bar und unbar)
	<u>einschließlich Betriebssteuern</u>
Betriebseinkommen	= Betriebsertrag abzüglich: Sachaufwand einschließlich Betriebssteuern
Arbeitseinkommen	= Betriebseinkommen abzüglich: Zinsansatz des Aktivkapitals
Roheinkommen	= Betriebseinkommen abzüglich: Fremdlöhne einschließlich der Beiträge zu Sozial- und Unfallversicherung, Betriebshaushalt und Wert des Naturallohnes
Reinertrag	= Roheinkommen (Familieneinkommen) abzüglich: Lohnansatz für den Betriebsinhaber und seine mitarbeitenden nichtentlohnten Familienangehörigen (einschließlich Betriebsleiterzuschlag)

1) Quelle: Grüner Bericht. a.a.O. Jg.1966. S.8.

Tabelle 18

Die Entwicklung der effektiven Betriebsergebnisse
(Buchführungsergebnisse der landwirtschaftlichen
Testbetriebe) in Nordwestdeutschland, Süddeutsch-
land und in der gesamten BRD ¹⁾ 1956/57 - 1964/65
 (in DM/ha LN, AK/100 ha/LN und DM/AK)

Gliederung	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61	1961/62	1962/63	1963/64	1964/65
<u>Betriebsertrag, DM/ha LN</u>									
Nordwestld.	1604	1814	1936	2011	2073	2115	2319	2561	2782
Süddeutschld.	1454	1570	1681	1804	1886	1961	2142	2376	2486
Bundesgebiet	1525	1683	1800	1900	1974	2034	2226	2464	2624
<u>Betriebseinkommen, DM/ha LN</u>									
Nordwestld.	671	786	810	786	868	754	870	992	1071
Süddeutschld.	686	732	791	817	874	811	925	1025	989
Bundesgebiet	679	757	798	805	871	784	899	1009	1028
<u>Reinertrag, DM/ha LN</u>									
Nordwestld.	96	150	165	141	191	83	189	286	323
Süddeutschld.	77	51	102	111	119	37	121	177	72
Bundesgebiet	89	96	134	123	164	58	153	229	189
<u>Vollarbeitskräfte-Besatz, AK/100 ha LN</u>									
Nordwestld.	16,3	15,9	15,4	14,6	13,9	12,5	11,8	11,4	10,7
Süddeutschld.	19,5	18,6	18,0	17,4	17,1	15,8	15,3	15,0	13,9
Bundesgebiet	18,0	17,2	16,8	16,0	15,6	14,3	13,6	13,3	12,4
<u>Betriebseinkommen, DM/Vollarbeitskraft</u>									
Nordwestld.	4117	4943	5260	5384	6245	6032	7373	8702	10009
Süddeutschld.	3518	3935	4394	4695	5111	5133	6046	6833	7115
Bundesgebiet	3772	4401	4750	5031	5583	5483	6610	7586	8290
<u>Arbeitseinkommen, DM/Vollarbeitskraft</u>									
Nordwestld.	3074	3799	4071	4110	4878	4432	5619	6763	7701
Süddeutschld.	2692	2989	3411	3655	4018	3810	4699	5387	5403
Bundesgebiet	2850	3395	3696	3869	4378	4049	5096	5940	6339

Quelle:

Güner Bericht 1966. a.a.O.
 zusammengestellt aus der Tab.S.98.

Tabelle 19

Die Ertrags- und Einkommenslage der Landwirtschaft
in der BRD ¹⁾ (Ergebnisse der Vergleichsrechnung
gem. §4 LWG) 1956/57 - 1963/64 (in v.H. der Betriebe)

A. Der Vergleichsertrag in v.H. des Vergleichsaufwandes (VE u.VA)
(in v.H. der LN der Betriebe mit 5 und mehr ha LN)

	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61	1961/62	1962/63	1963/64
VE = 100 v.H. VA	2,8	6,4	7,1	6,0	6,9	1,5	6,8	14,8
VE = 90-100 v.H. VA	20,9	30,0	35,6	35,1	42,6	26,1	35,6	40,7
VE = 80-90 v.H. VA	60,1	55,8	53,4	53,1	38,4	58,7	47,3	39,5
VE = 0-80 v.H. VA	16,2	7,8	3,9	5,8	12,1	13,7	10,3	5,0

B. Betriebseinkommen, Vergleichslohn und Verzinsung des Aktivkapitals
(in v.H. der LN der Betriebe mit 5 und mehr ha LN)

Kriterium A ^{a)}	2,8	6,4	7,1	6,0	6,9	1,5	6,8	14,8
Kriterium B ^{b)}	15,2	22,9	24,0	23,4	29,8	18,3	25,3	31,9
Kriterium C ^{c)}	52,9	56,4	59,3	51,8	43,7	45,5	46,1	36,8
Kriterium D ^{d)}	29,1	14,3	9,6	18,8	19,6	34,7	21,8	16,5

- a) Kriterium A = Gewerblicher Vergleichslohn (einschl. Betriebsleiterzuschlag) voll gedeckt, Kapitalverzinsung 3 1/3 v.H. und mehr.
- b) Kriterium B = Gewerblicher Vergleichslohn (einschl. Betriebsleiterzuschlag) voll gedeckt, Kapitalverzinsung unter 3 1/3 v.H. des Aktivkapitals.
- c) Kriterium C = Gewerblicher Vergleichslohn (einschl. Betriebsleiterzuschlag) zu 80 bis unter 100 v.H. gedeckt, keine Kapitalverzinsung.
- d) Kriterium D = Gewerblicher Vergleichslohn (einschl. Betriebsleiterzuschlag) unter 80 v.H. gedeckt, keine Kapitalverzinsung.

1) Quelle: Zusammengestellt aus Grüner Bericht. 1966, S.100 und 101.

Tabelle 20 Der Abstand zwischen dem erzielten Lohn der Landwirtschaft ^{a)}
und dem gewerblichen Vergleichslohn ^{b)} gem. §4 LWG in
der BRD ¹⁾ 1956/57 - 1964/65
 (in DM/AK und in v.H.)

Abstand	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61	1961/62	1962/63	1963/64	1964/65
Absolut DM/AK	1484	1140	1118	1327	1432	2274	1856	1488	1680
in v.H.	36	26	24	27	26	38	29	21	22

von b)

- a) Erzielter Lohn der Landwirtschaft = Arbeitseinkommen der Vergleichsrechnung abzüglich des Betriebsleiterzuschlags und des Arbeitgeberanteils an der Sozialversicherung für die mithelfenden Familienarbeitskräfte und für die familienfremden Arbeitskräfte.
- b) Gewerblicher Vergleichslohn = Lohn vergleichbarer Berufsgruppen der gewerblichen Wirtschaft (Durchschnitt für männliche und für weibliche Arbeitskräfte).

Tabelle 21 Der Abstand zwischen dem erzielten Lohn der Landwirtschaft
und dem gewerblichen Vergleichslohn nach Betriebsgrößenklassen in der BRD ²⁾ 1959/60 - 1964/65
 (in DM/AK und in v.H.)

2)

Wirtschaftsjahr	in Betrieben mit ha LN					
	5 ha und mehr		5 bis unter 10 ha		10 ha und mehr	
	DM/AK	v.H.	DM/AK	v.H.	DM/AK	v.H.
1959/60	1327	27	1648	33	1176	24
1960/61	1432	26	1684	35	1213	22
1961/62	2274	38	2573	43	2154	36
1962/63	1856	29	2446	38	1601	25
1963/64	1488	21	2447	35	1152	17
1964/65	1680	22	2857	38	1198	16

1) Quelle: Grüner Bericht.a.a.O. Jg.1965. S.107 u.
 Jg. 1966. S.106.

2) Quelle: Grüner Bericht.a.a.O. Jg.1965. S.107 u.
 Jg. 1966. S.107.

Tabelle 22 Der Kapitalbestand der Landwirtschaft in Deutschland und in der BRD ¹⁾ 1850 - 1959
(Mrd.Mark, in laufenden Preisen u.in Preisen von 1913)

Jahr	Gebäude		Maschinen u.Geräte		Vieh		Vorräte		insgesamt	
	a)	b)	a)	b)	a)	b)	a)	b)	a)	b)
1850	14,0	9,6	2,8	3,1	6,3	2,4	1,4	0,8	24,5	15,9
1860	15,9	12,4	3,3	2,9	6,7	3,7	1,7	1,5	27,5	20,5
1870	17,9	14,3	3,9	3,6	7,8	4,8	1,8	1,6	31,4	24,3
1880	20,2	13,7	4,5	3,6	8,0	5,5	1,9	2,0	34,6	24,8
1890	22,1	17,9	5,1	4,7	8,9	6,6	2,2	2,2	38,3	31,4
1900	23,8	21,0	5,8	6,7	10,5	6,7	2,8	2,4	42,9	36,8
1910	27,5	26,4	7,1	6,1	12,0	10,2	3,0	2,8	49,6	45,5
1923	25,5		6,3		10,0					
1930	26,6	45,5	7,4	10,4	12,1	13,5	2,5	2,6	48,6	72,0
1939	27,6	38,0	9,8	10,9	14,0	11,8	2,9	3,4	54,3	64,1
1950	17,3	43,6	5,8	11,8	6,0	11,8	1,3	2,0	30,4	69,2
1955	18,6	58,8	6,6	16,6	6,3	13,6	1,2	2,7	32,8	91,7
1959	19,8	72,3	8,0	21,8	6,3	14,4	1,2	3,3	35,3	111,8
a) in Preisen von 1913										
b) in laufenden Preisen										

1) Quelle: W.G.Hoffmann, Wachstum.a.a.O. Zusammen-
gestellt aus Tab.29.S.229 f.u.Tab.30.S.234 f.
s.auch dortige Quellenangaben.

Tabelle 23 Betriebsinvestitionen und Zunahme des Fremdkapitals in den landwirtschaftlichen Betrieben der BRD ¹⁾ 1951/52 - 1965/66 (in Mrd.DM)

	1951/2	1952/3	1953/4	1954/5	1955/6	1956/7	1957/8	1958/9	1959/60	1960/1	1961/2	1962/3	1963/4	1964/5	1965/6
Brutto-Investitionen b)															
neue Wirtschaftsgebäude	0,3	0,3	0,3	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	0,9	1,0	1,0	1,2	1,3	1,2
neue Maschinen	1,1	0,9	0,9	1,3	1,5	1,5	1,7	1,9	2,2	2,7	2,5	2,3	2,7	2,9	3,0
Veränderung d. Viehbestände	-0,9	-0,1	-0,6	+0,1	-0,1	-0,2	-0,1	+0,1	+0,1	+0,3	+0,4	-0,3	+0,1	+0,1	+0,2
Brutto-Investitionen insgesamt	1,4	1,1	1,1	1,8	1,9	2,3	2,3	2,8	3,2	3,9	3,9	3,0	3,8	4,3	4,4
Investitionen in Wirtschaftsgebäuden und Maschinen															
Brutto-Investitionen	1,3	1,2	1,2	1,7	2,0	2,1	2,4	2,7	3,0	3,6	3,5	3,4	3,7	4,1	4,2
Ersatzbeschaffungen	0,8	0,9	0,9	1,1	1,2	1,3	1,4	1,5	1,7	1,8	2,0	2,1	2,1	2,3	2,5
Netto-Investitionen	0,5	0,3	0,3	0,6	0,8	0,8	1,0	1,2	1,4	1,8	1,5	1,2	1,5	1,8	1,7
Zunahme des Fremdkapitals	0,6	0,7	0,6	1,0	1,1	0,9	0,8	0,8	1,1	1,1	1,5	1,2	1,3	2,0	2,2
Fremdkapitalzunahme															
a v.H. der Netto-Investitionen	120	234	200	167	138	112	80	67	78	62	100	100	87	112	130
Verschätzung															
Ohne Aufwendungen für Flurbereinigung, Wasserwirtschaft, Nebenerwerbsbildung, und Land- und Forstarbeiterwohnungsbau, die überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. (Volumen 1962/63 = 3,1 Mrd.DM)															
Einschließlich der Bestandsveränderungen bei Pferden															

1) Quelle: Zusammengestellt u. errechnet aus Grüner Bericht.a.a.O.Jg.1959.S.23. - Jg.1961.S.28. - Jg.1967.S.68.Geringe Abweichungen durch Runden der Zahlen.

Tabelle 24

Die "Produktion" der Banken ^{a)} in Deutschland und in
 der BRD ¹⁾ 1850 - 1959
 (in v.H., 1913 = 100)

Jahr	Kredit- banken	Kredit- genossen- schaften	Sparkassen	Hypothek- banken	Land- schaften	Banken insgesamt
1850	0,8	0,0	0,6		2,9	1,0
1860	1,2	0,2	1,6	0,2	3,8	2,2
1870	2,3	3,7	3,7	2,0	5,9	3,9
1880	5,5	10,2	11,0	13,4	16,9	8,4
1890	15,5	13,8	22,2	27,8	27,7	18,2
1900	35,3	28,9	38,8	58,1	45,3	36,9
1910	86,8	80,7	80,3	96,4	86,2	85,6
1913	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1924	65,0	13,4	13,9	3,0		56,4
1930	189,6	114,7	109,4	59,5		169,6
1938	159,9	132,2	129,4	57,4		162,7
1950						65,7
1955						139,3
1959						218,9

a) Zu Begriff u. Ermittlung der Produktion der Banken
 s. W.G. Hoffmann, Wachstum. a.a.O. S. 430 ff.

1) Quelle: W.G. Hoffmann, Wachstum. a.a.O. Tab. 94. S. 437 f.

Tabelle 25 Die Nettofinanzierung^{a)} durch das Bankensystem in
Deutschland und in der BRD¹⁾ 1850 - 1959
(in Mill Mark)

Jahr	I n s t i t u t s g r u p p e n				
	Sparkassen	Kreditgen.	Hypotheken- banken	Öfftl.-rechtl. Bodenkredit- institute	Kredit- banken
1850	165			466	
1860	349	8		584	281
1870	717	192	232	902	492
1880	2 000	530	1 770	1 768	1 141
1890	3 777	711	3 405	2 620	2 762
1900	6 767	1 483	7 312	3 803	6 365
1910	13 483	4 038	12 086	5 865	13 295
1913	15 521	5 178	13 058	6 695	14 872
			34 625		
1924	1 154	1 111		7 856	
1930	10 446	4 958		34 114	
1938	11 862	4 772		37 177	
			43 811		
1950			10 130		
1955			14 750		
1959			16 220		

a) Zu Begriff und Ermittlung der Nettofinanzierung s.
W.G.Hoffmann, Wachstum. a.a.O. S.729 f.

1) Quelle: Zusammengestellt aus W.G.Hoffmann, Wach-
stum.a.a.O. Tab.202 - 207. S.733 - 749.

Tabelle 26 Die zentral zinsverbilligten Kredite an landwirtschaftliche Betriebe in der BRD in den Haushaltsjahren 1954 - 1965 nach Verwendungszwecken ¹⁾
(in Mill DM und in 1.000 Stück)

Verwendungszweck	Anzahl	Summe	Durchschnittsbetrag (1000 DM)	Zugesagte Zinsverbilligungsmittel für 1 Jahr
<u>Hofkredite</u> ^{a)}	<u>471,1</u>	<u>5.569,1</u>	<u>11,8</u>	<u>179,8</u>
davon für:				
landw. Bauten	274,3	3.619,4	13,2	113,3
totes Inventar	185,3	1.679,9	9,1	57,4
lebendes Inventar	3,3	32,5	9,9	1,0
Sonstiges	2,9	38,2	13,2	1,0
Konsolidierung	5,3	199,1	37,6	7,0
<u>Besitzfestigung</u> ^{b)}	74,7	912,4	12,1	28,5
Sonstige Verwendungszwecke ^{c)}	108,9	4.734,9	48,3	144,6
<u>Gesamtergebnis</u>	654,7	11.216,4	17,1	352,9
a) für die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit landwirtschaftlicher Betriebe b) für Aufstockung, Aussiedlung, Hofübergabe und Pachtrücknahme c) Milchwirtschaft, Obst-, Gemüse- und Gartenbau, Fischwirtschaft, Binnenwasserwirtschaft, landwirtschaftlicher Wegebau etc.				

^{1) Quelle:} Zusammengestellt nach Unterlagen des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, - geringes Abweichen durch Runden der Zahlen.

A. Aufwendungen im Rahmen der Grünen Pläne (Mill. DM u. v.H.)

	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Absoluter Betrag	46	10	35	20	55	54	224	303	242	270	315
ZV in v.H. der Gesamtaufwendungen	7,5	0,8	2,6	1,5	3,7	2,9	10,5	11,9	9,8	10,6	13,4

B. Volumen der verbilligten Kapitalmarktkredite (Mill. DM u. v.H.)

Jahresergebnis insges. a)	407	707	756	738	503	663	1205	1596	1893	1803	1328
Hofkredite b)	166	233	246	272	223	303	690	979	1108	1020	722
darunter:											
ldw. Bauten							419	460	495	474	380
totes Inventar							259	499	487	434	242
lebendes "							7	8	11	6	4
Sonstiges							5	11	12	10	8
Konsolidierung									103	96	88

Besitzfestigung	29	47	69	59	36	49	82	119	163	171	158
darunter:											
Aufstockung	11	17	36	28	15	18	27	42	61	62	54
Aussiedlung	1	1	3	3	3	5	10	14	39	52	65
Hofübergabe	16	27	27	25	16	22	39	56	55	50	35
Pachtrücknahme		2	3	3	2	3	6	7	8	7	41

in v.H.:											
Gesamtergebnis	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
davon f. Hofkredite	40	33	33	37	44	46	57	61	59	57	54
f. Besitzfestigung	7	7	9	8	7	7	7	7	9	10	12

a) Angaben für 1956 bis 1959 jew. vom 1. April bis 31. März, für 1960 vom 1. April bis 31. Dezember, ab 1961 vom 1. Jan. bis 31. Dez.
 b) zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit landw. Betriebs

1) Quelle: Errechnet aus Grüner Plan.a.a.O. Jg. 1965.S.43-45.-Jg. 1967.S.20-21 u.S.48 u.49.

Tabelle 28

Die Höhe und Fristigkeit des Fremdkapitals in der Landwirtschaft in der BRD ¹⁾1939 - 1966
(Stand 1. Juli in Mill RM/DM)

		1939	1948	1954	1956	1958	1960	1962	1963	1964	1965	1966
Fremdkapital		in Mill. RM/DM										
Kurzfristige Kredite a)				2.344	3.254	3.596	4.418	5.431	5.487	5.634	5.827	6.537
mittelfristige "	}	5.730	2.019	1.100	1.700	2.423	2.812	3.274	3.681	4.044	4.282	4.501
langfristige "				1.849	2.390	2.981	3.596	4.599	5.292	5.995	7.464	8.658
Renten u. Altentelle		450	461	907	978	1.088	1.155	1.218	1.243	1.289	1.364	1.430
Insgesamt		6.180	2.480	6.200	8.322	10.088	11.981	14.522	15.703	16.962	18.937	21.126
Fremdkapital		in v.H.										
kurzfristige Kredite				38	38	36	37	37	35	33	31	31
mittelfristige "				18	21	24	23	23	23	24	23	21
langfristige "				30	29	30	30	32	34	35	39	41
Renten u. Altentelle				14	12	10	10	8	8	8	7	7
Insgesamt				100	100	100	100	100	100	100	100	100

a) kurzfr. = 0 - 1 Jahr
mittelfr. = 1 - 10 Jahre
langfr. = über 10 Jahre

b) vorläufig

1) Quellen: Zusammengestellt und errechnet aus:
"Agrarwirtschaft"

Zeitschrift für Betriebswirtschaft u. Marktforschung
Jhg. 1960. S. 280.-Jhg. 1963. S. 50.-Jhg. 1964. S. 51 und
Grüner Bericht. 1967. a.a.O. S. 71.

1950 - 1965 (in Mill DM)

Stand am Jahres- ende	Kredite an Land-, Forst- und Was- serwirtschaft, Jagd, Fischerei				darin				enthalten			
	Rationalisierung landwirtschaft- licher Betriebe				Inventarkredite							
	insgesamt b)	kurz- fristige Kredite b)	mittel- fristige durch- laufende Kredite	lang- fristige einschl. durch- laufende Kredite	insgesamt b)	kurz- fristige Kredite b)	mittel- fristige durch- laufende Kredite	lang- fristige einschl. durch- laufende Kredite	insgesamt b)	kurz- fristige Kredite b)	mittel- fristige durch- laufende Kredite	lang- fristige einschl. durch- laufende Kredite
1950	638,2	303,3	37,8	297,1	79,5	40,2	6,9	32,4	91,3	57,7	10,3	23,3
1951	852,7	245,9	42,6	564,2	80,3	34,2	7,1	39,0	71,8	30,8	8,4	32,6
1952	1.291,7	356,3	58,4	877,0	130,8	63,4	9,5	57,9	107,4	39,7	12,0	55,7
1953	1.768,0	496,9	124,6	1.146,5	184,6	77,2	15,4	92,0	160,1	69,8	26,7	63,6
1954	2.519,6	634,5	163,6	1.721,5	256,0	94,4	19,8	141,8	219,7	94,2	31,5	94,0
1955	3.712,6	743,2	206,8	2.762,6	363,4	117,9	38,1	207,4	273,8	89,1	34,8	149,9
1956	4.807,3	815,7	438,7	3.552,9	408,0	119,3	40,7	248,0	305,5	102,2	36,4	166,9
1957	5.648,6	852,0	217,0	4.579,6	486,4	128,4	40,2	317,8	353,3	99,4	39,8	214,1
1958	6.861,5	951,8	238,3	5.671,4	592,2	140,6	45,3	406,3	423,6	117,2	50,2	256,2
1959	8.038,7	1.107,8	306,3	6.624,6	695,8	157,6	55,6	482,6	511,7	127,4	74,9	309,4
1960	9.306,4	1.308,9	349,7	7.647,8	785,8	174,0	66,8	545,0	606,4	159,2	88,3	358,9
1961	10.801,8	1.443,0	395,1	8.963,7	923,5	196,5	78,5	648,5	644,8	171,1	100,5	373,2
1962	12.687,6	1.597,2	448,3	10.642,1	1.524,6	227,8	87,0	1.209,8	743,4	183,4	120,7	439,3
1963	14.666,6	1.739,2	485,9	12.441,5	1.783,2	198,1	94,4	1.490,7	821,1	136,5	126,3	558,3
1964	16.656,9	1.882,9	872,7	13.901,3	2.121,6	231,6	107,3	1.782,7	918,5	123,6	122,7	672,2
1965	18.855,9	2.020,9	931,3	15.903,7	2.386,9	233,1	121,0	2.032,8	1.070,2	148,8	123,6	797,8

a) Bundesgebiet einschl. Berlin (West), jedoch ohne Saarland. Nicht enthalten sind die Kredite derjenigen Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), die in der bankstatistischen Erhebungen der Deutschen Bundesbank nicht erfasst sind. Diese Kredite (im September 1965 etwa 5,8 Mrd DM) dürften zu einem relativ großen Teil Kredite an die Landwirtschaft darstellen. b) Die kurzfristigen Kredite sind für das Bundesgebiet außer Berlin (West) geschätzt aufgrund der Ergebnisse einer Teilerhebung bei rd. 730 I nstituten; in Berlin (West) werden die kurzfristigen Kredite von allen Kreditinstituten gemeldet.

1) Quelle: Nach Angaben der Deutschen Bundesbank.

Tabelle 30

Entwicklung wichtiger Bilanzzahlen der Landwirtschaftlichen Rentenbank¹⁾
(in Millionen DM) 1951 - 1966

	1951	1953	1955	1957	1959	1961	1963	1965	1966
Bilanzsumme	367	486	668	991	1.346	2.155	2.921	3.780	4.055
kurz-, mittel- u. langfristige Kredite (einschl. Indossamentsverbindlichkeiten)	939	927	1.299	2.175	2.501	2.537	3.291	4.400	4.703
" " " " " (ohne Indossamentsverbindlichkeiten)	265	377	575	928	1.280	1.963	2.696	3.563	3.752
Kredite gegliedert nach Laufzeiten									
kurzfristige (bis zu 12 Monaten)	738	620	779	1.379	1.393	773	676	898	1.013
mittelfristige (über 1 Jahr bis zu 10 Jahren)	52	129	266	340	280	337	483	582	561
langfristige (über 10 Jahre)	148	178	254	457	828	1.427	2.132	2.920	3.129
Mittel- und langfristige Kredite gegliedert nach der Art ihrer Verwendung									
Allg. Hofkredite u. Kredite f. Handels-, Bearbeitungs- u. Verarbeitungsbetriebe									
mittelfristig	52	129	266	340	280	337	483	582	561
langfristig	11	19	36	52	107	304	530	728	761
Landeskulturrekredite (langfristig)	75	86	146	284	499	700	853	987	969
Siedlungskredite (langfristig)	63	62	56	50	47	44	40	37	35
Kredite für Aussiedlung, bauliche Maßnahmen und Aufstockung (langfristig)	--	--	--	52	157	358	688	1.121	1.333
sonstige mittel- und langfristige Kredite (Zweckvermögen)	--	11	16	19	17	21	21	47	31
Kapitalmarktmittel									
1. Schuldverschreibungen im Umlauf:									
a) Kassenobligationen	--	--	--	--	50	90	220	359	294
b) Landwirtschaftsbriefe	--	30	100	190	197	312	510	816	897
c) Namensschuldverschreibungen	--	--	--	1	0	37	57	97	70
d) sonstige Schuldverschreibungen (Ablossungsschuldverschreibungen; verlorene u. gekündigte Stücke)	--	7	6	4	5	3	9	2	2
2. Schuldscheindarlehen	--	1	98	113	94	321	399	474	493
Bundesmittel	--	--	--	197	307	501	797	1.145	1.305
ERP - Mittel	123	183	194	226	266	370	348	299	275
Zweckvermögen	--	11	16	19	17	21	21	47	31
haftendes Eigenkapital nach § 11 Abs. 2 bzw. § 10 (2) KWG	132	137	164	184	205	222	241	262	272

Quelle: Zusammengestellt aus Geschäftsberichten und Angaben der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt/M.

Tabelle 31

Die Agrarkredite und Gesamtkredite der Kreditinstitute an Nichtbanken in der BRD nach Fristigkeiten und nach Institutsgruppen (in Mill. DM u. v. H.) ¹⁾
1952 - 1966

	Kurzfristige Kredite			mittel- u. langfr. Kredite			kurz-, mittel- u. langfristige Kredite					
	Insges. Agrar-Kredite a)	Ldw. Anteil der Banken-gruppe		Insges. Agrar-Kredite	Ldw. Anteil der Banken-gruppe		Insges. Agrar-Kredite	Ldw. Anteil der Banken-gruppe				
b)				31. 12. 1952								
Raiff. Kred. Gen. Zentralkassen	846 462	346 1	40,9 0,2	60,2 0,2	245 56	100 2	40,9 3,4	10,2 0,2	1091 518	446 3	40,9 0,6	28,6 0,2
Raiffeisen Org.	1308	347	26,5	60,4	301	102	33,9	10,4	1609	449	28,0	28,8
Sparkassen Girozentralen	2710 1186	114 10	4,2 0,8	19,8 1,7	3724 2427	126 182	3,4 7,5	12,7 18,5	6434 3613	240 192	3,7 5,3	15,3 12,3
Spark. Organ.	3896	124	3,2	21,5	6151	308	5,0	31,2	10047	432	3,6	27,6
Bundesgebiet c)	19094	575	3,0	100	13694	987	7,2	100	32788	1562	4,8	100
b)					31. 12. 1955							
Raiff. Kred. Gen. Zentralkassen	1728 581	717 2	41,5 0,3	61,3 0,2	798 196	331 4	41,5 3,9	10,6 0,1	2526 777	1048 5	41,5 0,7	24,4 0,1
Raiff. Org.	2309	719	31,1	61,5	994	335	33,7	10,7	3303	1053	31,8	24,5
Sparkassen Girozentralen	4490 1250	238 6	5,3 0,5	20,3 0,5	10584 6855	456 494	4,3 7,2	14,6 15,8	15074 8105	694 500	4,6 6,2	16,2 11,7
Spark. Org.	5740	244	4,3	20,8	17439	950	5,4	30,4	23179	1194	5,2	27,9
Bundesgebiet c)	27973	1170	4,2	100	37796	3118	8,2	100	65769	4288	6,5	100
a)	kurzfristige Kredite ohne Schatzwechsel											
b)	lt. Erhebung des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V.											
c)	ohne Bank Deutscher Länder u. Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen u. Postscheckämter, KfW, FINAG u. Teilzahlungsfinanzinstitute.											

a) kurzfristige Kredite ohne Schatzwechsel

b) lt. Erhebung des Deutschen Raiffeisenverbandes e. V.

c) ohne Bank Deutscher Länder u. Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen u. Postscheckämter, KfW, FINAG u. Teilzahlungsfinanzinstitute.

1) Quelle: Errechnet u. zusammengestellt aus Angaben der Deutschen Bundesbank, des Deutschen Raiffeisenverbandes e. V. und des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V.

Tabelle 31 (Fortsetzung)

Bankengruppe	Kurzfristige Kredite			mittel- u. langfristige Kredite			kurz-, mittel- u. langfristige Kredite		
	Insges. a)	Agrar-Kredite	Anteil der Ldw. Banken-Gruppe	Insges.	Agrar-Kredite	Anteil der Ldw. Banken-Gruppe	Insges.	Agrar-Kredite	Anteil der Ldw. Banken-Gruppe
Raiff.Kred.Gen. a)	2365	982	41,5	62,8	31. 12. 1958				
Raiff.Zentralk.	569	3	0,5	0,2	1530	635	41,5	10,2	20,8
Raiffeisen Org.	2934	985	33,5	63,0	276	7	845	10	1,2
Sparkassen	4804	291	6,1	18,6	1806	642	4740	1627	34,4
Girozentralen	1509	6	0,4	0,4	17496	824	22300	1116	5,0
Spark. Org.	6313	297	4,7	19,0	11439	1002	12948	1009	7,8
Bundesgebiet	32545	1564	4,8	100	28935	1826	35248	2125	6,0
					66253	6210	98791	7774	7,9
					31. 12. 1961 b)				
Raiff.Kred.Gen.	3561	1339	37,6	60,0	3334	1254	6895	2593	37,6
Raiff.Zentralk.	715	6	0,9	0,3	520	10	1235	16	1,3
Raiff.Org.	4276	1345	31,5	60,3	3854	1264	8130	2609	32,1
Sparkassen	6591	423	6,4	19,0	30909	1346	37500	1769	4,7
Girozentralen	2268	13	0,6	0,6	17413	1630	19681	1643	8,3
Spark. Organ.	8859	436	4,3	19,6	48322	2976	57181	3412	6,0
Bundesgebiet	47790	2229	4,7	100	110673	10090	158463	12319	7,8

a) Lt.Erhebung des DRV einschl. Saargebiet

b) einschl. Saarland und Berlin, einschl. KfW, FINAG aber ohne Teilzahlungsfinanzinstitute, Postscheck- u. Postsparkassenämter.

Bankengruppe a)	Kurzfristige Kredite			mittel- u. langfr. Kredite			kurz-, mittel- u. langfristige Kredite		
	Insges.	Agrar-Kredite	Anteil der Ldw. Banken- gruppe	Insges.	Agrar-Kredite	Anteil der Ldw. Banken- gruppe	Insges.	Agrar-Kredite	Anteil der Ldw. Banken- gruppe
	4023	1513	37,6	4273	1607	37,6	8297	3120	37,6
Raiff.Kred.Gen.			60,7			13,3			21,5
Raiff.Zentralk.	764	8	1,0	557	17	3,1	1321	25	1,9
Raiff.Org.	4787	1521	31,5	4830	1624	33,6	9618	3145	32,7
			61,0			13,4			21,7
Sparkassen	7345	481	6,6	36042	1575	4,4	43387	2056	4,7
Girozentralen	2539	10	0,4	20977	2002	9,5	23516	2011	8,6
			0,4			16,6			13,8
Spark. Organ.	9884	491	5,0	57019	3577	6,3	66903	4067	6,1
			19,7			29,7			27,9
Bundesgebiet	51088	2493	4,9	129822	12039	9,3	180910	14532	8,0
			100			100			100
<u>31. 12. 1962</u>									
	4320	1490	34,5	5634	1944	34,5	9954	3434	34,5
Raiff.Kred.Gen.			59,9			13,9			20,9
Raiff.Zentralk.	815	12	1,5	559	24	4,3	1374	36	2,6
Gen.Hyp.bken.	-	-	-	-	-	-	1365	465	34,0
			-			-			2,8
Raiff.Org.	5135	1502	29,2	6193	1968	31,9	12693	3936	31,0
			60,4			14,1			23,9
Sparkassen	8210	515	6,3	41860	1841	4,4	50070	2356	4,7
Girozentralen	2875	12	0,4	23959	2244	9,4	26834	2256	8,4
			0,5			16,1			13,7
Spark.Organ.	11085	527	4,7	65819	4085	6,2	76904	4612	6,0
			21,2			29,3			28,0
Bundesgebiet	54764	2486	4,5	150469	13957	9,3	205233	16443	8,0
			100			100			100

a) Einschl. Berlin, KfW u. FINAG aber ohne Teilzahlungsfinanzierungsinstitute, Postscheck- u. Postsparkassenämter

Tabelle 31 (Fortsetzung)

Bankengruppe a)	Kurzfristige Kredite			mittel- u. langfristige Kredite			kurz-, mittel- u. langfristige Kredite					
	Insges.	Agrar-Kredite	Anteil der Ldw. Banken- gruppe	Insges.	Agrar-Kredite	Anteil der Ldw. Banken- gruppe	Insges.	Agrar-Kredite	Anteil der Ldw. Banken- gruppe			
				31. 12. 1964								
Raiff.Kred.Gen.	4828	1627	33,7	60,4	7086	2388	33,7	14,9	11914	4015	33,7	21,4
Raiff.Zentralk.	873	5	0,6	0,2	574	22	3,7	0,1	1446	27	1,8	0,1
Gen.Hyp.bken.	-	-	-	-	-	-	-	-	1728	611	35,4	3,3
Raiffeisen Org.	5701	1632	28,6	60,6	7660	2410	31,5	15,0	15088	4653	30,8	24,8
Sparkassen	9170	547	6,0	20,3	48421	2138	4,4	13,3	57591	2685	4,7	14,3
Girozentralen	2957	9	0,3	0,3	27747	2516	9,1	15,7	30705	2525	8,2	13,5
Spark.Organ.	12127	556	4,6	20,6	76168	4654	6,1	29,0	88296	5210	5,9	27,8
Bundesgebiet	60692	2695	4,4	100	173778	16065	9,2	100	234470	18760	8,0	100
					31. 12. 1965							
Raiff.Kred.Gen.	5515	1798	32,6	61,4	8786	2864	32,6	15,6	14301	4662	32,6	21,9
Raiff.Zentralk.	940	5	0,5	0,2	583	19	3,2	0,1	1523	24	1,6	0,1
Gen.Hyp.bken	-	-	-	-	-	-	-	-	2128	714	33,6	3,4
Raiffeisen Org.	6455	1803	28,0	61,6	9369	2883	30,7	15,7	17952	5400	30,0	25,4
Sparkassen	10774	588	5,5	20,1	55658	2425	4,4	13,2	66433	3013	4,5	14,1
Girozentralen	3839	8	0,2	0,3	31689	2815	8,9	15,3	35528	2824	7,9	13,2
Spark. Organ.	14613	596	4,1	20,4	87347	5240	6,0	28,5	101961	5837	5,7	27,3
Bundesgebiet	67960	2929	4,3	100	198577	18397	9,3	100	266537	21325	8,0	100

a) einschl. Berlin, KfW, FINAG, aber ohne Teilzahlungsfinanzinstitute, Postcheck- u. Postsparkassenämter.

Tabelle 31 (Ende).

Bankengruppe a)	Kurzfristige Kredite				mittel- u. langfr. Kredite				kurz-, mittel- u. langfristige Kredite				
	Insges.	Agrar-Kredite	Anteil der		Insges.	Agrar-Kredite	Anteil der		Insges.	Agrar-Kredite	Anteil der		
			Ldw.	Banken- gruppe			Ldw.	Banken- gruppe			Ldw.	Banken- gruppe	
					31. 12. 1966								
b)	Raiff. Kred. Gen	6334	1995	31,5	60,9	9930	3128	31,5	15,6	16263	5123	31,5	22,0
	Raiff. Zentralk.	1075	6	0,5	0,2	628	26	4,1	0,1	1703	31	1,8	0,1
	Gen. Hyp. bken.	-	-	-	-	-	-	-	-	2358	771	32,7	3,3
Raiffeisen Org.	7409	2001	28,0	61,1	10558	3154	29,7	15,7	20324	5925	29,1	25,4	
Sparkassen	12315	666	5,4	20,3	61678	2531	4,1	12,7	73993	3196	4,3	13,7	
Girozentralen	4020	13	0,3	0,4	34737	3026	8,7	15,1	38756	3039	7,8	13,1	
Spark. Organ.	16335	679	4,2	20,7	96415	5557	5,8	27,8	112749	6235	5,5	26,8	
Bundesgebiet	73366	3279	4,5	100	219134	20007	9,1	100	292500	23286	8,0	100	

a) einschl. Berlin, KfW, PINAG, aber ohne Teilzahlungsfinanzinstitute, Postcheck- u. Postsparkassenämter.

Die Agrarkredite der Raiffeisengenossenschaften ¹⁾ in der BRD
(in Mill.DM)
1951 - 1966

Kreditquellen a)	1951	1955	1958	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Genossenschaften										
Kofkredite	293	970	1508	2167	2379	2895	3255	3789	4419	4879
Kredite an Ernährungsbetriebe	.	78	94	151	214	260	179	226	243	244
Gen. Hypothekenbanken	.	.	.	234	300	370	465	611	714	771
Zentralkassen	366	715	840	1101	1225	1310	1374	1446	1523	1703
t. Genossenschaftskasse	217	341	400	494	416	539	544	706	738	771
Landwirtschaftl. Genossenschaften b)	37	28	44	52	97	42	67	42	2	-
Landwirtschaftl. u. Absatzgenossensch.	87	175	248	319	321	382	399	427	450	433
Zusammen	1000	2307	3132	4518	4952	5797	6283	7247	8089	8801
<u>Gesamt Kofkredite:</u>										
Kofkreditgenossenschaften	293	970	1508	2166	2379	2895	3255	3789	4419	4879
Gen. Hypothekenbanken	.	.	.	234	300	370	465	611	714	771
Landwirtsch. u. Absatzgenossensch.	49	109	163	207	203	244	246	260	258	233
Landwirtschaftl. Genossenschaften	93	216	260	338	410	427	424	426	533	600
Kofkredite zusammen	434	1295	1930	2946	3293	3936	4390	5086	5924	6483

a) Zinssubventionen ab 1958 einschl. Saargebiet, alle anderen Institute in 1959 einschl. Saargebiet.

b) Kredite an Ernährungsbetriebe und von Lieferantenverbindlichkeiten.

c) (Geld) Verdrängungen bei den Hauptgenossenschaften.

d) in Mill. DM.

¹⁾ Quelle: Statistisches Bureau des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V.

Tabelle 33

Die Entwicklung des Sparkassennetzes
in Deutschland und in der BRD ¹⁾
 1936, 1950, 1966

Jahr	Sparkassen	Zweigstellen	Annahmestellen	Sparkassenstellen insgesamt
1936	1.054	5.623	1.856	8.533
1950	878	6.424	916	8.218
1966	861	12.982	256	14.099

Tabelle 34

Die unmittelbaren Agrarkredite der Sparkassen und
der Girozentralen in der BRD ²⁾

1951, 1955, 1960, 1966
 (in Mill.DM und in v.H. des gesamten Kreditvolumens)

Jahr	Sparkassen		Girozentralen		insgesamt	
	Mill.DM	v.H.	Mill.DM	v.H.	Mill.DM	v.H.
1951	173	(3,8)	144	(3,3)	317	(3,6)
1955	714	(4,6)	501	(5,1)	1215	(4,8)
1960	1572	(4,8)	1422	(7,0)	2994	(5,6)
1966	3199	(4,4)	3076	(7,4)	6275	(5,5)

1) Quelle: Sparkassenjahresberichte, a.a.O. Jg.1966. Tab.3. S.95.

2) Quelle: Errechnet aus Sparkassenjahresbericht, a.a.O. Jg.1966. Tab.7. S.111 u.Tab.4. S.119. Ausgewiesen ist der Stand der unmittelbaren Agrarkredite am Jahresende, einschl. durchlaufender Kredite, ohne umgestellte RM-Kredite; ohne Saarland; ab 1959 bei den Girozentralen einschl. Braunschweigische Staatsbank.

Tabelle 35

Die Fristen der unmittelbaren Agrarkredite der Sparkassen-
organisation, 1951, 1959, 1966 ¹⁾
 (Mill.DM und v.H.)

	<u>kurzfristig</u>		<u>mittel- und langfristig</u>	
	Mill.DM	v.H.	Mill.DM	v.H.
<u>Sparkassen:</u>				
1951	92	53	81	47
1959	348	26	1004	74
1966	669	21	2531	79
<u>Girozentralen:</u>				
1951	6	4	138	96
1959	5	0,4	1238	99,6
1966	14	0,5	3061	99,5
<u>Sparkassenorga-</u> <u>nisation:</u>				
1951	98	31	219	69
1959	353	14	2242	86
1966	683	11	5592	89

1) Quelle: Sparkassenjahresbericht. a.a.O. Jg.1966.
 Errechnet aus Tab.4. S.119.

Tabelle 36

Die Entwicklung der unmittelbaren und mittelbaren Agrarkredite
der Sparkassenorganisation ¹⁾ vom 30.9.1960 bis 30.6.1966
(in Mill DM)

Kredite u. Darlehen an bzw. für	kursfristig			mittelfristig			langfristig			insgesamt		
	Sparkassen	Giro- ^{d)} sentr.	Spark.- Organ.	Sparkassen	Giro- ^{d)} sentr.	Spark.- Organ.	Sparkassen	Giro- ^{d)} sentr.	Spark.- Organ.	Sparkassen	Giro- ^{d)} sentr.	Spark.- Organ.
Landw. Betriebe a)												
1960	357,6	3,4	361,0	158,0	5,5	163,5	939,2	357,0	1.296,2	1454,8	365,9	1820,7
1966	568,5	28,7	597,2	242,5	15,8	258,3	2276,2	1589,3	3.864,5	3087,1	1632,8	4719,9
Veränderung	210,9	25,3	236,2	84,5	10,3	94,8	1337,0	1231,3	2.568,3	1632,3	1266,9	2899,2
Siedlung												
1960	3,1	-	3,1	1,8	-	1,8	61,3	172,7	234,0	66,2	172,7	238,9
1966	0,9	1,8	2,7	0,6	0,9	1,5	31,9	214,3	246,2	33,5	317,0	350,5
Veränderung	-2,2	1,8	-0,4	-1,2	0,9	-0,3	-29,4	141,6	112,2	-32,7	144,3	111,6
Landeskultur b)												
1960	4,6	5,4	10,0	4,1	2,8	6,9	135,2	590,8	726,0	143,9	599,0	742,9
1966	11,1	4,2	15,3	16,0	15,0	31,0	762,7	1787,2	2549,9	789,8	1806,4	2596,2
Veränderung	6,5	-1,2	5,3	11,9	12,2	24,1	627,5	1196,4	1823,9	645,9	1207,4	1853,3
Gemeinschaftseinrichtungen u. -maschinen												
1960	3,7	0,2	3,9	7,7	0,0	7,7	36,7	8,6	45,3	48,1	8,8	56,9
1966	3,6	0,1	3,7	4,8	0,0	4,8	30,7	10,1	40,8	39,1	10,2	49,3
Veränderung	-0,1	-0,1	-0,2	-2,9	0,0	-2,9	-6,0	1,5	-4,5	-9,0	1,4	-7,6
Sonstige c)												
1960	375,3	285,7	661,0	30,6	8,3	38,9	228,9	34,4	263,3	634,8	388,4	1023,2
1966	759,0	509,8	1269,0	68,8	78,1	146,7	604,5	270,5	875,1	1432,3	858,5	2290,6
Veränderung	383,7	224,1	608,0	38,2	69,8	107,8	375,6	236,1	611,8	797,5	470,1	1267,4
Insgesamt												
1960	744,3	294,7	1039,0	202,2	16,6	218,8	1401,3	1223,5	2624,8	2347,8	1534,8	3882,6
1966	1343,1	544,6	1887,8	332,7	109,7	442,4	3706,0	3970,3	7676,3	5381,8	4624,8	10006,6
Veränderung	598,8	249,9	848,8	130,5	93,1	223,6	2304,7	2746,8	5051,5	3034,0	3090,0	6124,0

a) einschließlich der Siedlungskredite, sofern an den Stichtagen bereits auf die einzelnen Siedlerstellen unterverteilt

b) Flurbereinigung, Meliorationen, Wirtschaftswegebau, ländl. Wasserwirtschaft

c) Handel, Molkereien, Ernährungsindustrie, Lager- u. Vorratshaltung, Hochsee- u. Küstenfischerei

d) einschl. Deutsche Girozentrale

1) Quelle: Zusammengestellt und errechnet aus Unterlagen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V. Geringe Abweichungen durch Runden der Zahlen.

Tabelle 37

Die regionale Gliederung der unmittelbaren und mittelbaren Agrarkredite
der Sparkassenorganisation a) am 30.6.1964 (in Mrd. DM und v.H.) 1)

Kredite und Darlehen an bzw. für	Schleswig- Holstein	Hamburg Bremen Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland Pfalz	Hessen	Baden- Württem- berg	Bayern
	in Mrd. DM						
Hofkredite	0,41	0,70	0,65	0,25	0,18	0,25	0,50
Siedlungskredite	0,58	0,02	0,00	0,01	0,58	0,01	0,01
Sonstige b)	0,29	0,78	0,91	0,30	0,52	0,57	0,59
Insgesamt	1,28	1,50	1,56	0,56	1,28	0,83	1,10
	in v.H.						
Hofkredite	32	47	41,5	45	14	30	45
Siedlungskredite	45	1	0,5	2	45	1,5	1
Sonstige b)	23	52	58	53	41	68,5	54
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Fremdkapital der Betriebe über 5 ha LN in DM/ha LN c)	1619	1578	1032	1261	1421	1211	1182

a) Sparkassen und Girozentralen, ohne Berlin-West und Deutsche Girozentrale

b) Kredite für Landeskultur, Handel, Be- und Verarbeitung, Lager- und Vorratshaltung, Gemeinschaftseinrichtungen

c) per 1. Juli 1964

1) Quellen: Errechnet aus Unterlagen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V.

sowie Grüner Bericht. a.a.O. Jg. 1966. S.61.

Tabelle 38

Die staatliche Zinsverbilligung der Agrarkredite
in der BRD ¹⁾ 1962 - 1964
 (in Mill.DM und v.H.)

Jahr	Gesamtvolumen	davon Sparkassenorganisation	
	Mill.DM	Mill.DM	in v.H.
1962	1 205	501	41,6
1963	1 596	638	40,0
1964	1 893	780	41,2

1) Quelle: Nach Angaben des Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V. Bonn sowie des BML.

Tabelle 39

Der Anteil der zweckgebundenen Mittel

am Agrarkredit der Sparkassenorganisation¹⁾

(Mill. DM u. v. H.)

Sparkassen	30.6.1964		30.6.1966	
	Mill. DM	v. H.	Mill. DM	v. H.
Hofkredite	2494	100	3048	100
(davon zweckgebundene Mittel)	(518)	(21)	(626)	(21)
Agrarkredite insges.	4275	100	5382	100
(davon zweckgebundene Mittel)	(686)	(16)	(871)	(16)
<u>Girozentralen und DGZ</u>				
Siedlungskredite	1147	100	788	100
(davon zweckgebundene Mittel)	(1147)	(100)	(783)	(99)
Landeskulturrkredite	1452	100	1806	100
(davon zweckgebundene Mittel)	(906)	(62,5)	(918)	(51)
Agrarkredite insges.	3944	100	4625	100
(davon zweckgebundene Mittel)	(2385)	(60,5)	(2631)	(57)
<u>Sparkassenorganisation</u>				
Agrarkredite insges.	8219	100	10007	100
(davon zweckgebundene Mittel)	3072)	(37,5)	(3501)	(35)

1) Quelle: Zusammengestellt und errechnet aus Unterlagen
des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V.

Tabelle 40

Die Entwicklung der Agrarkrediteder Raiffeisen- und der Sparkassenorganisation

im Rahmen des ges. Agrarkredits u. der ges. Kredite an Nichtbanken ¹⁾
 (Veränderungen 1966 : 1952 in Mill. DM und v.H.)

	Raiffeisen Kred.organisa- tion			Sparkassenorganisa- tion			Bundes- gebiet insgesamt
	Ländl. Kred. Gen.	Zentral- Kassen a)	ins- gesamt	Spar- kassen	Giro zen- tralen	ins- ge- samt	
<u>Kurzfristige Kredite</u>							
Insgesamt	5488	613	6101	9605	2834	12439	54 273
davon Landw.	1649	3	1654	552	3	555	2 704
Anteil der							
Landwirtsch. v.H.	-9,4	0,3	1,5	1,2	-0,5	1,0	1,5
Bankgruppe v.H.	0,7	0,0	0,7	0,5	-1,3	-0,8	-
<u>Mittel- u. langfr. Kredite</u>							
Insgesamt	9685	572	10257	57954	32310	90264	205 440
davon Landw.	3028	24	3052	2405	2844	5249	19 020
Anteil der							
Landwirtsch. v.H.	-9,4	0,7	-4,2	0,7	1,2	0,8	1,5
Bankgruppe v.H.	5,4	-0,1	5,3	0,0	-3,4	-3,4	-
<u>Kurz-, mittel- u. langfr. Kredite</u>		b)	b)				
Insgesamt	15172	3543	18715	67559	35143	102702	259 712
davon Landw.	4677	799	5476	2956	2847	5803	21 724
Anteil der							
Landwirtsch. v.H.	-9,4	19,2	1,1	0,6	2,5	1,9	3,2
Bankgruppe v.H.	-6,6	3,2	-3,4	-1,6	0,8	-0,8	-

a) 1952: Sämtliche Zentralkassen, 1964: Ländl. Zentralkassen

b) 1966: einschl. der genoss. Hypothekenbanken.

¹⁾ Quelle: Zusammengestellt und errechnet aus Angaben der Deutschen Bundesbank, des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V. und des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V.

Tabelle 41

Fremdkapital und Zinsleistungen
der Landwirtschaft in der BRD ¹⁾

1938/39 u. 1948/49-1965/66
(Mill.DM u. v.H.)

Wirt- schafts- jahr	1 Fremd- kapital a) Mill.DM	2 Zins- leistun- gen Mill.DM	3 Durch- schn. Zins- satz v.H.	4 Zins- leistun- gen in v.H. der Verkaufs- erlöse
1938/39	6200	273	4,4	4,8
1948/49	2800	160	5,7	2,5
1950/51	4000	235	5,9	2,5
1955/56	7800	475	6,1	3,2
1960/61	12500	746	6,0	3,7
1965/66	20000	1126	5,6	4,3

a) Durchschnitt des Fremdkapitalstandes am Anfang und Ende des Wirtschaftsjahres

1) Quelle: Zusammengestellt und errechnet aus:

A. Nieschulz und H.J.Müller, Die Kreditlage der Landwirtschaft im Bundesgebiet. "Berichte über Landwirtschaft." N.F.a.a.O.Bd.42.(1964). H.4.S.754. Sowie: Grüner Bericht. a.a.O. Jg.19 S.72.

Tabelle 42

Die Tilgungsverpflichtungen aus mittel- und langfristigen Krediten der Landwirtschaft in der BRD ¹⁾

1957/58 - 1965/66

(Mill.DM und v.H.)

Wirtschafts- jahr	1 Tilgungs- verpflich- tungen a) Mill.DM	2 Verkaufs- erlöse abzügl. lfd. Be- triebs- ausgaben b) Mill.DM	3 Verhältnis der Spalte 1 zu Spalte 2 in v.H.
Durchschnitt			
1957/58 - 1961/62	726	6 137	11,8
1959/60	730	6 069	12,0
1960/61	787	6 962	11,3
1961/62	852	5 858	14,6
1962/63	942	7 398	12,8
1963/64	1 065	8 809	12,2
1964/65	1 183	8 426	13,9
1965/66	1 324	7 073	18,8
a) aus mittel- und langfristigen Krediten			
b) lfd. Betriebsausgaben einschl. Ersatzbeschaffungen			

1) Quelle: Errechnet aus: Grüner Bericht. a.a.O.
Jg.1967.S.71 und S.200-202.

Tabelle 43Kurzfristige Verbindlichkeiten und Verkaufserlöse der Landwirtschaft in der BRD ¹⁾

1957/58 - 1965/66

(Mill.DM und v.H.)

Wirtschaftsjahr	1	2	3
	Kurzfristige Verbindlichkeiten a) Mill.DM	Verkaufserlöse Mill.DM	Verhältnis Spalte 1 zu Spalte 2 v.H.
Durchschnitt			
1957/58 - 1961/62	4 039	19 183	21,0
1959/60	3 913	19 319	20,2
1960/61	4 418	20 172	21,4
1961/62	4 805	20 467	23,4
1962/63	5 431	22 837	23,9
1963/64	5 487	24 578	22,3
1964/65	5 634	25 748	21,9
1965/66	5 827	26 259	22,2
a) zu Beginn des Wirtschaftsjahres			

1) Quelle: Errechnet aus: Grüner Bericht. a.a.O.
Jg.1967.S.72 und S.200-201.

Tabelle 44

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten landwirtschaftlicher
Betriebe in einzelnen Bundesländern

per 1. Juli 1963 ¹⁾

(in DM/haLN)

Land	Verbindl. in lfd. Rechnung	Wechsel- verbindl.	Waren- schulden etc.	ins- gesamt
Schleswig-Holstein	266	192	190	648
Niedersachsen	319	65	194	578
Nordrhein-Westf.	176	16	197	389
Hessen	178	16	212	406
Rheinland-Pfalz	205	5	90	300
Baden-Württemb.	148	-	140	288
Bayern	137	22	210	369

- 1) Quelle: Zusammengestellt und errechnet aus: A. Nieschulz
und H. J. Müller, Die Kreditlage der Landwirtschaft
im Bundesgebiet. "Berichte über Landwirtschaft."
N.F.a.a.O. Bd. 42. (1964). H. 4. S. 774 ff.

Tabelle 45 Das Fremdkapital der landwirtschaftlichen Betriebe in den wichtigsten Bundesländern per 1.7.1965 ¹⁾
 (Betriebe mit 5 u. mehr ha LN. Fremdkapital in DM ha/LN, in v.H. der Betriebe u. des Einheitswertes)

Fristigkeit des Fremdkapitals	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz u. Saar	Baden-Württemberg	Hessen	Bayern	Bundesgebiete
<u>DM je ha LN</u>								
kurz	635	586	388	331	330	415	437	463
mittel	191	240	276	289	474	267	378	312
lang	802	730	428	757	502	952	392	585
Renten a)	118	122	58	44	97	64	154	110
zusammen	1746	1678	1150	1421	1403	1698	1361	1470

Anteil der Betriebe ohne Fremdkapital (in v.H.)

1. Juli 1963	-	1	13	8	6	2	5	5
1. Juli 1965	-	2	14	9	6	1	5	5

Anteil der Betriebe ohne langfristiges Fremdkapital (in v.H.)

1. Juli 1963	31	43	76	61	79	54	61	57
1. Juli 1965	25	34	69	51	32	46	58	46

Das Fremdkapital in v.H. des Einheitswertes

1. Juli 1963	118	114	65	115	90	102	105	100
1. Juli 1965	135	134	73	125	109	133	131	119

Die Streuung des Fremdkapitals nach Belastungsstufen des Einheitswertes (EW) in v.H.

per 1. Juli 1963:

0-100 v.H. EW	43	45	76	59	67	53	54	56
100-300 v.H. EW	45	43	18	24	26	28	34	32
über 300 v.H. EW	12	12	6	17	7	19	12	12

per 1. Juli 1965:

0-100 v.H. EW	37	41	71	47	59	46	43	48
100-300 v.H. EW	46	40	20	28	30	26	39	34
über 300 v.H. EW	17	19	9	25	11	28	18	18

a) Renten und Altenteile

1) Quelle: Errechnet aus Grüner Bericht. a.a.O. Jg. 1965. S. 63 u. 64. - Jg. 1967. S. 73 u. 74.

Investitionen, Entwicklung der Besatzwerte, der Nettokreditbelastung

und des Vermögens ¹⁾ 1949/50 - 1965/66
(in DM / ha LN)

Wirtschaftsjahr	1949/50	51/52	53/54	55/56	57/58	58/59	59/60	60/61	61/62	62/63	63/64	64/65	65/66
Grunderwerbungen													
Gebäude	14	22	18	35	32	45	51	67	76	78	95	97	118
Maschinen	25	78	71	84	130	134	155	147	166	192	205	198	208
Vieh u. Vorräte ^{b)}	+ 38	+ 21	- 1	- 3	- 5	+ 23	+ 17	+ 25	+ 34	+ 8	+ 9	+ 32	+ 42
insgesamt	77	121	88	116	157	202	223	239	276	278	309	327	368
Abschreibungen ^{c)}	41	49	61	71	83	89	103	113	123	138	153	167	184
Nettoinvestitionen	36	72	27	45	74	113	120	126	153	140	156	160	184
Veränderung der Nettokreditbelastung	- 19	- 37	- 27	- 40	- 26	- 119	- 51	- 103	- 99	- 108	- 75	- 64	- 97
Veränderungen des Vermögens	+ 17	+ 35	0	+ 5	+ 48	- 6	+ 69	+ 23	+ 54	+ 32	+ 81	+ 96	+ 87
Roherttrag ^{b)}	855	1114	1228	1348	1604	1745	1888	1846	1982	2110	2255	2455	2648
Reinertrag ^{b)}	104	127	111	97	162	128	212	144	156	185	231	267	230
a) für 1948/49 bis 1957/58 ca. 770 Betriebe über 20 ha entspr. 75 v.H. der gesamten LN ab 1958/59 ca. 1000 Betriebe über 10 ha entspr. 30 v.H. der gesamten LN													
b) berichtigt durch doppelte Besatzwerte für Rinder													
c) auf Grundlage einer 10jährigen Nutzungsdauer für Maschinen, für Gebäude die Steuersätze.													

Tabelle 47

Die Kredite und Guthaben der landwirtschaftlichen Betriebe
Schleswig - Holsteins¹⁾ 1949 - 1966
(jeweils per 30.6. des Jahres in DM/ha LN)

	1949	1950	1952	1954	1956	1958	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Kredite insges. davon kurzfristig in v.H.	435	474	571	674	793	833	1015	1121	1234	1382	1493	1576	1702
Guthaben, Forderungen	16	24	40	51	58	53	46	48	49	48	43	37	38
	60	80	120	150	126	151	163	166	180	220	256	275	304
Nettokreditbelastung	375	394	451	524	667	682	852	955	1054	1162	1237	1301	1398
jährliche Veränderung der Nettokreditbelastung	-10	-19	-37	-27	-40	-26	-51	-103	-99	-108	-75	-64	-97
Anteil der zinsver- längerten Kredite an den mittel- und langfristigen Kreden- ten in v.H.							29	35	36	41	57	67	73

1) Quelle: Zusammengestellt und errechnet aus Angaben der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein.

Tabelle 48

Kredite und Guthaben in landwirtschaftlichen Betrieben
Schleswig-Holsteins nach der Höhe der Kredite in DM/haLN 1)

1957, 1961, 1966
 (in Mill.DM und v.H.)

Belastungsstufe	Anteile der Betriebe und der Nutzfläche in v.H.		Verteilung der Kredite in Mill.DM				in v.H.	
	1957	1961	1966	1957	1961	1966	1957	1961 1966
mehr Guthaben als Kredite	12,0	13,0	12,0	23	30	56	3	3 3
Nettokreditbelastung:								
bis 1600 DM/haLN	77,7	58,4	50,7	527	586	435	67	50 25
1600-3200 DM/haLN	10,0	15,0	26,0	219	377	665	28	33 39
über 3200 DM/haLN	0,3	3,6	11,3	13	165	564	2	14 33

1) Quelle: Zusammengestellt nach Angaben der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, Kiel.

Reinertrag und Kreditbelastung

a 304 landwirtschaftlichen Betrieben Schleswig-Holstein 1)

1966

(in DM/ha LN)

Reinerträge 1960 - 1966 (Durchschnitt)	Nettokreditbelastung p.30.6.1966 DM/haLN				
	mehr Gut- haben als Kredite	0 - 1599	1600 - 3199	3200 - 4799	4800 u.mehr
DM/haLN	Anzahl der Betriebe				
unter 0	1	4	1		3
0 - 99		10	7	5	1
100 - 249	11	79	40	17	5
250 - 499	14	61	22	3	2
500 - 749	4	9	2	1	
750 u.mehr	1	1			
Anzahl der Betriebe	31	164	72	26	11
Verteilung in v.H.	10	54	24	8,5	3,5
gefährdete Betriebe a)					
Anzahl	3	34	28	18	9
Anteil					
in v.H.der Gruppe	10	21	39	69	82
in v.H.aller 304 Be- triebe	1	11	9	6	3

a) Reinertrag reicht nicht aus, um 5 v.H. Zins für Fremdkapital und 50 DM/haLN für Nettoinvestitionen zu decken

1) Quelle: Errechnet aus Angaben der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holsteins

in 304 landwirtschaftlichen Betrieben Schleswig-Holsteins 4)
Durchschnitt der Jahre 1960/61-1965/66 (in DM/ha IV)

	Betriebe m.ein.Verminderung der Nettokredite um jährlich					Betriebe m.ein. Vermehrung der Nettokredite um jährlich				
	I 200 DM/ha mehr als	A*) 200-0 DM/ha II	B 188	C*) 1-200 DM/ha III	D*) 201-400 DM/ha IV	D mehr als 400 DM/ha V				
1. Mittelherkunft										
a) Reinertrag	5	353	188	251	133	225	123	213	37	
b) Nettokreditzunahme	-	-	-	68	111	286	276	558	535	
c) Private Einlagen	634	13	166	67	19	64	23	58	14	
insgesamt	639	366	354	386	263	575	422	829	586	
2. Mittelverwendung										
a) Zins.Pacht.Allent.pers.Steuern	218	155	157	161	151	152	217	205	314	
b) Nettoinvestitionen	68	86	153	189	49	415	120	590	179	
c) Nettokreditabnahme	353	57	44	-	-	-	-	-	-	
d) Private Entnahmen	-	68	-	36	63	8	85	34	93	
insgesamt	639	366	354	386	263	575	422	829	586	
3. Betriebsergebnis										
a) Nettoinvestition	+ 68	+ 86	+153	+189	+ 49	+415	+120	+590	+179	
b) Veränderung der Nettokredite 1)	+353	+ 57	+ 44	- 68	-111	-286	-276	-558	-535	
Vermögensveränderung	+421	+143	+197	+121	- 62	+129	-156	+ 32	-356	
c) Saldo aus privaten Einlagen und Entnahmen 2)	-634	+ 55	-166	- 31	+ 44	- 56	+ 62	- 24	+ 79	
insgesamt [Erfolg = +] [Einbuße = -]	-213	+198	+ 31	+ 90	- 18	+ 73	- 94	+ 8	-277	
nachrichtlich										
a) Anzahl der Betriebe	2	60	29	98	49	12	37	3	14	
b) Betriebe in %	1	20	9	32	16	4	12	1	5	
c) LN-Fläche Schleswig-Holsteins in 1 000 ha	11,5	230,0	103,5	368,0	184,0	46,0	138,0	11,5	57,5	

1) Eine Nettokreditzunahme verringert(-), eine Nettokreditabnahme vergrößert(+) das Betriebsergebnis
2) Ein Überschuss der Einlagen verringert(-), ein Überschuss der Entnahmen vergrößert(+) das Betriebsergebnis
*) A=Betriebe, die ihre Nettoinvestitionen ausschließlich aus Reinerträgen finanziert haben
B=Betriebe, die ihre Nettoinvestitionen auch aus außerbetrieblichen Einnahmen finanziert haben
C=Betriebe, deren Nettoinvestitionen größer als die aufgenommenen Nettokredite waren
D=Betriebe, deren Nettoinvestitionen kleiner als die aufgenommenen Nettokredite waren

L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s

I. Einzelveröffentlichungen und Aufsätze

Abel, W., Die drei Epochen der deutschen Agrargeschichte.
2. Aufl. Hannover 1964.

ders., Agrarpolitik. 2. Aufl. Göttingen 1958.

Aereboe, F., Die Taxation von Landgütern und Grundstücken.
Berlin 1912.

ders., Allgemeine landwirtschaftliche Betriebslehre.
1. Aufl. Berlin 1917.

ders., Landwirtschaftliche Rentabilitätsfragen
Arbeiten der Deutschen Landwirtschafts-
Gesellschaft. Berlin 1901.

Albach, H., Zur Theorie des wachsenden Unternehmens.
Theorien des einzelwirtschaftlichen Wachstums.
"Schriften des Vereins für Sozialpolitik".
Berlin. N.F. Bd. 34 (1965).
S.9 - 97.

Albrecht, H., Probleme der landwirtschaftlichen Beratung
in Entwicklungsländern. "Offene Welt". Nr.88:
Weltaagrarpolitik - Fundament der Entwicklungs-
politik. Köln u. Opladen (1965). S.219 - 228.

Altrock, W.v., Der landwirtschaftliche Kredit in Preußen.
Bd.3: Die öffentlichen Sparkassen in Preußen.
Veröffentlichungen des Königlich Preussischen
Landes-Ökonomie-Kollegiums. Berlin 1917. H.18.

ders., Art. Landwirtschaftliches Kreditwesen, Hand-
wörterbuch der Staatswissenschaften. 4.Aufl.
Jena. Bd.6, 1925. S.189 - 196.

Andreae, B., Der vereinfachte Betrieb. Hamburg 1960.

ders., Landbau bei hohem Lohn. Stuttgart 1962.

ders., Rationalisierungseffekte der Betriebsvereinfachung in verschiedenen Betriebsgrößenklassen. "Agrarwirtschaft". a.a.O. 12.Jg. (1963). H.5. S.135 - 142.

Back, W.B., (Mitverf.), Heady, E.O., Peterson, G.A., Interdependence between the Farm Business and the Farm Household with Implications on Economic Efficiency. Research Bulletin 398. Iowa State College. Ames 1953.

Baumgart, E.R., Investitionen und ERP-Finanzierung. Hrsg. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Berlin. N.F. Sonderheft 56 (1961).

Bergmann, H., Arbeitsteilung und Spezialisierung in der Landwirtschaft. Essen 1962.

Blohm, G., Allgemeine landwirtschaftliche Betriebslehre. Stuttgart 1959.

ders., Die Neuorientierung der Landwirtschaft. 1.Aufl. Stuttgart 1963. - 2.neub. Aufl. Stuttgart 1966.

Boettcher, E., Die Funktion der Landwirtschaft in der entfalteten Konsumwirtschaft. In: Hohenheimer Hochschultag 1961. Sonderdruck. Stuttgart 1962.

ders., Wirtschaftliche Integrationsprozesse der Gegenwart und genossenschaftliche Agrarpolitik. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. 183. Sonderheft. Marktintegration und agrarpolitisch relevante Tätigkeit der Genossenschaften.

Brinkmann, Th., Die Ökonomik des landwirtschaftlichen Betriebes. Grundriß der Sozialökonomie. Abt. VII. Tübingen 1922. S.27 - 124.

Buchenberger, A., Agrarwesen und Agrarpolitik. Leipzig 1892/93.

Busch, W., Landwirtschaftliche Betriebslehre. Essen 1958.

Cassel, G., Theoretische Sozialökonomie. Leipzig 1918.

Clark, Colin, The Conditions of Economic Progress. 3.ed.
London u. New York 1960.

ders., The fundamental problems of economic growth.
"Weltwirtschaftliches Archiv". Zeitschrift
des Instituts für Weltwirtschaft an der Uni-
versität Kiel. Hamburg H.94 (1965). S.1 - 9.

Conrad, J., Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie.
Teil 4: Statistik. II. Teil. 1.Hälfte. Jena 1904

Dannenbaum, F., Deutsche Hypothekenbanken. Wirtschaftliche
Darstellung nebst Kommentar zum Hypothekenbank-
gesetz. Berlin 1911.

Day, R.H., Recursive Programming and Production Response.
Amsterdam.1963.

Deselaers, N., Betriebswirtschaftliche Buchführungsaus-
wertung über den Elektronenrechner. "Berichte
über Landwirtschaft". a.a.O. N.F. H.4 (1964).
S.796 ff.

Die Landwirtschaft und ihre Marktpartner. Neue
Formen der Zusammenarbeit. Verf.: Strecker, O.,
Roller, G., Saft, A., Schuch, W.H., "Landwirt-
schaft - Angewandte Wissenschaft". Hrsg. BML.
Hiltrup, H.118 (1963). S.167 - 242.

Drews, G., Wandlungen und Umschichtungen in der Betriebs-
größenstruktur der Landwirtschaft der Bundes-
republik Deutschland von 1882 bis 1963. "Be-
richte über Landwirtschaft". a.a.O. H.2 (1965).
S.229 ff.

Engel, E., Die Agrarwirtschaft im Gemeinsamen Markt.
Hamburg u.Berlin 1957.

Evert, G., Die Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes in einer Anzahl von Amtsgerichtsbezirken Preußens von 1883 bis 1896. "Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus". Berlin. 38.Jg. (1898).

Fleischhauer, E., Investitionstheorie und Realität unternehmerischer Entscheidungen in der Landwirtschaft. "Agrarwirtschaft"., a.a.O. Sonderdruck aus H.1, 5 u.6. (1967). S.41 - 53.

Foag, A., Die Agrarkreditsicherungen in der deutschen Gesetzgebung. In: Probleme des Agrarkredits. Stuttgart - Berlin 1939. S.214 - 236.

Förstner, K., (Mitverf.), Kromphardt, W., Henn, R., Lineare Entscheidungsmodelle. Berlin, Göttingen u.Heidelberg 1962.

Fourastié, J., Le Grand Espoir du XX e Siècle. Progrès Technique - Progrès Economique - Progrès Social. 3.Aufl. Paris 1952. - dt.: Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts. Köln-Deutz 1954.

Girnth, W., 100 Jahre Landesrentenbank. Hrsg.: Deutsche Landesrentenbank. Bonn 1953.

Gutenberg, E., Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre. Bd.1 Die Produktion. 5.Aufl. Berlin-Göttingen-Heidelberg 1960.

Haack, R. und Heusinger, A.v., Die Finanzierung der ländlichen Siedlung in Preußen. Berlin 1929.

Hage, K., Die Maschinengemeinschaften und ihre Probleme. "Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen". Veröffentlichungen der Agrarsozialen Gesellschaft e.V., Göttingen. Hrsg. W.Abel. H.32. Hannover (1960) S.63.

Hagenguth, H., Der kurzfristige Agrarkredit. Bonn - Beuel 1955.

Halter, A.N., Models of Firm Growth. "Journal of Farm Economics". Menasha, Wisc. Vol. 48 (1966). S.1503 - 1509.

Hanau, A. und Rustemeyer, F.C. (Mitverf.), Der Produktivitätsbegriff, Definition, Messung und Anwendung. "Agrarwirtschaft". a.a.O. Jg.14. H.1 (1965). S.3 - 10.

ders., Die Stellung der Landwirtschaft in der sozialen Marktwirtschaft. "Agrarwirtschaft". a.a.O. 7.Jg. (1958) S.1 - 15.

Hansmeyer, K.H., Finanzielle Staatshilfe für die Landwirtschaft. Zur Theorie einer sektoralen Finanzpolitik. Tübingen 1963.

Harmening - Pätzold, Die landwirtschaftliche Schuldenregelung. 3.Aufl. Berlin 1938.

Hartan, H., Gedanken zur Entwicklung des landwirtschaftlichen Ausbildungswesens in der Bundesrepublik. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. N.F. Bd.38 (1960). S.713 - 725.

Heady, E.O., Economics of Agricultural Production and Resource Use. New York 1952.

ders., Back, W.B., Peterson, G.A., Interdependence between the Farm Business and the Farm Household with Implications on Economic Efficiency. Research Bulletin 398. Iowa State College. Ames 1953.

Hecht, F., Die Organisation des Bodenkredits in Deutschland. In: Die Landschaften und landschaftsähnlichen Kreditinstitute in Deutschland. Bd. I: Die Statistik. Leipzig 1908.

Heidhues, Th., Dynamik der Anpassung in der Landwirtschaft. In: Landwirtschaftliche Marktforschung in Deutschland. München, Basel u. Wien o.J. S.85 - 103.

- ders., A Recursive Programming Model of Farm Growth in Northern Germany. "Journal of Farm Economics". Menasha. Wisc. Vol. 48 (1966).
- ders., Entwicklungsmöglichkeiten landwirtschaftlicher Betriebe unter verschiedenen Preisannahmen. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. Sonderheft 181. Hamburg, Berlin (1966).
- ders., Über Anpassungsprozesse und Tendenzen in der Veredelungswirtschaft. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. Bd.42. Bonn (1964).
- Helferich, H., Die Kreditgenossenschaften in der deutschen Kreditwirtschaft. Stuttgart 1937.
- Henn, R., (Mitverf.), Kromphardt, W., Förstner, K., Lineare Entscheidungsmodelle. Berlin, Göttingen und Heidelberg 1962.
- Herlemann, H.H., Grundlagen der Agrarpolitik. Berlin u. Frankfurt 1961.
- ders., Stamer, H., Produktionsgestaltung und Betriebsgröße in der Landwirtschaft unter dem Einfluß der wirtschaftlich-technischen Entwicklung. "Kieler Studien". Kiel. Nr.44 (1958)
- Hesselbach, J., Bewertungsmaßstäbe für den Betriebsleiter. "Agrarwirtschaft". a.a.O. Jg.12. H.4. (1963). S.106 - 109.
- Heusinger, A.v., (Mitverf.), Haack, R., Die Finanzierung der ländlichen Siedlung in Preußen. Berlin 1929.
- Hiß, D., Faktorproportionen und Faktormobilität als Probleme der westdeutschen Agrarpolitik. "Agrarwirtschaft". a.a.O. Jg.15. H.5 (1966). S. 159 - 163.
- Hoffmann, J., Sparkassen und Girozentralen. In: Die Bank. Hrsg. Theisinger, K., Löffelholz, J., Wiesbaden 1952. Bd.I S.210 ff.

Hoffmann, W.G., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Berlin, Heidelberg und New York 1965.

ders., The Growth of Industrial Economics, Manchester 1958.

Isermeyer, H.G., Struktur und Umfang der überbetrieblichen Maschinenverwendung in der Landwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland. "Berichte über Landtechnik." München - Wolfratshausen. H.88 (1965).

Jäger, W., Neue Formen genossenschaftlicher Selbsthilfe in der Landwirtschaft. In: Aktuelle Probleme und zukünftige Aspekte genossenschaftlicher Forschung. Hrsg. Seraphim, H.J., Karlsruhe 1963. S. 93 ff.

ders., Der Betriebshilfsdienst, eine genossenschaftliche Organisationsform zur Neuordnung der Landarbeitverfassung. "Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen." Göttingen. (1963) Bd.13.

ders., Agrarsozialpolitik und Betriebshelfer. "Mitteilungen der DLG." Jg. 79. H.32 (1964). S.1097.

ders., Neue Formen genossenschaftlicher Selbsthilfe in der Landwirtschaft. In: Quellen u. Studien des Instituts für Genossenschaftswesen an der Universität Münster. Karlsruhe 1962. S.110.

Jonas, H., (Mitverf.), Mellerowicz, K., Bestimmungsfaktoren der Kreditfähigkeit. 2.Aufl. Berlin 1957.

Kalveram, W., Bankbetriebslehre. Wiesbaden 1950 und 3.Aufl. Wiesbaden 1961.

Kayser, W., Art. Agrarkredit. In: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen. Frankfurt/M. 1957. S.22 - 33.

ders., Darlegungen über die Kreditverpflichtungen und Finanzierungsmöglichkeiten der Landwirtschaft i.d. EWG. 1.Monographie über die Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. EWG - Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft. Brüssel 1964.

- Kehrberg, E.W., Reisch, E., Wirtschaftslehre der landwirtschaftlichen Produktion. München, Basel u. Wien 1964.
- Krelle, W., Künzi, P., Lineare Programmierung. Zürich 1958.
- Kromphardt, W., Henn, R., Förstner, K., Lineare Entscheidungsmodelle. Berlin, Göttingen u. Heidelberg 1962.
- Künzi, P., (Mitverf.), Krelle, W., Lineare Programmierung. Zürich 1958.
- Kuhnert, F., Die ländliche Verschuldung in Preußen. "Preußische Statistik". Berlin. H.191.
Hrsg. Königlich Preußisches Statistisches Landesamt in Berlin. (1905/06).
- Kuss, H., Aufgaben und Bedeutung überbetrieblicher Zusammenarbeit aus betriebswirtschaftlicher Sicht. "Schriften des Verbandes der Landwirtschaftskammern." Bonn. H.10./S.10 ff. (1962)
- Lauenstein, J.D., Was machen wir mit der landwirtschaftlichen Beratung? Hrsg. Hannoversche Landeskreditanstalt. Hannover 1964.
- Lippmann, K., Die Berufsausbildung in der Landwirtschaft. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. N.F. Bd.41. H. 1 (1963). S. 143 ff.
- Loest, J., Der Agrarkredit in Deutschland. Hamburg 1961.
- Marquard - Perdelwitz, Das Preußische Sparkassenrecht. Berlin 1937.
- Meimberg, P., Landwirtschaftliches Rechnungswesen. Stuttgart 1966.
- Meinhold, K., (Mitverf.), Weinschenck, G., Vorschläge zur künftigen Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart - Hohenheim. o.J.
- ders., (Mitverf.), Weber, A., Agrarpolitik. Berlin 1951.

Mellerowicz, K., Jonas, H., Bestimmungsfaktoren der Kreditfähigkeit. 2.Aufl. Berlin 1957.

ders., Der Wert der Unternehmung als Ganzes. Essen 1952.

ders., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre. 2.Bd. Berlin 1959.

Mössner, K.E., Das Deutsche Bodenkreditsystem. Berlin 1934.

Müller, H.J., (Mitverf.), Nieschulz, A., Die Kreditlage der Landwirtschaft im Bundesgebiet. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. Bd.42. H.4 (1964), S.754 ff.

ders., Fremdkapital und Guthaben in landwirtschaftlichen Betrieben zum Stichtag 1.Juli 1965. Buchführungsergebnisse der Testbetriebe für den Grünen Bericht. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. Bd.44. H.4 (1966). S.727 ff.

ders., Zur Frage der Einkommensverteilung in der Landwirtschaft. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. N.F. Bd.43. H.3 (1965) S.562 ff.

Müller, W., Grundsätze für die Beleihung landwirtschaftlicher Betriebe. Die Grenzen der Kreditaufnahme. "Der langfristige Kredit", München N.F. 21/22. 10.Jg. (1959). S.431.

Nienaber, A., Neue landwirtschaftliche Unternehmungstypen in der Bundesrepublik? "Volkswirtschaftliche Schriften". H. 87. Berlin (1965).

Nieschulz, A., Müller, H.J., Die Kreditlage der Landwirtschaft im Bundesgebiet. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. N.F. Bd.42. H.4. (1964). S.754.

Noell, G., Die Landwirtschaft in USA und ihr Kreditsystem. Frankfurt/M. 1952.

ders., Die Sonderstellung des Agrarkredits in der Kreditwirtschaft und ihre Gründe. Generalbericht auf dem IV. Weltkongreß für Landwirtschaftskredit vom 15. bis 18. Mai 1967 in Zürich. Sonderdruck Frankfurt/M. 1967.

- Pabsch, E., Die ländlichen Genossenschaften in der Verbundwirtschaft. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. Bd.41. Bonn (1963). S.45 ff.
- Padberg, K., Scholz, H., Die Entwicklung der Produktivität in der Landwirtschaft. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. H.4 (1961). S.649 ff.
- ders., Richnow, H., Die Kreditlage der Landwirtschaft im Bundesgebiet, "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. N.F. Bd.37. H.4 (1959). S.763 ff.
- Pätzold, (Mitverf.) - Harmening, Die landwirtschaftliche Schuldenregelung. 3.Aufl. Berlin 1938.
- Perdelwitz, (Mitverf.), - Marquard, Das Preußische Sparkassenrecht. Berlin 1937.
- Peterson, G.A., (Mitverf.), Heady, E.O., Back, W.B., Interdependence between the Farm Business and the Farm Household with Implications on Economic Efficiency. Research Bulletin 398. Iowa State College. Ames 1953.
- Pfrenger, O., Arbeitsbedarf und Arbeitskalkulation in der Schweinehaltung. Diss. Kiel 1962.
- Plate, R. und Woermann, E., Landwirtschaft im Strukturwandel der Volkswirtschaft. Analyse der Nachkriegsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und Versuch einer Prognose unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Gemeinsamen Marktes. "Agrarwirtschaft". a.a.O. Sonderheft 14 (1962).
- Priebe, H., Die Agrarpolitik am Wendepunkt. In: Agrarpolitik im Umbruch. Hrsg. Frankfurter Bank. Frankfurt/M. 1964. S. 1.
- ders., Grundzüge der landwirtschaftlicher Strukturentwicklung. In: Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft. Verhandlungen auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik. Luzern 1962. Bd.I. Hrsg. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Berlin 1964. S. 226 ff.

Pufendorf, v., Nationalstaatliche Agrarpolitik vor der Liquidation. "Offene Welt". Zeitschrift für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, Köln u. Opladen. Nr.87 (1965). S.67 ff.

Puvogel, C., Einführung (zum LwG). In: Grüner Bericht. a.a.O. 1956. S.9 - 16.

Reisch, E., (Mitverf.), Kehrberg, E.W., Wirtschaftslehre der landwirtschaftlichen Produktion. München, Basel u.Wien 1964.

Richnow, H. (Mitverf.), Padberg, K., Die Kreditlage der Landwirtschaft im Bundesgebiet. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. N.F. Bd.37. H.4. (1959). S.763 ff.

Riebe, K., Entwicklungstendenzen der Agrarstruktur. Beiträge zur landwirtschaftlichen Betriebslehre. Stuttgart 1961.

Rintelen, P., Möglichkeiten und Grenzen der Betriebsvereinfachung. "Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V." Bd.2 München-Basel-Wien (1964).

Rodbertus-Jagetzow, K., Creditnoth des Grundbesitzes. 2.Aufl. Breslau 1893.

Rostow, W.W., The Progress of Economic Growth. 2. ed. Oxford 1960.

Rothkegel, W., Handbuch der Schätzungslehre für Grundbesitzungen. Bd. I. Berlin 1930.

Rüchardt, K., Die Bewertung landwirtschaftlicher Betriebe für die langfristige Kreditgewährung. Diss. München 1957.

Rullmann, A., Der wettbewerbsfähige Hof. Wege für Struktur- und Betriebsverbesserungen. Hamburg u.Berlin 1964.

Rustemeyer, F.C., (Mitverf.) u.Hanau, A., Der Produktivitätsbegriff, Definition, Messung und Anwendung. "Agrarwirtschaft", a.a.O. Jg.14. H.1 (1965). S.3 - 10.

Samuelson, P.A., Volkswirtschaftslehre. Köln 1962.

Schaefer-Kehnert, W., Betriebswirtschaftliche Entwicklungslinien der Mechanisierung in der westdeutschen Landwirtschaft. "Agrarwirtschaft". a.a.O. Jg.10. H.1 (1961). S. 1 - 10.

Schlotter, H.G., Die finanz- und außenhandelspolitische Landwirtschaftsförderung in der Bundesrepublik Deutschland. Ausmaß, Struktur und künftige Möglichkeiten. Hannover 1964.

ders., Einkommensredistribution und Einkommenselastizität der Nachfrage nach Nahrungsmitteln. "Agrarwirtschaft". a.a.O. Jg.15. H.5 (1966). S.156 - 158.

Schmalenbach, E., Die Beteiligungsfinanzierung. 8.Aufl. Köln u. Opladen 1954 und 9.Aufl. Köln u.Opladen 1966.

Schmidt, H., Die Erfolgsdisparität innerhalb der Landwirtschaft. Kiel 1966.

Schmidt, Herward, Entwicklungstendenzen des landwirtschaftlichen Kreditgeschäftes unter besonderer Berücksichtigung der Verflechtung des Agrarkreditsektors mit den Verhältnissen des allgemeinen Kreditmarktes. Kiel 1964.

Schmitt, G., Einige Bemerkungen zum Begriff und zur Theorie der vertikalen Integration in der Landwirtschaft. "Agrarwirtschaft". Jg.13. (1964). H.11. S.341 - 354.

Schneider, E., Einführung in die Wirtschaftstheorie. Teil II. Tübingen 1961.

Scholz, H., (Mitverf.), Padberg, K., Die Entwicklung der Produktivität in der Landwirtschaft. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. N.F. H.4 (1961). S.649 ff.

Schulte, F., Die deutschen Bodenkreditinstitute 1900 - 1909. Leipzig 1911.

- Semper, C., Die Konzentrationsbewegung im landwirtschaftlichen Kreditwesen Deutschlands. Diss. Berlin 1931.
- Sering, M., Agrarkrisis und Agrarzölle. Berlin u. Leipzig 1925.
- ders., Die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes im Königreich Preußen. 13 Bände. Berlin 1897 - 1910.
- ders., Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten. "Berichte über Landwirtschaft". N.F. 50. Sonderheft. Berlin (1932).
- Severac, G., Die vertikale Integration in der Landwirtschaft. Hrsg. EWG-Kommission. Reihe A. Nr. 10. Brüssel 1963.
- Stackelberg, H.v., Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre. o.O. 1951.
- Stamer, H., (Mitverf.), Herlemann, H.H., Produktionsgestaltung und Betriebsgröße in der Landwirtschaft unter dem Einfluß der wirtschaftlich-technischen Entwicklung. "Kieler Studien". Kiel Nr. 44 (1958).
- Steding, F., Art. Die Finanzierung des landwirtschaftlichen Betriebes. Handbuch der Landwirtschaft. Bd. V. 1.Aufl. Hamburg u. Berlin 1964. S.708 ff.
- ders., Der Agrarkredit. Sein Gebrauch und seine Gefahren. Frankfurt/M. 1955.
- ders., Timmermann, F., Die Kredite aus Marshallplan-Mitteln für die Agrarwirtschaft des Bundesgebietes. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. N.F. Bd.35 (1957). S.373 ff.
- dies., Die Kredite aus Marshallplan-Mitteln an die Agrarwirtschaft. Methoden, Ergebnisse und Lehren. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. N.F. Bd.32 (1954), S.265 ff.

Theisinger, K., Kreditgeschäft und Kreditpolitik. (Die Bank. Bd.II, Hrsg.: Theisinger, K., Löffelholz, J.)
Wiesbaden 1952.

Thünen, J.H.v., Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie. I.Teil. 1.Aufl. Hamburg 1826. 2.verb. u.verm.Aufl. Rostock 1842. Beide Teile in: Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister. Bd.13. Jena 1910.

Timmermann, F., Über die Kreditkosten im Rahmen der Wirtschaftsentwicklung seit 1945 unter besonderer Berücksichtigung des Agrarkredits. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. N.F. Bd.37 (1959). S.577 - 590.

ders., (Mitverf.), Steding, F., Die Kredite aus Marshallplan-Mitteln für die Agrarwirtschaft des Bundesgebietes. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. N.F. Bd. 35 (1957). S.373 ff.

dies., Die Kredite aus Marshallplan-Mitteln an die Agrarwirtschaft. Methoden, Ergebnisse und Lehren. "Berichte über Landwirtschaft". a.a.O. N.F. Bd.32 (1954), S.265 ff.

Vasthoff, J., Kooperation im Produktionsbereich der Landwirtschaft. "Agrarwirtschaft", Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung. Sonderheft 20. Hannover 1966.

Weber, A., Geld und Kredit, Banken und Börsen. 6.Aufl. Heidelberg 1959

ders., Meinhold, W., Agrarpolitik. Berlin 1951.

Weinschenck, G. Die Ermittlung des Betriebsoptimums mit Hilfe der verbesserten Differenzrechnung. "Agrarwirtschaft". a.a.O. H.10 (1961). S.65 - 83.

ders., Die optimale Organisation des landwirtschaftlichen Betriebes. Untersuchungen zur Ermittlung des Gleichgewichts und der Preiselastizität der Erzeugung. Hamburg - Berlin 1964.

ders., Meinhold, K., Vorschläge zur künftigen Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart-Hohenheim o.J.

Wilmowsky, T.Frhr.v., Rückblickend möchte ich sagen.. Oldenburg u.Hamburg 1961.

Wirth, H., Zur Frage der Entwicklung der Vollerwerbsbetriebe und Einführung einer qualitativen Gliederung der Betriebe in der Landwirtschaft. "Agrarwirtschaft". a.a.O. Jg.12. H.5 (1963). S.129 - 134.

Wittern, K., Das Kapital als Betriebsmittel. In: der Weg in die EWG. Hrsg. Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein. Kiel 1962. S.45 - 65.

ders., Die finanzielle Entwicklung und Situation der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft. In: Im Dienste der Landwirtschaft 1967. Hrsg. Gemeinschaftsdienst der schleswig-holsteinischen Sparkassen- und Giroorganisation. Kiel 1967. S. 13 - 26.

Woermann, E., Der landwirtschaftliche Betrieb im Preis- und Kostengleichgewicht. In: Handbuch der Landwirtschaft. Bd.V. Berlin u. Hamburg 1954. S.196 - 231.

ders., Art. Der Landwirtschaftsbetrieb. Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Stuttgart - Tübingen - Göttingen. Bd.6. S.505 - 518.

ders., Spezialisierung - Chancen und Risiken. "Archiv der DLG". Bd.35. Frankfurt/M. (1965).

ders., (Mitverf.), Plate, R., Landwirtschaft im Strukturwandel der Volkswirtschaft. Analyse der Nachkriegsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und Versuch einer Prognose unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Gemeinsamen Marktes. "Agrarwirtschaft". a.a.O. Sonderheft 14. (1962).

II. Periodika

Agrarpolitik in Europa und Nordamerika. Erster Bericht des Ministerausschusses für Landwirtschaft und Ernährung des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC). Hrsg. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn 1956.

"Agrarwirtschaft", Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung. Hrsg. W.Busch, A. Hanau, H.Niehaus, R.Plate, P.Rintelen, E.Woermann, Hannover.

"Badisches Landwirtschaftliches Wochenblatt", Nr. 37 (1965).

"Bericht der Bundesregierung über die Lage der Landwirtschaft gem. § 4 des Landwirtschaftsgesetzes" (cit. als: Grüner Bericht), Bonn 1956 bis 1967.

"Berichte über Landwirtschaft", Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft. Hrsg. BML, Hamburg u. Berlin.

"Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung". Bonn, Nr.132 (1967).

Bundesanzeiger

Bundesgesetzblatt

Fifth Report on Agricultural Policies in Europe and North America. Trends in Agricultural Policies since 1955. dt.:

Entwicklungen in der Agrarpolitik seit 1955. Fünfter Bericht über die Agrarpolitik in Europa und Nordamerika des Ministerausschusses für Landwirtschaft und Ernährung des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC)., Hrsg. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn 1963

Die Förderung der Landwirtschaft durch öffentliche Mittel. Bd.13. Hrsg. Enquête Ausschuß, Berlin 1930.

Gesamtberichte über die Tätigkeit der Kommission. Hrsg. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Kommission.
Brüssel 1958 bis 1966.

Gesetz- und Verordnungsblatt.

Journal of Farm Economics. Menasha. Wisc. Jg.1966.

"Die Kreditlage der Deutschen Landwirtschaft". Hrsg. Deutsche Rentenbank - Kreditanstalt. Berlin. Wirtschaftsjahre 1927/28; 1930/31; 1932/33; 1937/38; 1940/41; Berlin.

"Monatsberichte". Hrsg. Deutsche Bundesbank. Frankfurt/M. (1960 bis 1967).

"Offene Welt". Zeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel.

Die Verschuldungs- und Kreditlage der deutschen Landwirtschaft in ihrer Entwicklung von der Währungsbefestigung bis Ende 1928. Hrsg. Enquête Ausschuß. Berlin. Bd.12 (1930).

Wirtschaftsergebnisse buchführender landwirtschaftlicher Betriebe. Hrsg. Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein. Kiel.

"Wochenbericht". Hrsg. Institut für Konjunkturforschung. Berlin. 1. Jg. H. 51 (20.3.1929). 5.Jg. H.11 u. H. 27 (1933). 14.Jg. H. 1 (1941).

"Wochenbericht". Hrsg. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Berlin Nr. 33 (14.8.1964).

III. Statistische Quellen

Danmarks Statistik Arbog. Kopenhagen 1966. Vol.70.

Jahrbuch für amtliche Statistik für 1862. op.cit.:
Roderbertus - Jaetzow. a.a.O.

Preußische Statistik. Hrsg. Königlich Preussisches
Statistisches Landesamt. H.191: Die länd-
liche Verschuldung in Preußen. Berlin 1905.

Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften:
Statistische Grundzahlen der Gemeinschaft.
Brüssel 1965 u.1966.

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutsch-
land. Stuttgart u.Mainz. Jg.1951 - 1968.

Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten der Bundesrepublik Deutschland.
Hrsg. BML. Hamburg - Berlin. Jg.1957 - 1968.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Hrsg.
Statistisches Reichsamt Berlin. 1932; 1933;
1934; 1939/40.

Statistik der Bundesrepublik Deutschland. Struktur
der landwirtschaftlichen Betriebe. Ergeb-
nis der landwirtschaftlichen Betriebszäh-
lungen vom 22. Mai 1949. Bd.7. H.1 und 2.
Stuttgart - Köln 1949.

Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat.
Berlin. 4.Jg. 1906 u.13.Jg.1916.

Wirtschaft und Statistik. 14.Jg. 1934. 16.Jg. 1936.

IV. Satzungen, Geschäftsberichte und Jahrbücher

Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen - und Giro-
verbände und Girozentralen. Frankfurt/M.

Bank Deutscher Länder.

Bayerische Landwirtschaftsbank eGmbH.

Deutsche Bundesbank.

Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank A.G.

Deutsche Genossenschaftskasse

Deutscher Genossenschaftsverband e.V. Bonn.

Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalbank

Deutscher Raiffeisenverband e.V.

Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V. Bonn.

Landwirtschaftliche Rentenbank. Frankfurt/M.

V. Gesetze

Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten vom 21.12.1927, i.d.F. vom 8.5.1963 (BGBl I. S. 312).

Reichserbhofgesetz vom 29.9.1933 (RGBl I. 1933. S.685).

Bewertungsgesetz vom 16.10.1934 (RGBl I. S.1035) u.
i.d.F. v.10.12.1965 (BGBl I. S.1961)

Gesetz über die Rentenbankgrundschuld vom 11.5.1949
(WiGBI S.79)

Gesetz über die Verwaltung des ERP-Sondervermögens
vom 31.8.1953 (BGBl I. S.1312)

Wirtschaftsplan 1954 (BGBl II. S.1053)

Landwirtschaftsgesetz vom 5.9.1955 (BGBl I. S.565)

ERP - Bürgschaftsgesetze vom 6.12.1954 (BGBl I. S.365)
und vom 17.5.1957 (BGBl I. S.517)

Novelle zum Organisationsgesetz in der Fassung
vom 4.4.1957.

Gesetz über das Kreditwesen vom 10.7.1961
(BGBl I. S.881)

Hypothekenbankgesetz in der Fassung vom 5.2.1963
(BGBl I. S.81)

Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank
i.d.F. vom 15.7.1963 (BGBl I. S.465)

Gesetz über die Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft nach Durchschnittssätzen.
(GDL) vom 15.9.1965 (BGBl I. 1965. S.1350)

Einkommensteuergesetz i.d.F. vom 10.12.1965
(BGBl I. S.1901)

VI. Sonstige Quellen

Agriculture en Groupe. Hrsg. Verbindungsstelle Landwirtschaft / Gewerbliche Wirtschaft Hannover e.V. Als Manuskript vervielfältigt.
Hannover 1965.

Die Förderung der Landwirtschaft durch öffentliche Mittel. Hrsg. Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (Enquête-Ausschuß).
Bd.13. Berlin 1930.

Beleihungsgrundsätze für Sparkassen in Nordrhein-Westfalen. Genehmigter Erlaß des Ministers für Wirtschaft und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf
(II - B 2 - 183 - 44 vom 5.8.1958)

Die Berufsausbildung in der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. AID-Land- und Hauswirtschaftlicher Auswertungss- und Informationsdienst.
Bad Godesberg. o.J.

Dokumente der Landwirtschaftskonferenz der Mitgliedsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Stresa.
o.O. 1958.

Der Gemeinsame Markt für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Vorausschau 1970. EWG - Studien.
Reihe Landwirtschaft. o.J. Brüssel Nr. 10.

Die Gesetzgebung über den landwirtschaftlichen Kredit in den 6 EWG - Ländern des Gemeinsamen Marktes. Landwirtschaftliche Studien der EWG. Nr.32. Brüssel 1963.

Landwirtschaftliche Buchführungsergebnisse. II. Teil. Auswertung. Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Landwirtschaft. Hrsg. Enquête-Ausschuß. Berlin, Bd.4 (1929).

Landwirtschaftliche Buchführungsergebnisse. Untersuchungen zur Lage der Landwirtschaft. Hrsg. Enquête-Ausschuß. Berlin, Bd.2 (1927) und Bd. 3 (1928).

Maßnahmen zur Herstellung eines gemeinsamen Getreidepreinsniveaus. Hrsg. EWG-Kommission. Brüssel 1963.

Die Preußische Zentralgenossenschaftskasse, ihre Aufgaben und ihr Wirken. Hrsg. Preußische Zentralgenossenschaftskasse. Berlin 1922.

Probleme des Agrarkredits. Deutsche Vorträge gehalten auf dem I. Internationalen Agrarkredit-Kongreß in Neapel 1938. Hrsg. Deutsche Gruppe der Internationalen Agrarkreditkonferenzen im Deutschen Institut für Bankwissenschaft und Bankwesen, Berlin. Stuttgart und Berlin 1939.

Struktur- und Investitionspolitik, soziale Sicherung und geistige Förderung der Landwirte. Hrsg. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Hiltrup 1966.

Unterlagen für die Denkschrift des Reichsfinanzministers an den Reichstag vom 31.8.1929.
Reichstagsdrucksache 1308. Berlin 1929.

Das Verfahren der ländlichen Siedlung in den Ländern der Bundesrepublik. Schriftenreihe der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation e.V. H.1. Bonn 1965.

Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dazugehörige Dokumente.
Veröffentlichung Nr. 9538 der Europäischen Gemeinschaften. Brüssel 1957.

Lebenslauf

Am 25. Juni 1936 wurde ich als Sohn des Bergassessors a.D. Rudolf v. Waldthausen und seiner Ehefrau Ursula v. Waldthausen, geb. Freiin v. Wilmowsky in Essen geboren. Ich bin deutscher Staatsangehörigkeit. Im März 1955 bestand ich das Abitur an der Goethe-Schule, Neusprachliches Gymnasium, in Essen-Bredeney. Im Oktober 1957 legte ich die Kaufmannsgehilfenprüfung (Groß- und Außenhandel) vor der Industrie- und Handelskammer in Essen ab. Anschließend studierte ich an den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten der Wirtschaftshochschule Mannheim sowie der Universitäten Hamburg, Heidelberg und Münster. Am 22. Mai 1969 legte ich die mündliche Prüfung zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft vor der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität ab.

Druck: Polyfoto Dr. Vogt KG
Stuttgart 1, Königstraße 51
Telefon 295681

Druck: Polyfoto Dr. Vogt KG
Stuttgart 1, Königstraße 51
Telefon 295681